



# Landtag Mecklenburg-Vorpommern

16. Sitzung

7. Wahlperiode

Mittwoch, 12. Juli 2017, Schwerin, Schloss

Vorsitz: Präsidentin Sylvia Bretschneider, Vizepräsidentin Beate Schlupp  
und Vizepräsidentin Dr. Mignon Schwenke

<b>Inhalt</b>	Gesetzentwurf der Landesregierung <b>Entwurf eines Gesetzes zum Zwanzigsten Staatsvertrag zur Änderung rundfunkrechtlicher Staatsverträge (Zwanzigster Rundfunkänderungsstaatsvertrag)</b> (Zweite Lesung und Schlussabstimmung – Drucksache 7/372 – ..... 38
<b>Änderung der Tagesordnung</b> ..... 4	
<b>Feststellung der Tagesordnung gemäß § 73 Abs. 3 GO LT</b> ..... 4	Beschlussempfehlung und Bericht des Innen- und Europaausschusses (2. Ausschuss) – Drucksache 7/690 – ..... 38
<b>Regierungserklärung der Ministerpräsidentin des Landes Mecklenburg-Vorpommern</b> ..... 4	B e s c h l u s s ..... 39
Ministerpräsidentin Manuela Schwesig ..... 4	
Leif-Erik Holm, AfD ..... 14	Gesetzentwurf der Fraktionen der SPD und CDU
Thomas Krüger, SPD ..... 21	<b>Entwurf eines Fünften Gesetzes zur Änderung des Kindertagesförderungsgesetzes</b> (Zweite Lesung und Schlussabstimmung) – Drucksache 7/412 – ..... 39
Simone Oldenburg, DIE LINKE ..... 24	
Vincent Kokert, CDU ..... 27	
<b>Aktuelle Stunde</b>	Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Soziales, Integration und Gleichstellung (9. Ausschuss) – Drucksache 7/815 – ..... 39
<b>Grenzen schützen – Solidarität mit Italien</b> ..... 31	
Enrico Komning, AfD ..... 31	Änderungsantrag der Fraktion der AfD – Drucksache 7/839 – ..... 39
Minister Lorenz Caffier ..... 32	
Dirk Friedriszik, SPD ..... 33	Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE – Drucksache 7/848 – ..... 39
Karsten Kolbe, DIE LINKE ..... 34	
Marc Reinhardt, CDU ..... 36	
Nikolaus Kramer, AfD ..... 37	

Torsten Koplín, DIE LINKE .....	39	Minister Harry Glawe .....	68
Ministerin Stefanie Drese .....	40	Jörg Heydorn, SPD .....	69, 71, 72
Christel Weißig, AfD .....	43, 45	Dr. Gunter Jess, AfD .....	69
Torsten Renz, CDU .....	44, 45, 55	Sebastian Ehlers, CDU .....	70
Maika Friemann-Jennert, CDU .....	45	Torsten Koplín, DIE LINKE .....	70, 72
Jacqueline Bernhardt, DIE LINKE .....	47		
Christian Brade, SPD .....	51	<b>B e s c h l u s s</b> .....	73
Dirk Lerche, AfD .....	53		
Jörg Heydorn, SPD .....	53		
<b>B e s c h l u s s</b> .....	57		
		Gesetzentwurf der Landesregierung	
Gesetzentwurf der Fraktion der AfD		<b>Entwurf eines Gesetzes zum Zweiten</b>	
<b>Entwurf eines Gesetzes zur Änderung</b>		<b>Staatsvertrag zur Änderung des Staats-</b>	
<b>des Kommunalabgabengesetzes –</b>		<b>vertrages über das Gemeinsame Krebs-</b>	
<b>Abschaffung der Pflicht zur Erhebung</b>		<b>register der Länder Berlin, Brandenburg,</b>	
<b>von Straßenausbaubeiträgen</b>		<b>Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen-Anhalt</b>	
(Zweite Lesung und Schlussabstimmung)		<b>und der Freistaaten Sachsen und Thüringen</b>	
– Drucksache 7/398 – .....	58	(Erste Lesung)	
		– Drucksache 7/763 – .....	73
Dirk Lerche, AfD .....	58	Minister Harry Glawe .....	73
Martina Tegtmeier, SPD .....	59, 63	Jörg Heydorn, SPD .....	74
Peter Ritter, DIE LINKE .....	60	Dr. Gunter Jess, AfD .....	74
Marc Reinhardt, CDU .....	61	Sebastian Ehlers, CDU .....	75
Christoph Grimm, AfD .....	61	Torsten Koplín, DIE LINKE .....	75
<b>B e s c h l u s s</b> .....	63, 64, 84	<b>B e s c h l u s s</b> .....	75
Gesetzentwurf der Fraktion der AfD		Gesetzentwurf der Landesregierung	
<b>Entwurf eines Gesetzes zur Änderung</b>		<b>Entwurf eines Gesetzes zum Zweiten Staats-</b>	
<b>der Verfassung des Landes Mecklenburg-</b>		<b>vertrag zur Änderung des Glücksspielstaats-</b>	
<b>Vorpommern und des Volksabstimmungs-</b>		<b>vertrages (Zweites Glücksspieländerungsstaats-</b>	
<b>gesetzes Mecklenburg-Vorpommern –</b>		<b>vertragsgesetz – Zweites GlüÄndStVG M-V)</b>	
<b>Absenkung Quorum Volksbegehren;</b>		(Erste Lesung)	
<b>Abschaffung Quorum Volksentscheid</b>		– Drucksache 7/764 – .....	75
(Zweite Lesung und Schlussabstimmung)			
– Drucksache 7/539 – .....	64	Minister Lorenz Caffier .....	76
Dr. Matthias Manthei, AfD .....	64	<b>B e s c h l u s s</b> .....	76
Dirk Friedriszik, SPD .....	66		
Jacqueline Bernhardt, DIE LINKE .....	66		
Sebastian Ehlers, CDU .....	67		
<b>B e s c h l u s s</b> .....	68		
		Gesetzentwurf der Fraktionen	
Gesetzentwurf der Landesregierung		der SPD und CDU	
<b>Entwurf eines Gesetzes zum Staatsvertrag</b>		<b>Entwurf eines Zweiten Gesetzes</b>	
<b>zwischen der Freien und Hansestadt Hamburg</b>		<b>zur Änderung der Landesbauordnung</b>	
<b>und den Ländern Mecklenburg-Vorpommern und</b>		<b>Mecklenburg-Vorpommern</b>	
<b>Schleswig-Holstein über einen gemeinsamen</b>		(Erste Lesung)	
<b>Prüfdienst für die Gesetzliche Kranken- und</b>		– Drucksache 7/788 – .....	76
<b>Pflegeversicherung Norddeutschland (PDK-Nord)</b>			
(Erste Lesung)		Rainer Albrecht, SPD .....	77
– Drucksache 7/701 – .....	68	<b>B e s c h l u s s</b> .....	78

Antrag der Fraktion der AfD

**Denkmäler erhalten – Notsicherungs-  
fonds für Mecklenburg-Vorpommern**

– Drucksache 7/777(neu) – ..... 78

Holger Arppe, AfD ..... 78, 81

Ministerin Birgit Hesse ..... 79

Eva-Maria Kröger, DIE LINKE ..... 80

Nadine Julitz, SPD ..... 81

Ann Christin von Allwörden, CDU ..... 82

**B e s c h l u s s** ..... 83

**Nächste Sitzung**

Donnerstag, 13. Juli 2017 ..... 83

**Beginn: 10.01 Uhr**

**Präsidentin Sylvia Bretschneider:** Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich bitte Sie, die Plätze einzunehmen. Wir wollen mit der Sitzung beginnen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich begrüße Sie zur 16. Sitzung des Landtages. Ich stelle fest, dass der Landtag ordnungsgemäß einberufen wurde und beschlussfähig ist. Die Sitzung ist eröffnet. Die vorläufige Tagesordnung der 16., 17. und 18. Sitzung liegt Ihnen vor.

Auf den Drucksachen 7/838, 7/851 und 7/852 liegen Ihnen Dringlichkeitsanträge der Fraktion DIE LINKE, der Fraktion der AfD und der Fraktionen der CDU und SPD vor. Im Ältestenrat bestand Einvernehmen, die Ihnen vorliegenden Dringlichkeitsanträge als Zusatztagesordnungspunkt 1 am Donnerstag nach der Fragestunde aufzurufen. Für jeden Antrag ist eine Einbringungszeit von 10 Minuten vorgesehen, danach erfolgt eine verbundene Aussprache von bis zu 60 Minuten. Die Beratung des Tagesordnungspunktes 27 entfällt, da der Antrag zwischenzeitlich vom Antragsteller zurückgezogen wurde. Des Weiteren ist vereinbart worden, Tagesordnungspunkt 33 am Donnerstag nach Tagesordnungspunkt 26 aufzurufen. Wird der so geänderten Tagesordnung widersprochen? – Das ist nicht der Fall. Damit gilt die Tagesordnung der 16., 17. und 18. Sitzung gemäß Paragraph 73 Absatz 3 unserer Geschäftsordnung als festgestellt.

Ich rufe auf **Tagesordnungspunkt 1:** Regierungserklärung der Ministerpräsidentin des Landes Mecklenburg-Vorpommern.

**Regierungserklärung der Ministerpräsidentin des Landes Mecklenburg-Vorpommern**

Das Wort hat die Ministerpräsidentin des Landes Mecklenburg-Vorpommern Frau Manuela Schwesig.

**Ministerpräsidentin Manuela Schwesig:** Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete! Der Landtag hat mich am vergangenen Dienstag zur Ministerpräsidentin von Mecklenburg-Vorpommern gewählt. Ich bedanke mich für das Vertrauen und ich bedanke mich für die vielen Glückwünsche, die ich erhalten habe. Darüber habe ich mich natürlich sehr gefreut. Ich weiß, da kommt jetzt viel Arbeit auf mich zu, aber ich sage aus voller Überzeugung, ich freue mich auf meine neue Aufgabe.

An erster Stelle stehen für mich die Bürgerinnen und Bürger unseres Landes. Ich will die Ministerpräsidentin aller Mecklenburger und Vorpommern sein, der Männer wie Frauen, der Kinder und Jugendlichen wie der mittleren und der älteren Generation, die Ministerpräsidentin derer, denen es gut geht und die mit der Entwicklung unseres Landes zufrieden sind, genauso wie der Menschen, die unzufrieden sind, deren Erwartungen sich noch nicht erfüllt haben. Für alle will ich da sein und mich einsetzen.

Ich setze auf einen engen Dialog mit den Bürgerinnen und Bürgern unseres Landes und deshalb war es mir wichtig, gleich am ersten Tag nach meiner Wahl ein Bürgerforum zu machen in Torgelow mit über 200 Bürgerinnen und Bürgern. Dort haben wir rege diskutiert. Für mich ist es wichtig, sozusagen aus erster Hand zu erfahren, was den Menschen unter den Nägeln brennt. Und

deshalb habe ich mir vorgenommen, regelmäßig solche Bürgerdialoge durchzuführen. Es ist mir wichtig, dass wir als Regierung erklären, was wir tun, und es ist noch viel wichtiger, die Fragen und Anregungen der Bürgerinnen und Bürger zu beantworten und natürlich Kritik aufzunehmen. Ich lade deshalb alle Bürgerinnen und Bürger unseres Landes ein: Sprechen Sie mich an, bringen Sie sich ein! Wir wollen gemeinsam unser Land Mecklenburg-Vorpommern nach vorne bringen.

(Beifall vonseiten der Fraktionen  
der SPD und CDU)

Meine Damen und Herren, der Wechsel an der Spitze der Landesregierung hat unter besonderen Umständen stattgefunden. Mein Amtsvorgänger Erwin Sellering hat das Amt des Ministerpräsidenten unerwartet wegen einer schweren Erkrankung aufgeben müssen. Ich bin sicher, ich spreche für alle hier im Saal, aber vor allem für die Bürgerinnen und Bürger, die uns heute zuschauen im Fernsehen, im Internet: Wir alle wünschen Herrn Sellering und seiner Familie viel Kraft, gute Gesundheit und vor allem Geduld für die nächsten Wochen und Monate, die vor ihnen liegen.

(Beifall vonseiten der Fraktionen  
der SPD, AfD, CDU und DIE LINKE)

Erwin Sellering hat großartige Arbeit als Ministerpräsident für unser Land geleistet. Mecklenburg-Vorpommern steht heute wirtschaftlich besser da als je zuvor. Die Zahl der Arbeitslosen ist deutlich zurückgegangen und auch im sozialen Bereich sind in seiner Regierungszeit deutliche Fortschritte erzielt worden. Wir haben die Landesausgaben für die frühkindliche Bildung deutlich erhöht, die Kinderbetreuung im Land Schritt für Schritt verbessert und die Ehrenamtlichen erhalten heute dank der Ehrenamtsstiftung bessere Unterstützung. All das ist solide finanziert worden und es gibt nicht viele Ministerpräsidenten in der Bundesrepublik Deutschland, die von sich sagen können, dass in ihrer gesamten Regierungszeit keine neuen Schulden gemacht wurden. Mehr noch: Dank der soliden Finanzpolitik ist die Verschuldung abgebaut worden.

Erwin Sellering hat das Land souverän, verlässlich und erfolgreich regiert. Er war den Bürgerinnen und Bürgern zugewandt, er hat mit deutlichen Worten mehr Respekt für die ostdeutsche Lebensleistung eingefordert und hat für Augenhöhe im vereinten Deutschland gekämpft. Erwin Sellering hat sich um unser Land verdient gemacht und deshalb gelten unser großer Respekt und unser großer Dank ihm ganz persönlich.

(Beifall vonseiten der Fraktionen  
der SPD, CDU und DIE LINKE)

Meine Damen und Herren, der Wechsel an der Spitze der Landesregierung findet – diesen besonderen Umständen geschuldet – zu einem ungewöhnlichen Zeitpunkt statt. Es sind gerade einmal zehn Monate seit der letzten Landtagswahl vergangen und infolge dieser Wahl haben sich SPD und CDU auf die Bildung einer gemeinsamen Landesregierung und auf einen gemeinsamen Koalitionsvertrag verständigt. Ich war selbst an diesen Verhandlungen beteiligt und ich bin davon überzeugt, lieber Vincent Kokert, lieber Lorenz Caffier, wir haben einen guten Vertrag ausgehandelt, der Richtschnur für die Politik in dieser Legislatur ist.

Mein Amtsvorgänger hat Ende letzten Jahres dazu eine umfassende Regierungserklärung abgegeben, und deshalb will ich mich heute auf die wichtigsten Aufgaben konzentrieren, die vor uns liegen. Ich will auch etwas dazu sagen, welche Erfahrungen ich in das Amt einbringe, welche eigenen Akzente ich einbringen werde und welchen Stil ich als Ministerpräsidentin umsetzen möchte.

Für all das ist es für mich am wichtigsten, dass die Menschen im Land darauf vertrauen können, dass ich all meine Erfahrungen, meine Kraft und auch meine Leidenschaft für die Politik einsetzen werde zu ihrem Wohle. Und deshalb war es für mich überhaupt gar keine Frage, als Erwin Sellering mich gefragt hat, ob ich wegen seiner schweren Krankheit die Nachfolge antreten kann, dass ich bereit war, mein Amt als Bundesministerin sofort niederzulegen und hier anzutreten, weil es mir wichtig war, dass die Menschen im Land sehen, gerade dann, wenn es schwierig ist, können sie sich ganz besonders auf mich verlassen.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD)

Meine Damen und Herren, ich möchte bei den inhaltlichen Schwerpunkten auf Kontinuität und Verlässlichkeit setzen. Diese Regierung wird auch in Zukunft mit aller Kraft unser Land wirtschaftlich weiter voranbringen, denn wir wollen, dass Arbeitsplätze gesichert und geschaffen werden und dass es vor allem mehr gute Arbeit in Mecklenburg-Vorpommern gibt mit fairen Löhnen und familienfreundlichen Arbeitsbedingungen. Das ist unser gemeinsames Ziel.

Diese Landesregierung wird auch in Zukunft Familien mit Kindern, aber auch mit pflegebedürftigen Angehörigen besser unterstützen. Dazu zählen gute Kitas und gute Schulen. Das ist natürlich aus zwei Gründen wichtig: weil sie zum einen den Eltern helfen, den Beruf und die Familie gut zu vereinbaren, und zum anderen unseren Kindern gute Bildungschancen geben. Alle Kinder sollen die besten Chancen haben – von Anfang an.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD)

Familie ist auch da, wo vielleicht die Kinder schon längst groß sind, aber berufstätige Frauen und Männer sich fragen, wie geht es weiter mit meinem pflegebedürftigen Vater, mit meiner pflegebedürftigen Mutter. Deshalb steht auch das für uns im Fokus der Familienpolitik, Familien besser zu unterstützen, nämlich mit Angeboten, Beruf, Familie und Pflege zu vereinbaren.

Und wir wollen den sozialen Zusammenhalt in unserem Land stärken. Mecklenburg-Vorpommern hat sich seit 1990 auch deshalb gut entwickelt, weil wir unsere großen Aufgaben gemeinsam angepackt haben. Ich möchte unser Land mit Zuversicht regieren. Ich möchte, dass Mecklenburg-Vorpommern auch in Zukunft ein Land ist, das nicht auf Spaltung und Ausgrenzung setzt, sondern auf Gemeinschaft und Zusammenhalt, ein Land, in dem Konflikte nicht mit Häme und Hass gelöst werden, sondern friedlich und respektvoll ausgeglichen werden.

Das alles flankieren wir mit einer soliden Finanzpolitik. Unser Ziel ist klar: Wir wollen auch in Zukunft ohne neue Schulden auskommen und wir wollen in finanziell guten Jahren darüber hinaus alte Schulden tilgen. Ich bin davon überzeugt, das ist der richtige Weg für Mecklenburg-Vorpommern.

(Thomas Krüger, SPD: So ist es.)

Wir haben gestern mit unserem Doppelhaushalt dafür die nächste Weichenstellung gemacht. Ich erinnere mich gut, dass wir unter Harald Ringstorff und der rot-roten Landesregierung erste große Baustellen gelöst haben – die damalige Finanzkrise, die Probleme der Steuermindererinnahmen – und dann unter Harald Ringstorff und Erwin Sellering in der Großen Koalition, in der rot-schwarzen Koalition es erfolgreich geschafft haben, zuerst die Neuverschuldung auf null zu setzen, dann in einem weiteren Schritt die Schulden weiter abzubauen – bis heute sind 1 Milliarde Euro getilgt –, dann dafür zu sorgen, dass wir Rücklagen haben für schwierige Zeiten, für besondere Herausforderungen wie Breitbandausbau. Und jetzt liegt der vierte Schritt vor uns: Wir müssen auch die Investitionskraft, die eigene Investitionskraft stärken. Die war in der Vergangenheit eher bei null und unser Ziel ist es, acht Prozent eigene Investitionskraft zu erreichen.

Diese vier Punkte – keine neuen Schulden, Schulden abbauen, Rücklagen schaffen für schlechte Zeiten und die eigene Investitionskraft stärken –, das ist solide Finanzpolitik, die dafür sorgt, dass wir keinen Schuldenberg den Kindern überlassen und gleichzeitig Spielräume haben für Investitionen in Bildung, für Investitionen in Arbeit und für eine gute Zukunft unseres Landes. Das ist die solide Finanzpolitik.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD und CDU)

Meine Damen und Herren, der Wechsel an der Landesregierung ist auch mit einem Generationswechsel verbunden. Ich bin Jahrgang 1974. Ich war also 15, als die Mauer fiel, als Menschen in Ostdeutschland im Herbst 1989 Demokratie, Freiheit und offene Grenzen erkämpft haben. Und ich war 16, als die deutsche Einheit kam – zu jung, um all das selbst mit zu bewirken, aber alt genug, um zu verstehen, was passiert war, welche großartige Entwicklung sich damals vollzog. Und deshalb habe ich immer noch allergrößten Respekt davor und vor denjenigen, die im Herbst 1989 und erst recht in den Jahren davor unter viel größeren persönlichen Risiken für Meinungsfreiheit, Pressefreiheit, Reisefreiheit, Demonstrationenfreiheit und freie Wahlen eingetreten sind. Sie haben auch für uns, die wir damals noch Kinder waren, und für alle nachfolgenden Generationen Freiheit und Demokratie erkämpft. Unser Leben wäre anders verlaufen, wenn sie nicht so mutig gewesen wären. Vielen Dank an alle, die damals für Freiheit, Demokratie und Frieden eingetreten sind!

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD, CDU und Leif-Erik Holm, AfD)

Geprägt hat aber meine Generation auch, dass mit der friedlichen Revolution und dem Weg in die deutsche Einheit Licht und Schatten verbunden waren. Wir haben die schwere wirtschaftliche Krise Anfang der 90er-Jahre mit all ihren gesellschaftlichen Verwerfungen hautnah in unseren Familien, in unserem Freundeskreis mitbekommen. Wir haben erlebt, wie die Generation unserer Eltern zu kämpfen hatte. Mein eigener Vater wurde arbeitslos, weil seine Baufirma pleiteging. Ich habe erlebt, was Arbeitslosigkeit für die Familie, auch für die Kinder bedeutet. Viele meiner Schulfreunde sind in den Westen gegangen, weil es dort den Ausbildungsplatz gab, weil es

dort den Arbeitsplatz gab. Und deshalb wissen wir, dass es wichtig ist, dass wir den Menschen hier im Land eine Zukunft bieten.

Die meisten aus der Generation unserer Eltern haben damals nicht aufgegeben, sondern neu angepackt. Unter schwierigen Bedingungen haben sie eine großartige Aufbauleistung vollbracht und Mecklenburg-Vorpommern und alle ostdeutschen Bundesländer zu dem gemacht, was sie heute sind. Dafür gebührt ihnen Anerkennung und Respekt.

(Beifall vonseiten der Fraktionen  
der SPD, CDU und Leif-Erik Holm, AfD)

Meine Generation musste unter diesen Bedingungen schnell selbst Verantwortung übernehmen. Für uns stellte sich nach dem Schulabschluss die Frage: Versuchen wir uns hier eine Zukunft aufzubauen oder müssen wir auch in den Westen gehen? Viele, mit denen ich zur Schule gegangen bin, sind weggegangen, weil damals die Chancen anderswo besser waren. Ich hatte das Glück, als eine der wenigen in Ostdeutschland bleiben zu können, einen guten Beruf zu finden, und dafür bin ich heute sehr dankbar.

Die meisten von uns Wendekindern sind den Weg gegangen, ihren eigenen Weg. Wir haben die Erfahrung gemacht, dass man sich mit harter Arbeit eine eigene berufliche Zukunft aufbauen kann. Viele von uns haben inzwischen selbst eine Familie gegründet und Kinder. Einige derer, die in den 90er-Jahren in den Westen gegangen sind, sind inzwischen zurückgekehrt, weil sie sich ihrer Heimat besonders verbunden fühlen und weil sich inzwischen bessere Perspektiven eröffnet haben, weil sie wollen, dass ihre Kinder hier aufwachsen, wo die Kinderbetreuung besser ist, die Natur intakter und das Leben nicht so hektisch wie in Berlin und in den anderen Großstädten. Ich würde mich sehr freuen, wenn noch mehr den Weg zu uns zurück nach Mecklenburg-Vorpommern finden.

Meine Generation steht heute mitten im Leben. Wir wissen, was es heißt, Familie und Beruf unter einen Hut zu bringen, sich beruflich immer wieder auf neue Zeiten einzustellen, nach einem Kitaplatz oder einer Pflegekraft für die Eltern zu suchen. Und diese Perspektive will ich stärker einbringen in die Regierungsarbeit, aufbauend auf die Erfahrungen der Generation vor uns und mit einem klaren Blick für die Generation, die nach uns kommt.

Ich hoffe deshalb, dass mein Wechsel an der Spitze der Landesregierung auch ein Signal an meine Generation ist, sich stärker in Verantwortung zu bringen, nicht nur in der Politik, auch in der Wirtschaft bei der Unternehmensnachfolge, auch in der Wissenschaft, in der Kultur, in allen Bereichen unseres Lebens. Wir brauchen die Erfahrungen unserer Elterngeneration, den neuen Blick unserer Generation und vor allem den Blick auf die Generationen, die nach uns kommen. In diesem Sinne will ich gemeinsam unser Land voranbringen.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD)

Meine Damen und Herren, auch eine zweite Veränderung ist nicht zu übersehen. Mit mir steht erstmals eine Frau an der Spitze der Landesregierung. Ich bin mir

bewusst, das ist etwas Besonderes, und ich weiß auch, dass einige rückwärtsgewandte Herren mich sicherlich noch mal genauer beachten werden und kritischer beäugen werden als sonst. Aber das bringt mich nicht aus der Ruhe, denn ich bin fest davon überzeugt, wir Frauen können das mindestens genauso gut. Und das stellen wir auch unter Beweis. Es gibt heute in Mecklenburg-Vorpommern in den verschiedensten Bereichen Frauen in Führungspositionen. Aber ich sage ganz klar, es dürfen gerne noch mehr werden. Denn trotz aller Fortschritte sind wir bei der Gleichberechtigung von Männern und Frauen noch nicht am Ziel. Deshalb wird die Förderung und Vernetzung von Frauen weiter eine wichtige Aufgabe für mich als Ministerpräsidentin von Mecklenburg-Vorpommern sein.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD)

Schließlich bringe ich auch meine Erfahrungen als Bundesministerin ein. Ich selber habe in den letzten vier Jahren erlebt, dass es wichtig ist, die Stimme für unser Land zu erheben. Das war nicht nur bei der harten Debatte um die Rentenangleichung Ost/West nötig oder ganz aktuell bei den Netzentgelten, das ist bei vielen anderen Themen auch wichtig. Deshalb werde ich mich dort, wo es für unser Land wichtig ist, auch auf Bundesebene einbringen. Ich werde als Ministerpräsidentin die Interessen der Menschen von Mecklenburg-Vorpommern vertreten, übrigens egal, wer im Kanzleramt sitzt. Darauf können sich die Menschen verlassen.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD)

Ich möchte gern zum ersten Schwerpunkt kommen: der Schwerpunkt Wirtschaft und Arbeit. Meine Damen und Herren, unsere wichtigste Aufgabe besteht in Zukunft auch darin, Mecklenburg-Vorpommern wirtschaftlich voranzubringen, damit Arbeitsplätze gesichert werden, aber auch neue entstehen, vor allem Arbeitsplätze mit guten Löhnen, von denen die Menschen gut leben können. Denn trotz aller Fortschritte in der Wirtschaft und auf dem Arbeitsmarkt ist unser Land immer noch im Rückstand. Die Wirtschaftskraft und die Einkommen sind niedriger, die Arbeitslosigkeit und das Armutsrisiko höher als anderswo, und daran müssen wir arbeiten.

Die Landesregierung will ihren Beitrag dazu leisten, damit sich die positive Entwicklung in der Wirtschaft und auf dem Arbeitsmarkt fortsetzt. Deshalb liegt mir ein gutes Verhältnis zur Wirtschaft des Landes am Herzen. Die Unternehmen können sich fest darauf verlassen, dass es bei Neuansiedlungen und Erweiterungen bei uns auch in Zukunft kurze Wege und eine Betreuung aus einer Hand geben wird und dass ich als Ministerpräsidentin für die Unternehmen ansprechbar bin, gute Ideen unterstütze und bei Sorgen helfe, so gut es geht.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD)

Als Ministerpräsidentin bin ich selbstverständlich auch Interessenvertreterin der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in unserem Land. Ich setze auf eine enge und gute Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften. Ich bin fest davon überzeugt, unser Land kommt besser voran, wenn Regierung, Wirtschaft und Gewerkschaften gemeinsam Ziele verfolgen und Kompromisse eingehen, Kompromisse über den richtigen Weg finden, und das werden wir gemeinsam tun im Bündnis für Arbeit, im Fachkräftebündnis und darüber hinaus.

Meine Damen und Herren, ich sehe im Bereich „Wirtschaft und gute Arbeit“ vor allem fünf Herausforderungen:

Erstens. Wir müssen uns wirtschaftlich breiter aufstellen. Ich war in den letzten Jahren viel in Deutschland, auch in Europa und international unterwegs und ich war zugegebenermaßen immer stolz darauf, wenn ich auf Mecklenburg-Vorpommern angesprochen wurde und mir gesagt wurde, Frau Schwesig, das ist so ein tolles Land, wir waren schon öfter da, wir haben schon öfter dort Urlaub gemacht. Aber ich sage ganz klar: Ich möchte nicht, dass wir allein ein Land sind, in dem man gut Urlaub machen kann, ein Land für drei Wochen, wo man reinkommt und wieder rausfährt, sondern ein Land, wo man gut leben und arbeiten kann an 365 Tagen im Jahr. Das ist mein Ziel.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD)

Damit hier keine Missverständnisse aufkommen: Der Tourismus ist eine wichtige und eine sehr erfolgreiche Branche für unser Land mit Übernachtungsrekorden in fast jedem Jahr. Das soll auch zukünftig so bleiben, und deshalb werden wir den Tourismus und seine Entwicklung weiter unterstützen. Aber der Strandkorb allein reicht nicht, wir brauchen ebenso Arbeitsplätze in der Industrie und in anderen Dienstleistungsbranchen. Ich setze deshalb auf die Land- und Ernährungswirtschaft, die erneuerbaren Energien, die Gesundheitswirtschaft, die maritime Industrie, das Handwerk und zum Beispiel auch auf die Automobil-, Luftfahrt- und Raumfahrtzulieferindustrie. Wir müssen Branchen unterstützen, die gute Löhne zahlen. Mein Ziel ist es, dass wir gute Arbeit mit guten Löhnen in unserem Land schaffen.

Zur zweiten Herausforderung: Wir müssen den Ausbau der Infrastruktur in den kommenden Jahren fortsetzen. Dazu gehören die Fertigstellung der A 14 von Schwerin nach Magdeburg und der Ausbau der B 96n auf Rügen bis Bergen. Wir wollen die geplanten Maßnahmen entlang der B 96 von Neubrandenburg nach Berlin und die Projekte, die neu in den Bundesverkehrswegeplan 2030 aufgenommen worden sind, zügig auf den Weg bringen. Wir wollen mit einer Innovationsoffensive den Ausbau der Infrastruktur beschleunigen und ein stärkeres Augenmerk auf den Erhalt der bereits bestehenden Infrastruktur legen. Deshalb sieht der gestern im Kabinett beschlossene Haushaltsentwurf die Einrichtung einer Projektgruppe in der Straßenbauverwaltung vor, die genau jedes dieser Projekte voranbringen soll.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD)

Ebenso wichtig für unser Land sind die Häfen. Die Landesregierung setzt sich deshalb dafür ein, dass im Bundesverkehrswegeplan vorgesehene Vertiefungen der Fahrrinnen zu den Häfen Rostock und Wismar schnell umgesetzt werden. Wir werden die Hafeninfrasturktur weiter ausbauen und zusätzliche Flächen für Ansiedlungen und Erweiterungen von Betrieben zur Verfügung stellen.

Meine Damen und Herren, die dritte Herausforderung ist die Digitalisierung. Das ist einer der Bereiche, in dem ich als Ministerpräsidentin neue Akzente setzen möchte. Ich bin davon überzeugt, die Digitalisierung eröffnet gerade einem Land wie Mecklenburg-Vorpommern mit seinen Freiräumen und optimalen Bedingungen für die kreative

Arbeitswelt neue wirtschaftliche Chancen, und die sollten wir gemeinsam nutzen. Voraussetzung dafür ist natürlich, dass überall schnelles Internet verfügbar ist. So, wie es früher selbstverständlich war, dass der Brief auch an Ihren Briefkasten kam, egal, wie weit das Dorf entfernt war und wie klein es war, muss es heute selbstverständlich werden, dass auch jede und jeder in unserem Land Zugang zum schnellen Internet bekommt.

(Beifall vonseiten der Fraktionen  
der SPD und CDU)

In den Städten ist das bereits sehr weitgehend der Fall, im ländlichen Raum verbessern wir mithilfe des Breitbandförderprogrammes des Bundes die Versorgung mit schnellem Internet. Und ich finde, es ist ein Riesenerfolg, dass ein erheblicher Teil der Mittel nach Mecklenburg-Vorpommern fließt, obwohl unser Land nun nicht das größte im Bundesgebiet ist. Das macht deutlich, dass die Landesregierung, die Kommunen und das Kompetenzzentrum hier wirklich hervorragende Arbeit geleistet haben. Vielen Dank dafür!

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD  
und Torsten Renz, CDU)

Digitalisierung heißt aber auch, dass die Dinge viel schneller laufen und dass wir schon immer an den nächsten Schritt in die Zukunft denken müssen. Und deshalb ist es wichtig, dass wir nach dem Programm für den Ausbau auf 50 MBit/s dafür sorgen, dass wir Schritt halten und noch höhere Übertragungsgeschwindigkeiten in modernen Glasfasernetzen bekommen. Dafür wird sich die Landesregierung auf Bundesebene einsetzen.

Mein Eindruck in den letzten Jahren war vor allem, dass das Thema Digitalisierung in Bezug auf die großen Konzerne, die großen Unternehmen diskutiert wurde, zum Beispiel, was heißt Digitalisierung für die Automobilindustrie. Mir ist aber wichtig, dass das, was das Rückgrat unserer Wirtschaft ausmacht, die kleinen und mittleren Betriebe in unserem Land, dass die unterstützt werden bei dem Prozess der Digitalisierung. Unsere Aufgabe wird es deshalb in den nächsten Jahren sein, gerade die kleinen und mittleren Unternehmen auf dem Weg ins digitale Zeitalter zu begleiten und gleichzeitig gute Bedingungen für innovative Existenzgründungen in diesem Bereich zu schaffen. Die Landesregierung wird deshalb einen Digitalisierungsfonds auf den Weg bringen, einen Fonds, der mit 10 Millionen Euro gespeist wird. Wir wollen aufbauend auf den guten Erfahrungen, die unser Land mit den Technologie- und Gründerzentren gemacht hat, Zentren für digitale Start-ups aufbauen. Und wir wollen mit einem Förderprogramm bereits bestehende Unternehmen dabei unterstützen, sich auf die neuen Möglichkeiten einzustellen.

Meine Damen und Herren, die vierte große Herausforderung: Das ist die Sicherung des Fachkräftebedarfs. Ich habe in den letzten Wochen und Monaten mit vielen Unternehmerinnen und Unternehmern unseres Landes gesprochen, zum Beispiel auf der Messe in Lübbtheen. Egal, welche Branche, egal, wie groß oder klein das Unternehmen war – jeder Unternehmer, jede Unternehmerin sagt, unsere größte Herausforderung ist die Fachkräftesicherung, wir brauchen gute Fachkräfte, damit unser Unternehmen weiter Bestand hat. Deshalb ist die Sicherung des Fachkräftebedarfs so wichtig.

Die Sicherung des Fachkräftebedarfs beginnt für mich mit guter Ausbildung. Da macht es mir Sorgen, dass wir in der Vergangenheit manchmal in der Bildungspolitik den Eindruck erweckt haben, dass unser Fokus sehr stark darauf liegt, dass die Kinder Abitur machen, dass sie dann zum Studium gehen. Wir alle kennen die Debatten um die Abiquote, um die Studienquote und um Abbrecher. Aber ich finde, wir müssen genauso einen Schwerpunkt darauf legen, den Kindern und auch den Eltern zu sagen und damit Druck herauszunehmen, dass auch eine gute berufliche Ausbildung ein solider Abschluss ist, dass man damit eine Zukunft hat und damit auch etwas aus seinem Leben machen kann. Das muss mehr wertgeschätzt werden.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD  
und Vincent Kokert, CDU –  
Thomas Krüger, SPD: Sehr richtig!)

Deshalb wird das Land die Aus- und Fortbildung stärker unterstützen. Zum Beispiel wollen wir als Land die bestandene Meisterausbildung künftig mit 2.000 Euro fördern und die besten Meisterinnen und Meister erhalten sogar 5.000 Euro.

Aber auch die Wirtschaft ist in der Pflicht. Sie muss den jungen Menschen Chancen eröffnen, sich im Beruf gut zu entwickeln. Ich weiß, dass viele Unternehmer und Unternehmerinnen genau das in unserem Land tun. Ich möchte gerade denen danken, die sich auch auf den noch etwas schwierigeren Weg machen und sagen, da sind junge Menschen, die haben das vielleicht nicht gleich beim ersten Mal gepackt, aber ich gebe ihnen auch eine zweite Chance. Wir brauchen diese Offenheit für die jungen Menschen, das freut mich sehr. Aber was gut ist, kann auch besser werden, und deshalb müssen wir gemeinsam – Landesregierung, aber auch Unternehmen – dafür sorgen, dass wir gute Ausbildungsmöglichkeiten für die jungen Menschen in unserem Land haben.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD)

Was auf jeden Fall in unserem Land besser werden muss, sind die Löhne. Mecklenburg-Vorpommern wird auf Dauer nur konkurrenzfähig mit anderen Regionen sein, wenn wir bei den Löhnen attraktiv sind. Die Rentenangleichung ist auf den Weg gebracht. Jetzt gilt es, dass wir auch Anschluss bei den Löhnen finden. Das ist zugegebenermaßen viel schwieriger. Die Rentenangleichung Ost-West war möglich mit einem Gesetz. Das ist es nicht bei den Löhnen. Die Löhne werden in Deutschland von Arbeitgebern und Arbeitnehmern ausgehandelt. Und wir respektieren die Tarifautonomie. Die Landesregierung hat allerdings eine klare Haltung zu dieser Frage: Wir wollen nicht mit Billiglöhnen für unser Land werben, sondern wir werben dafür, dass insgesamt bessere Löhne im Land gezahlt werden. Wir setzen uns mit den Gewerkschaften und einer ganzen Reihe von Wirtschaftsvertretern dafür ein, dass im Land mehr Tariflohn gezahlt wird, denn im tariflichen Bereich ist die Angleichung zwischen den Löhnen in Ost und West schon weiter vorangeschritten. Das zu erhöhen, muss unser Ziel für die kommenden Jahre sein – gemeinsam.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD)

Deshalb ist bei der Bildung der Landesregierung festgelegt worden, dass wir mit der Wirtschaft und den Gewerkschaften darüber reden wollen, wie wir die

Wirtschaftsförderung des Landes stärker auf die Schaffung unbefristeter sozialversicherungspflichtiger und tarifgebundener Arbeitsplätze ausrichten können. Mein Wunsch ist es, dass wir das gemeinsam im Konsens lösen. Das setzt allerdings voraus, dass alle Seiten dazu bereit sind, eine konstruktive Lösung zu erreichen, und dazu werde ich demnächst zu Gesprächen einladen.

Meine Damen und Herren, die fünfte Herausforderung liegt im Bereich Wirtschaft und Arbeit: Es gehört zu den großen Erfolgsgeschichten unseres Landes, dass sich die Arbeitslosenzahl mittlerweile halbiert hat. Bei aller Freude darüber dürfen wir aber nicht vergessen, dass immer noch knapp 70.000 Menschen in unserem Land arbeitslos sind und dass unter den 70.000 viele Langzeitarbeitslose sind, die – und das gehört zur Wahrheit – kaum Chancen auf dem ersten Arbeitsmarkt haben. Deshalb ist mir auch hier ein weiterer Akzent wichtig: Wir müssen uns stärker darum kümmern, dass die Menschen, die derzeit Perspektivlosigkeit haben, wieder eine neue Chance bekommen.

Daher unterstütze ich den Wirtschaftsminister, dass er gemeinsam mit der Agentur für Arbeit ein entsprechendes Programm auf den Weg bringt. Wir wollen Bürgerarbeit für diese Menschen in unserem Land. Im Jahr 2017 sollen davon 200 Langzeitarbeitslose profitieren, im Jahr 2018 sollen es bereits 500 sein, die bei kommunalen oder gemeinnützigen Arbeitgebern und auch erstmalig in gewerblichen Unternehmen eingestellt werden. Unser Fokus liegt hier ganz klar auf Eltern, insbesondere auf den alleinerziehenden Müttern, denn alleinerziehende Mütter und Väter, die langzeitarbeitslos sind, haben es besonders schwer, in Arbeit zu kommen.

Ich finde es wichtig, dass wir in unserem Land Kindern mit guter Kita, guter Schule eine gute Perspektive geben, aber auch ihren Eltern eine Perspektive geben. Das gehört für mich zusammen, sehr geehrte Damen und Herren.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD)

Das ist für mich der erste und auch wichtigste Schritt zur Bekämpfung der Kinderarmut. Wir müssen dafür sorgen, dass Eltern in unserem Land in Arbeit sind, möglichst auch gute Löhne bekommen, damit deren Kinder nicht arm sind.

Meine Damen und Herren, zu den im Land kontrovers diskutierten Themen der letzten Jahre gehört die Energiepolitik. Meine Erfahrung ist, eine klare Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger unterstützt die Energiewende. Die wenigsten wollen zur Atomkraft zurück, die wenigsten wollen ein Kohlekraftwerk in unserem Land. Aber dann müssen wir auch sagen, was sind denn die Energien, die uns sauberen Strom liefern. Das sind die erneuerbaren Energien. Wenn das natürlich vor dem eigenen Haus stattfindet, ist der Blick auf dieses Thema ein differenzierter. Daher kommt es immer wieder zu Debatten und Protesten. Ich will hier ganz klar sagen: Ich stehe hinter der Energiewende, ich bin allerdings auch der Auffassung, dass wir zu einem guten Gleichgewicht kommen müssen zwischen der Notwendigkeit des Ausbaus von erneuerbaren Energien und den Belastungen für Bürgerinnen und Bürger. Wir werden nur Akzeptanz finden, wenn wir die Menschen dabei mitnehmen.

Deshalb gehört für mich ein weiterer Punkt dazu: Auf Bundesebene möchte ich mich gemeinsam mit den ostdeutschen und norddeutschen Ministerpräsidenten dafür einsetzen, dass die Netzkosten in Deutschland gerechter verteilt werden. Es kann nicht so bleiben, dass die Regionen, die die erneuerbaren Energien stärker voranbringen und damit genau diese Diskussionen mit den Bürgerinnen und Bürgern haben, auf der anderen Seite bei den Netzentgelten und damit bei den Stromkosten für die Bürgerinnen und Bürger und auch die Wirtschaft stärker belastet werden. Das ist ungerecht und führt dazu, dass die Akzeptanz für die Energiewende schwindet. Darum wollen wir uns hier für eine gerechte Verteilung, eine gerechte Belastung einsetzen. Dazu haben wir am letzten Freitag im Bundesrat bei der Einigung zu den Netzentgelten den ersten Schritt gemacht. Aber für mich ist klar, es müssen weitere Schritte kommen, wir brauchen eine gerechte Verteilung der Kosten.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD –  
Thomas Krüger, SPD: Sehr richtig!)

Meine Damen und Herren, die Landesregierung hat sich entschieden, in dieser Legislatur ein besonderes Augenmerk auf den Landesteil Vorpommern zu richten. Dabei geht es nicht darum, einen Landesteil dem anderen vorzuziehen, ganz im Gegenteil. Unser Ziel ist es, dass sich beide Landesteile, Mecklenburg und Vorpommern, gut entwickeln. Trotz der guten Entwicklung, die auch Vorpommern in den letzten Jahren genommen hat, hat es diese Region aber deutlich schwerer. Es ist mir wichtig, dass die Menschen in Vorpommern nicht den Eindruck haben, Schwerin wäre so weit weg für sie, Schwerin würde nicht ihre Interessen im Blick haben. Deshalb habe ich auch ganz bewusst meinen ersten Termin nach meiner Wahl im Landesteil Vorpommern absolviert.

Die Regierungspartner haben sich zu Beginn der Wahlperiode entschieden, dass erstmals ein Parlamentarischer Staatssekretär für Vorpommern berufen wird. Mit meinem Staatssekretär Patrick Dahlemann haben die Bürgerinnen und Bürger, die Kommunen und die gesellschaftlichen Akteure einen zusätzlichen Ansprechpartner und Kümmerer vor Ort, der die Dinge ganz konkret – das erlebe ich persönlich in der gemeinsamen Arbeit – nach Schwerin bringt, nach Schwerin trägt.

Vorpommern voranzubringen, ist selbstverständlich eine Angelegenheit der gesamten Landesregierung. Wir werden deshalb mit einer Lenkungsgruppe die Aktivitäten der Landesregierung in Vorpommern besser koordinieren. Mit dem Vorpommernfonds werden wir kleinere Projekte unterstützen, die die Region wirtschaftlich, sozial und kulturell voranbringen und den Zusammenhalt und die vorpommersche Identität stärken. Und wir wollen darüber hinaus drei bis vier Großprojekte auf den Weg bringen. Dazu wollen wir mit den Akteuren vor Ort gemeinsam in einen Dialog treten, denn eins ist völlig klar: Wir können den Landesteil Vorpommern nur mit den Bürgerinnen und Bürgern gemeinsam voranbringen.

(Beifall vonseiten der Fraktionen  
der SPD und CDU)

Meine Damen und Herren, der zweite große Schwerpunkt ist der Schwerpunkt „gute Familienpolitik“, also gute Politik für Familien mit Kindern, aber auch mit pflegebedürftigen Angehörigen. Stärkung von Familien mit Kindern heißt vor allem, die Vereinbarkeit von Familie

und Beruf zu verbessern, für gute Kitas, gute Tagespflege und gute Schulen zu sorgen. Das sind Themen, für die ich mich als Bundesfamilienministerin besonders eingesetzt habe, und das sind auch Themen, bei denen ich mit einer einjährigen Tochter und einem zehnjährigen Sohn ganz persönliche Erfahrungen habe. Ich weiß, dass in den Kitas und Schulen unseres Landes vieles gut läuft, aber dass auch noch viele Dinge besser werden müssen.

Mecklenburg-Vorpommern hat in den letzten Jahren große Anstrengungen unternommen, um die frühkindliche Bildung und die Kinderbetreuung im Land zu verbessern. Wir haben auf der einen Seite in Qualität investiert. Ich erinnere an die Vor- und Nachbereitungszeiten, an den besseren Betreuungsschlüssel im Kindergarten – von 1 : 18 auf 1 : 15 abgesenkt – und an das Beispiel der vorschulischen Bildung, die wir gestärkt haben. Wir haben auf der anderen Seite die Beiträge für die Eltern abgeschmolzen, Eltern dort entlastet. Für mich gehört beides zusammen, die Entlastung der Eltern von Kitagebühren, aber auch, die Qualität zu sichern.

Bei den Beiträgen müssen wir weiter vorankommen. So haben wir bereits die Elternbeiträge im letzten Kindergartenjahr Monat für Monat über einen Zuschuss von 80 Euro und in der Krippe um monatlich 100 Euro abgesenkt. Das sind viele gute Maßnahmen, auf die wir stolz sein können. Ich bin fest davon überzeugt, wir werden in diesem Bereich in den kommenden Jahren weiter stärker investieren müssen, denn Kitas sind die ersten Bildungseinrichtungen, die Kinder besuchen, und deshalb müssen wir auch dafür sorgen, dass alle Kinder diesen Zugang haben.

Wir wollen die Eltern von den Kitagebühren weiter stärker entlasten. Mit dem kommenden Haushalt werden wir die nächsten Schritte tun. Wir werden zum 01.01.2018 für Eltern, die ihr Kind in der Kita haben, den Beitrag pro Monat um 50 Euro absenken, mit Ausnahme des letzten Kindergartenjahres, wo es ja schon die 80 Euro Zuschuss gibt. Das sind 600 Euro im Jahr, eine ganz konkrete Entlastung, die vor allem die Eltern, die arbeiten gehen und diese Gebühren zahlen müssen, jedes Jahr ganz konkret spüren. Das ist der richtige Weg für eine gute und moderne Familienpolitik.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD  
und Holger Kliewe, CDU)

Wir werden in einem weiteren Schritt zum 01.01.2019 die Eltern, die ein Geschwisterkind oder mehrere Kinder in der Kita haben, noch einmal zusätzlich entlasten. Und schließlich haben SPD und CDU festgelegt, dass wir durch die Tilgung von Altschulden gewonnene Spielräume vorrangig zur Stabilisierung und weiteren Absenkung der Elternbeiträge einsetzen werden. Das sind wichtige Verbesserungen.

Sehr geehrte Damen und Herren, es bleibt das langfristige Ziel, dass wir die Kita gebührenfrei machen. Wir wollen einen gebührenfreien Bildungsweg von der Kita über die Schule bis hin zum Studium. So sehen gute Familienpolitik und gute Bildungspolitik aus.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD)

Ich will an einem konkreten Beispiel deutlich machen, dass es auch wichtig ist für die Fachkräftesicherung und für eine gerechte Arbeitswelt. Ich habe im letzten Jahr in

Bad Doberan eine Mutter getroffen, die zu mir gesagt hat, Frau Schwesig, endlich bekomme ich Mindestlohn. Wir alle hier wissen, Mindestlohn ist nicht der große Lohn, sondern wirklich die Lohnuntergrenze, damit niemand darunter rutscht, aber sie war froh darüber, weil sie vorher weniger bekommen hat. Sie hat mir gesagt, dass sie jetzt 1.400 Euro im Monat hat, aber davon 600 Euro Kitagebühren für zwei Kinder zahlt, und mich gefragt, ob das gerecht ist, dass man, wenn man jeden Tag arbeiten geht, so einen großen Teil seines kleinen Lohnes für die Betreuung der Kinder, für die Bildung der Kinder bezahlen muss. Das ist es natürlich nicht. Deshalb ist es so wichtig, dass wir seriös und solide die Gebühren dauerhaft absenken und langfristig das Ziel der Gebührenfreiheit haben, damit gerade die arbeitende Mitte, die Frauen und Männer, die jeden Tag hart arbeiten und Kinder großziehen, nicht so stark belastet werden.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD –  
Thomas Krüger, SPD: Sehr richtig!)

Diese Gebührenfreiheit können wir nur Schritt für Schritt erreichen. Wir haben zwei konkrete Schritte im Koalitionsvertrag vereinbart und verabredet, dass wir weitere Spielräume für diesen Bereich nutzen. Wie diese Spielräume sich in den nächsten Jahren gestalten, hängt auch davon ab, ob es nach der Bundestagswahl Steuersenkungen geben wird – ich rechne damit, wir sind darauf vorbereitet –, welche Spielräume dann unser Haushalt geben wird und ob der Bund uns auch bei der Frage Gebührenentlastung dauerhaft unterstützt. Deshalb kann man heute noch nicht seriös einen Fahrplan aufstellen. Das sind zwei große Punkte: Wie sind unsere Spielräume in den nächsten Jahren durch Steuerentlastung, kleiner oder größer? Und bekommen wir vom Bund auch dafür Gelder, die wir in einen Stufenplan einbeziehen müssen? Deshalb sage ich ganz klar: Wenn die finanziellen Auswirkungen von der neuen Bundesregierung klar sind, dann werden wir einen Stufenplan vorlegen, wie wir zur Abschaffung der Elternbeiträge in unserem Land kommen. Ich rechne damit, dass wir diesen Stufenplan im nächsten Jahr präsentieren können. Es bleibt beim langfristigen Ziel: gebührenfreie Bildung von Anfang an.

(Beifall vonseiten der Fraktionen  
der SPD und CDU)

Meine Damen und Herren, daneben gibt es ein weiteres wichtiges Ziel im Bereich der Kindertagesbetreuung. Wir werden in dieser Landtagssitzung den Weg frei machen für die duale Ausbildung von Erzieherinnen und Erziehern. Damit werden wir gemeinsam mit Baden-Württemberg Vorreiter in Deutschland sein. Ich finde, dieses Gesetz ist ein wichtiger Schritt nach vorn.

Warum? Es ist niemandem zu erklären, warum ausgerechnet im Bereich der sozialen Berufe – bei Erzieherinnen und Erziehern, aber auch in der Pflege – die jungen Frauen und Männer viele Jahre zur Schule gehen müssen, keine Ausbildungsvergütung bekommen und oft auch noch Schulgeld bezahlen müssen.

(Vincent Kokert, CDU: Das versteht niemand.)

Das ist unattraktiv schon im Bereich der Ausbildung und deshalb ist es wichtig, dass wir mit dem neuen Gesetz einen wichtigen Schritt machen: eine duale Ausbildung, in der Erzieherinnen und Erzieher von Anfang an Schule und Praxis haben und in der sie auch eine Ausbildungs-

vergütung bekommen. Erzieherinnen und Erzieher haben mir bei meinem zweiten Tag nach meiner Wahl, als ich die Berufsschule für Gesundheit und Soziales hier in Schwerin besucht habe, genau das gesagt, dass sie es als ungerecht empfinden, dass sie jahrelang die Schulbank drücken und keine Ausbildungsvergütung bekommen. Diesen Weg der dualen Ausbildung, wie das überall und international anerkannt ist, in Handwerksberufen, in allen anderen Branchen, beschreiten wir jetzt auch im Bereich von Erzieherinnen und Erziehern.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD)

Meine Damen und Herren, ebenso wichtig wie die gute frühkindliche Bildung ist natürlich der Anschluss, der Bereich Schule. Die Eltern haben sehr klare Erwartungen an uns: möglichst wenig Unterrichtsausfall, motivierte Lehrerinnen und Lehrer und vor allem guten Unterricht. Deshalb ist es wichtig, dass die Landesregierung in der vergangenen Wahlperiode ein 50-Millionen-Euro-Paket für die Schulen auf den Weg gebracht hat, das genau da ansetzt. Vielen Dank dafür!

Und noch für eine andere Entscheidung aus der vergangenen Wahlperiode bin ich sehr dankbar. Ich freue mich darüber, dass die SPD, die CDU und die Partei DIE LINKE die wichtige Aufgabe der Inklusion gemeinsam angehen, denn natürlich gibt es bei den Eltern, bei den Eltern mit Kindern mit Förderbedarf und bei den Eltern mit Kindern ohne Förderbedarf, auch Sorgen, Sorgen und Ängste, die wir ernst nehmen müssen. Deshalb ist es so wichtig, dass wir diese Aufgabe gemeinsam Schritt für Schritt angehen unter Einbeziehung der Eltern und der Lehrkräfte. Das ist der richtige Weg. Auch in den kommenden Jahren werden wir deshalb für den Weg der Inklusion mehr Fachkräfte zur Verfügung stellen. Dafür haben wir mit dem Doppelhaushalt von gestern die Weichen gestellt. Wir wollen auch den Lehrerberuf attraktiver gestalten, um junge und motivierte Lehrerinnen und Lehrer für unser Land zu gewinnen, und wir wollen weiter für mehr Chancengleichheit in der Bildung sorgen. Dafür brauchen wir noch mehr Ganztagschulen in unserem Land. Wir haben ein klares Ziel für diese Wahlperiode, nämlich den Ausbau von Ganztagschulplätzen für 10.000 Schülerinnen und Schüler, und es bleibt bei diesem Ziel.

Meine Damen und Herren, einige Landesregierungen vertreten die Auffassung, dass der Bund sich komplett aus der Schulpolitik raushalten soll. Dieser Meinung bin ich nicht. Ich halte das Kooperationsverbot für überholt und falsch. Deshalb freue ich mich, dass es im Zuge der Verhandlungen zu den Bund-Länder-Finzen gelungen ist, dass dem Bund zukünftig die Möglichkeit gegeben wird, bei der Sanierung von Schulen zu helfen, denn zur Wahrheit gehört, dieses Geld brauchen wir. Noch nicht jede Schule sieht so aus, wie wir es gerne hätten und wie es für Schülerinnen und Schüler und vor allem auch für die Fachkräfte angemessen ist.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD)

Zur Chancengleichheit von Kindern gehören auch gemeinsame Standards im Schulsystem. Viele Eltern wünschen sich deshalb in Deutschland einheitliche und gemeinsame Abschlussprüfungen. Es kann wirklich nicht so bleiben, dass der Schulwechsel von Land zu Land, oftmals bedingt durch den Arbeitsplatzwechsel der Eltern, erhebliche Schwierigkeiten macht. Deshalb müssen

die Länder weiter aufeinander zugehen. Mecklenburg-Vorpommern wird das Land sein, was an dieser Stelle fortschrittlich und offen für diesen gemeinsamen Prozess ist und ihn nicht blockiert.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD)

Meine Damen und Herren, ein wichtiges Thema ist die Bekämpfung der Kinderarmut. Wir müssen unsere Kraft dafür einsetzen, dass alle Kinder in unserem Land möglichst gute Chancen für ein gesundes Aufwachen, eine gute Bildung und eine Zukunftsperspektive haben. Ich möchte, dass die Zukunft der Kinder davon abhängt, welche Talente sie haben, und nicht davon abhängt, woher sie kommen, sondern wohin sie wollen. Deshalb ist es für mich wichtig, dass wir uns dem Thema Kinderarmut widmen. Wer sich seriös mit diesem Thema befasst, wird schnell feststellen: Die Armut der Kinder ist die Armut der Eltern. Die wichtigste Ursache für die überdurchschnittlich hohe Kinderarmut in Mecklenburg-Vorpommern ist weniger auf dem Gebiet der Familienpolitik zu finden. Die wichtigsten Ursachen sind die im Bundesvergleich immer noch niedrige Wirtschaftskraft, die höhere Arbeitslosigkeit und die kleineren Einkommen. Deshalb ist die wichtigste Antwort auf die Bekämpfung der Kinderarmut, dass wir Mecklenburg-Vorpommern wirtschaftlich voranbringen, dass die Eltern hier gute Arbeit und gute Löhne haben.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD  
und Holger Kliewe, CDU)

In einem zweiten Schritt müssen wir uns um die Gruppen kümmern, die ein höheres Armutsrisiko haben als andere. Dazu gehören die Alleinerziehenden, viele alleinerziehende Mütter, aber auch Väter. Deshalb setzen wir den einen Schwerpunkt bei der Bürgerarbeit, was ich vorhin schon erläutert habe. Deshalb war es mir so wichtig, dass wir auch bei den Familienleistungen helfen. Deshalb war es mir wichtig, dass wir erreichen, dass zukünftig alleinerziehende Mütter und Väter, deren Expartnerinnen und -partner nicht zahlen oder nicht zahlen können, für die Kinder einen Unterhaltsvorschuss bekommen, und den nicht nur sechs Jahre lang und nicht nur bis zum 12. Lebensjahr, weil die Kinder auch noch im 13. Geld kosten und weil man auch da noch für die Kinder sorgen muss, sondern zukünftig für alle Kinder bis zum 18. Lebensjahr. Das Land Mecklenburg-Vorpommern wird das natürlich hier finanzieren. Das ist unsere zweite Antwort auf die Bekämpfung der Kinderarmut.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD –  
Torsten Renz, CDU: Sehr gut!)

Dann können auch die Beitragsentlastungen in der Kita helfen, dass Familien mit einem geringen Einkommen nicht in die Armut rutschen. Es ist in unserem Land so, dass die Familien, die von Sozialleistungen leben müssen, den gebührenfreien Zugang für ihre Kinder zum Kitasystem haben. Das ist auch gut und richtig so, denn uns geht es um die Teilhabe von Kindern und die darf nicht vom Geldbeutel der Eltern abhängen. Aber gerade die vielen Eltern, die kurz über der Grenze liegen, weil sie arbeiten, aber eben kleine Löhne haben, drohen wieder abzurutschen, wenn sie zu hohe Kitagebühren haben. Deshalb ist auch die Absenkung der Kitagebühren ein dritter und weiterer wichtiger Punkt zur Bekämpfung der Kinderarmut.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, das ist der seriöse Weg, den die Landesregierung und die Regierungsfractionen bei der Bekämpfung der Kinderarmut beschreiten werden.

Meine Damen und Herren, unser dritter Schwerpunkt ist der soziale Zusammenhalt. Mecklenburg-Vorpommern soll ein Land für alle Generationen sein. Deshalb unterstützen wir nicht nur Familien mit Kindern, sondern auch Familien mit pflegebedürftigen Angehörigen, aber auch alle älteren Menschen in unserem Land. Ältere Menschen in unserem Land sind nicht nur pflegebedürftig, brauchen nicht nur eine gute Rente, sondern viele sind fitter denn je und wollen sich einbringen, auch ehrenamtlich.

Aber es ist auch wichtig, dafür zu sorgen, dass gerade die älteren Menschen in unserem Land bei der Rente nicht benachteiligt werden. Deshalb war es gut und richtig, dass der Bundesrat letzten Freitag den Weg zur Rentenangleichung, zur überfälligen Rentenangleichung Ost-West, frei gemacht hat.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD  
und Vincent Kokert, CDU)

Ich kann alle gut verstehen, die sagen, ich hätte mir einen schnelleren Zeitplan gewünscht. Aber angesichts der massiven Widerstände, die ich direkt miterleben konnte, innerhalb der Bundesregierung, innerhalb des Bundestages, schwere Diskussionen über diesen Zeitplan, ist die gesetzliche Festschreibung, die erstmalige gesetzliche Festschreibung der Angleichung, ein echter Erfolg, vor allem ein Erfolg, den wir erreicht haben, weil die ostdeutschen Landesregierungen parteiübergreifend zusammengearbeitet haben. Deshalb geht mein Dank auch an die Kollegen in Berlin, Brandenburg, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen. So sollten wir es immer machen, wenn es um die Interessen der Menschen in Ostdeutschland geht.

(Beifall vonseiten der Fraktionen  
der SPD und CDU)

Die Renten werden jetzt in sieben Schritten auf Westniveau angehoben. Das bedeutet nicht nur eine finanzielle Besserstellung der Rentnerinnen und Rentner. Es ging immer in der Rentendebatte Ost und West auch darum, dass endlich die Lebensleistung der ostdeutschen Rentnerinnen und Rentner, auf die ich zu Beginn meiner Regierungserklärung eingegangen bin, anerkannt wird, denn erst wenn die soziale Einheit Deutschlands vollständig beschlossen ist, mit der Angleichung der Renten und der Angleichung der Löhne, erst dann wird auch die deutsche Einheit vollendet sein.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD)

Bei den Renten, meine Damen und Herren, gibt es aber noch weiteren Verbesserungsbedarf. In den kommenden Jahren gehen vor allem die Jahrgänge in den Ruhestand, bei denen sich insbesondere in Ostdeutschland lange Phasen von Erwerbstätigkeit, aber auch Phasen von Arbeitslosigkeit abwechseln. Ich habe vorhin über die Generation meiner Eltern gesprochen. Wir haben auch viele Menschen, die jahrelang von kleinen Löhnen leben mussten, Löhnen weit unter Mindestlohniveau. Diese Menschen haben nur eine kleine Rente zu erwarten, die nur durch die Grundsicherung aufge-

stockt werden kann. Deshalb kämpfe ich für die Einführung einer Solidarrente. Wer ein Leben lang hart gearbeitet hat, der muss am Ende eine Rente haben, die höher ist als die Grundsicherung. Das ist unser gemeinsames Ziel.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD  
und Holger Kliewe, CDU)

Und wir brauchen einen Gerechtigkeitsfonds, einen Gerechtigkeitsfonds, der die Probleme der Rentenüberleitung Ost löst, die zum Beispiel die in der DDR geschiedenen Frauen betreffen. Sie alle kennen diese Frauen, die heute oft von Sozialhilfe leben müssen. Deshalb werde ich mich für beides auf Bundesebene einsetzen.

Meine Damen und Herren, einen besonders großen Beitrag zum sozialen Zusammenhalt leisten die Ehrenamtlichen in Mecklenburg-Vorpommern. Sie geben das für andere Menschen, was in unser aller Leben am wertvollsten ist, die eigene Zeit. Mehr als 40 Prozent der Bürgerinnen und Bürger engagieren sich für das Gemeinwesen. Velen Dank für dieses großartige Engagement!

(Beifall vonseiten der Fraktionen  
der SPD und CDU)

Ich setze auf diese Aktiven in unserer Gesellschaft, denn das sind die Menschen, die unser Land zusammenhalten, die das Leben vor Ort besser gestalten, die dafür sorgen, dass unsere Demokratie gestärkt wird. Deshalb habe ich mich ganz bewusst bei meinem allerersten Termin als Ministerpräsidentin mit Ehrenamtlichen getroffen im Stralsunder Traditionsverein. Das ist das tausendste Projekt, das von der Ehrenamtsstiftung des Landes gefördert wird. Ich bin fest davon überzeugt, es war richtig und wichtig, die Ehrenamtsstiftung zu errichten.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD)

Wir alle kennen doch das Problem, wenn wir vor Ort sind, dass oftmals gute, wichtige Ideen an einer kleinen Summe, die notwendig ist, scheitern, weil auch der Haushalt dann eher sperrig ist, da was machen zu können, in der Kommune oder im Land. Deshalb brauchen wir einen starken Dienstleister für das Ehrenamt, der unkompliziert gute Projekte fördert. Meinem Amtsvorgänger lag diese Stiftung besonders am Herzen und ich sage zu: Die Ehrenamtsstiftung hat meine volle Unterstützung als Ministerpräsidentin dieses Landes.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD)

Meine Damen und Herren, auch die Kultur trägt zur Festigung des sozialen Zusammenhalts bei. Mecklenburg-Vorpommern zeichnet sich durch eine reiche und vielfältige Kulturlandschaft aus. Dazu gehören die großen Musikfestivals, die Open-Air-Aufführungen jetzt im Sommer, unsere Theater, unsere Museen, die Kunsthäuser und Galerien, aber zum Beispiel auch die Jugendmusik- und Jugendkunstschulen, die junge Menschen für Kultur begeistern. Besonders wichtig sind mir die vielen kleinen kulturellen Initiativen im Land, die insbesondere den Zusammenhalt im ländlichen Raum stärken. Deshalb wird die Landesregierung die bisherige Kulturförderung stark vereinfachen, um gerade den kleinen Initiativen die Arbeit zu erleichtern. Die Initiativen sollen Zeit haben für Kultur und nicht so sehr für Bürokratie.

Darüber hinaus gibt es in diesem Bereich weitere wichtige Projekte, vom Abschluss der Theaterreform bis hin zur Filmförderung. Ein Projekt, das mir – und ich weiß, auch vielen von Ihnen – besonders am Herzen liegt, ist die Aufnahme des Residenzensembles Schwerin ins Weltkulturerbe. Lassen Sie uns deshalb gemeinsam diese Bewerbung mit voller Kraft unterstützen!

Meine Damen und Herren, der demografische Wandel stellt uns vor große Herausforderungen. Wir stehen vor der schwierigen Aufgabe, insbesondere im ländlichen Raum, wo wenige Menschen leben, eine funktionierende öffentliche Infrastruktur aufrechtzuerhalten, und das gilt insbesondere für die medizinische und pflegerische Versorgung. Da gibt es nach meiner Wahrnehmung durchaus widersprüchliche Entwicklungen. Obwohl wir auf der einen Seite immer mehr Geld ins Gesundheitswesen geben, die Spitzenmedizin attraktiver wird und Fortschritte macht bei der Heilung von Krankheiten, gibt es gleichzeitig einen Rückzug aus der Grundversorgung. Die Grundversorgung ist in Gefahr, wenn zum Beispiel Nachwuchs bei Landärzten fehlt, und deshalb müssen wir gemeinsam mit den Verantwortlichen im Gesundheitswesen Lösungen finden. Sicher muss das Gesundheitssystem wirtschaftlich sein, aber es darf darüber hinaus nicht die Menschen vergessen, denn um die geht es, um ihre Gesundheit.

Alle derzeit bestehenden Krankenhäuser im Land sind für die Versorgung der Bevölkerung wohnortnah erforderlich und sollen deshalb auch weiterbestehen, aber wir müssen auch neue Konzepte für die Gesundheitsversorgung vor Ort entwickeln. Insbesondere muss es gelingen, die ambulante Versorgung und die stationäre Versorgung besser zu verzahnen, zum Beispiel, indem die Krankenhausärztin, so, wie es heute einige schon gut praktizieren, einen Teil stationär im Krankenhaus arbeitet und einen anderen Teil ambulant. Damit können wir Praxen und Krankenhäuser auch im ländlichen Raum sichern. Es ist gut, dass das Gesundheitsministerium genau diese Entwicklung unterstützt.

(Beifall vonseiten der Fraktionen  
der SPD und CDU)

Meine Damen und Herren, in den letzten Jahren ist eine große Zahl an Menschen nach Deutschland gekommen. Die meisten von ihnen sind geflüchtet, weil es in ihrer Heimat Krieg, Gewalt, Unterdrückung und Verfolgung gibt. Über die Anerkennung in Deutschland muss selbstverständlich in jedem Einzelfall entschieden werden. Aber eins ist für mich klar: Wir müssen den Flüchtlingen, die in Deutschland bleiben dürfen, die Möglichkeit zur Integration geben und sie müssen auch diese Integration nutzen. Dazu gehört mehr als nur ein Gang zum Sprachkurs. Es geht um ganz konkrete Hilfe im Alltag, um den Zugang für Kinder in Kitas und Schulen, beim Gang zu Behörden, bei der Suche nach einem Arbeitsplatz.

Deshalb bin ich dankbar dafür, dass sich neben den Frauen und Männern in den dafür zuständigen Institutionen viele Menschen in unserem Land ehrenamtlich in der Flüchtlingshilfe engagieren. Und ich werde es nicht zulassen, dass gegen die Menschen, die bei uns Schutz suchen, und gegen die, die ihnen helfen, gehetzt wird. Das werde ich nicht zulassen!

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD  
und Vincent Kokert, CDU)

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich zum Abschluss noch drei Themen kurz ansprechen, die wichtig sind und die deutlich machen, wofür ich stehe.

Das erste Thema: Ich stehe für ein partnerschaftliches Verhältnis zwischen Land und Kommunen. Wie viele von Ihnen wissen, bin ich in der Kommunalpolitik groß geworden und ich habe es nicht vergessen, welche Verantwortung dort Hauptamtliche, aber auch die vielen ehrenamtlichen Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitiker tragen. Als Stadtvertreterin und auch später als Fraktionsvorsitzende in der Stadtvertretung Schwerin habe ich erlebt, dass man Entscheidungen treffen muss für viele Bereiche des Lebens vor Ort. Das Leben findet in unseren Städten, in unseren Dörfern statt.

Deshalb sage ich hier ganz klar: Die Kommunen sind nicht das Kellergeschoss der Demokratie, sondern das Fundament der Demokratie und müssen gestärkt werden! Die Arbeit, die dort geleistet wird, verdient allergrößten Respekt. Deshalb ist es mir wichtig, dass auch die Kommunen, unsere Städte und Dörfer in der Lage sind, eine solide Finanzpolitik zu betreiben und Schwerpunkte in ihrer Arbeit zu setzen. Dazu brauchen sie eine angemessene Finanzausstattung. Das ist natürlich immer ein schwieriges Thema, weil alle an dem gleichen Tisch zerknagen. Aber deshalb ist es gut, dass das Land und die Kommunen nach schwierigen Verhandlungen einen Kompromiss gefunden haben. Diesen Kompromiss werden wir in partnerschaftlicher Zusammenarbeit umsetzen.

(Beifall vonseiten der Fraktionen  
der SPD und CDU)

Der zweite Punkt: Ich nehme das Thema „Innere Sicherheit“ sehr ernst. Es gibt in Teilen der Bevölkerung eine zunehmende Verunsicherung und dieser können wir nicht allein mit einer Polizeistatistik begegnen. Deshalb ist es wichtig, dass wir konkrete Maßnahmen ergreifen, die jetzt auch umgesetzt werden. Wir haben uns darauf verständigt, dass 150 zusätzliche Polizeistellen und die Verlagerung von 150 weiteren Stellen vom Innendienst in den Außendienst, also 300 zusätzliche Polizistinnen und Polizisten, für die Sicherheit in unserem Land sorgen.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Fast 550 Polizisten.)

Dazu müssen wir verstärkt neue Polizeikräfte ausbilden und es ist gut, dass wir demnächst wieder junge Polizistinnen und Polizisten mit unseren erfahrenen Einsatzkräften zusammen einsetzen können, die entschlossen gegen Kriminalität und Gewalt vorgehen.

Wie schwierig die Einsätze sein können, haben wir alle am Wochenende in Hamburg erlebt. Deshalb gilt mein Dank den Polizistinnen und Polizisten, die in diesen schwierigen Einsätzen sind, aber auch denen, die vor Ort die Stellung halten.

(Beifall vonseiten der Fraktionen  
der SPD, CDU, Leif-Erik Holm, AfD,  
und Karsten Kolbe, DIE LINKE)

Der dritte Punkt: Ich stehe für ein weltoffenes und demokratisches Mecklenburg-Vorpommern. Ich möchte die Demokratie stärken. Wichtige Partner dabei sind natürlich alle zivilgesellschaftlichen Gruppen, aber auch die Demokratiezentren unseres Landes. Wir müssen die Prävention ausbauen und wir müssen den Kräften ent-

schlossen entgegenzutreten, die unsere freiheitliche und demokratische Gesellschaft infrage stellen. Ich wende mich entschieden gegen jede Form von Extremismus und gegen jede Form von Gewalt!

(Beifall vonseiten der Fraktionen  
der SPD und CDU)

Deshalb werde ich selbstverständlich auch in meinem neuen Amt mein Engagement gegen den Rechtsextremismus fortsetzen.

(Thomas de Jesus Fernandes, AfD:  
Und was ist mit Linksextremisten?)

Das ist ein wichtiges Anliegen für mich und für viele Menschen in unserem Land.

Es ist eine wichtige Unterstützung, dass der Bundesrat die Möglichkeit eröffnet hat, verfassungsfeindlichen Parteien künftig die Finanzierung durch Steuergelder zu entziehen. Ich danke der Landesregierung, die in den Wahlperioden davor diesen Prozess erheblich unterstützt hat.

(Zuruf von Dr. Ralph Weber, AfD)

Ebenso entschlossen müssen wir selbstverständlich gegen linksextremistische Gewalttäter vorgehen.

(Zurufe vonseiten der Fraktion der AfD: Oh!)

In meiner Rede am 01.07.2014 als Bundesfamilienministerin habe ich darauf aufmerksam gemacht, dass wir verschiedene Extremismusformen in unserem Land haben: Rechtsextremismus, Linksextremismus, linke Militanz, aber auch Salafismus, Islamismus. Wir haben in vielen dieser Bereiche Zuwächse in ganz Deutschland. Und es ist eins ganz klar: Wer mit Steinen auf Polizisten wirft, Schaufenster einwirft, Brandsätze stiftet, für den kann es kein Verständnis geben, sondern nur die volle Härte des Gesetzes.

(Beifall vonseiten der Fraktionen  
der SPD und CDU)

Für mich ist eins ganz klar: Keine Ideologie, keine Religion, keine politische Auseinandersetzung darf sich über die Grundwerte unseres Grundgesetzes stellen! Das ist unser Leitbild, unser Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland!

(Beifall vonseiten der Fraktionen  
der SPD und CDU)

Meine Damen und Herren, unser Land liegt mitten in Europa. Auch wenn wir unsere Inseln im Land lieben, wir leben nicht auf einer Insel. Wir leben als Land mitten in Europa und wir haben Europa viel zu verdanken. Mecklenburg-Vorpommern und die anderen ostdeutschen Länder haben beim Neuaufbau nach 1990, auch dank der finanziellen Unterstützung der EU, eine gute Entwicklung genommen und vor allem ist das vereinte Europa, die Zusammenarbeit der europäischen Staaten der beste Garant für Frieden auf unserem Kontinent. Diese Landesregierung sagt ganz klar Ja zu Europa, Ja zu Europa als Werte- und Friedensgemeinschaft.

(Beifall vonseiten der Fraktionen  
der SPD und CDU)

Deshalb wollen wir nicht zurückfallen in den nationalen Egoismus, der uns überhaupt nicht weiterbringt. Wir sind davon überzeugt, dass wir in Mecklenburg-Vorpommern, in ganz Deutschland und in Europa gut, friedlich und freiheitlich leben, wenn wir mit unseren Nachbarn eng und gut zusammenarbeiten. Das gilt insbesondere für den Ostseeraum. Dabei ist das Verhältnis zu Polen, unserem direkten Nachbarn, von besonderer Bedeutung.

Enge Beziehungen unterhält unser Land auch traditionell nach Russland. Mein Amtsvorgänger hat diese Partnerschaft auch in schwierigen Zeiten gepflegt und ich bin davon überzeugt, dass es richtig so war. Ich möchte deshalb beide Zusammenarbeiten fortsetzen, sowohl mit Polen, aber auch die Zusammenarbeit mit Russland. Deshalb werde ich in diesem Jahr noch meinen ersten Besuch in Polen und in Russland abstaten. Zum Letzteren möchte ich sagen, ich glaube, Dialog ist besser als Konfrontation.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD  
und Holger Kliewe, CDU)

Meine Damen und Herren, ich habe es eingangs gesagt, der Dialog mit den Bürgerinnen und Bürgern ist mir sehr wichtig. Ich möchte mit möglichst vielen in unserem Land direkt ins Gespräch kommen. Das gilt ausdrücklich auch für diejenigen, die noch mit der Entwicklung unzufrieden sind. Ich möchte mit meiner Arbeit dazu beitragen, das Vertrauen in die Demokratie und in die Politik Stück für Stück zurückzugewinnen. Und es gibt viele Möglichkeiten zum Gespräch. Die Landesregierung wird die im Mai erfolgreich gestartete Veranstaltungsreihe „Landesregierung vor Ort“ fortsetzen. Einmal pro Halbjahr werden alle Ministerinnen und Minister zu einem Bürgerforum einladen, abgestimmt über das ganze Land verteilt.

Ich selbst habe mir vorgenommen, außerdem Praxistage zu absolvieren, einen Tag lang in einem Betrieb oder in einer Sozialeinrichtung mitzuarbeiten, um ganz alltägliche Erfahrungen aus der Arbeit, die die Bürgerinnen und Bürger in unserem Land leisten, in die Regierungsarbeit einzubringen. Selbstverständlich werde ich auch sonst viel im Land unterwegs sein, weil der persönliche Eindruck, das persönliche Gespräch besser ist als die Entscheidung nur anhand von Akten am Ministerpräsidententisch.

Ich setze auch auf die sozialen Medien. Und damit keine Missverständnisse aufkommen: Ein Besuch im Unternehmen, ein Besuch im Pflegeheim kann nicht ersetzt werden durch Twitter und Facebook. Für mich gehört beides zusammen. Ich will vor allem einen direkten Dialog pflegen, auch über die sozialen Medien, mit den Menschen in unserem Land, insbesondere mit den jüngeren.

Meine Damen und Herren, ich lade zur Mitarbeit ein. Mecklenburg-Vorpommern wird nur gut vorankommen, wenn die Bürgerinnen und Bürger sich aktiv in unsere Gesellschaft einbringen. Meine Einladung zur Mitarbeit geht auch ausdrücklich an den Landtag. Demokratie lebt von Regierung und Opposition. Es wird deshalb immer viele Fragen geben, in denen wir unterschiedlicher Auffassung sind, aber ich würde mir wünschen, dass wir bei wichtigen Fragen, bei denen es um die Zukunft unseres Landes geht, auch zu parteiübergreifenden Lösungen kommen, wie es schon bei der Inklusion gelungen ist und wie es, so hoffe ich, bei der Frage von Bürgerbefragungen gelingen wird.

Sehr geehrte Damen und Herren, ich bin dankbar dafür, dass ich in einem freiheitlichen, friedlichen und demokratischen Land leben und arbeiten darf, dass hier meine Kinder geboren wurden. Und deshalb können Sie sich sicher sein, dass ich all meine Kraft, Erfahrung und Leidenschaft für unser Land einsetzen werde. Mecklenburg-Vorpommern hat sich in den letzten 27 Jahren seit der Gründung insgesamt gut entwickelt. Wir stehen aber weiter vor großen Herausforderungen, denen wir uns gemeinsam stellen müssen. Deshalb lassen Sie uns unser Land gemeinsam sicher und gut in die nächste Zukunft führen! – Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(lang anhaltender Beifall vonseiten  
der Fraktionen der SPD und CDU)

**Präsidentin Sylvia Bretschneider:** Vielen Dank, Frau Ministerpräsidentin.

Im Ältestenrat ist vereinbart worden, eine Aussprache mit einer Dauer von bis zu 120 Minuten vorzusehen. Da die Ministerpräsidentin die angemeldete Redezeit um 25 Minuten überschritten hat, steht die entsprechende Zeit den Oppositionsfraktionen zusätzlich zur Verfügung.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Danke.)

Das heißt, die im Ältestenrat vereinbarte Aussprache mit einer Dauer von bis zu 120 Minuten kann sich aufgrund dessen noch etwas verlängern. Ich sehe und höre dazu keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen. Ich eröffne die Aussprache.

Das Wort hat der Fraktionsvorsitzende der AfD-Fraktion Herr Holm.

(Heiterkeit bei Vincent Kokert, CDU:  
Der hat sich schon aufmunitioniert. Der war  
schon ganz unruhig auf seinem Stuhl.)

**Leif-Erik Holm, AfD:** Guten Morgen!

(Zurufe aus dem Plenum: Guten Morgen!)

Liebe Bürger! Frau Präsidentin! Frau Ministerpräsidentin! Meine Damen und Herren! Der erste Eindruck nach Ihrer Rede, Frau Ministerpräsidentin: Früher war mehr Lametta.

Aber bevor ich auf Ihre Regierungserklärung antworte, möchte ich zunächst dem ehemaligen Ministerpräsidenten, Erwin Sellering, für seine Arbeit danken. Wir waren sicherlich nicht sehr häufig einer Meinung, aber das gehört schließlich zum Wesen einer lebendigen Demokratie.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

Und all die unterschiedlichen politischen Positionen spielen überhaupt keine Rolle, wenn es um so etwas Wichtiges wie die Gesundheit geht. Wir als AfD-Fraktion wünschen Herrn Sellering viel Kraft auf dem nun notwendigen Weg und vor allem natürlich eine schnelle Genesung.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

Nun haben Sie also, Frau Schwesig, die Regierungsgeschäfte übernommen und wir waren sehr gespannt darauf, ob wir heute den einen oder anderen neuen Ton vernehmen können. Das ist ausgeblieben und ich gebe zu, wir sind etwas enttäuscht, Frau Ministerpräsidentin.

(Thomas Krüger, SPD:  
Dann haben Sie nicht zugehört.)

So einen kleinen Knaller hätten wir uns heute vielleicht schon gewünscht, wirklich so einen klitzekleinen.

(Jochen Schulte, SPD: Der steht doch gerade vor unserem Plenum, der kleine Knaller. – Heiterkeit vonseiten der Fraktion der SPD)

Es bleibt beim „Weiter so“, dabei erwarten unsere Bürger Antworten auf wichtige Fragen:

(Zuruf von Torsten Renz, CDU)

Wie schützt die Landesregierung uns vor Gewalttätern und Terroristen? Wie bewältigen wir die auch vor Ort immer deutlicher sichtbaren Auswirkungen der Migrationskrise? Muss unser Mecklenburg-Vorpommern mit seiner herrlichen Natur immer weiter mit Windrädern zugepflastert werden? Und wann werden unsere Familien endlich spürbar entlastet?

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD – Zuruf von Vincent Kokert, CDU)

Aber lassen Sie mich zunächst auf Ihre letzten Worte eingehen, Frau Schwesig, da sprachen Sie von der Zusammenarbeit im Parlament. Sie sagten, Sie würden durchaus parteiübergreifende Lösungen anstreben. Davon sprach Ihr Vorgänger auch, die Praxis allerdings sah dann im Parlament häufig anders aus.

(Thomas Krüger, SPD: Woran das wohl lag?!)

Die Regierungsfractionen haben sich bisher den Ideen der Opposition verweigert.

(Jochen Schulte, SPD:  
Welche Ideen waren denn das?)

Das konnten wir im ersten Jahr unseres Daseins hier im Parlament feststellen. Wir halten das für einen falschen Weg. Genau diese ideologischen Grabenkämpfe haben die Bürger nämlich satt.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

Sie wollen, dass wir die besten Vorschläge auf den Weg bringen, egal, von wem sie kommen. Wir sind dazu bereit und wir haben das auch hier im Plenum bereits bewiesen.

(Wolfgang Waldmüller, CDU: Was?! – Torsten Renz, CDU: Wann denn? – Heiterkeit bei Vincent Kokert, CDU:  
Wann war das, in Brandenburg?  
Hier war das nicht.)

Aber mir fehlt der Glaube, dass sich da etwas ändern soll. Ich erinnere an unseren Gesetzentwurf für einfachere Volksabstimmungen, den Ihre Fraktionen nicht mal zur Diskussion in die Ausschüsse verweisen wollten. Und das, finde ich, ist wirklich ein schlechter Stil. Es geht hier nämlich um ein wichtiges Vorhaben, um mehr direkte Demokratie, um mehr Beteiligung der Bürger an der Politik.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

Und das wischt man nicht einfach vom Tisch. Sie mögen ja andere Ansichten dazu haben, aber der Respekt gegenüber den Bürgern gebietet es einfach, dass man einen solchen Vorschlag zumindest miteinander diskutiert.

(Jochen Schulte, SPD:  
Nur, wenn der Vorschlag gut ist.)

Sie, Frau Schwesig, haben heute auch davon gesprochen, dass Sie die Demokratie stärken wollen. Das finde ich sehr gut, dann schlage ich Ihnen vor: Machen Sie doch heute mit! Schließen Sie sich unserem Gesetzentwurf für Volksabstimmungen nach Schweizer Vorbild an!

(Heiterkeit bei Vincent Kokert, CDU)

Sie haben heute noch Gelegenheit dazu.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD – Heiterkeit bei Torsten Renz, CDU: Sie ist gar nicht stimmberechtigt, Herr Holm.  
Sie ist gar nicht stimmberechtigt.)

Die Regierungsfractionen selbstverständlich, das ist doch wohl klar. Alles andere würde die Rede etwas kompliziert machen, wobei zugegeben, ich habe ja etwas mehr Zeit jetzt.

(Vincent Kokert, CDU: Die Abgeordneten sind nur ihrem Gewissen verpflichtet, Herr Holm, das wird wohl nichts.)

Ihre Ausführungen zu Familie und Kindern waren sicherlich für viele Eltern enttäuschend, denn es bleibt offensichtlich dabei: Die kostenfreien Kitas kommen auch bis 2021 nicht.

(Thomas Krüger, SPD:  
Wo ist denn Ihr Konzept?)

Das ist schade für unsere Familien.

(Zurufe von Jochen Schulte, SPD,  
und Vincent Kokert, CDU)

Dabei haben Sie doch mit Ihrem Doberaner Beispiel das Problem klar adressiert. Die Kitagebühren sind in Mecklenburg-Vorpommern sehr hoch und gleichzeitig unsere Löhne im Schnitt sehr niedrig.

(Thomas Krüger, SPD:  
Wo bleibt Ihr Konzept?)

Das macht vielen Familien zu schaffen und Alleinerziehenden natürlich umso mehr. Auch daher kommt sie eben, die relative Kinderarmut. Hier brauchen wir endlich eine Änderung, eine schnelle Änderung.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD – Thomas Krüger, SPD: Wo bleibt Ihr Konzept?)

Wie Sie richtig gesagt haben, Frau Schwesig, Politiker haben keinen Einfluss auf die Löhne, und ich hoffe, dass das auch so bleibt, damit wir nicht so enden wie Venezuela.

(Beifall Ralf Borschke, AfD – Jochen Schulte, SPD: Das hat jetzt nur einer von Ihnen begriffen.)

Dann ist doch klar, dass wir dafür sorgen müssen als Politiker, dass wir die Eltern von den Kosten entlasten müssen, und zwar deutlich. Eine Minisenkung um 50 Euro bringt uns eben nicht weiter, wenn die Kosten der Kitaträger gleichzeitig in die Höhe schnellen.

Also, Frau Ministerpräsidentin, lassen Sie sie endlich kommen, die kostenfreien Kindergartenplätze! Sie haben sie selbst immer gefordert, oder war das alles nur Populismus? Sie können jetzt in verantwortlicher Position beweisen, dass Sie es ernst meinen. Sorgen Sie dafür, dass unsere Familien die notwendige Unterstützung bekommen, denn das ist der richtige Weg zu einem attraktiven Mecklenburg-Vorpommern!

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

Dazu hätte übrigens auch unser Familiendarlehen beitragen können, das wir in den Landtag getragen haben, ein zinsfreier Kredit, bei dem für jedes geborene Kind ein Teil der Rückzahlung erlassen würde.

(Zuruf von Karen Larisch, DIE LINKE)

Ab dem dritten Kind wäre das Darlehen automatisch abgegolten. Das hätte ein guter Startschuss zur Familiengründung gerade für junge Paare sein können, die noch nicht so viel Geld auf der hohen Kante haben.

(Torsten Renz, CDU: Jetzt kommt das Konzept von gestern wieder, ja?)

Das haben Sie leider mit Ihrer Mehrheit abgelehnt.

Ja, es ist wichtig, unser Land muss kinderfreundlicher werden. Es gibt da immer noch reichlich Nachholbedarf gegenüber anderen Ländern. Mit einem Erzieher für 15 Kinder in den Kindergärten liegen wir in Deutschland immer noch ganz hinten beim Betreuungsschlüssel. Das ist wirklich kein Ruhmesblatt. Man muss es klar sagen: Das Problem war absehbar. Sie aber haben den eklatanten Erziehermangel über Jahre verschlafen.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

Immerhin ist diese Schlafmützenkoalition jetzt aufgewacht und wirft mit einem Schnellschuss die neue duale Erzieherausbildung in den Ring. Das alles ist noch nicht richtig ausgegoren, aber es geht zumindest in die richtige Richtung.

Mit den gleichen Problemen kämpfen wir an den Schulen. Der jahrelange Lehrermangel und der Unterrichtsausfall hinterlassen ihre Spuren. Das Bildungsniveau ist gesunken, übrigens auch, weil Leistungsanforderungen ständig heruntergeschraubt werden, nur, um die Zahl der Abschlüsse steigern zu können. Und Sie rennen bei uns offene Türen ein, wenn Sie sagen, dass wir unser Augenmerk nicht nur in Richtung Abitur und Studium richten dürfen. Ja, es ist richtig, unsere Betriebe suchen händelnd nach Nachwuchs. Die Unternehmer brauchen aber Schulabgänger mit Kompetenzen in Mathematik, in den Naturwissenschaften, mit Sozialkompetenzen, und daran hapert es leider zu häufig.

Die Hälfte der Unternehmen beklagt sich über nicht ausbildungsfähige Schulabgänger und hier muss wirklich etwas passieren. Die Firmen können nicht das fehlende Know-how aus der Schule nachliefern. Deswegen schla-

gen wir vor, das bewährte Modell der polytechnischen Schule wieder in den Fokus zu nehmen. Wir brauchen wieder mehr technischen und mehr praxisorientierten Unterricht, der die Schüler auf das Berufsleben vorbereitet und ihnen Orientierung gibt.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

Nur so können wir als Land der Technologien und des Mittelstandes auch in Zukunft bestehen.

Statt aber über solche wirklich wichtigen Weichenstellungen in der Bildung zu sprechen, reden Sie lieber von der Inklusion, Ihrem ideologiegetriebenen Projekt, das nur in wenigen Fällen wirklich funktioniert. Viele Eltern und viele Lehrer halten davon zu Recht nichts, weil der dafür nötige personelle und damit auch finanzielle Aufwand gar nicht leistbar ist.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

Das führt dann am Ende dazu, dass die gehandicapten Schüler im Vergleich zur Förderschule zu wenig Hilfe erhalten und auch die lernstarken Kinder nicht ausreichend gefördert werden können. Zudem werden unsere Lehrer mit mehreren Lerngeschwindigkeiten natürlich überlastet. Das Ergebnis ist doch klar: Gleichmacherei auf niedrigem Niveau. Und das schadet unserem Land, das seinen Erfolg bisher immer aus seinem Wissensvorsprung gezogen hat.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

Genau deshalb bleiben wir dabei: Die Inklusion ist Murks! Stärken Sie stattdessen die Förderschulen und schicken Sie mehr Lehrer an unsere Regelschulen, damit unsere Lütten die optimale Unterstützung für ihre Begabungen erhalten!

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

Frau Ministerpräsidentin, wir haben heute sehr wenige Sätze zu einem Thema gehört, das wirklich sehr viele Menschen bewegt, das ist unsere Sicherheit. Ich hoffe nicht, dass Sie diesem Thema tatsächlich so wenig Priorität einräumen, wie es in Ihrer Rede den Anschein hatte.

(Thomas Krüger, SPD:  
Sie haben nicht zugehört.)

Die Bürger sind nämlich extrem verunsichert angesichts des islamistischen Terrors, der gestiegenen Kriminalität und jüngst auch durch die linksextremistischen Krawalle in Hamburg.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD –  
Zuruf von Martina Tegtmeier, SPD)

Das Vertrauen in den staatlichen Schutz erodiert zusehends und das ist eine höchst gefährliche Entwicklung, die wir gemeinsam stoppen müssen.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

Wie sollen wir es dem Normalbürger erklären, dass für den G20-Gipfel Grenzkontrollen eingeführt werden, um die Staatschefs zu schützen, und seit heute die Tore nun wieder für alle Kriminellen einladend offen stehen? Fast 700 gesuchte Straftäter wurden in diesem knappen Mo-

nat an den Grenzen Deutschlands hochgenommen. Und da kann doch jeder Normalbürger eins und eins zusammenzählen und hochrechnen, wer da in normalen Zeiten ohne Kontrollen so über die Grenze kommt und wieder geht oder auch nicht.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD –  
Zuruf von Martina Tegtmeier, SPD)

Der Gedanke ist wirklich erschreckend und zeigt, dass die Regierenden viel zu wenig unternehmen, um die Sicherheit der Bürger zu gewährleisten.

Deswegen ist es eine Kernforderung der AfD, dass wir endlich wieder unsere Grenzen schützen, wenn dies an der EU-Außengrenze nicht ausreichend passiert. Wir wollen endlich unsere Kontrolle zurück! Wir wollen darüber bestimmen, wer zu uns kommen darf und wer nicht.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

Und dafür zeigen ich und viele andere an der Grenze gern den Pass, wenn das für uns alle mehr Sicherheit bedeutet.

Solange wir das nicht tun, ist es zwangsläufig, dass wir mehr Polizei im Land brauchen. Das ist doch klar. Das ist teuer, aber notwendig. Nur, die 150 vereinbarten neuen Stellen sind eindeutig zu wenig, um in einem Flächenland wie Mecklenburg-Vorpommern bei offenen Grenzen ausreichend präsent sein zu können. Wir schlagen deswegen hier im Landtag immer wieder die Einführung von gut 500 weiteren Stellen vor, die die CDU im Wahlkampf versprochen hatte.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

Irgendwer muss sich ja für diese sinnvolle Forderung noch verantwortlich fühlen, wenn es die Union selbst nicht mehr tut. Und wir ...

(Torsten Renz, CDU: Dass Sie sich das trauen, unsere Forderung zu übernehmen, ist schon eine Farce! Gucken Sie mal in Ihr Wahlprogramm!)

Ich mache mal eben weiter, Herr Renz,

(Zuruf von Torsten Renz, CDU)

Wir haben gerade am Wochenende erlebt, wie das Personal auf Kante genäht ist. Prompt, als unsere 700 Polizisten beim G20-Gipfel waren, spielten einige Randalierer in Rostock verrückt und zerstörten 40 Scheiben.

Lassen Sie mich an dieser Stelle unseren 700 Beamten danken, die auf Deutsch gesagt ihren Allerwertesten in Hamburg hingehalten haben. Besonders grüße ich die elf Verletzten, von denen noch zwei dienstuntauglich sind. Wir wünschen ihnen eine schnelle Gesundung!

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

Da können Sie eigentlich ruhig mal mitklatschen hier. Das verstehe ich gar nicht.

(Zurufe von Manfred Dachner, SPD,  
Dirk Friedriszik, SPD, und  
Martina Tegtmeier, SPD)

Nur meine Fraktion, das ist schade.

Das Perfide ist ja, dass sich diese Polizisten, die für uns im Einsatz waren, nicht nur mit Steinen, Gehwegplatten und Zwilling beschießen lassen mussten, sondern auch noch von linken Politikern als diejenigen hingestellt werden, die die Eskalation herbeigeführt hätten. Das ist so abstrus wie die Gesinnung dieser Leute, die das behaupten. Solche Politiker hat unsere Polizei, solche Politiker hat unser Land nicht verdient!

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

Wie ideologisch verblendet muss man eigentlich sein, um diese linksextremistischen Terroristen reinwaschen zu wollen?! Aber es geht noch darüber hinaus: Wenn Sie sich anschauen, wie angeblich demokratische Politiker in Städten rechtsfreie Räume zulassen,

(Thomas Krüger, SPD: Reden Sie noch zur Regierungserklärung?)

die von diesen Kriminellen als Rückzugsräume genutzt wurden, dann spricht das Bände. Warum werden besetzte Häuser, die bekanntermaßen Horte der Gewalttätigkeit sind, seit Jahren geduldet und sogar noch unterstützt?

(Jochen Schulte, SPD: Über welchen Raum reden Sie jetzt konkret? Reden Sie über Hamburg oder reden Sie jetzt über Mecklenburg-Vorpommern?)

Der Hamburger Senat hält über die „Rote Flora“ schon lange schützend seine Hand. Deswegen sollte Bürgermeister Scholz dort zurücktreten.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD –  
Jochen Schulte, SPD: Kommen Sie mal mit einem konkreten Beispiel aus diesem Land!)

Ja, und im Umgang mit Linksextremisten müssen wir auch Ihnen, Frau Schwesig, Vorwürfe machen.

(Jochen Schulte, SPD: Wenn Ihnen sonst nichts einfällt hier! –  
Zuruf von Martina Tegtmeier, SPD)

Der Linksextremismus war eben nie ein aufgebauschtes Problem, er war schon immer brandgefährlich,

(Thomas Krüger, SPD: Sie wissen, dass das Frau Schwesig nie gesagt hat?!)

vor allem auch, weil er nie die gesellschaftliche Ächtung wie der Rechtsextremismus erfahren hat. Immer haben Politiker von ganz links bis tief in die SPD hinein Sympathie durchblicken lassen.

(Martina Tegtmeier, SPD:  
Für Terroristen niemals! –  
Thomas Krüger, SPD: Niemals!  
Das ist eine glatte Lüge! –  
Zuruf von Jochen Schulte, SPD)

Und das ist das, was die Bürger zu Recht nicht verstehen.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD –  
Zuruf von Jochen Schulte, SPD)

Sie, Frau Schwesig, haben dem Kampf gegen den Extremismus einen Bärendienst erwiesen, indem Sie als Bundesministerin Vereinen, die staatliche Mittel für den Kampf gegen Rechtsextremismus erhalten sollten, nicht mehr das Bekenntnis zum Grundgesetz abgefordert haben. Ja, warum eigentlich?

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD –  
Jochen Schulte, SPD: Das ist doch schlichtweg nicht wahr, was Sie behaupten! Das ist schlichtweg gelogen, was Sie da gerade erzählen!)

Warum haben Sie diese gute Regel abgeschafft, Frau Schwesig? Wo war das Problem dabei, dass sich diese Vereine zum Grundgesetz bekennen? Die Antwort können wir uns alle denken.

Wir fordern von Ihnen als der neuen Ministerpräsidentin, dass Sie bei uns in Mecklenburg-Vorpommern von Vereinen, die bei uns staatliches Geld erhalten sollen, dieses Bekenntnis abverlangen! Und vor allem fordern wir eine Null-Toleranz-Politik gegenüber Extremisten jeglicher Couleur!

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

Meine Damen und Herren, ich komme zum Bereich Migration. Wir erleben jetzt vor Ort, was die Masseneinwanderung bedeutet. Wir erleben, wie sich unsere Stadtbilder verändern, und wir erleben einen Anstieg der Kriminalität. Ich erinnere an zahlreiche Schlägereien auf den Straßen unserer Städte, an randalierende Schwarzfahrer und zahlreiche Ladendiebstähle.

(Zuruf von Martina Tegtmeier, SPD)

Jetzt kommt vor Ort an, was die SPD-CDU-Bundesregierung unter Merkel mit ihrer Grenzöffnung angerichtet hat.

(Thomas Krüger, SPD: Sie sind im Bundestagswahlkampf, kann das sein? –  
Zurufe von Vincent Kokert, CDU,  
und Torsten Renz, CDU)

Es kommen eben nicht vorwiegend Fachkräfte und es sind auch nicht überwiegend Verfolgte. Die meisten sind schlicht und ergreifend Wirtschaftsmigranten, die kein Bleiberecht erhalten und wieder zurückmüssten.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

Übrigens kein Vorwurf an die Migranten, die herkommen wollen. Das ist völlig verständlich aus deren Sicht, aber wir müssen nicht jeden aufnehmen.

Mir ist aufgefallen, Frau Schwesig, dass Sie nichts zum Thema Abschiebungen gesagt haben, ein wichtiges Landesthema, eine wichtige Herausforderung für unsere Landesregierung. Wir hatten Ende April über 3.256 ausreisepflichtige abgelehnte Asylbewerber im Land, davon fast 700 ohne Duldung, und diese müssten unmittelbar ausreisen. Aber so gut wie niemand von ihnen tut das, obwohl es sogar noch Geld für den Neuanfang in der Heimat obendrauf gibt. Natürlich tun sie es nicht, weil sie wissen, dass sie gute Chancen haben, am Ende trotz Ausreisepflicht hierbleiben zu können. Und das, finden wir, muss ein Ende haben. Der Rechtsstaat muss konsequent handeln, ansonsten wird ihm auf der Nase herum-

getanzt. Wir erwarten von Ihnen mehr Anstrengungen, um den Rechtsstaat auch auf diesem Gebiet durchzusetzen.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

Das gilt auch für das sogenannte Kirchenasyl. Dieses ist abzuschaffen. Der Staat darf keine rechtsfreien Räume dulden,

(Zurufe von Manfred Dachner, SPD,  
und Jochen Schulte, SPD)

zumal die meisten Asylbewerber, die sich rechtswidrig in Kirchen aufhalten, in andere Drittstaaten nach Dublin III überstellt werden müssen. Frau Schwesig, Sie haben selbst gesagt, keine Religion darf sich über die Werte und Normen unseres Grundgesetzes stellen. Richtig! Wir sagen klar: Es darf keine Sonderrechte für Kirchen geben.

(Manfred Dachner, SPD:  
Gibt es ja auch gar nicht.)

Alle haben sich an Gesetz und Recht zu halten.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD –  
Jochen Schulte, SPD: Bevor Sie an dieser Stelle über diese Dinge reden, sollten Sie sich erst mal mit den Fakten vertraut machen!)

Wir kommen zum Nonsens des Jahrhunderts, der sogenannten Energiewende, diesem planwirtschaftlichen und überhaupt nicht zielführenden Monstrum, das uns jährlich über 20 Milliarden Euro kostet.

(Zuruf von Patrick Dahlemann, SPD)

Im Ausland reibt man sich die Augen, was mit den Deutschen los ist. Wir gehen hier einen Sonderweg,

(Zuruf von Thomas Krüger, SPD)

völlig unüberlegt, ein Merkel'scher Schnellschuss nach einem Seebeben am anderen Ende der Welt. Das ist Ökopolitismus.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

Frau Ministerpräsidentin, Sie sagen, die Mehrheit unterstütze die Energiewende. In der Gesamtheit zeigt sich das in den Umfragen tatsächlich, nur, machen Sie die Befragung doch mal in den Gebieten, wo Windkraftanlagen stehen oder welche hinsollen.

(Jochen Schulte, SPD: Das ist doch angeblich überall in diesem Land, dann muss doch die Zustimmung überall da sein.)

Da werden sich ganz andere Zustimmungsraten ergeben. Es ergibt sich also ein verzerrtes Bild. Ich gehe davon aus, die betroffenen Bürger wären sogar viel einschichtiger, wenn das Ganze wirklich funktionieren würde, aber das tut es nicht. Wir haben keine Energiespeicher, die den Zappelstrom aus Wind- und Sonnenenergie speichern könnten. Wir brauchen also nach wie vor die herkömmlichen Kraftwerke, die immer dann einspringen, wenn kein Wind weht und keine Sonne scheint.

(Zuruf von Peter Ritter, DIE LINKE)

Und wenn wir da nicht mehr genügend am Netz haben, dann müssen wir den Strom aus dem Ausland kaufen, aus ausländischen Kernkraftwerken, die bekannterweise weniger sicher sind als unsere. Wo ist da der Sinn? Das ist völlig gaga.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD –  
Vincent Kokert, CDU: Frankreich  
beschließt übrigens auch gerade  
die Energiewende, Herr Holm! –  
Zuruf von Martina Tegtmeier, SPD)

Unser Land ist jetzt schon zugepflastert mit immer höheren Windrädern, die die Bürger belästigen, die Vögel schreddern

(Heiterkeit bei Tilo Gundlack, SPD)

und unsere einmalige Landschaft verschandeln, und es soll weitergehen.

(Zuruf von Thomas Krüger, SPD)

Ja, es soll weitergehen. Die Windlobby fordert noch mal eine Verdreifachung der Flächen in unserem Land.

(Unruhe vonseiten der Fraktion der SPD)

Wir wissen also, wohin die Reise gehen soll.

(Peter Ritter, DIE LINKE:  
Meine Güte! Leute! Leute! Leute!)

Jetzt gibt es auch noch das Bürgerbeteiligungsgesetz, nach dem sich die Bürger in den Kommunen an den Anlagen beteiligen können.

(Zuruf von Jochen Schulte, SPD)

Dieses Gesetz ist genauso erfolgreich wie die ganze Energiewende, nämlich überhaupt nicht. Es gibt noch keinen Antrag auf Beteiligung und die Unternehmer klagen dagegen.

Und dann kommt von der Landesregierung immer die Argumentation, das schaffe Arbeitsplätze. Das ist eine völlig unzureichende Sichtweise. So gesehen könnten wir auch wieder riesengroße Kombinate einführen wie zu DDR-Zeiten. Da werden dann alle Bürger angestellt und wir haben überhaupt keine Arbeitslosen mehr. Dann wäre doch wirklich alles prima. So ist die Denkrichtung offensichtlich. Nein, wir müssen schon darüber nachdenken, ob die Dinge, die wir tun, volkswirtschaftlich sinnvoll sind, denn das knappe Geld könnte möglicherweise deutlich sinnvollerem Zwecken zugeführt werden. Wir könnten sie zum Beispiel langfristig in die Forschung stecken, in die Forschung nach neuen Möglichkeiten der Energieerzeugung und nach Energiespeichermöglichkeiten. Das wäre der richtige Weg.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

Wir werden mit dieser vermurksten Energiewende jedenfalls nicht die Energieprobleme lösen.

(Vincent Kokert, CDU: Bis jetzt klappt es ganz gut.)

Deshalb sagen wir: Stoppen Sie den weiteren Ausbau unserer Windenergie hier im Land! Jeder, der Augen zum

Sehen hat, erkennt, dass diese sogenannte Energiewende gescheitert ist. Sie widerspricht der technischen und wirtschaftlichen Vernunft, sie ist teuer und sie schadet unseren Bürgern und Unternehmen.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

Frau Ministerpräsidentin, Sie haben den wirtschaftlichen Erfolg Mecklenburg-Vorpommerns gepriesen, und den gibt es. Wir haben zum Beispiel sehr großen Erfolg im Tourismus, in der Tat. Aber das ist natürlich nicht in erster Linie ein Verdienst der Politik, sondern vor allem der vielen Unternehmer und ihrer engagierten Mitarbeiter.

(Unruhe vonseiten der Fraktion der SPD –  
Tilo Gundlack, SPD: Und wer hat die  
gefördert? Und wer hat die gefördert? –  
Zuruf von Thomas Krüger, SPD)

Zudem dürfen wir nicht vergessen, dass die Konjunktur derzeit durch die Niedrigzinsen der EZB getrieben wird und dadurch, dass die Bürger ihr Geld lieber in Beton anlegen. Sie bauen im Moment, um ihr erarbeitetes Vermögen sicher anzulegen. Deswegen brummt der Bau-sektor. Aber wir erleben, und das müssen wir uns wirklich genau anschauen, in vielen Bereichen eine Blasenbildung.

(Heiterkeit bei Jochen Schulte, SPD: Ja,  
bei der AfD! – Zuruf von Tilo Gundlack, SPD)

Dessen müssen wir uns wirklich bewusst werden.

Auf schlechtere Zeiten muss sich die Politik – und da hören Sie immer gerne weg, das ist so –,

(Heiterkeit bei Vincent Kokert, CDU)

aber die Politik muss sich in guten Zeiten auf schlechtere Zeiten einstellen. Das gilt auch für den Landeshaushalt, der nun in Kürze diskutiert wird.

(Heiterkeit bei Jochen Schulte, SPD: Ja,  
da kommen ja dann die tollen Vorschläge. –  
Martina Tegtmeier, SPD: Ja, genauso ist das.)

Um langfristig wirtschaftlich noch erfolgreicher zu werden, müssen wir vor allem eines tun: Wir müssen unsere Randlage aufbrechen. Wir müssen uns noch enger mit Skandinavien und auch mit Osteuropa verzahnen. Hier gehört als Riese natürlich Russland in die erste Reihe.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD –  
Zuruf von Martina Tegtmeier, SPD)

Die beiderseitigen Sanktionen haben unserem bilateralen Handel deutlich geschadet. Unsere zarten Exporterfolge hier in Mecklenburg-Vorpommern sind auf diesem Feld dahin. Wir müssen also weiter daran arbeiten, die Sanktionen mit den Russen ad acta zu legen. Dafür stehen wir als AfD.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

Frau Ministerpräsidentin, Sie kümmern sich ja jetzt auch um unseren Osten, um Vorpommern. Das haben Sie in Ihrer Rede ebenfalls verkündet. Vorpommern hat einen Staatssekretär, der jedes Jahr ein paar Milliönchen hier und dort verstreuen kann.

(Zuruf von Patrick Dahlemann, SPD)

Eine halbe davon verbraucht er übrigens selbst.

(Jochen Schulte, SPD: Sie bekommen doch auch viel Geld.)

Und vor allem ist keine Strategie zu erkennen, es ist keine Strategie zu erkennen. Es geht offensichtlich nur darum, ein bisschen Action vorzutauschen, um die Bürger in Vorpommern bei der nächsten Wahl wieder gnädiger zu stimmen.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

Ich glaube nicht, dass dieser Plan aufgeht.

(Zuruf von Martina Tegtmeier, SPD)

Es ist offensichtlich, dass dieser Vorpommern-Posten reine Schaufensterpolitik ist.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

Auch wir stehen selbstverständlich für eine Förderung der Regionen, die wirtschaftlich benachteiligt sind.

(Jochen Schulte, SPD:  
Aber ohne Geld, nicht wahr?!)

Das gilt übrigens nicht nur für Vorpommern, Herr Schulte, sondern es gilt natürlich für das ganze Land.

(Jochen Schulte, SPD:  
Na da bin ich ja beruhigt!)

Im ganzen Land gibt es Regionen, die wirtschaftlich benachteiligt sind. Dafür haben wir die geeigneten Institutionen. Wir haben das Wirtschaftsministerium, wir haben andere Behörden. Dazu brauchen wir keinen sogenannten Kümmerer, der keinen kümmert.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

Zum Schluss möchte ich noch kurz auf 1989 abheben. Von der Wendezeit haben Sie ja auch gesprochen, Frau Schwesig. Für viele von uns war das die prägende Zeit des Lebens. Wir haben uns mit friedlichen Mitteln die Freiheit erkämpft und diese wollen wir nicht mehr hergeben.

(Thomas Krüger, SPD: Waren Sie dabei, ja?)

Darum reagieren gerade wir Osis sehr sensibel, wenn jemand mit einer anderen Meinung, mit anderen Ideen heute sofort stigmatisiert und in die Ecke gedrängt wird. Das ist der tiefere Sinn,

(Jochen Schulte, SPD: Das müssen Sie mal den Kollegen der AfD sagen!)

das ist der tiefere Sinn, warum wir als Normalbürger in die Politik gegangen sind. Sie glauben ja nach wie vor, dass die Altparteien nur ein Vermittlungsproblem hätten. Glauben Sie das gerne weiter, aber es stimmt nicht. Die Bürger wollen sich einfach nicht vorschreiben lassen, was sie zu denken und zu sagen haben,

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

weder von Politikern noch von dem einen oder anderen Medienvertreter,

(Jochen Schulte, SPD: Herr Holm, es ist schon bekannt, wie viele Direktmandate die SPD gewonnen hat und wie viele die AfD, ja? Oder muss ich Ihnen das noch mal schriftlich geben?!)

der sich mehr als Erzieher statt als Berichterstatter begreift. Wahrscheinlich ist es fast 30 Jahre nach der Wende einfach mal wieder notwendig, über viele Dinge etwas gründlicher nachzudenken. Es ist sehr vieles wieder festgefahren in diesem Land. Das gilt übrigens auch für den einen oder anderen Sozialverband, der über die Jahre offensichtlich zum Selbstbedienungsladen für Funktionäre mutiert ist. Das muss einfach mal ans Tageslicht. Dafür sorgen wir jetzt mit unserem Untersuchungsausschuss.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

Übrigens hat man in diesem Ausschuss gerade nicht das Gefühl,

(Torsten Renz, CDU: Ist das der Ausschuss, wo Sie nicht in der Lage sind, ordentliche Anträge zu schreiben, Herr Holm?!)

da wird begeistert mitgearbeitet.

(Torsten Renz, CDU: Herr Holm, ist das der Ausschuss?)

Eher steht da der eine oder andere auf der Bremse. Aber wir werden hier gründlich weitermachen, das versprechen wir als stärkste Oppositionspartei in diesem Parlament unseren Bürgern.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD –  
Torsten Renz, CDU: Herr Holm, ist das der Ausschuss, wo Sie in der Obleuterunde nicht in der Lage waren, ordentliche Anträge zu schreiben?)

Wir finden, Sie sollten sich freuen, dass es auch mal wieder frischen Wind in der Politik gibt.

(Unruhe und Heiterkeit  
vonseiten der Fraktion der SPD –  
Beifall vonseiten der Fraktion der AfD –  
Zuruf von Jochen Schulte, SPD)

Das ist mir schon klar, dass Sie sich nicht freuen, es geht ja immer um Pöstchen und so weiter. Aber es ist schon ...

(allgemeine Unruhe)

Nein, ich glaube, die Bürger finden das gut.

(Torsten Renz, CDU: Die stehen ja schon Schlange bei Ihnen!)

Ich glaube, die Bürger finden das gut,

(Zuruf von Torsten Renz, CDU)

dass es wieder frischen Wind in der Politik gibt, denn der offene, der breite Diskurs, der bringt uns in der Tat voran,

(Patrick Dahlemann, SPD: Haben Sie das schon geklärt, Herr Holm?)

und an diesem Diskurs wollen wir uns konstruktiv und kritisch in diesem Hohen Hause beteiligen. Also noch einmal,

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

noch einmal: Auf eine produktive Legislaturperiode, Ihnen und uns viel Erfolg bei der Arbeit für unser Land! – Danke schön.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD – Sebastian Ehlers, CDU: Sie ja nicht, Sie sind ja weg.)

**Präsidentin Sylvia Bretschneider:** Das Wort hat jetzt der Fraktionsvorsitzende der SPD-Fraktion Thomas Krüger.

(Thomas de Jesus Fernandes, AfD: Dann können wir Sie ja jetzt genauso unterbrechen, wie Sie das gemacht haben eben. – Jochen Schulte, SPD: Dafür fehlt Ihnen doch der Intellekt.)

**Thomas Krüger, SPD:** Sehr geehrte Frau Präsidentin Bretschneider! Und da ich weiß, dass die Präsidentin des Landtages Brandenburg hier ist: Sehr geehrte Frau Präsidentin Stark! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Meine Fraktion hat sich natürlich andere Umstände für den Wechsel an der Spitze des Landes Mecklenburg-Vorpommern, an der Spitze der Regierung gewünscht. Wir danken Erwin Sellering für 23 Jahre Arbeit im Dienste des Landes Mecklenburg-Vorpommern und von diesen 23 Jahren fast 9 Jahre im Amt des Ministerpräsidenten. In dieser Zeit hat sich das Land Mecklenburg-Vorpommern gut entwickelt, wir sind gut vorangekommen. Wir wünschen Erwin Sellering auch von dieser Stelle aus noch einmal alles Gute, viel Kraft und natürlich vollständige Genesung.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD und CDU)

Wir freuen uns darauf, ihn hier als Abgeordneten in unseren Reihen wieder begrüßen zu können und von seiner Erfahrung, seiner Kompetenz und seiner politischen Leidenschaft am Ende auch profitieren zu können.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, mit Manuela Schwesig haben wir eine Ministerpräsidentin, die auf allen Ebenen der Politik in Deutschland Verantwortung getragen hat und gute Arbeit geleistet hat. Dabei ist sie Mecklenburg-Vorpommern immer eng verbunden geblieben. Sie kennt das Land, sie kennt die Bürgerinnen und Bürger, die Erwartungen, die Nöte der Bürgerinnen und Bürger und sie ist gut vernetzt. Ich bin mir sicher, mit der Ministerpräsidentin Manuela Schwesig werden wir die Erfolgsgeschichte des Landes Mecklenburg-Vorpommern fortsetzen können.

Und diese Erfolge, meine Damen und Herren, können sich sehen lassen. Die Arbeitslosigkeit in Mecklenburg-Vorpommern hat sich in den vergangenen zehn Jahren halbiert und ist so niedrig wie seit der Wende 1989 nicht. Auch dank der Zuwanderung aus anderen Bundesländern und aus dem Ausland wächst die Bevölkerung in unserem Bundesland wieder. Seit 2006 hat unser Land

keine neuen Schulden mehr aufgenommen – ein Grundstein, den wir zusammen in einer Koalition mit den LINKEN gelegt haben, ein Grundstein, den wir zusammen mit der CDU fortgeführt haben – und gemeinsam fast 1 Milliarde Euro an Schulden getilgt. Die Landesmittel für die Kitas haben wir mehr als verdoppelt, unter anderem den Betreuungsschlüssel abgesenkt. Mecklenburg-Vorpommern ist das Tourismusland Nummer eins. Unser Land ist Vorreiter bei der Energiewende und kann seinen kompletten Strombedarf inzwischen aus erneuerbaren Energien decken. Und was uns auch sehr wichtig ist: Entstanden sind 14.000 Arbeitsplätze, und es sind nicht irgendwelche Arbeitsplätze, sondern Arbeitsplätze, die am Ende auch vernünftig bezahlt werden. Das ist wichtig. Das ist ein Zukunftsbereich, den wir bewusst gestärkt haben und auch in Zukunft bewusst stärken wollen.

Diese Erfolge sind auch das Verdienst einer langjährigen konstruktiven und vertrauensvollen Zusammenarbeit zwischen den Koalitionspartnern. Diese hat sich auch in den ersten Monaten dieser Legislaturperiode wieder bewiesen. Zentrale Vorhaben aus dem Koalitionsvertrag wurden von den Fraktionen SPD und CDU auf den Weg gebracht und auf aktuelle Ereignisse wurde lösungsorientiert reagiert. Dafür einige Beispiele:

Die Sturmschäden in den ersten Januarwochen des Jahres, wir erinnern uns alle, die Koalition hat sehr schnell darauf reagiert und hat 25 Millionen Euro zur Verfügung gestellt. Unser Ziel war es, dass bis Ostern, wenn die Touristen nach Mecklenburg-Vorpommern kommen, die touristische Infrastruktur wieder weitestgehend hergestellt ist. Das ist erreicht worden. Herzlichen Dank an alle, die daran mitgewirkt haben!

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD)

Dank auch der sehr guten Vorarbeit der Landesregierung, denn wir haben 800 Millionen Euro aus einem Bundesprogramm ziehen können für die Förderung des schnellen Internets. Besonders wichtig ist das für den ländlichen Raum. Diese 800 Millionen Euro sind ein Drittel der gesamten Bundesmittel, die nach Mecklenburg-Vorpommern fließen werden. Das Ganze unterstützen wir mit eigenem Geld, mit Landesgeld, um den kommunalen Anteil entsprechend zu reduzieren.

Mit dem Kommunalprüfungsgesetz wird der Landesrechnungshof die Möglichkeit bekommen, die Anbieter sozialer Dienste zu kontrollieren. Die Kommunen bekommen einen kompetenten Partner an ihre Seite, um die konkrete Verwendung der Mittel für die Jugendhilfe, die Sozialhilfe und die Eingliederungshilfe zu kontrollieren. Die Koalition – und das haben wir versprochen – hält darüber hinaus daran fest, im Rahmen der rechtlichen Möglichkeiten, die Prüfkompetenz des Landesrechnungshofs zu erweitern, und das möglichst auf alle Empfänger öffentlicher Gelder.

Wir werden in der heutigen Landtagssitzung die Änderung des KiföG beschließen und schaffen damit eine zusätzliche attraktive Möglichkeit der Ausbildung für Erzieherinnen und Erzieher. Für Sozialdemokraten besonders wichtig ist, dass diese Kitaazubis, will ich sie mal nennen, künftig auch eine Ausbildungsvergütung bekommen. Sie müssen nicht Geld mitbringen. Damit ist die Ausbildung für alle, die die Fähigkeit besitzen, am Ende möglich und hängt nicht vom Geldbeutel ab.

(Zuruf von Dr. Ralph Weber, AfD)

Zudem haben wir die Qualitätskriterien für Seiteneinsteiger gestärkt.

In vertrauensvollen und konstruktiven Verhandlungen zwischen Landesregierung und kommunalen Spitzenverbänden konnte ein umfassendes Paket zur Neuaufstellung der kommunalen Finanzen geschnürt werden. Ein Großteil der Kommunen wird zukünftig mehr Geld vom Land erhalten, während Gemeinden mit besonders hohen Steuereinnahmen zukünftig einen größeren Teil ihrer Kosten werden selbst tragen müssen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, die Ministerpräsidentin hat die Schwerpunkte der weiteren Regierungsarbeit für die nächsten vier Jahre erläutert. Ich möchte noch auf einige Themen eingehen, die uns als Sozialdemokraten besonders wichtig sind.

(Zuruf von Peter Ritter, DIE LINKE)

Erstens. Wir wollen, dass die Wirtschaft wächst, damit bestehende Arbeitsplätze gesichert werden und neue Arbeitsplätze entstehen. Wichtig ist uns Sozialdemokraten, dass wir zu höheren Löhnen kommen. Dafür braucht es Betriebsräte, dafür braucht es Flächentarifverträge. Mecklenburg-Vorpommern darf nicht länger der weiße Fleck der Bundesrepublik Deutschland im Tarifgefüge sein.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD – Peter Ritter, DIE LINKE: Sehr gut!)

Wer als Unternehmer qualifizierte und motivierte Arbeitskräfte gewinnen will, der muss wissen, dass einige Dinge nicht gehen. Nicht gehen geringe Löhne, geringe Ausbildungsvergütungen, zu lange Arbeitszeiten, unbezahlte Überstunden, die fehlende Vereinbarkeit von Familie und Beruf und die fehlende Mitbestimmung. Wer das nicht beachtet, meine Damen und Herren, der gefährdet sein Unternehmen. Gerade in Mecklenburg-Vorpommern kann der Fachkräftebedarf nur mit höheren Löhnen und unbefristeten Arbeitsplätzen gesichert werden. Der beste Weg dahin ist die tarifgebundene Bezahlung der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Daher setzen wir uns für eine deutliche Steigerung der Tarifgebundenheit ein. Das Vergabegesetz wird uns auf diesem Weg weiter voranbringen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, der zweite Punkt, der uns wichtig ist: Wir entwickeln Mecklenburg-Vorpommern weiter vom Kinderland zum Familienland und wir denken dabei an alle Generationen. Wir werden in den kommenden Jahren die Elternbeiträge für die Kinderbetreuung Stück für Stück absenken. Unser Ziel bleibt die gebührenfreie Kita, denn die Kita ist eine Bildungseinrichtung und Bildungseinrichtungen sollen von Anfang an kostenfrei sein.

Für die ältere Generation werden wir unsere Anstrengungen intensivieren, die Lebensqualität auch im hohen Alter weiter zu verbessern. So werden wir mehr altersgerechte Wohnungen schaffen, uns dafür einsetzen, dass Neubauten von Anfang an möglichst barrierearm sind. Das minimiert für Mieter und Eigentümer Folgekosten für spätere Nachrüstungen oder Umbauten.

Sehr geehrte Damen und Herren, der dritte Punkt, der uns wichtig ist: Wir bauen weiter an einer modernen

Infrastruktur für Mecklenburg-Vorpommern. Davon profitieren sowohl die Menschen als auch die Wirtschaft. Das sind Projekte vom sozialen Wohnungsbau über Projekte des neuen Bundesverkehrswegeplans, der Breitbandausbau oder auch der Ausbau der Häfen. In enger Kooperation mit den Kommunen werden wir für die ländlichen Regionen innovative Möglichkeiten entwickeln zur Mobilität, zur Nahversorgung, zur Kultur, zur Gesundheitsversorgung, für die Bildung sowie für Kitas und Horte.

All das, meine Damen und Herren, und das ist mir sehr wichtig, wollen wir realisieren bei einem ausgeglichenen Landeshaushalt. Mehr noch, wir werden in den kommenden Jahren bei Haushaltsüberschüssen 75 Prozent dafür einsetzen, um Schulden zu tilgen. So schaffen wir eine Zukunft aus eigener Kraft. Unsere Kinder sollen nicht die Lasten ihrer Eltern oder Großeltern tragen müssen.

Das übrigens, meine Damen und Herren von den LINKEN, unterscheidet uns. Allein die Kindercharta, die Sie hier mal eben per Landtagsantrag gefordert haben, hätte Kosten in Höhe von 450 Millionen Euro jährlich nach sich gezogen – für das Land schlicht nicht bezahlbar. Sozialer Anspruch und wirtschaftliche Realität müssen deckungsgleich sein, sonst endet der soziale Anspruch im Sozialabbau. Das wollen Sie nicht und das wollen auch wir nicht. Gemeinsam streiten wir darum, mit welchen Mitteln und Möglichkeiten wir unser Land weiter voranbringen. Wir sind uns einig, dass wir ein soziales, ein modernes und ein tolerantes Mecklenburg-Vorpommern wollen.

Diese Einigkeit gibt es mit der Opposition hier ganz rechts im Saal leider nicht. Herr Holm beklagt, dass wir nicht gemeinsam mit der AfD arbeiten. Herr Holm, Ihre Rede war heute bester Ausdruck dafür, warum das nicht geht. Ich kann mir ein paar Sachen mal vornehmen, die Sie gesagt haben: Die Kita soll kostenfrei sein. Ich habe bisher kein Konzept von der AfD gesehen, wo Sie die Kita kostenfrei stellen wollen.

(Heiterkeit bei Torsten Renz, CDU:  
Das macht sein Nachfolger!)

Wir haben im Verlaufe des Jahres Haushaltsberatungen. Ich bin gespannt – ich weiß, dass es deutlich mehr als 100 Millionen Euro kosten würde – auf Ihre Vorschläge.

(Heiterkeit bei Vincent Kokert, CDU –  
Torsten Renz, CDU:  
Das macht der Nachfolger!)

Wir werden das sehr genau beobachten, was Sie da genau beantragen werden. Ob Sie dann am Ende genau Ihre Forderungen, die Sie hier aufstellen, auch haushalterisch unterfüttern werden, das werden wir uns sehr genau angucken.

(Zuruf von Jochen Schulte, SPD)

Dann Inklusion: Sie stellen Forderungen als Opposition. Da müssen Sie diese Forderungen auch unterfüttern.

(Zuruf von Torsten Renz, CDU)

Sie haben Inklusion als „ideologiegetriebenes Projekt“ bezeichnet. Wissen Sie, wenn Sie einem Vater oder einer Mutter erzählen, dass ihr Kind, das im Rollstuhl sitzt, nicht in die Klasse soll, dann finde ich das,

(Dr. Gunter Jess, AfD: Das trifft doch überhaupt nicht zu!)

dann finde ich das ganz schlimm, dann finde ich das ganz schlimm. Sie haben vom „ideologiegetriebenen Projekt“ bei der Inklusion gesprochen, und genau das ist das Problem. Wir setzen das um. Die Kinder werden gemeinsam unterrichtet werden.

Sie wollen Grenzkontrollen an Ländergrenzen, und zwar ständig und überall. Ich frage mich, warum an den Außengrenzen der Bundesrepublik Deutschland, warum nicht an den Außengrenzen Mecklenburg-Vorpommerns oder zwischen Mecklenburg und Vorpommern oder an Städten, das ist früher ja auch am Eingang von Städten gemacht worden. Das habe ich nicht verstanden. Ich habe es nicht verstanden. Wir haben den Schengen-Raum gemeinsam geschaffen, die europäischen Staaten haben den Schengen-Raum gemeinsam – gemeinsam! – geschaffen,

(Leif-Erik Holm, AfD:  
Ja, unter der Bedingung, dass die EU-Außengrenzen geschützt werden.)

und dieser Schengen-Raum hat uns sehr viele Vorteile gebracht. Zum Schengen-Raum stehen wir. Wir schützen die europäischen Außengrenzen und im Bedarfsfall, wenn wir feststellen, dass es eine Bedrohungslage gibt, werden wir auch innerhalb des Schengen-Raums Grenzen wieder entsprechend kontrollieren.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD –  
Zuruf von Leif-Erik Holm, AfD)

Ich mache mal weiter, Sie haben ja Etliches hier von sich gegeben.

1989 haben wir gekämpft und ich sage Ihnen, da fühle ich mich ganz persönlich getroffen. Ich weiß nicht, was Sie 1989 gemacht haben, wir sind fast ein Jahrgang. Ich bin vor dem Mauerfall Mitglied der Sozialdemokratischen Partei der DDR, so hieß sie damals, geworden. Wenn das aufgefliegen wäre, ich hätte im Gefängnis gesessen. Und wissen Sie, wofür wir gekämpft haben? Für Reisefreiheit. Sie sagen gerade, da müssen Grenzkontrollen her.

(Leif-Erik Holm, AfD: Sie müssen mir das nicht erklären, ich war dabei!)

Sie waren dabei.

(Leif-Erik Holm, AfD: Ich war dabei.)

Wir haben für Pressefreiheit gekämpft. Sie wollen den öffentlich-rechtlichen Rundfunk abschaffen. Dass Sie für die Ideale von 1989 stehen, das weise ich in aller Form zurück.

(Dr. Matthias Manthei, AfD: Reisefreiheit hat nichts mit Grenzkontrollen zu tun! Das sind zwei verschiedene Paar Schuhe. Das sind zwei verschiedene Dinge.)

Das sage ich Ihnen. In aller Form weise ich das zurück.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD –  
Vincent Kokert, CDU: Ja, das sind aufrechte Sozialdemokraten. Sehr gut! Dem Ziel sollten sich alle verschreiben.)

Ja, wissen Sie, dann haben Sie sich zum Extremismus geäußert und Sie haben implizit hier versucht, etwas, was der Ministerpräsidentin unterstellt worden ist, was aber nicht wahr ist, eine Überschrift, die eine Zeitung gewählt hat, die man der Ministerpräsidentin in den Mund gelegt hat, noch mal in die Debatte reinzubringen.

(Zuruf aus dem Plenum:  
Das ist doch Lügenpresse!)

In aller Form weise ich das zurück. Manuela Schwesig hat diese Äußerung nicht getan und hat sich immer – zu allen Zeiten – sowohl gegen Rechts- als auch gegen linken Extremismus gewandt. Als Familienministerin im Jahr 2014 hat sie allein ein Programm ihrer Amtsvorgängerin kritisiert. Dieses Programm war in der Tat ineffektiv. Dieses ineffektive Programm hat sie kommentiert und daraus ist die Überschrift gemacht worden. Sie hat zwei Dinge getan: Sie hat ein neues, ein besseres Programm zur Stärkung der Demokratie und gegen Extremismus auf den Weg gebracht. Mit diesem Programm sind die Mittel für Projekte gegen linken Extremismus, gegen linke Militanz um mehr als das Doppelte aufgewertet worden. Das ist das, was Frau Schwesig gemacht hat. Und jetzt hätte ich eigentlich Ihren Beifall erwartet.

(Leif-Erik Holm, AfD: Ich erwarte jetzt noch etwas zu der Klausel.)

Sie hat bei einer Vielzahl von Anlässen klar und deutlich gemacht, dass sie gegen jede Form von Extremismus und Gewalt ist. Dazu gehört selbstverständlich der Linksextremismus. Außerdem hat sie das in ihrer Regierungserklärung ganz klar hier deutlich gemacht.

Meine Damen und Herren, ich würde Ihnen vorschlagen, empören Sie sich nicht über angebliche Aussagen und lassen Sie einfach diese Blubberpolitik, die Sie hier machen, die bringt uns am Ende nicht weiter.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD –  
Heiterkeit bei Torsten Renz, CDU:  
Blubberpolitik!)

Aber vielleicht, Herr Holm, wollen Sie ja einfach, dass wir mal das zusammenfassen, was uns in Erinnerung geblieben ist von dem, was Sie in dem ersten Dreivierteljahr hier gemacht haben. Sie sind ja neu hier im Parlament und da kann man auch mal zusammenfassen, was ist so in Erinnerung geblieben. In Erinnerung geblieben ist:

Den menschengemachten Klimawandel gibt es nicht, sagt die AfD, und wenn es diesen menschengemachten Klimawandel nicht gibt, dann können wir, so Ihr Abgeordneter Borschke, weiter auf Braunkohle setzen, wir können weiter auf Atom setzen. Das heißt, unsere Gespräche mit der Republik Polen, dass kein Atomkraftwerk an der Grenze gebaut wird, die sind null und nichtig. Sagen Sie bitte den Menschen in Vorpommern, dass Sie nichts dagegen hätten, dass das Atomkraftwerk dort an der Grenze gebaut wird! Sagen Sie bitte den Menschen in Lüththeen – da ist viel Kohle im Boden –, dass Sie auf Braunkohle setzen, denn irgendwann, wenn Sie auf Braunkohle setzen, heißt das, dass in Lüththeen hinten das Flöz abgebaggert wird. Das sagen Sie bitte den Leuten!

Dann, meine Damen und Herren, haben wir zur Kenntnis genommen, dass die AfD hier gesagt hat, dass Förde-

nung nur noch an Deutsche auszureichen ist. Später in der Presse haben wir erfahren, wer Deutscher ist, nämlich der, der mindestens vier deutsche Großeltern hat.

(Zuruf von Jochen Schulte, SPD)

Ich habe nicht gedacht, dass in diesem Parlament irgendjemand die NPD rechts überholen würde. Ein Abgeordneter Ihrer Fraktion hat das geschafft. Den Arier-nachweis hat nicht mal die NPD gefordert.

(Beifall vonseiten der Fraktionen  
der SPD und DIE LINKE)

Dann sind Sie hier gekommen und haben uns gesagt, wir sollen die Rundfunkstaatsverträge kündigen – Rundfunkstaatsverträge kündigen, ohne dass Sie gewusst haben, was am Ende dabei herauskommen soll. Das heißt, Sie wollten praktisch den öffentlich-rechtlichen Rundfunk schleifen. Das ist das, was Sie hier zum Ausdruck gebracht haben.

(Zuruf von Leif-Erik Holm, AfD)

Dann haben Sie auf die Frage hin, wie Sie das künftig finanzieren wollen, uns zur Kenntnis gegeben, Sie wollen das über Steuergelder machen. Steuergelder, meine Damen und Herren, heißt, ich kann über einen Haushalt auf das Programm Einfluss nehmen. Sie wollen einen Staatsrundfunk, weil Ihnen die Berichterstattung nicht gepasst hat, und das haben Sie in der Debatte auch ganz deutlich gesagt.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD)

Dann hatten wir hier die Debatte, wo es darum ging, dass Kinder unter drei Jahren möglichst zu Hause zu betreuen sind. Zurück an den Herd für die Frauen, heißt es. Ihr Abgeordneter Weber hat gesagt, Zitat: „Ich mache keinen Hehl daraus“,

(Heiterkeit bei Vincent Kokert, CDU:  
Herr Weber kann auch nicht an den Herd.  
Das geht nicht mit seinem Rauschebart!)

„dass nach meinen persönlichen Vorstellungen das die Mutter sein sollte.“ Das heißt, Frauen zurück an den Herd. Die Mecklenburgerinnen sollten sich das mal genau zu Gemüte führen, um zu wissen, wohin die AfD will.

Machen wir weiter, meine Damen und Herren! Dann haben Sie die Position vertreten – das war der Abgeordnete Strohschein –, dass Mecklenburg-Vorpommern sich aktiv dafür einsetzen sollte, ein atomares Endlager in unser Land zu holen.

(Vincent Kokert, CDU: Donnerwetter!)

Das sagen wir dann doch bitte mal den Damen und Herren Touristen, die hierherkommen: Wir als Mecklenburg-Vorpommern bemühen uns um ein atomares Endlager. Ich weiß nicht, ob das wirklich zielführend ist, aber Sie werden ja sicherlich draußen in Ihren Sprechstunden genau das auch verkaufen.

Dann ist es der Herr Arppe gewesen, der uns nach Nordkorea schicken wollte. Wenn wir alle nicht schnell genug laufen würden, dann würden wir den Tag unserer

Geburt bereuen, hat er gesagt. Das hat er später zurückgenommen.

(Vincent Kokert, CDU: Wer war das?)

Der Herr Arppe. Ich will es der Vollständigkeit halber nur sagen.

Der Herr Weber hatte uns deutlich gemacht, dass die Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze, die uns den Frieden sichert, ein Verrat am deutschen Volke wäre. Derselbe Abgeordnete hat sich hier hingestellt und hat Frau Präsidentin gesagt, dass er gar nicht weiß, ob Frau Präsidentin eine Frau ist. Provokation als Prinzip.

Und dann die skandalösen Äußerungen des Thüringer AfD-Vorsitzenden Höcke,

(Vincent Kokert, CDU: Sehr inhaltsreich, ja.)

des Herrn Höcke zur Erinnerungskultur. Wir hatten eigentlich erwartet, dass Sie sich distanzieren, aber mehrere Abgeordnete Ihrer Fraktion, unter anderem der Herr Lerche, unter anderem der Herr Arppe, haben sich demonstrativ hinter Herrn Höcke gestellt.

Wenn ich Ihre Aktivitäten zusammenfassen darf, dann bleibt nicht viel übrig:

(Manfred Dachner, SPD:  
Nichts bleibt übrig, gar nichts.)

viel Show, viel Illusion, wenig Substanz. Sie treiben Menschen gegeneinander. Hilft das unserem Land? Nein, nicht, überhaupt nicht!

Meine Damen und Herren, das Ziel der Sozialdemokraten ist es, die Gesellschaft zusammenzuhalten und eben nicht die einen gegen die anderen auszuspielen. Unser Ziel ist es, die Wirtschaft zu stärken bei höheren Löhnen, unser Ziel ist die beste soziale Absicherung der Menschen. Dafür arbeiten wir. Auch wenn der Kapitän von Bord gehen musste, bleibt die Koalition unter neuer Führung gemeinsam auf Kurs. – Besten Dank.

(Beifall vonseiten der Fraktionen  
der SPD und CDU)

**Präsidentin Sylvia Bretschneider:** Vielen Dank, Herr Krüger.

Das Wort hat jetzt die Fraktionsvorsitzende der Fraktion DIE LINKE Frau Oldenburg.

(Vizepräsidentin Beate Schlupp  
übernimmt den Vorsitz.)

**Simone Oldenburg,** DIE LINKE: Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! In den vergangenen Wochen und auch heute verkündeten Sie, sehr geehrte Frau Ministerpräsidentin, Ihre wesentlichen Botschaften, ob es die Stärkung der Wirtschaft ist oder Änderungen im Gesundheitssystem. Auch von guter Arbeit und Lohnangleichung ist zu hören, Sie wollen die Familien unterstützen und die sozialen Berufe aufwerten.

Frau Schwesig, die Botschaft höre ich wohl, und ja, wir haben noch Hoffnung, dass es Ihnen vielleicht gelingt, Glauben und Vertrauen in die Regierungsarbeit wieder-

herzustellen. Kostenlose Kitas, Volldampf bei der Digitalisierung oder auch ein besseres Schienennetz – bei all diesen Botschaften haben Sie uns an Ihrer Seite. Aber Sie haben uns auch an Ihrer Seite, wenn es alles wieder nur Versprechungen, Ankündigungen und Prüfaufträge bleiben. Auch dann werden wir als Opposition nichts unversucht lassen, diese Regierung zur Umsetzung ihrer eigenen Vorhaben zu bewegen,

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE –  
Vincent Kokert, CDU: Haben Sie  
auch eigene Vorhaben?)

denn nur vom Verkünden von Botschaften wird Mecklenburg-Vorpommern niemals die zahlreichen roten Laterne los. Wir wollen endlich nicht mehr das Schlusslicht bei den Studienabbrechern sein. Wir müssen weg vom hohen Betreuungsschlüssel in den Kindertagesstätten. Das verfügbare Einkommen der Frauen und Männer muss raus aus dem Keller. Unsere Strompreise müssten endlich mal sinken, denn ansonsten sinkt weiterhin lediglich die Akzeptanz für erneuerbare Energien.

Bei uns brummen weder die Wirtschaft noch die Löhne. Wir dackeln auch auf diesen Gebieten allen anderen Bundesländern hinterher. Bei der Angleichung der Wirtschaftskraft an die westdeutschen Länder liegt Mecklenburg-Vorpommern aktuell hinter dem Stand des Jahres 2009, nämlich bei gerade einmal 76 Prozent. Kein anderes ostdeutsches Bundesland ist derart zurückgefallen, und kein anderes Bundesland hat eine höhere Arbeitslosenquote als Mecklenburg-Vorpommern. Auch wenn es immer weniger Arbeitslose bei uns gibt, haben wir nicht nur die rote Laterne, sondern auch eine enorm verfestigte Langzeitarbeitslosigkeit, von der 25.000 Frauen und Männer betroffen sind. In den vergangenen Jahren war der Landesregierung die Bekämpfung dieser Misere keinen einzigen Cent Landesgeld wert. Und die wenigen Arbeitsplätze bei der Bürgerarbeit sind ein sehr zögerlicher Anfang.

Seien Sie mutig, Frau Schwesig, nicht kleckern, sondern klotzen!

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE)

Sehr geehrte Damen und Herren! Frau Ministerpräsidentin! Sie möchten, dass Mecklenburg-Vorpommern ein Land zum Arbeiten, zum Leben und zum Urlaubmachen wird. Das ist doch wohl selbstverständlich. Aber regieren heißt nicht, dass man Selbstverständlichkeiten verkündet oder über die Köpfe und den Willen der Menschen hinweg entscheidet. Wenn demnächst die Unterschriften der Volksinitiativen zur kostenlosen Schülerbeförderung und zur Kinder- und Jugendarmut bei der Präsidentin eingereicht werden, nehmen Sie diese dann wirklich ernst, entscheiden Sie dann mit den Köpfen und für den Willen der Menschen!

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE)

Sie sehen am Beispiel des Krankenhauses Wolgast, was passiert, wenn man unüberlegt regiert, wenn man über die Köpfe der Einwohnerinnen und Einwohner hinweg entscheidet, allein aus der Machtposition heraus.

(Beifall Dr. Ralph Weber, AfD –  
Tilo Gundlack, SPD: Das ist doch Quatsch!  
Das ist doch Quatsch, was Sie da erzählen!)

Mecklenburg-Vorpommern muss auch ein Land werden, in dem wieder die Bürgerinnen und Bürger über ihre Belange mitentscheiden können. Das wäre eine ernsthafte Stärkung der Demokratie. Und dazu zählen wir auch den Umgang mit uns, mit meiner Fraktion als Opposition und mit dem Parlament insgesamt, denn die Vorschläge meiner Fraktion, ein gleichstellungspolitisches Rahmenprogramm zu erarbeiten oder Maßnahmen zur Lohnangleichung zu ergreifen, hat dieses Parlament genauso abgelehnt wie unsere Alternativen, die Digitalisierung voranzubringen, mehr Polizistinnen und Polizisten auszubilden oder die Theater und Orchester zu stärken, statt zu schwächen.

Die gesamte Hängepartie mit der Ausbildung von Erzieherinnen und Erziehern hätte es jetzt in dem Ausmaß niemals gegeben, wenn sich SPD und CDU ernsthaft mit unseren Vorschlägen zur Ausbildungsplatzplanung beschäftigt hätten. Statt dies zu tun, hat der damalige Bildungsminister, Mathias Brodtkorb, den steigenden Bedarf einfach weggerechnet, wenn er behauptete – ich zitiere: „Sie wissen sicherlich, dass wir auf ein neues Geburten tief zusteuern. ... Deswegen glaube ich, dass die ganzen Argumente, die Sie jetzt geltend machen“,

(Torsten Renz, CDU:  
Da ist der Bildungsminister  
schuld, nicht der Finanzminister, ne?)

„die vielleicht im Moment einen erhöhten Bedarf an Erzieherinnen und Erziehern zur Folge haben, falsch sind. ... Deshalb sieht die Landesregierung selbstverständlich keinen Bedarf, ... diese Kapazitätsplanung zu überarbeiten.“ Ende des Zitats. Selbstverständlich sahen Sie keinen Bedarf. Selbstverständlich haben Sie unseren Antrag abgelehnt.

Sehr geehrte Damen und Herren, sicherlich kann man über den einen oder anderen Antrag meiner Fraktion streiten, aber genau dieser Streit fehlt. Wenn am Ende einer haarigen Auseinandersetzung die Mehrheit des Parlamentes dazu kommt, unseren Vorschlag begründet abzulehnen, dann können wir damit umgehen. Womit wir aber überhaupt nicht umgehen können, ist die Tatsache, dass Ihnen Floskeln als Begründung für die Ablehnung unserer Alternativen genügen, und manchmal sparen Sie sich selbst diese sogar.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

Wir können Ihre ständigen Ausreden nicht mehr hören, dass die Regierung längst an diesem Problem dran ist und es unseres Antrages nicht bedarf, oder die Regierung macht schon, Sie kommen zu spät. Am peinlichsten ist jedoch die Aussage des einen Koalitionspartners, dass der jeweils andere Koalitionspartner dieses Problem gar nicht thematisieren will.

(Jochen Schulte, SPD: Das gab es  
mit Ihnen aber auch schon mal. –  
Peter Ritter, DIE LINKE:  
Siehe Schwimmunterricht!)

Aber wäre die Regierung schon unterwegs gewesen, dann hätten wir jetzt nicht den Mangel an Hausärztinnen und Hausärzten. Wäre die Regierung schon dran, wäre nicht jede dritte Kommune verschuldet. Würde die Regierung schon handeln, hätten wir die kostenlose Kita. Und wäre die Regierung aktiv, würde die Pflegeausbildung in

Mecklenburg-Vorpommern – wie in den meisten anderen Bundesländern längst üblich – auch kostenfrei sein und wir müssten nicht drei weitere Jahre warten.

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE)

Würden CDU oder auch SPD mal wollen – denn einer von beiden ist ja immer schuld –, dann würden die Polizisten, Richter und Lehrkräfte nicht zigtausende Überstunden leisten müssen und der Krankenstand wäre viel geringer.

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE)

Würde die Regierung schon machen, bekämen mehr Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer einen Lohn, von dem sie leben können und der sie vor Armut schützt. Beenden Sie Ihr Ablehnungsroulette und diskutieren Sie unsere Vorschläge und Ideen ernsthaft!

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE)

Sehr geehrte Damen und Herren, die Anzahl der Schulabbrecher und der Jugendlichen, die ihre Ausbildung hinschmeißen, ist in keinem anderen Bundesland höher als bei uns. Das liegt unter anderem auch daran, dass die Bildung in Mecklenburg-Vorpommern immer noch sehr stark vom Einkommen der Eltern abhängig ist. Wir sind weit entfernt von kostenloser Bildung, solange Eltern jährlich Abgaben zu leisten haben, solange die Fahrten zur Schule abhängig sind von ominösen Entfernungen, um sie bezahlt zu bekommen, solange die Fahrt zum Praktikum, das Bestandteil des Unterrichts ist, von den Eltern bezahlt werden muss und solange Eltern für den Schwimmunterricht zahlen müssen.

Wir wollen, dass Mecklenburg-Vorpommern ein Land der klugen Köpfe wird, in dem nicht das Einkommen der Eltern über die Bildungschancen der Kinder entscheidet.

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE)

Unterstützen Sie uns im Kampf gegen die Kinderarmut, denn in dem Land, das Sie zum Arbeiten, Leben und Urlaubmachen entwickeln wollen, lebt fast jedes dritte Kind in Armut! Armut bedeutet bei uns selbstverständlich nicht, dass es den Kindern grundsätzlich an Essen und Trinken mangelt, obwohl selbst dies leider vorkommt. Armut in Mecklenburg-Vorpommern bedeutet vor allem, dass es diesen Kindern an Bildung und an Teilhabe mangelt, denn ihre Eltern haben oft keine Arbeit und diese Eltern können keinen Urlaub mit ihren Kindern machen. Für sie ist Mecklenburg-Vorpommern kein Urlaubsland. Fast 70.000 Kinder in Mecklenburg-Vorpommern werden von der Teilhabe, von der Bildung, vom Sportverein und vom Kinobesuch ausgeschlossen.

Und wenn ich dann folgende Aussage der Sozialministerin Drese höre – ich zitiere: „Immer weniger Kinder im SGB II- und Kindergeldbezug erhalten ... immer mehr Mittel aus dem Bildungs- und Teilhabepaket des Bundes. Das ist ein wesentlicher Beitrag für mehr soziale Gerechtigkeit“, Ende des Zitats –, dann verliere ich wirklich den Glauben. Frau Drese, Sie verkennen hier Ursache und Wirkung! Erst, wenn die Kinder ins Wasser gefallen sind, schicken Sie ihnen eine löchrige Rettungsweste hinterher. Das ist keine seriöse Strategie gegen Kinderarmut. Das ist keine soziale Gerechtigkeit. Das ist fahrlässiges Verhalten.

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE)

Unterlassen Sie derartige Botschaften und kommen Sie lieber mit uns über unsere Charta für Kinderrechte ins Gespräch! Wir wollen, dass Mecklenburg-Vorpommern tatsächlich ein Land für Kinder und für Jugendliche wird.

Sehr geehrte Damen und Herren, damit hier Kinder gern und unbeschwert leben und aufwachsen können, muss für ihre Eltern die ungleiche Bezahlung für gleiche Arbeit endlich beendet werden. Was die Regierung – auch im Bund – bisher vorzuweisen hat, ist eine Luftnummer, denn die Gleichstellung der Geschlechter muss sich auch in der Vergütung widerspiegeln.

Ihr Gesetz, Frau Ministerpräsidentin, das dem herrschenden Missstand zu Leibe rücken sollte, ist gerade für Mecklenburg-Vorpommern schlicht wirkungslos. Und allein eine Ministerpräsidentin eines Bundeslandes macht noch längst keine Gleichstellung. Wenn Frauen und Männer für gleichwertige Arbeit auch gleich vergütet werden, wenn Mecklenburg-Vorpommern aus dem Lohnkeller der Bundesrepublik klettert, dann, erst dann kann Mecklenburg-Vorpommern auch ein Land zum Arbeiten und zum Leben werden. Bisher ist es hauptsächlich eines zum Urlaubmachen – Urlaub für andere. Dieses Urlaubsland sind wir aber nur durch die unermüdliche Arbeit der Restaurantfachfrauen, der Kellner, der Köchinnen, der Hotelfachmänner und der Zimmermädchen.

(Zuruf von Torsten Renz, CDU)

Es ist nicht alleine das Verdienst der Regierung, sondern das Verdienst der Köche und Kellner. Wir wollen durch mehr Tarifbindung erreichen, dass auch genau diese Frauen und Männer Urlaub machen können und nicht nur den Urlaub für andere zur schönsten Zeit des Jahres werden lassen.

(Torsten Renz, CDU:  
Was schlagen Sie da konkret vor?)

Sehr geehrte Damen und Herren, bei der Rente haben Sie den größten Misserfolg vergangener Jahre, ja, Jahrzehnte eingefahren. Die CDU hat die frühere Rentangleichung verhindert und wieder ist es offenbar der falsche Koalitionspartner, wenn die Ministerpräsidentin nun ankündigt, sich für eine frühere Angleichung starkzumachen.

(Torsten Renz, CDU: Wenn wir Ihre Rentenpolitik aus DDR-Zeiten genommen hätten, hätten wir gleich einpacken können.)

Da, sehr geehrte Frau Schwesig, ist mein Glaube etwas getrübt. Wenn jeder von Ihnen, ob SPD oder CDU, irgendwie immer den falschen Koalitionspartner hat, dann müsste Ihnen auffallen, dass da irgendetwas schief läuft.

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE)

Warum die SPD Sie als Koalitionspartner ...

(Torsten Renz, CDU:  
Warum hat denn die SPD den Koalitionspartner 2006 gewechselt?)

Na, ich kann Ihnen sagen, warum Sie als Koalitionspartner ausgewählt worden sind: Weil Sie keine Ansprüche stellen.

(Beifall und Heiterkeit vonseiten der Fraktion DIE LINKE – Zurufe von Torsten Renz, CDU, und Peter Ritter, DIE LINKE)

Wir erwarten einen gemeinsamen und geschlossenen Einsatz im Bund für die Anerkennung der Lebensleistungen endlich auch der ostdeutschen Rentnerinnen und Rentner. Mecklenburg-Vorpommern muss ein Land werden, in dem niemand mehr in Altersarmut leben muss.

Sehr geehrte Frau Ministerpräsidentin, unsere wichtigsten Forderungen haben wir Ihnen vergangene Woche übergeben. Wir freuen uns darauf, Ihre Botschaft zu vernehmen, dass wir endlich die kostenfreie Kita haben, dass die Eltern kein Geld mehr für die Bildung ihrer Kinder berappen müssen. Und gespannt erwarten wir auch Ihre Botschaft, dass wir zusätzliche Erzieher und Lehrkräfte eingestellt haben und dass Sie sich gemeinsam mit uns erfolgreich für die Wiedereinführung der Vermögensteuer eingesetzt haben. Wenn wir Ihre Botschaft hören, dass die Koalition unseren Regionalbudgets für die Gestaltung strukturschwacher Räume genauso zugestimmt hat wie der kostenlosen Schülerbeförderung, dann, Frau Schwesig, dann glauben wir an Ihre Botschaften und an Ihre Regierungsarbeit.

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE)

**Vizepräsidentin Beate Schlupp:** Das Wort hat jetzt für die Fraktion der CDU der Fraktionsvorsitzende Herr Kokert.

(Thomas de Jesus Fernandes, AfD:  
Da bin ich jetzt aber mal gespannt. –  
Zuruf von Peter Ritter, DIE LINKE)

**Vincent Kokert,** CDU: Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrte Frau Ministerpräsidentin! Ich will, bevor ich mit meiner eigentlichen Rede anfangen, vielleicht sagen, ich dachte, es geht heute um die Regierungserklärung

(Thomas Krüger, SPD: Tja.)

und nicht um so einen mexikanischen Rundumschlag in alle Richtungen. Aber ich gestehe,

(Beifall Enrico Komning, AfD)

ich gestehe gern natürlich auch der Opposition zu, dass man das als gewisse Generaldebatte nutzt. Ich will aber noch mal darauf zurückkommen, warum wir heute eigentlich hier miteinander zusammengekommen sind und eine neue Regierungserklärung nach zehn Monaten hören, und ich will Ihnen zurufen, dass uns alle, ich glaube, auch sehr persönlich, das Schicksal von Erwin Sellering, und da hängt ja die Familie dran, sehr erschüttert hat. Ich will für mich sagen, ich habe zu ihm persönlich ein sehr vertrauensvolles, ordentliches und offenes Verhältnis gehabt. Wir versuchen, das eine oder andere Mal regelmäßig miteinander zu kommunizieren, und ich möchte ihm von dieser

Stelle aus für sich selbst und für seine Familie alles Gute und Gottes Segen wünschen.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD und CDU)

Meine Damen und Herren, die Regierungserklärung der Ministerpräsidentin, die nach zehn Monaten bereits jetzt nötig geworden ist, die gibt einen guten Anlass, mal darüber zu sprechen, über diese kurze Zeit. Zehn Monate sind ja im Regierungshandeln nicht lang, da war es gut, dass man sich untereinander schon gut kennt. Wir konnten sofort handeln.

Sie fordern zu Recht als Opposition, nun benennen Sie doch mal Ihre Schwerpunkte für diese Legislaturperiode, und ich sage Ihnen die Schwerpunkte der letzten zehn Monate. Man könnte fast sagen, neun Monate dauert eine Schwangerschaft, jetzt waren wir bei zehn, also es waren fast Drillinge.

Wir haben als Erstes das Thema FAG auf dem Tisch gehabt, eins der schwierigsten Themen, was man sich zwischen Land und Kommunen überhaupt vorstellen kann. Da geht es um die Finanzbeziehung und ich habe das erste Mal seit 2002 erlebt, dass man sich so vernünftig miteinander verständigt und am Ende geeinigt hat. Das haben wir schon in den ersten zehn Monaten geschafft. Überhaupt will ich mal eine Lanze für die Zusammenarbeit mit der kommunalen Ebene brechen. Ich glaube, der Zentralismus – davon hat ja der eine oder andere in diesem Land mal geträumt –, der bringt uns bei der Diskussion mit der kommunalen Ebene überhaupt nicht weiter.

Ich glaube, die kleinste Keimzelle der Demokratie auch in diesem Land sind die Kommunen und ist die kommunale Ebene. Deshalb müssen wir alle immer wieder hinterfragen, wenn wir hier Entscheidungen fällen, welche Auswirkungen hat das eigentlich vor Ort, und das rufen uns die Kommunen berechtigterweise zu. Ich möchte auch in dieser Legislaturperiode die Zeit dafür nutzen, um das jetzt entstandene Vertrauen weiter zu verstärken und auf einer vernünftigen und soliden Basis diese Legislaturperiode gemeinschaftlich zu gestalten. Ich glaube, da war der Weg, wie wir zu einem neuen FAG kommen, zu einer neuen Einigung, der richtige, und ich möchte an dem einen oder anderen Punkt gern daran anschließen.

Aber warum konnten wir das überhaupt? Wir tun ja manchmal so, als wenn das alles vom Himmel fällt, wir irgendwie unter höheren Mächten schweben und Mecklenburg-Vorpommern segelt da einfach so im Wind mit. Nein, meine Damen und Herren, das ist wirklich harte Arbeit, das ist auch in einer Koalition harte Arbeit. Also erwecken Sie bitte nicht immer den Anschein, als wenn wir alle die Hände in den Schoß legen, Tag und Nacht eigentlich nur in unserem Liegesessel liegen und der Rest kommt von ganz allein. Es ist manchmal auch in einer Großen Koalition, die über eine komfortable Mehrheit verfügt, schwieriger, zu einem Kompromiss zu kommen, als mit einer relativ knappen Mehrheit. Gerade bei dem Thema „Kommunaler Finanzausgleich“ haben wir das selber erlebt. Da setzt jeder so seine eigenen Akzente. Am Ende haben wir alles unter ein Dach gebracht und haben eine vernünftige Entscheidung getroffen. Ich glaube, das erkennt die kommunale Ebene an.

Meine Damen und Herren, auch das habe ich vorhin noch mal nachgelesen: Es gab in Thüringen mal eine Studie von einem Institut Prognos – ich glaube, die sind relativ nahe bei den Kommunen oder die Kommunen sind sogar Eigentümer davon –, und die Ergebnisse waren doch erstaunlich.

In dem Zusammenhang – hier sitzt ja der zukünftige Bildungsminister von Thüringen –, lieber Helmut Holter, darf ich auch mal von dieser Stelle sagen, mit dir geht ein echtes Schwergewicht aus diesem Landtag hinaus und verlässt damit DIE LINKE. Ich hatte heute bei der einen oder anderen,

(Dr. Mignon Schwenke, DIE LINKE:  
Er verlässt nicht DIE LINKE.)

ich hatte bei der einen ...

Ja, Sie verlässt er, was hier in Mecklenburg-Vorpommern für Sie ein großer Verlust sein wird. Sie werden das in den nächsten Wochen und Monaten sicherlich schmerzlich merken und bei der einen oder anderen Aussprache werden Sie sich Helmut Holter noch zurückwünschen.

Aber jetzt zurück zu Thüringen und der Prognos-Studie: Da kann man ganz linear ablesen, umso kleiner die Gemeinde ist, umso größer ist das ehrenamtliche Engagement in dieser Gemeinde. Das fällt quasi linear nach unten ab, je größer die Kommune wird. Und deshalb, glaube ich, ist es auch zu rechtfertigen, dass wir nach wie vor an dieser kleinteiligen Struktur in Mecklenburg-Vorpommern, wenn es um die Gemeinden geht, festhalten.

Der ehrenamtliche Bürgermeister ist vor Ort das letzte Gesicht des Staates und deshalb sollten wir uns alle immer fragen, müssen wir wirklich weiter darüber diskutieren, ob die 300 Euro Aufwandsentschädigung eine gute oder schlechte Leistung für den Bürgermeister ist. Ich glaube, das sollte uns jeden Cent wert sein, an dieser Struktur festzuhalten, weil das festigt die Demokratie und macht unsere Menschen auch immun gegen Populisten.

(Beifall vonseiten der Fraktion der CDU)

Deshalb, meine Damen und Herren, wäre das für mich ein Schwerpunkt in dieser Legislaturperiode.

Der zweite große Punkt – ich habe ja von Drillingen gesprochen – war das Thema KiföG. Ja, der Start war ein bisschen holprig – das werden Sie sicherlich als Opposition auch noch auskosten –, aber auch dort gab es am Ende einen guten Kompromiss.

(Thomas Krüger, SPD: Sehr richtig!)

Auch das nennt man übrigens, auch das nennt man übrigens „Demokratie“.

Und dann will ich Ihnen einfach sagen, vielleicht ist es auch nicht ganz fair, Frau Drese ist noch nicht so sehr lange im Amt, ich könnte aber natürlich zurufen, als neue Ministerin so ein schwieriges Thema anzupacken und dann gleich mit so einem mutigen Schritt – wenn wir nun aber auf alles gehört hätten, wenn die ganzen Gegenredner kommen, dann würden wir wahrscheinlich noch frierend in Höhlen sitzen und hätten nichts zu essen.

(Zuruf von Jacqueline Bernhardt, DIE LINKE)

Deshalb lassen Sie doch einfach mal diese duale Ausbildung auch in Mecklenburg-Vorpommern wirken und bewerten hinterher, was dabei rausgekommen ist!

(Beifall Egbert Liskow, CDU)

Baden-Württemberg hat sich auf den gleichen Weg gegeben. Wir sind damit also,

(Zuruf von Jacqueline Bernhardt, DIE LINKE)

wir sind damit also nicht alleine. Deshalb sollten wir doch alle miteinander alles dafür tun, dass diese Ausbildung zu einem Erfolg wird, und das nicht von vornherein gleich schlechtreden. Und auch diese Kraft hatte die Koalition, meine sehr geehrten Damen und Herren.

(Beifall vonseiten der Fraktion der CDU –  
Zuruf von Dr. Ralph Weber, AfD)

Ja, meine lieben Kollegen – nein, „lieb“ brauche ich gar nicht zu sagen –, meine Kollegen von der AfD, wir machen halt keine Alarmpolitik, wir machen Vertrauenspolitik.

(Zuruf von Thomas de Jesus Fernandes, AfD)

Wenn Sie die Menschen in diesem Land fragen, sind die Menschen wesentlich schlauer als die Opposition in diesem Land, auch schlauer als Sie. Die trauen uns nämlich bei dem Thema Doppelhaushalt sehr viel zu. Wenn Sie in Mecklenburg-Vorpommern fragen, dann werden Ihnen 83 Prozent der Menschen in diesem Land sagen, das ist richtig so, dass wir den Haushalt konsolidieren und jetzt damit erstmalig Luft aus eigener Kraft haben, um wieder zu investieren. Das ist die dritte große Baustelle, die wir in dieser Koalition abgeräumt haben.

(Zuruf von Dr. Ralph Weber, AfD)

Ich bin gespannt – Herr Holm hat das ja angekündigt –, welche eigenen Akzente Sie jetzt setzen wollen in der Haushaltsberatung. Das tut auch wirklich not. Denn bisher machen Sie ja eher davon Reden, Herr Holm: Ich hatte vorhin schon Sorge, als Sie den Stuhl verlassen haben, auch wenn Sie wiederkommen, ob da nicht ein Fremder drauf sitzt. Deshalb sollten Sie jetzt,

(Heiterkeit und Beifall vonseiten  
der Fraktionen der SPD und CDU)

deshalb sollten Sie die Königsdisziplin des Parlamentes,

(Zuruf von Sebastian Ehlers, CDU)

die Königsdisziplin des Parlamentes, nämlich die Diskussion über den anstehenden Doppelhaushalt, die sollten Sie nutzen und eigene Akzente richtig setzen, die ausfinanziert sind. Da kann ich Ihnen jetzt schon sagen, auch das wird harte Arbeit, das wird nicht so einfach. Wir werden jeden Vorschlag natürlich ganz intensiv unter die Lupe nehmen und sehen, ist er wirklich so, wie es sich für die größte Oppositionsfraktion in diesem Landtag gehört. Und nur dann,

(Thomas de Jesus Fernandes, AfD:  
Dann stimmen Sie zu?!)

nur dann ...

(Thomas de Jesus Fernandes, AfD:  
Und dann stimmen Sie zu?!)

Also, lieber Kollege der AfD-Fraktion, Sie machen ja immer und ständig, zum Teil auch völlig sinnentstellte Zwischenrufe.

(Heiterkeit vonseiten der Fraktionen  
der SPD und CDU)

Ich schlage Ihnen vor, Sie haben noch genug,

(Zuruf von Dr. Ralph Weber, AfD)

Sie haben noch genug Redezeit, kommen Sie doch nachher hier mal ans Pult und sagen Sie zu den ganzen Konzepten, die Sie immer ankündigen, einfach nur einen vernünftigen inhaltlichen Satz.

(Zuruf von Sebastian Ehlers, CDU)

Dann wäre ich damit einverstanden. Wenn Sie aber immer nur so unqualifiziert dazwischenbläken, dann muss ich meinem Kollegen Krüger recht geben, das sind für mich alles nur Blubberblasen, auf die ich zukünftig nicht mehr eingehen werde.

(Beifall vonseiten der Fraktion  
der SPD und Torsten Renz, CDU –  
Zuruf von Thomas de Jesus Fernandes, AfD)

Da wir,

(Dr. Ralph Weber, AfD:  
Ein Blick in die Geschäftsordnung  
wird Ihnen zeigen, dass wir ...)

da wir ja immer darüber reden, wie wir das Geld, was wir jetzt in Mecklenburg-Vorpommern zur Verfügung haben, ausgeben, möchte ich mal denjenigen etwas zurufen, das sind die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und die Unternehmerinnen und Unternehmer, die sich in diesem Land was getraut haben. Die erwirtschaften nämlich die Steuern, die wir alle gemeinschaftlich das große Glück haben, dann ausgeben zu können. Ich danke diesen Menschen, die jeden Morgen aufstehen, einer geregelten Tätigkeit nachgehen, die mutig dieses Land vorangebracht haben. Ich glaube, das gehört auch in so eine Generaldebatte, dass wir uns bei denen mal herzlich dafür bedanken, dass sie das jeden Tag tun.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD, CDU  
und Helmut Holter, DIE LINKE)

Ich glaube, der wichtigste Punkt für dieses Land überhaupt in dieser Legislaturperiode wird folgender sein – die Ministerpräsidentin hat ihre Schwerpunkte benannt, ich möchte noch einen weiteren hinzufügen, der für die CDU wichtig ist –: Lassen Sie uns jetzt gemeinschaftlich darüber diskutieren, wo wir uns im Kanon der anderen Bundesländer wiederfinden. Wir brauchen neben dem Tourismus ein weiteres wichtiges Faustpfand, das mit Mecklenburg-Vorpommern in Deutschland verbunden wird. Wir haben dabei keine Zeit mehr zu verlieren. Andere Bundesländer haben sich auf den Weg gemacht, auch ostdeutsche, und Mecklenburg-Vorpommern sollte für sich selber in dieser Legislaturperiode diskutieren, wo wollen wir denn eigentlich in Zukunft hin.

Ich sehe persönlich einen Schwerpunkt an unseren Wissenschaftsstandorten. Die scheinen sich als echte Kristallisationspunkte hervorgehoben zu haben und wir sollten in dieser Legislaturperiode alles dafür tun, dass wir die nicht ans Gängelband nehmen, sondern auch die Hochschulen und die Wissenschaft wird sich gemeinschaftlich mit der Wirtschaft nur entwickeln können, wenn wir sie ruhig und vernünftig im Rahmen der Hochschulautonomie arbeiten lassen.

(Beifall vonseiten der Fraktion der CDU –  
Egbert Liskow, CDU: Richtig.)

Und ein Punkt ist auch von Manuela Schwesig angesprochen worden. Da will ich den Bogen mal ein bisschen breiter spannen, aus der Politik raus, auch in Richtung Unternehmen. Wir haben jetzt die Situation, dass auch in Mecklenburg-Vorpommern viele Unternehmen übertragen werden an die Nachfolger. Ich glaube, auch diesen jungen Menschen – wir sind ja beide fast ein Alter, ein paar Jahre bin ich jünger, das sieht man dir aber nicht an, dass du älter bist als ich, aber wir sind fast ein Alter,

(Heiterkeit vonseiten der Fraktionen  
der SPD und CDU)

wir sind fast ein Alter –,

(Tilo Gundlack, SPD:  
Machen Sie ruhig so weiter!)

ich glaube, wir müssen auch dieser Generation deutlich machen, dass wir hier etwas in Mecklenburg-Vorpommern entwickeln können, so etwas, was es beispielsweise in Sachsen oder Bayern gibt, wie so einen Sachsenstolz oder ein Stolzsein auf das eigene Bundesland. Ich glaube, das ist 27 Jahre nach der Wiedervereinigung auch ein richtiger Punkt zu sagen, Leute, ihr könnt, wenn ihr von der Arbeit nach Hause geht, stolz sein auf das Geleistete, darauf, was ihr für dieses Land leistet.

(Zuruf von Dr. Ralph Weber, AfD)

Das ist für diese Generation besonders wichtig, Identifikation ist wichtig, Identifikation mit der Heimat ist wichtig.

(Beifall Dr. Ralph Weber, AfD)

Lassen Sie uns auch in der Großen Koalition in dieser Legislaturperiode mutig dieses Thema angehen! Sonst tun es andere, die es aus meiner Sicht nicht verdient haben, meine sehr geehrten Damen und Herren.

(Beifall vonseiten der Fraktion der CDU –  
Beifall Dr. Ralph Weber, AfD:  
Bravo! Bravo!)

Meine lieben Kolleginnen und Kollegen von den LINKEN, ich glaube, dass Sie ja „alte Hasen“ hier in den Parlamentsdebatten sind, und deshalb freue ich mich auch auf die eine oder andere Diskussion, die wir gemeinschaftlich jetzt führen werden zum bevorstehenden Doppelhaushalt. Ich glaube, dass wir mit dem Entwurf, der ja in wenigen Wochen oder Tagen das Parlament erreichen wird, eine gute Grundlage dafür geschaffen haben, inhaltlich vernünftig zu diskutieren. Ich würde mir natürlich wünschen, dass auch Sie dem folgen, dass, wenn Sie eigene

Akzente setzen wollen, Sie uns bitte gleich immer in einem Beisatz schreiben, wie wir das alles zukünftig finanzieren wollen.

(Dr. Mignon Schwenke, DIE LINKE:  
Aber da können Sie sich drauf verlassen. –  
Zurufe von Jacqueline Bernhardt, DIE LINKE,  
und Peter Ritter, DIE LINKE)

Das ist doch schön, das ist doch schön. Das war in der Vergangenheit völlig anders, deswegen weise ich jetzt darauf hin.

(Unruhe vonseiten der Fraktion DIE LINKE –  
Dr. Mignon Schwenke, DIE LINKE:  
Das war nie anders.)

Und damit Sie, damit Sie gleich richtig Freude haben –

(Zuruf von Jacqueline Bernhardt, DIE LINKE)

das ist quasi mein Lieblingssatz,

(Zuruf von Torsten Renz, CDU)

weil Sie tun ja wirklich immer so, als wenn Sie die Haushaltskonsolidierung in Mecklenburg-Vorpommern erfunden und begonnen haben –,

(Jacqueline Bernhardt, DIE LINKE:  
Haben wir ja auch.)

rufe ich Ihnen die Zahl zu, dann werden Sie ganz still: Die letzten drei Jahre von Rot-Rot waren es 2,2 Milliarden Euro neue Schulden!

(Zuruf von Jeannine Rösler, DIE LINKE)

Sie sagen immer, das hätte an der Wirtschaftskrise gelegen. Entweder hat mein Kalender nicht gestimmt, denn die Wirtschaftskrise kam erst 2007, da war die CDU schon in der Regierung,

(Jeannine Rösler, DIE LINKE, und  
Dr. Mignon Schwenke, DIE LINKE:  
Ach, die Wirtschaftskrise!)

und trotzdem haben wir den Haushalt am Ende vernünftig ausgeglichen, meine sehr geehrten Damen und Herren.

(Jeannine Rösler, DIE LINKE:  
Sie erzählen immer das Gleiche.)

Nehmen Sie das doch jetzt einfach mal zur Kenntnis!

(Zuruf von Jeannine Rösler, DIE LINKE)

Reichen Sie zukünftig Anträge ein, die ausfinanziert sind! Dann sind Sie da auch wieder glaubhaft. In der Vergangenheit war das jedenfalls nicht der Fall.

(Beifall vonseiten der Fraktion der CDU –  
Jeannine Rösler, DIE LINKE:  
So glaubhaft wie Sie, oder was?!)

Meine Damen und Herren der AfD, Sie haben gefordert, die Ministerpräsidentin hätte mehr zum Thema „Innere Sicherheit“ sagen sollen. Wissen Sie, das braucht sie gar

nicht, dafür hat sie nämlich den Koalitionspartner. Um die innere Sicherheit kümmern wir uns, da machen Sie sich mal keine Sorgen.

(Jochen Schulte, SPD: Kollege Kokert,  
da kümmern wir uns auch schon drum.)

Ich habe Ihnen schon häufiger vorgehalten, Herr Kollege Holm, also Ihr Wahlprogramm, das, was Sie aufgeschrieben haben, ist ja so weit hinter dem zurück, was wir vor zwei Jahren schon beschlossen haben.

(Torsten Renz, CDU: So ist es.)

Dazu sollten Sie hier auch mal eine Rede halten, weil bisher haben Sie darauf noch nicht reagiert. Sie haben in Ihrem Wahlprogramm gehabt, wir wollen keine weiteren Stellen bei der Polizei abbauen. Wir haben als Große Koalition schon in der letzten Legislaturperiode beschlossen, dass wir 100 weitere Stellen hinzufügen, Herr Kollege. 100, in der letzten Legislatur! Dann kamen die 150, die wir in dieser Legislatur beschlossen haben, und noch mal 150 für die Fläche.

(Zuruf von Thomas de Jesus Fernandes, AfD)

150 plus 150 sind 300, plus 100 sind 400. Sie wollten den Stellenabbau, Herr Kollege Holm, den wollten Sie abschaffen. Das haben wir schon längst gemacht, wir bauen Stellen bei der Polizei auf, in dieser Legislaturperiode bis auf 6.050. Vielleicht sollten Sie das mal aus Ihren alten Reden rausstreichen,

(Beifall vonseiten der Fraktion der CDU)

denn das passt einfach nicht mehr, was Sie da erzählen.

(Zuruf von Torsten Renz, CDU)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, da heute hier schon viel geredet wurde, ich die Zeit nicht überstrapazieren will und auch mehrfach in den nächsten drei Tagen noch Gelegenheit haben werde, mich zu verschiedenen Punkten zu äußern,

(Tilo Gundlack, SPD:  
Das war jetzt eine Drohung.)

will ich Ihnen einfach zurufen: Ich glaube, wir sollten alle gemeinschaftlich an diesen überschaubaren Strukturen, die wir hier im Land Mecklenburg-Vorpommern zum Teil mit mühevoller Kleinarbeit geschaffen haben, die viel Teilhabe und Demokratie vor Ort zulassen, an denen sollten wir festhalten. Und wenn ich das für meine Fraktion sagen darf, dann gilt das für uns immer unter dem Dreiklang: Freiheit, Gleichheit und Solidarität, und zwar auch in dieser Reihenfolge und ganz bewusst zusammen. Dafür werden wir uns in dieser Legislaturperiode erneut in diesem Land einsetzen. – Ich bedanke mich bei Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit. Vielen Dank.

(Beifall vonseiten der Fraktionen  
der SPD und CDU)

**Vizepräsidentin Beate Schlupp:** Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Damit ist dieser Tagesordnungspunkt beendet.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 2: Aktuelle Stunde**. Die Fraktion der AfD hat gemäß unserer Geschäftsordnung eine Aktuelle Stunde zu dem Thema „Grenzen schützen – Solidarität mit Italien“ beantragt.

### **Aktuelle Stunde Grenzen schützen – Solidarität mit Italien**

Das Wort hat für die Fraktion der AfD der Abgeordnete Herr Komning.

**Enrico Komning**, AfD: Wertes Präsidium! Meine Damen und Herren Kollegen! Liebe Bürger dieses Landes! Hamburg und Linksextremismus – G20 ist sicher ein aktuelles Thema. Wir werden deshalb ja auch – ich glaube, jede Fraktion – einen Dringlichkeitsantrag einbringen. Mindestens aber ebenso bedeutsam, weil unmittelbar bevorstehend und damit noch abwendbar, ist die erneute Flutung Deutschlands mit fremden Menschen.

(Thomas Krüger, SPD: Flutung?!  
Alles klar. Wir reden über Menschen, ne?!)

Eine kurze juristische Lehrstunde, Herr Krüger, auch für Sie – als gestandener Jurist darf ich mir das, glaube ich, erlauben –:

(Torsten Renz, CDU: Es würde uns was fehlen.)

Artikel 1 Absatz 1 der Richtlinie 2002/90/EG des Europäischen Rates sagt, ich zitiere: „Jeder Mitgliedstaat legt angemessene Sanktionen für diejenigen fest, die ... einer Person, die nicht Angehörige eines Mitgliedstaats ist, vorsätzlich dabei helfen, in das Hoheitsgebiet eines Mitgliedstaats unter Verletzung der Rechtsvorschriften des betreffenden Staates über die Einreise oder die Durchreise von Ausländern einzureisen oder durch dessen Hoheitsgebiet zu reisen“. So weit die Richtlinie.

Diese Richtlinie wurde in Paragraph 96 Absatz 4 Aufenthaltsgesetz in nationales Recht umgesetzt. Hiernach wird die Strafnorm des Paragraphen 96 Absatz 1 Aufenthaltsgesetz, nämlich des Einschleusens von Ausländern in das Staatsgebiet Deutschlands, auch auf die Außengrenzen Europas ausgedehnt, wenn jemand einen Ausländer, ohne im Besitz eines nach Paragraphen 14 Aufenthaltsgesetz erforderlichen Passes oder Passersatzes zu sein, dabei unterstützt, in einen Mitgliedsstaat der Europäischen Union einzureisen. So weit die gesetzlichen Normen.

Verbringt also ein sogenanntes Rettungsschiff einer sogenannten Nichtregierungsorganisation aus dem Mittelmeer an Bord des Schiffes bereits Gerettete, mithin in Sicherheit befindliche Menschen, auf europäisches Staatsgebiet, ist diese Überfahrt, also die Einfahrt in die Hoheitsgewässer des europäischen Grenzstaates, eine strafbare Handlung. Nicht die Rettung vor dem Tode ist kritikwürdig, ...

(Thomas Krüger, SPD: Na Gott sei Dank!)

Gott sei Dank, ja, ja.

... es ist die Verbringung der geretteten Menschen von Nordafrika über das Mittelmeer nach Europa. Diejenigen, die dies dulden oder gar ermöglichen, machen sich nämlich nicht nur der Beihilfe eines solchen strafbaren Verhaltens schuldig, sondern sind ebenso verantwortlich für den Tod vieler Menschen, die die Hoffnung darauf ha-

ben, von einem solchen Mittelmeertaxi aufgenommen und hinübergebracht zu werden.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD –  
Thomas Krüger, SPD: Taxi?! Wissen Sie,  
unter welchen schlimmen Bedingungen  
diese Menschen die Flucht machen?)

Die Duldung, Herr Krüger, dieses Rechtsbruches ist aus meiner Sicht ebenso unerträglich wie die dadurch provozierte Gesamtsituation. Italien hat schon damit gedroht, NGO-Schiffe nicht mehr in seine Häfen zu lassen.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

Laut Frontex gab es bereits von April bis Mai einen Anstieg von 77 Prozent bei Migranten, die die italienische Küste erreichen. Ende Juni spitzte sich die Lage nun weiter zu, als innerhalb von drei Tagen, meine Damen und Herren Kollegen, 12.000 Menschen nach Italien gebracht wurden. Die Bundesregierung reagiert darauf erneut einfallslos und bietet wieder an, diese illegale Migration durch Übernahme nach Deutschland abzufedern. Genau damit wird schon wieder der falsche Weg eingeschlagen, indem wir bedingungslos aufnehmen und am Ende die Kosten und Pflichten alleine tragen werden.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

Meine Damen und Herren, Frontex zufolge wollen mehr als zwei Drittel aller Migranten aus rein ökonomischen Gründen in die EU kommen. Italienische Unterkünfte sind durch diese fragwürdige Grenzpolitik schon überfüllt, doch wird dies erst der Anfang sein, wenn man den Saisonverlauf der Schlepper kennt. Jedes Boot, das mit 500 Personen die libysche Küste verlässt, ist für Schlepper ein Verdienst von bis zu 2,5 Millionen US-Dollar. Das, meine Damen und Herren, ist ein unhaltbarer Zustand.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

Doch was tun die EU-Eliten aktuell? Der jüngst in Tallin beschlossene Verhaltenskodex für NGO-Schiffe ist Sand in die Augen der Bürger, weil die Ursache des Problems nicht erkannt wird. Darin ist nämlich weder von einer aktiven, unter Umständen auch militärischen Bekämpfung der Schlepperstrukturen zu hören, noch wird die Taxifunktion – und ich sage es noch mal – der Rettungsschiffe problematisiert. Gerade die immer näher an der libyschen Küste operierenden NGO-Schiffe sind laut Frontex-Berichten ein unbestreitbarer Pull-Faktor.

Meine Damen und Herren, die EU hat es toleriert, dass eine Armada an Schiffen das Geschäft der Schlepper ankurbelt. Bezeichnend hierfür ist ein – ich weiß nicht, ob Sie es gesehen haben – kürzlich im Schweizer Fernsehen veröffentlichtes Wettrennen zwischen einem NGO-Schiff und der libyschen Küstenwache, um ein Schlepperboot zu erreichen. Anstatt die libysche Küstenwache, die mit EU-Geldern finanziert wird, ihre Arbeit machen zu lassen, wollte man um jeden Preis diese Menschen nach Italien verfrachten. Ein solches Beispiel ist aus meiner Sicht keine Rettungsmission, das ist pseudohumanitärer Menschenhandel.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

Und, meine Damen und Herren, es sind auch Schiffe aus Mecklenburg-Vorpommern aufgebrochen, um Leben zu

retten. Selbstverständlich begrüßt die AfD-Fraktion jegliche Rettung von ertrinkenden Menschen. Es kann aber nicht sein, dass im Anschluss an diese Rettung eine illegale Migration erfolgt, die zwangsläufig zu einer unbeherrschbaren Sogwirkung wird und gleichzeitig unseren Kontinent spaltet. Solange die Menschen eine reale Hoffnung haben, durch diese gefährliche Überfahrt nach Europa zu kommen, solange werden auch viele unschuldige Menschen im Mittelmeer ertrinken. Ein gereiftes europäisches Bewusstsein muss dieser Logik widersprechen und dafür sorgen, dass eine Lösung in Nordafrika durchgesetzt wird.

Sizilien ist nicht Rügen, aber wir alle sind Europa. Wir müssen uns auch in Mecklenburg-Vorpommern fragen, was diese Tragödie beenden kann. Herr Innenminister und Frau Justizministerin, sorgen Sie dafür, dass aus Mecklenburg-Vorpommern gestartete NGO-Schiffe ihre wichtige Rettungsmission fortsetzen, jedoch ohne als Trittbrettfahrer des Schleppertums zu agieren!

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

Zeigen Sie Ihre Solidarität mit Italien und gewährleisten Sie, dass sich NGO-Schiffe aus Mecklenburg-Vorpommern nicht länger an der illegalen Migration beteiligen! Zeigen Sie souveränes Verhalten, indem Sie Rettungsschiffe nur dann in Mecklenburg-Vorpommern ablegen lassen, wenn diese Ertrinkende nach ihrer Rettung direkt an die libysche Küstenwache übergeben.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

Lassen Sie anderweitig agierenden Mittelmeertaxis keinen strafrechtlichen Freiraum, denn diese sind das wahre Übel, das uns in eine neue Asylkrise stürzen wird! Zeigen Sie klare Kante gegen diese groteske Situation und beenden Sie die akute Not und die tödliche Gefahr im Mittelmeer! Verfolgen Sie die Schleuser aus Mecklenburg-Vorpommern strafrechtlich, die die afrikanischen Schlepper unterstützen! Lassen Sie diese Schleuser im Rahmen der Amtshilfe in Italien festsetzen und die Schiffe beschlagnahmen!

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

Und, Herr Minister und Frau Ministerin, unterstützen Sie die italienische Staatsanwaltschaft bei der Verfolgung solcher Schleuserstraftaten, denn Ihre Humanität misst sich an den Ergebnissen Ihrer Taten! Meine Damen und Herren, möge die Macht mit uns sein! – Vielen Dank.

(Beifall und Heiterkeit vonseiten der Fraktion der AfD)

**Vizepräsidentin Beate Schlupp:** Das Wort hat jetzt der Minister für Inneres und Europa Herr Caffier.

**Minister Lorenz Caffier:** Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren Abgeordnete!

Sehr geehrter Herr Komning, das Thema „gestandener Jurist“ würde ich mal infrage stellen. Jurist ja, aber die letzten Ausführungen haben mich jedenfalls sehr zweifeln lassen, denn zu vielen Dingen braucht man auch die rechtlichen Grundlagen. Und die sind in dem Fall nicht vorhanden, wie Sie es als gestandener Jurist ja sehr wohl wissen müssten. Zum anderen bin ich wieder mal erstaunt, was das Thema „Aktuelle Stunde“ betrifft. In der

Tat gibt es derzeit viele Themen, die das Land betreffen, die Platz gehabt hätten, um in der Aktuellen Stunde besprochen zu werden. Aber die AfD wäre nicht die AfD, wenn es nicht wieder um die Frage der Flüchtlinge gehen würde.

(Thomas Krüger, SPD: So ist es. –  
Enrico Komning, AfD: Ja, weil  
Sie das Problem nicht lösen.)

Nun möchte ich betonen, wir reden in der Aktuellen Stunde des Landtages Mecklenburg-Vorpommern erneut über ein Thema, das überhaupt nicht in der Zuständigkeit des Landes Mecklenburg-Vorpommern liegt. Die Sicherung der Außengrenzen, Herr Komning, ist eine nationale und europäische Aufgabe. Die EU-Kommission ist involviert, die Bundesregierung spielt dabei eine wichtige Rolle, aber die Landesregierung Mecklenburg-Vorpommern hat in dieser ganz konkreten Frage null Aktien.

(Thomas Krüger, SPD: So ist es. –  
Peter Ritter, DIE LINKE: Die Grenzen zu Sachsen  
schließen. – Zuruf von Enrico Komning, AfD)

Gleichwohl, da Sie das jetzt auf die Tagesordnung gesetzt haben, beteilige ich mich natürlich genauso wie die Fraktion gerne an der Diskussion, außer Zweifel.

Der Flüchtlingszuzug über die Türkei und auf der Balkanroute ist seit dem Jahr 2015 extrem stark zurückgegangen. Entsprechend niedrig sind die Ankunfts zahlen bei uns in Deutschland. Ja, es sieht anders aus auf der Mittelmeerroute. Schon vor zwei Jahren kamen rund 150.000 Flüchtlinge auf diesem Weg nach Europa, im letzten Jahr waren es 180.000. Vieles spricht dafür, dass es nicht unrealistisch ist, dass es in diesem Jahr 200.000 oder mehr werden. Es ist vollkommen verständlich, dass Italien in dieser Situation nach Hilfe ruft. Da müssen Sie nicht Deutschland kritisieren, im Gegenteil, wir müssen über die europäischen Länder reden, die nicht bereit sind, Flüchtlinge aufzunehmen,

(Thomas Krüger, SPD:  
Zum Beispiel das von Orbán.)

sondern nur die Hand aufhalten, wenn es um das Mittelverteilen geht. Also da sage ich, Solidarität ist erst mal von allen gefragt.

Die Reaktionen der einzelnen Staaten zu dem Hilferuf fallen leider unterschiedlich aus. Während Deutschland zusicherte, Italien monatlich mehr Flüchtlinge abzunehmen, fährt Österreich am Brenner Radpanzer auf.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

Doch bei allen Differenzen sind sich die EU-Staaten in einem einig: Die EU-Außengrenzen müssen besser gesichert werden, vollkommen außer Zweifel. Frontex spielt dabei eine zentrale Rolle und muss nach meinem Dafürhalten wesentlich mehr gestärkt werden. Das ist im Gerangel um Kompetenzen und Zuständigkeiten natürlich nicht immer ganz einfach. Bis zum Aufbau einer echten europäischen Grenzpolizei ist es, glaube ich, noch ein weiter Weg. Aber das Ziel einer europäischen Grenzpolizei, die auch für die Sicherung der Grenzen zuständig ist und dementsprechend ausgestattet und ausgerüstet ist, sollten wir auf keinen Fall aufgeben.

Darüber hinaus liegt der Fokus vor allem auf der Operation „Sophia“, an der sich die Bundeswehr mit bis zu 950 Soldaten beteiligt. Gemeinsam im europäischen Verbund patrouillieren sie im Mittelmeer, machen Jagd auf Schleuser und retten Flüchtlinge vor dem Ertrinken. Operation „Sophia“ läuft seit 2015 mit durchaus gemischten Ergebnissen. Tausende Flüchtlinge konnten vor dem Ertrinken gerettet werden und zahlreiche Schlepper aufgegriffen werden. Einen positiven Effekt auf das Migrationsgeschehen hatte der Einsatz bisher nicht. Tatsächlich muss man feststellen, dass jede Rettungsmission den Schleusern in gewisser Hinsicht in die Karten spielt. Das ist vollkommen außer Zweifel. Sie müssen die Flüchtlinge nur noch über die libysche Seegrenze bringen, wo sie dann hoffentlich aufgenommen werden.

Es ist ein moralischer Konflikt, keine Frage. Ich finde jedoch nicht, im Gegensatz zu Ihnen, dass wir die Flüchtlinge auf hoher See ihrem Schicksal überlassen dürfen, um Fluchtanreize zu senken. Wir haben die humanitäre Pflicht, die Menschen zu retten,

(Torsten Koplín, DIE LINKE: Richtig.)

allen negativen Begleiterscheinungen zum Trotz.

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE –  
Zuruf von Dr. Ralph Weber, AfD)

Wichtig ist aber, dass parallel dazu die Schleuser gejagt werden und alles Mögliche unternommen wird, um ihnen das Handwerk zu legen. Es ist ein mühsamer, aber notwendiger Kampf und es ist aus meiner Sicht noch nicht ausreichend, was an Mitteln und Materialien eingesetzt wird. Allein mit dieser Doppelstrategie können wir die schlimmsten Entwicklungen verhindern.

Natürlich sehe ich in gewisser Weise kritisch, was das Wirken der privaten Hilfsorganisationen betrifft. Es ist in keiner Weise zu verurteilen, Menschen in Seenot zu retten. Wenn man aber das Gefühl bekommt, dass die Schleuser ihre Boote mehr oder weniger an die privaten Hilfsorganisationen übergeben, damit diese die Flüchtlinge direkt nach Italien bringen, dann hat das zumindest einen bitteren Beigeschmack, außer Zweifel. Ich glaube, jeder Beteiligte sollte sein Handeln in dieser Frage durchaus kritisch hinterfragen. Wer das Geschäft der Schleuser unterstützt und gleichzeitig nichts gegen die Verbrecher unternimmt, darf sich nicht wundern, wenn die Flüchtlingsboote unterm Strich immer voller werden. Das gehört zur Ehrlichkeit auch dazu.

Meine Damen, meine Herren, ich unterstütze Frontex und die Operation „Sophia“ ausdrücklich. Gleichwohl glaube ich eben nicht, dass es reicht, lediglich immer mehr Schiffe ins Mittelmeer zu entsenden. Die steigenden Flüchtlingszahlen über die Mittelmeerroute sprechen Bände. Aus diesem Grund plädiere ich persönlich dafür, analog zum Türkei-Abkommen Vereinbarungen mit den afrikanischen Staaten zu treffen. Ich weiß, das Türkei-Abkommen ist ein beliebtes Ziel für Spott und für Kritik.

(Holger Arppe, AfD: Zu Recht.)

Was auch immer man von diesem Abkommen halten mag, bis zur Stunde funktioniert es. Warum soll es also nicht auch in Nordafrika funktionieren? In europäischen Auffangeinrichtungen an der afrikanischen Küste könnten

Flüchtlinge Asyl beantragen. Wer vor Krieg, Tod oder Verfolgung flieht, bekommt Asyl. Wer keine hinreichenden Asylgründe nachweisen kann, wird abgelehnt.

(Thomas de Jesus Fernandes, AfD:  
Das sagen Sie mal Ihrem Koalitionspartner!)

Mit dieser Lösung würde den Schleusern augenblicklich ihre Geschäftsgrundlage entzogen, denn Europa hätte endlich mehr Kontrolle über das Geschehen an den südlichen Grenzen. Im Übrigen würde ich persönlich einen Rückgang des Flüchtlingszuzuges erwarten, denn nach wie vor kommen eben viele Menschen leider ohne Bleibeperspektive zu uns.

Aber wie eingangs erwähnt, meine Damen und Herren, werden diese Entscheidungen auf anderen Ebenen getroffen. Deswegen tun wir gut daran, uns im Landtag Mecklenburg-Vorpommern mit der Versorgung, mit der Integration der Menschen, die nach Mecklenburg-Vorpommern kommen, zu befassen und mit den Problemen, die das Land Mecklenburg-Vorpommern betreffen, und nicht mit Problemen und Fragen, für die wir als Parlamentarier, aber auch als Landesregierung nicht zuständig sind, sondern worüber man nur Stimmung zu erzeugen versucht. Das verurteilen wir in dem Falle. Wir sind uns der Aufgabe und der Situation in dieser Frage durchaus bewusst und stellen uns den Problemen. – Herzlichen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall vonseiten der Fraktion der CDU  
und Thomas Krüger, SPD)

**Vizepräsidentin Beate Schlupp:** Das Wort hat jetzt für die Fraktion der SPD der Abgeordnete Herr Friedriszik.

**Dirk Friedriszik, SPD:** Sehr geehrte Frau Präsidentin! Damen und Herren Abgeordnete! Verehrte Gäste! Auch wenn das Thema der Aktuellen Stunde doch sehr allgemein gehalten ist und keine Angelegenheit aus dem Bereich der Landespolitik aufgreift, ist es dennoch angebracht, dass wir uns als Landesparlament mit dem Thema befassen, hat es doch zumindest mittelbar auch Auswirkungen auf unser Bundesland.

Meine Damen und Herren, die gemeinsame Sicherung der EU-Außengrenzen ist für die Mitgliedsstaaten die entscheidende Voraussetzung dafür, dass an den EU-Binnengrenzen auf systematische Kontrollen verzichtet werden kann und die Bürger weiterhin ihren Wohnort frei wählen und ungehindert reisen können. Die jüngst eingerichtete Grenz- und Küstenschutzagentur soll dazu beitragen, die vorübergehenden Binnengrenzkontrollen in einigen Staaten des Schengen-Raumes beenden zu können. Das Mandat der Grenz- und Küstenschutzagentur reicht da weiter als das von Frontex. Neben der Unterstützung von Mitgliedsstaaten bei aktuellen Problemen soll sie für die einheitlichen Standards bei der Grenzsicherung sorgen.

Im Hinblick auf die Erlangung der vollen Einsatzfähigkeit der europäischen Grenz- und Küstenwache wurden in den vergangenen Monaten weitere Fortschritte erzielt. Laut Mitteilung der EU-Kommission vom letzten Monat über die Einsatzfähigkeit der Grenz- und Küstenwache ist durch den Einsatz von mehr als 1.600 Beamten zur Unterstützung der nationalen Einsatzkräfte in Griechenland, Italien, Bulgarien und Spanien der Schutz der EU-Außengrenzen verbessert worden. Die Europäische Agentur für

die Grenz- und Küstenwache hat die Gefährdungsbeurteilung der Außengrenzen der Schengen-Staaten abgeschlossen und konkrete Empfehlungen an 20 Staaten ausgesprochen.

Damen und Herren Abgeordnete, im AfD-Bundestagswahlprogramm heißt es: „Das Schengen-Abkommen betrachten wir als gescheitert, da eine wirksame Kontrolle der Außengrenzen nicht gegeben ist.“ Dann heißt es weiter: „Es muss deshalb wieder ein deutscher Grenzschutz aufgebaut werden, der die Staatsgrenzen zu schützen vermag“, wobei der freie Personen- und Güterverkehr zu gewährleisten ist. Also dieser zweite Satz ist ein Widerspruch in sich.

(Zuruf vonseiten der Fraktion der AfD: Nö!)

Die heutige Aktuelle Stunde besagt, Grenzen zu schützen und Solidarität mit Italien zu üben. Dies legt den Schluss nahe, dass die AfD von ihrer Forderung nach Kontrolle der nationalen Grenzen Abstand nimmt und sich auf die Sicherung der EU-Außengrenzen verlegt. Die deutschen Grenzen zu sichern wäre ja auch kein Beitrag zur Solidarität mit Italien.

Sehr geehrte Damen und Herren, die Europäische Union muss gemeinsam ihre Zusammenarbeit mit Drittländern intensivieren, um die EU-Außengrenzen besser zu schützen und – nicht zu vergessen – dafür zu sorgen, dass Schutzbedürftige eine Zuflucht erhalten. Nach der Konferenz der EU-Innenminister am 6. Juli will die EU gemeinsam mit Libyen Schlepperbanden bekämpfen. Dazu soll die libysche Küstenwache personell verstärkt und besser ausgerüstet werden. Die Küstenschützer sollen künftig selbst alle Schlepperboote einfangen, die von Libyen aus starten, damit sie erst gar nicht auf das offene Meer hinauskommen. Außerdem sollen private Seenotretter strengere Regeln auferlegt bekommen. Ein geplanter Verhaltenskodex sieht vor, dass sie nicht mehr in libyschen Hoheitsgewässern fahren dürfen. Auch soll Hilfsorganisationen jegliche Kommunikation mit Menschenschleppern verboten werden.

Damen und Herren Abgeordnete, Anfang des Monats hatte Italien von den EU-Staaten mehr Unterstützung bei der Aufnahme von Flüchtlingen gefordert. In Italien sind seit Jahresbeginn nach UN-Angaben fast 20 Prozent mehr Flüchtlinge angekommen als im Vorjahreszeitraum. Insgesamt trafen seit Januar mehr als 85.000 Bootsflüchtlinge ein. In diesem Zusammenhang ist auch die Mitteilung der EU-Kommission vom 13. Juni 2017 über die Fortschritte bei der Umverteilung und Neuansiedlung von Flüchtlingen zu sehen. Danach ist das Tempo der Umverteilung im Jahr 2017 deutlich gestiegen. Mit fast 10.300 umverteilten Personen seit Januar ist ein fünf-facher Anstieg im Vergleich zum Vorjahreszeitraum zu verzeichnen. Die Gesamtzahl der Umverteilung lag Anfang Juni bei 21.000 Menschen, fast 14.000 aus Griechenland und 7.000 aus Italien. Neu angesiedelt wurden 16.400 Menschen in Europa.

Meine Damen und Herren, die Europäische Union beruht auf Solidarität und geteilter Verantwortung. In den letzten Monaten hat die EU-Kommission diejenigen Mitgliedsstaaten, die noch keine einzige Person umverteilt oder eine entsprechende Zusage gegeben haben, wiederholt zum Handeln aufgefordert. Leider haben die Tschechische Republik, Ungarn und Polen trotz dieser wiederholten Aufforderung unter Verstoß gegen die rechtlichen

Verpflichtungen, auch gegen ihre Verpflichtung gegenüber Griechenland, Italien und anderen Mitgliedsstaaten, noch nicht die erforderlichen Maßnahmen getroffen. Vor diesem Hintergrund hat die Kommission gemäß ihrer Ankündigung im letzten Fortschrittsbericht zur Umverteilung und Neuansiedlung beschlossen, Vertragsverletzungsverfahren gegen diese drei Mitgliedsstaaten einzuleiten.

Damen und Herren Abgeordnete, wenn vor diesem Hintergrund die AfD-Fraktion die von ihr beantragte Aktuelle Stunde „Solidarität mit Italien“ betitelt, heißt das für mich, dass sie neben der Sicherung der EU-Außengrenzen eine Verteilung von Flüchtlingen innerhalb der EU befürwortet. Diese von der AfD-Fraktion postulierte Solidarität beinhaltet damit auch eine Missbilligung der Weigerung Ungarns, Polens und der Tschechischen Republik, Flüchtlinge aus Italien abzunehmen.

(Dr. Ralph Weber, AfD: Niemals.)

Meine Damen und Herren, für die SPD gilt es, die Kontrollen an den Außengrenzen des Schengen-Raumes zu verstärken und das Grenzkontrollsystem der Schengen-Mitgliedsstaaten effektiv umzusetzen. Dieser Schutz ist die Bedingung für offene Grenzen und für Freizügigkeit im Inneren der Union. Die SPD fordert ein gemeinsames Konzept zum Schutz der europäischen Außengrenzen und den Aufbau einer gemeinsamen europäischen Grenzschutzpolizei, um die Außengrenzen ausreichend schützen zu können und so einen Geburtsfehler bei der Schaffung des Schengen-Raumes zu beheben.

Damen und Herren Abgeordnete, in der Flüchtlingspolitik sollen alle EU-Mitgliedsstaaten Verantwortung übernehmen. Wir wollen eine solidarische Verteilung der Aufgaben für Flüchtlingshilfe und eine einheitliche Entscheidungspraxis in der EU. Dass sich einzelne Mitgliedsstaaten dem gemeinsam beschlossenen europäischen Asylsystem verweigern, ist nicht zu akzeptieren. Wer illegale Migration eindämmen will, muss legale Einwanderungsmöglichkeiten schaffen. Es sollten über feste Kontingente Schutzberechtigte kontrolliert in die EU aufgenommen werden.

(Thomas de Jesus Fernandes, AfD: Die sind doch nicht schutzberechtigt, die da kommen.)

Sie sollen nach einem fairen Schlüssel auf alle EU-Mitgliedsstaaten verteilt werden, auf legalem Wege ohne kriminelle Schlepper und ohne die Risiken lebensgefährlicher Fluchtrouten. So können wir die Integration der geflüchteten Menschen besser vorbereiten, steuern und ordnen. Sogleich behält der Staat die Kontrolle über die Einwanderung in unser Land. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD und Peter Ritter, DIE LINKE)

**Vizepräsidentin Beate Schlupp:** Das Wort hat jetzt für die Fraktion DIE LINKE der Abgeordnete Herr Kolbe.

**Karsten Kolbe, DIE LINKE:** Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Das Thema der heutigen Aktuellen Stunde lautet „Grenzen schützen – Solidarität mit Italien“. Also was Sie von der AfD unter dem Begriff „Solidarität“ verstehen, da kann ich wirklich nur staunen.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Sehr richtig!)

Wenn der Innenminister Herr Caffier feststellt, dass Österreich Radpanzer an der Grenze aufstellt, und Ihre Fraktion laut applaudiert, dann will ich Ihnen sagen, das ist nicht Solidarität, sondern das ist eine ganz große Portion Menschenverachtung, die Sie hier an den Tag legen, und nichts anderes.

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE)

Italien hat die Hauptlast der Flüchtlinge zu schultern, die über die sogenannte Mittelmeerroute nach Europa kommen, das ist wohl so. Es hat sich gezeigt, dass das Dublin-System hier kläglich versagt und tagtäglich auch weiter versagt.

(Beifall Nikolaus Kramer, AfD –  
Peter Ritter, DIE LINKE: Wir beklagen  
das aus anderen Gründen, Herr Kramer.  
Erst nachdenken, dann klatschen!)

Die EU-Kommission schlug deshalb eine entsprechende verpflichtende Quote zur Verteilung von zunächst nur 160.000 Flüchtlingen vor, die tatsächlich auch von einer Mehrheit der Innenminister beschlossen wurde. Sie reden ja so gerne von Recht und Rechtmäßigkeit. Und was ist danach passiert? Fast gar nichts ist passiert! Knapp zehn Prozent wurden tatsächlich umverteilt und tagtäglich erreichen immer neue Flüchtlinge die Küsten Europas. Das ist richtig. Wenn Sie also wirklich solidarisch mit Italien sein wollten, so, wie es Ihr Antrag hier suggeriert, dann bringen Sie sich doch aktiv ein, wie das europäische Asylsystem vernünftig reformiert werden kann!

(Thomas de Jesus Fernandes, AfD: Die haben  
doch gar keinen Asylanspruch, Mensch!)

Vielleicht gelingt es Ihnen ja sogar, Ihre Parteifreunde von der PiS-Party in Polen oder andere auch davon zu überzeugen, endlich ihren Verpflichtungen nachzukommen. Gäbe es hier mehr wirklich gelebte Solidarität zwischen den EU-Mitgliedsstaaten, dann wäre Italien tatsächlich ungemein geholfen. Ein Abrücken vom Schengen-Raum, die Wiedereinführung von Grenzkontrollen und die damit verbundene Einschränkung der Reisefreiheit, das ist mit uns nicht zu machen. Herr Friedriszik hat das Wesentliche gesagt.

Auch eine Abschottung Europas, wie Sie sie hier gefordert haben, kann doch auf keinen Fall eine Lösung sein, denn solange die Bedingungen in ihren Herkunftsländern so miserabel sind, wie sie sind, werden die Menschen weiterhin fliehen, und das, obwohl sie wissen, was auf sie zukommt. Das Risiko nehmen diese Menschen doch nicht freiwillig in Kauf, sondern sie fliehen vor Hunger, Kriegen und Armut und sind gezwungen zu fliehen.

(Thomas de Jesus Fernandes, AfD: Von  
Österreich nach Deutschland, oder wie?!)

Seit dem Jahr 2000 ertranken im Mittelmeer mindestens 23.000 Menschen auf der Flucht nach Europa. In diesem Jahr sind es schon wieder mindestens 1.000, und das sind rein statistisch gesehen 8 Menschen jeden Tag. Dass das vor unserer Haustür passiert, ist doch eigentlich eine Schande für Europa, aber darüber verlieren Sie hier von der AfD kein Wort. Stattdessen warnen Sie vor einer erneuten „Flutung“ Deutschlands mit fremden Men-

schen im besten NPD-Sprech. Das ist schon wirklich gruselig. Sie diskreditieren die ehrenamtlichen Helfer, die tagtäglich das Leben vieler Menschen retten.

Derzeit sind die Schiffe von rund zwölf privaten Initiativen im Mittelmeer unterwegs, darunter auch fünf deutsche. Sie alle eint die Überzeugung, dass wir Europäer unserer humanitären Pflicht, Menschen im Mittelmeer vor dem Ertrinken zu retten, nicht ausreichend nachkommen. Ich möchte ihnen, die tagtäglich sich im Ehrenamt dafür aufreiben, deshalb an dieser Stelle meinen höchsten Respekt und auch Dank zollen.

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE)

Herr Komning, Sie haben davon gesprochen, Sie wollen die Ursachen bekämpfen, und haben Beispiele angebracht: Sie wollen die Rettungsschiffe beschlagnahmen, Sie wollen die Schleuser militärisch bekämpfen, Sie wollen die Grenzen schließen. Aber ich muss Ihnen sagen, das ist doch keine Ursachenbekämpfung für die aktuellen Probleme.

(Unruhe vonseiten der Fraktion DIE LINKE –  
Zuruf von Enrico Komning, AfD)

In erster Linie müssen wir dafür sorgen, dass Frieden geschaffen wird, dass der Hunger auf der Welt bekämpft wird. Anstatt das zu tun, schaffen wir – und damit meine ich insbesondere Deutschland, auch als drittgrößten Waffenexporteur der Welt – permanent neue Fluchtursachen.

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE)

Wir alle wissen mittlerweile, was die Destabilisierungspolitik im Nahen und Mittleren Osten bewirkt hat. Afghanistan, Irak, Syrien, Jemen, eine ganze Region ist auf der Flucht. Und anstatt daraus zu lernen und jetzt die richtigen Schlüsse zu ziehen, werden die alten Fehler an anderen Stellen erneut gemacht. Erst im Januar dieses Jahres hat der Bundestag das Mandat für den Mali-Einsatz zum jetzt größten Einsatz der Bundeswehr ausgeweitet, ein Einsatz mit 1.000 deutschen Soldaten, der im Übrigen genauso konzeptions- und planlos angegangen wurde und wird wie der in Afghanistan. Dort befindet sich die Bundeswehr seit über 50 Jahren, und dass das Land stabil sein soll, davon kann man sich dieser Tage wieder überzeugen, wenn man die Berichterstattung anguckt.

(Zuruf von Dirk Friedriszik, SPD)

In Mali kann uns das Gleiche drohen, meine Damen und Herren, und das sage nicht ich Ihnen, weil Sie mich fragen, woher ich das weiß, sondern davor warnte bereits der Chef des Bundeswehrverbandes 2016 eindringlich, weil wer in Afrika Krieg führt, muss sich am Ende des Tages auch nicht wundern, wenn die Menschen von dort nach Europa fliehen.

Ein wirklicher Beitrag wäre es doch beispielsweise, wenn Deutschland und andere Industrienationen endlich kontinuierlich ihre Zusagen in der Entwicklungszusammenarbeit einhalten würden. Nun könnte man sich zurücklehnen und sagen, dieses Jahr ist es erstmals nach 44 Jahren – die Vereinbarung mit den Vereinten Nationen ist schon von 1972 –, nach 44 Jahren ist es uns das erste Mal gelungen, das 0,7-Prozent-Ziel in

der Entwicklungszusammenarbeit einzuhalten, das aber auch nur deshalb, weil man neue Statistikmodelle angesetzt hat. Jetzt kann man auch die Ausgaben der inländischen Flüchtlingshilfe mit anrechnen. Tut man das nicht, sind wir noch deutlich darunter. Das ist natürlich eine Schande, und das insbesondere auch deswegen, weil wir wissen, selbst diese 0,7 Prozent, die reichen – selbst, wenn man sie zahlen würde – vorne und hinten nicht.

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE)

Lassen Sie mich also zusammenfassen: Nein, eine Abschottungspolitik hilft uns und auch Italien nicht weiter. Als Europäer müssen wir uns vielmehr fragen lassen, wie wir es mit der Solidarität halten, zu der wir uns verpflichtet haben. Was wir brauchen, ist daher erstens eine Politik, die endlich die Lasten gleichberechtigt auf alle Schultern verteilt, zweitens eine Politik, die beherzt die Fluchtursachen in den Mittelpunkt rückt, und drittens nicht zuletzt auch eine Politik, die endlich legale Fluchtrouten nach Europa schafft, damit das Mittelmeer nicht länger zum Massengrab wird. – Vielen Dank.

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE)

**Vizepräsidentin Beate Schlupp:** Das Wort hat jetzt für die Fraktion der CDU der Abgeordnete Herr Reinhardt.

**Marc Reinhardt, CDU:** Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen! Werte Bürger/-innen! Am 06.07. war das auch Thema im Innenausschuss. Alle Mitglieder werden sich erinnern, wir hatten den ethnischen Botschafter zu Besuch und er hat uns über ...

(Peter Ritter, DIE LINKE: Den estnischen.)

Was habe ich gesagt?

(Zuruf aus dem Plenum: Ethnischen.)

O ja, es tut mir natürlich leid, es war der estnische natürlich. Aber alle, die dabei waren, wissen das.

(Heiterkeit vonseiten der Fraktionen der SPD und DIE LINKE)

Er hat uns über die Flüchtlingszahlen in Italien informiert und über die Probleme, die damit zusammenhängen. Wenn man den AfD-Antrag für heute liest, fragt man sich zunächst natürlich: Was versteht die AfD unter „Solidarität mit Italien“? Heißt das, Deutschland soll mehr Flüchtlinge von Italien aufnehmen? Wollen Sie, dass Deutschland mehr Geld für Italien zur Verfügung stellt, damit es dort mehr Solidarität gibt? Oder sind Sie etwa zur europäischen Partei geworden, die jetzt auch sagt, wir wollen die europäischen Grenzen stärker schützen? Wir haben von Herrn Komning gehört, dass das alles nicht gemeint war, es lediglich am Ende darum geht, möglichst die Flüchtlinge irgendwie fernzuhalten, ohne dabei aber auch nur einen konkreten Lösungsvorschlag zu machen. Ich komme auf den einen oder anderen Punkt gleich noch zu sprechen.

Kommen wir aber noch mal auf das Problem. Was wissen wir? Witterungsbedingt steigen die Flüchtlingszahlen in Italien. Es gibt den Vorwurf, meinerseits auch teils berechtigt, dass die NGOs, zum Teil gewollt oder unge-

wollt, das Geschäft der Schleuser aus Nordafrika begünstigen. Deshalb hat Italien damit gedroht, dass keine Flüchtlingsschiffe mehr in italienische Häfen einlaufen dürfen, die nicht unter italienischer oder europäischer Flagge laufen.

Daraufhin gab es, wir haben das heute schon öfter gehört, das EU-Innenministertreffen in Tallin. Was wurde dort vereinbart? Ich will es ganz kurz noch mal skizzieren: zum einen intensivere Kontrollen der NGOs – das halten wir für richtig –, zum anderen eine Stärkung der libyschen Küstenwache, um das Schleusergeschäft einzudämmen. Ganz wichtig, Herr Komning, an diesem Punkt ist: Sie können zwar fordern, dass, wenn wir Flüchtlinge auf unseren Schiffen aufnehmen, die an die libysche Küstenwache zu übergeben sind, aber die muss erstens dazu in der Lage sein

(Enrico Komning, AfD: Das ist sie doch!)

und zweitens muss sie auch willens sein.

(Enrico Komning, AfD: Das ist sie doch!)

Wenn beides nicht da ist, können sie mit ihren Booten da immer im Kreis fahren und werden nicht einen dieser Flüchtlinge los. Deshalb glaube ich, so, wie die EU versucht, sich langsam dort heranzuarbeiten, ist es das Richtige. Es gehört dazu ebenfalls mehr Unterstützung für Flüchtlingsorganisationen vor Ort in Nordafrika. Auch da sind, denke ich, viele, auch ich, mit meinem Innenminister auf einer Linie, dass wir uns natürlich um eine intensivere Rückführung von Migranten, die hier keine Bleibeperspektive haben, kümmern müssen. Das gilt nicht nur für ganz Deutschland, für jedes Bundesland, das gilt ebenso für ganz Europa.

Wichtig ist natürlich ebenso, und das haben heute auch einige angesprochen, dass, wenn wir das schon alles europäisch lösen wollen, jedes europäische Land zu seiner Verantwortung steht und anerkannte Flüchtlinge, die einen Schutzstatus haben, dementsprechend gleichmäßig in Europa verteilt werden. Es gab weitere Sofortmaßnahmen. Italien erhält von der EU 35 Millionen zusätzlich, um diese Krise zu bewältigen, und es soll noch einmal mehr Mitarbeiter für Frontex geben.

Ich will es mal zusammenfassen, was aus unserer Sicht wichtig ist:

Erstens, ganz klar, wir müssen die EU-Außengrenzen wirksam gegen illegale Migration schützen sowie vor allem Frontex stärken und so das europäische Asylsystem vollenden. Wir brauchen, auch das hat der Innenminister gesagt, mehr Abkommen nach dem EU-Türkei-Vorbild. Es wird oft und viel kritisiert, aber ich stelle mal die Frage: Was wäre, wenn wir dieses Abkommen nicht hätten? Wir brauchen so was auch mit mehr Staaten in Nordafrika. Aber auch dort ist das Problem, Sie müssen zunächst einen finden, der mit Ihnen ein Abkommen schließt, und dann muss dieser auch noch in der Lage sein und die Möglichkeiten haben, dieses Abkommen umzusetzen. Und, ich habe es vorhin schon gesagt, wir brauchen unter den europäischen Staaten die faire Verteilung der anerkannten Flüchtlinge, die bei uns einen Schutzstatus haben.

Zum Schluss: Herr Komning, natürlich kann es zu einer Situation kommen, in der wir irgendwann sagen, wir

müssen vielleicht auch eine Lösung in Nordafrika suchen. Aber dann müssen wir den Menschen ganz ehrlich sagen, was das bedeutet. Wenn wir sagen, wir schaffen sichere Zonen in Nordafrika, heißt das, wir müssen sie auch beschützen, mit Militär. Und da uns Russland und die Amerikaner dabei wahrscheinlich wenig unterstützen werden, heißt das, die europäischen Armeen müssen so was gewährleisten.

(Vincent Kokert, CDU: Genau.)

Ich persönlich glaube, dass sie dazu heute noch gar nicht in der Lage sind, weil sie mit dem Einsatz, den wir jetzt haben – gerade auch die Bundeswehr –, schon sehr ausgelastet sind. Wenn so etwas tatsächlich mal notwendig sein sollte, bin ich schon sehr gespannt, wie wir das als Europäer hinbekommen wollen. Ich hoffe, wir finden einen anderen Lösungsweg und müssen uns über diese Problematik nicht auch noch Gedanken machen, weil das würde, glaube ich, zurzeit auch die Europäische Union überfordern. – Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall vonseiten der Fraktion der CDU)

**Vizepräsidentin Beate Schlupp:** Das Wort hat noch einmal für die Fraktion der AfD der Abgeordnete Herr Kramer.

**Nikolaus Kramer, AfD:** Sehr geehrte Frau Präsidentin! Werte Abgeordnete! Liebe Landsleute!

(Peter Ritter, DIE LINKE:  
Oh, der Vorsitzende in spe!)

Wenn ich mir die vorangegangenen Redebeiträge so ansehe – erlauben Sie mir ein Bild –, habe ich den Eindruck, dass sich hier manifestiert, dass es einfacher ist, mit der Heckenschere ein bisschen am Buchsbaum herumzuschneideln, als mit einem Spaten die Wurzel allen Übels zu bekämpfen.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

Mein Kollege Enrico Komning hat eindrucksvoll mit klarem Blick und mit offenem Visier die gegenwärtige Lage in Italien angesprochen, analysiert und beurteilt. Das haben Sie nur anscheinend nicht verstanden. Es ging uns darum, dass endlich anerkannt wird, dass die NGOs sich als Mittäter bei den Schlepperbanden strafbar machen und dass diese Strafbarkeit auch verurteilt und verfolgt werden muss.

Kommen wir aber zum Thema der Aktuellen Stunde, zu dem Begriff „Solidarität mit Italien“, Herr Kolbe. Vielleicht werden jetzt Ihre Antworten gegeben werden, vielleicht erhellt mein Redebeitrag so ein bisschen Ihren Hintergrund. Der Begriff „Solidarität“ fällt dabei oft in verschiedenster Gestalt. Solidarität, was heißt das aber eigentlich? Nimmt man den Duden zur Hand, findet man Folgendes, und, Frau Präsidentin, ich bitte zitieren zu dürfen:

- „1. unbedingtes Zusammenhalten mit jemandem aufgrund gleicher Anschauungen und Ziele
2. ... auf das Zusammengehörigkeitsgefühl und das Eintreten füreinander sich gründende Unterstützung“, Zitatende.

Liebe Landsleute, wenn Sie diese Definition reflektieren, wird eindeutig klar, dass gerade Worte wie „Zusammenhalt“, „Unterstützung“, „Anschauung“ und „Ziel“ mit Leben gefüllt werden müssen.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

Solidarität findet im Einklang mit Barmherzigkeit, Nächstenliebe und dem Streben nach größerem Gemeinwohl eine positive Verwendung.

(Vincent Kokert, CDU: Donnerwetter!)

Durch das Aussprechen dieses Begriffes wird ein warmes und harmonisches Gefühl transportiert.

(Heiterkeit vonseiten der Fraktion der SPD –  
Vincent Kokert, CDU: Da müssen Sie jetzt selber ein bisschen lachen, Herr Kramer!)

Na, ich habe da ein anderes Bild im Kopf. Ich denke gerade an den Transport der NGOs und da findet man sich dann auch wieder: Solidarität, Transport, Flüchtlinge. Ein schönes Bild, wie ich finde. Herr Krüger lacht auch, hervorragend, dann ist doch alles gut.

(Thomas Krüger, SPD:  
Ich bin vollkommen fassungslos.)

Ach, fassungslos! Na gut.

Tragisch ist nur, dass er genau aus diesem Grund in unserer heutigen Zeit zunehmend zweckentfremdet, ausgehöhlt und instrumentalisiert wird. Diese Problematik ist schlussendlich der Anlass dafür, warum die Aktuelle Stunde heute die Überschrift trägt: „Grenzen schützen – Solidarität mit Italien“, was gleichzeitig eine Forderung ist.

Für dieses Thema rufe ich Ihnen zunächst ins Gedächtnis, worin die grundlegenden Ursachen innerhalb der Europäischen Union für die europäische Migrations- und Flüchtlingskrise lagen. Die europäische Dimension betrachtend, möchte ich zunächst auf zwei Problemkomplexe hinweisen.

Erstens. Mit dem damaligen Schengener Abkommen wurde von den jeweiligen Mitgliedsstaaten nach und nach auf die Kontrolle der Binnengrenzen verzichtet, jedoch ohne einen effektiven gemeinsamen Grenzschutz oder eine gemeinsame Asylverwaltung innerhalb der Europäischen Union real umgesetzt zu haben.

Das zweite Problem, die Dublin-Verordnung erweise sich als EU-internes System einer Schönwetterintegration. Dies erklärt sich wie folgt: Das in der Praxis bedeutsamste Zuständigkeitskriterium für drittstaatsangehörige Asylbewerber ist der Ort beziehungsweise das Land der illegalen Einreise. Erst danach kommt als Auffangkriterium der Ort des ersten Asylbegehrens zur Anwendung. Das finden wir alles in der Dublin-III-Verordnung. Was sich im Endeffekt zeigt, ist eine schonungslose Geschichte verweigerter Solidarität, weil mit der Dublin-Verordnung die Last der Migration den Staaten mit EU-Außengrenzen zugeschoben wird. Das Dublin-Abkommen funktioniert nur, wenn Nordafrika und der Nahostkrisenbogen von Afghanistan bis Syrien politisch gemäßigt und stabil bleiben. Wie wir wissen, ist dies bis heute nicht der Fall.

Unsere Aktuelle Stunde knüpft daher genau an diese zwei Problemkomplexe an. Mit der gegenwärtigen Lage in Italien wird klar, dass es keinen wirksamen gemeinsamen Grenzschutz an den EU-Außengrenzen gibt, so, wie Herr Krüger uns das vorhin auf die Regierungserklärung von Frau Ministerpräsidentin erklären wollte.

(Thomas Krüger, SPD: Das ist doch Müll, was Sie da erzählen!)

Obwohl wir mit den Folgen und Auswirkungen der Migrationskrise noch zu kämpfen haben und hohe Kosten für Jahrzehnte im Raum stehen, hat sich an diesem Grundproblem nichts geändert. Dies betrifft die Menschen in Mecklenburg-Vorpommern sowie in ganz Deutschland zugleich.

(Thomas Krüger, SPD: Sie legen das Leben von Menschen mit Geld fest gerade, das wissen Sie, ja?)

Die meisten Asylbegehren innerhalb der EU sind in Deutschland anzutreffen, Herr Krüger. Anhand der Gespräche mit unseren Bürgern sehe ich Unmut, Angst, wenn nicht gar Verbitterung.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

Mit Blick auf unsere Kleinen Anfragen und die diesbezüglichen Antworten ist dies auch verständlich.

(Thomas Krüger, SPD: Sie spalten die Gesellschaft!)

Eine weitere Migrationskrise, wie wir sie vor zwei Jahren hatten, ist nicht verkraftbar. Darum ganz klar: Grenzen schützen durch real praktizierte Solidarität mit Italien! Wir müssen die Sache selbst in die Hand nehmen, jedoch nicht durch Scheinheiligkeit und Wegfall der eigenen nationalen Solidarität, die wir unseren Bürgern schuldig sind.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

Gerade im Hinblick auf die Europäische Union ...

(Am Rednerpult leuchtet die rote Lampe.)

Oh, jetzt habe ich nur noch eine Minute Zeit,

(Zuruf von Martina Tegtmeier, SPD)

jetzt muss ich mich ein bisschen beeilen, ei, jei, jei!

(Torsten Renz, CDU: Wenn die rote Lampe leuchtet, ist die Zeit um.)

Na gut.

Die falsch verstandene Solidarität – der letzte Satz –, die falsch verstandene Solidarität der linksalternativen Mitbewerber sowohl hier im Parlament als auch in den Köpfen der NGO-Schleppermafia muss beendet werden.

(Zurufe von Thomas Krüger, SPD, und Marc Reinhardt, CDU)

Die NGOs sind so dicht ...

**Vizepräsidentin Beate Schlupp:** Das war jetzt der letzte Satz, das war ein Punkt.

(Der Abgeordnete Nikolaus Kramer spricht bei abgeschaltetem Mikrophon.)

Also, Herr Kramer, ich habe Ihnen wirklich viel Zeit eingeräumt, aber jetzt ist die Redezeit zu Ende.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Von daher ist die Aktuelle Stunde beendet.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 3:** Zweite Lesung und Schlussabstimmung des Gesetzentwurfes der Landesregierung – Entwurf eines Gesetzes zum Zwanzigsten Staatsvertrag zur Änderung rundfunkrechtlicher Staatsverträge, Drucksache 7/372, hierzu Beschlussempfehlung und Bericht des Innen- und Europaausschusses auf Drucksache 7/690.

**Gesetzentwurf der Landesregierung  
Entwurf eines Gesetzes zum  
Zwanzigsten Staatsvertrag zur Änderung  
rundfunkrechtlicher Staatsverträge  
(Zwanzigster Rundfunkänderungsstaatsvertrag)**  
(Zweite Lesung und Schlussabstimmung)  
– **Drucksache 7/372** –

**Beschlussempfehlung und Bericht  
des Innen- und Europaausschusses  
(2. Ausschuss)**  
– **Drucksache 7/690** –

Das Wort zur Berichterstattung hat der Vorsitzende des Innen- und Europaausschusses Herr Kröger.

(allgemeine Unruhe –  
Peter Ritter, DIE LINKE: Herr Kröger,  
Berichterstattung für den Innenausschuss! –  
Zuruf aus dem Plenum: Gut, dann machen  
wir den nächsten Tagesordnungspunkt. –  
Peter Ritter, DIE LINKE: Die Berichterstattung  
erfolgt nicht, wir stimmen ab.)

Möchte die Fraktion der AfD eine Auszeit beantragen?

(Dr. Matthias Manthei, AfD: Das ist eine Sache des Ausschusses, ich kann dazu nichts sagen. –  
Der Abgeordnete Jörg Kröger tritt an das Präsidium heran. –  
Zurufe aus dem Plenum: Abstimmung!)

Ganz offensichtlich wird es keine ...

Es gibt einen Antrag der Fraktion der AfD auf fünf Minuten Auszeit. Ich unterbreche die Sitzung für fünf Minuten. Die Sitzung ist unterbrochen.

**Unterbrechung: 13.17 Uhr**

**Wiederbeginn: 13.19 Uhr**

**Vizepräsidentin Beate Schlupp:** Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich eröffne die unterbrochene Sitzung.

Zwischenzeitlich ist geklärt worden, dass das Wort zur Berichterstattung nicht gewünscht wird und im Ältestenrat vereinbart worden ist, eine Aussprache nicht vorzusehen. Ich sehe und höre dazu keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen.

Wir kommen zur Einzelberatung über den von der Landesregierung eingebrachten Entwurf eines Gesetzes zum Zwanzigsten Staatsvertrag zur Änderung rundfunkrechtlicher Staatsverträge auf Drucksache 7/372. Der Innen- und Europaausschuss empfiehlt, den Gesetzentwurf der Landesregierung entsprechend seiner Beschlussempfehlung auf Drucksache 7/690 unverändert anzunehmen.

Ich rufe auf die Artikel 1 und 2 sowie die Überschrift in der Fassung des Gesetzentwurfes der Landesregierung. Wer dem zustimmen wünscht, den bitte ich um ein Handzeichen. – Die Gegenprobe. – Gibt es Stimmenthaltungen? – Damit sind die Artikel 1 und 2 sowie die Überschrift in der Fassung des Gesetzentwurfes der Landesregierung mit den Stimmen der Fraktionen von SPD, CDU und DIE LINKE, bei Gegenstimmen der Fraktion der AfD angenommen.

Wir kommen zur Schlussabstimmung.

Wer dem Gesetzentwurf im Ganzen in der Fassung des Gesetzentwurfes der Landesregierung auf Drucksache 7/372 zustimmen wünscht, den bitte ich jetzt um ein Handzeichen. – Die Gegenprobe. – Gibt es Stimmenthaltungen? – Damit ist der Gesetzentwurf der Landesregierung auf Drucksache 7/372 bei gleichem Stimmverhalten angenommen.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 4**: Zweite Lesung und Schlussabstimmung des Gesetzentwurfes der Fraktionen der SPD und CDU – Entwurf eines Fünften Gesetzes zur Änderung des Kindertagesförderungsgesetzes, Drucksache 7/412, hierzu Beschlussempfehlung und Bericht des Sozialausschusses. Hierzu liegen Ihnen ein Änderungsantrag der Fraktion der AfD auf Drucksache 7/839 sowie ein Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE auf Drucksache 7/848 vor.

**Gesetzentwurf der Fraktionen der SPD und CDU**  
**Entwurf eines Fünften Gesetzes zur Änderung des Kindertagesförderungsgesetzes**  
 (Zweite Lesung und Schlussabstimmung)  
 – **Drucksache 7/412** –

**Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Soziales, Integration und Gleichstellung (9. Ausschuss)**  
 – **Drucksache 7/815** –

**Änderungsantrag der Fraktion der AfD**  
 – **Drucksache 7/839** –

**Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE**  
 – **Drucksache 7/848** –

Das Wort zur Berichterstattung hat der Vorsitzende des Sozialausschusses Herr Koplin.

**Torsten Koplin, DIE LINKE:** Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Dem Entwurf eines Fünften Gesetzes zur Änderung des Kindertagesförderungsgesetzes liegt eine bundesweit zu beobachtende Problema-

tik zugrunde: Fehlende pädagogische Fachkräfte werden immer mehr zum Engpass für den Ausbau und die qualitative Weiterentwicklung der Kindertagesbetreuung. Dieses Erkenntnis kann fraktionsübergreifend aus der Anhörung gewonnen werden, die der Ausschuss für Soziales, Integration und Gleichstellung am 10. Mai dieses Jahres zum Gesetzesverfahren durchgeführt hat.

Den Sachverständigen möchte ich an dieser Stelle noch einmal meinen Dank aussprechen, ebenso denjenigen, die anlässlich der Anhörung unaufgeforderte Stellungnahmen eingereicht haben. Die Ergebnisse der Anhörung wie auch die Stellungnahmen hat der Ausschuss in den weiteren Beratungen berücksichtigt. Ebenso möchte ich den Vertreterinnen und Vertretern der LIGA der Spitzenverbände der Wohlfahrt in Mecklenburg-Vorpommern und der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft danken, mit denen sich der Ausschuss in den Sitzungen am 29. März 2017 beziehungsweise am 3. Mai 2017 über den Gesetzentwurf ausgetauscht hat, gleichfalls den Vertreterinnen des Landesfrauenrates, mit denen einzelne Elemente in der Sitzung in der vergangenen Woche erörtert wurden. Der Ausschuss hat sich gründlich mit den Stellungnahmen und den Aussagen in der Anhörung auseinandergesetzt und den Gesetzentwurf mehrfach mit dem Sozialministerium beraten. Als Ausschussvorsitzender kann ich sagen, dass an der Gesetzesnovelle intensiv gearbeitet wurde.

Sehr geehrte Damen und Herren, bei der Problemdiagnose, auf die mit der vorliegenden Gesetzesänderung reagiert werden soll, besteht nach den Ergebnissen der Anhörung und den Diskussionen im Sozialausschuss fraktionsübergreifend Einigkeit. Die Fachkräfteknappheit in der Kindertagesbetreuung führt bereits heute zu Schwierigkeiten, Stellen in Kindertagesstätten zu besetzen. In der Zukunft könnte sich diese Problematik noch verschärfen. Wenn zum Stichtag 1. März 2016 von den mehr als 11.000 pädagogischen Fachkräften in den Kindertageseinrichtungen in Mecklenburg-Vorpommern rund ein Viertel 55 Jahre oder älter waren und damit in absehbarer Zeit in Rente gehen werden, liegt der Fachkräftebedarf förmlich auf der Hand. Dass wir als Landesgesetzgeber auf diese Entwicklung reagieren müssen, auch hier besteht Konsens.

Erhebliche Meinungsunterschiede gibt es allerdings darüber, welcher Weg dafür einzuschlagen ist. Aus der Anhörung und den Stellungnahmen lassen sich kurz zusammengefasst einige Feststellungen treffen:

Zum einen wird die Einführung einer dualen Ausbildung für Erzieherinnen und Erzieher, wie sie der Gesetzentwurf mit der praxisintegrierten Ausbildung vorsieht, von allen Verbänden und Sachverständigen prinzipiell begrüßt. Die duale Ausbildung scheint geeignet, eine attraktive Ergänzung zur bisherigen Erzieherausbildung zu bieten.

Zum anderen, Herr Kokert, muss man allerdings konstatieren, dass dies der einzige Punkt ungeteilter Zustimmung geblieben ist. Bei den Fragen, wie der neue Ausbildungsgang zu konzipieren ist, zu welchem Abschluss er führen soll und vor allem, ob er geeignet ist, der Fachkräfteknappheit entgegenzuwirken, oder ob darüber hinausgehender Handlungsbedarf besteht, gab es sowohl unter den Verbänden und Sachverständigen als auch zwischen den Mitgliedern des Sozialausschusses erheblich voneinander abweichende Einschätzungen. In

der folgenden Aussprache wird dies sicherlich deutlich werden.

Ich möchte Ihnen kurz die wichtigsten Anregungen und Kritikpunkte nennen, die in der Anhörung und in den Stellungnahmen genannt wurden. Ein fundamentaler Kritikpunkt betraf die Frage, ob die praxisintegrierte Ausbildung zu einem anderen Abschluss führen sollte. Hier wurde auf das Modell in Baden-Württemberg verwiesen, wo die dreijährige duale Ausbildung zur Staatlich anerkannten Erzieherin beziehungsweise zum Staatlich anerkannten Erzieher führt. Von mehreren Seiten wurde gefordert, den gleichen Abschluss vorzusehen, um eine Insellösung für Mecklenburg-Vorpommern zu vermeiden. Eine breite Mehrheit der Beteiligten forderte, zumindest eine Weiterqualifizierung zur/zum Staatlich anerkannten Erzieherin beziehungsweise Erzieher zu ermöglichen.

Die Koalitionsfraktionen haben darauf insofern reagiert, als der nun vorliegende Gesetzentwurf den Abschluss zur Staatlich anerkannten Erzieherin beziehungsweise zum Staatlich anerkannten Erzieher für 0- bis 10-Jährige vorsieht. Im Entschließungsantrag beider Fraktionen zum Gesetz wird die Landesregierung außerdem aufgefordert, bis zum Jahr 2020 eine Möglichkeit der berufsbegleitenden Weiterqualifizierung für die Altersgruppe der 11- bis 27-Jährigen vorzusehen. Zudem soll im gleichen Zeitraum der neue Abschluss über die Kultusministerkonferenz bundesweit anerkannt werden.

Als weiterer Punkt wurde von mehreren Seiten die im ursprünglichen Gesetzentwurf vorgesehene Anrechnung der Auszubildenden auf die Fachkraft-Kind-Relation zu 40 Prozent kritisiert. Im vorliegenden Gesetzentwurf ist nun die Anrechnung in den drei Ausbildungsjahren ansteigend zu 30, 40 und 50 Prozent vorgesehen.

Die Erweiterung des Fachkräftecataloges war ebenfalls Gegenstand vieler Anmerkungen. Hier forderte eine breite Mehrheit, verbindliche Regelungen zur pädagogischen Qualifizierung in das Gesetz aufzunehmen, um einer Verschlechterung der Betreuungsqualität vorzubeugen. In dem nun vorliegenden Gesetzentwurf ist für die zusätzlichen Fachkraftgruppen eine kindheitspädagogische Grundqualifizierung von mindestens 250 Stunden sowie ein Praktikum in einer Kindertageseinrichtung mit einer Dauer von acht Wochen als Voraussetzung für die Anerkennung als Fachkraft vorgesehen. Zudem ist für diese Fachkraftgruppe während der ersten beiden Berufsjahre in einer Kindertageseinrichtung eine eigenverantwortliche Tätigkeit in der Gruppe nicht zulässig.

Breiten Raum in der Diskussion nahm die Begleitung der Auszubildenden während ihrer Tätigkeit in der Kindertagesstätte ein. Hier wurde gefordert, im Gesetz ein Mentoring sowie Regelungen zur Mindestqualifikation der Praxisanleiter und zu deren Finanzierung vorzusehen. Im nun vorliegenden Gesetzentwurf ist von einer Verpflichtung der Träger von Kindertageseinrichtungen zur zeitlichen finanziellen Abgeltung der die Auszubildenden begleitenden Mentorinnen und Mentoren die Rede.

Weitere Forderungen in der Anhörung und in den Stellungnahmen lauteten unter anderem, die Kindertagesbetreuung durch das Land besser finanziell auszustatten, für die Erzieherausbildung insgesamt eine Ausbildungsvergütung einzuführen, die Kindertagespflege gleichrangig im Gesetzentwurf zu berücksichtigen und einen landesweit einheitlichen Personalschlüssel vorzusehen.

Hinweisen möchte ich ebenfalls auf die Diskussion, welche Rolle freie Schulen beim neuen Ausbildungsgang spielen sollen. Auch zu diesem Punkt gab es Anregungen aus der Anhörung und den Stellungnahmen. Hierzu liegt Ihnen auf Drucksache 7/791 des Landtages ein Antrag der Fraktionen der CDU und SPD vor, der das Ziel hat, über eine Änderung des Schulgesetzes die Ausbildung von Staatlich anerkannten Erzieherinnen und Erziehern für 0- bis 10-Jährige auch an Schulen in freier Trägerschaft zu ermöglichen. Das Plenum wird dazu am Freitag beraten.

Im Ausschuss hatte die Fraktion der AfD beantragt, statt des geltenden Durchschnittswertes je nach Altersgruppe eine Höchstgrenze für die von einer Fachkraft zu betreuenden Kinder einzuführen. Dieser Antrag wurde mehrheitlich mit den Stimmen der Fraktionen der SPD, CDU und DIE LINKE gegen die Stimmen der Fraktion der AfD abgelehnt.

Die Fraktion DIE LINKE hat im Ausschuss einen Entschließungsantrag eingebracht, der insbesondere forderte, den Gesetzentwurf der Koalitionsfraktionen aufgrund schwerer inhaltlicher Mängel insgesamt abzulehnen, stattdessen die Ausbildungskapazitäten für die Erzieherausbildung zu erhöhen und für diese eine Ausbildungsvergütung einzuführen. Der Antrag wurde mit den Stimmen der Fraktionen der SPD und CDU gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE und der Fraktion der AfD mehrheitlich abgelehnt.

Sehr geehrte Damen und Herren, eines möchte ich als Vorsitzender des Ausschusses für Soziales, Integration und Gleichstellung hervorheben: Für das Ziel, eine qualitativ hochwertige Kindertagesbetreuung in Mecklenburg-Vorpommern anzubieten, ist eine breite politische und gesellschaftliche Mehrheit festzustellen. Wie dieses Ziel zu erreichen ist, wird in dieser Legislaturperiode voraussichtlich noch das eine oder andere Mal zu diskutieren sein. Ich wünsche mir, dass dies ebenso sachlich und konstruktiv geschieht wie bei den Beratungen des jetzt vorliegenden Gesetzentwurfes.

Der Sozialausschuss hat in seiner Sitzung am 28. Juni abschließend zum Gesetzentwurf beraten und mehrheitlich die Annahme eines geänderten Gesetzentwurfes und einer gesetzesbegleitenden Entschließung empfohlen. Zu den Einzelheiten verweise ich an dieser Stelle auf den Ihnen vorliegenden schriftlichen Bericht und die Beschlussempfehlung des Landtages auf Drucksache 7/815. – Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE)

**Vizepräsidentin Beate Schlupp:** Vielen Dank, Herr Ausschussvorsitzender.

Im Ältestenrat ist vereinbart worden, eine Aussprache mit einer Dauer von bis zu 90 Minuten vorzusehen. Ich sehe und höre dazu keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen.

Ums Wort gebeten hat zunächst die Ministerin für Soziales, Integration und Gleichstellung Frau Drese.

**Ministerin Stefanie Drese:** Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete! Heute ist ein sehr guter Tag für unsere Kitas in Mecklenburg-

Vorpommern. Heute ist ein sehr guter Tag für Eltern, die ihre Kinder auch in Zukunft gut betreut wissen wollen, ein sehr guter Tag für Kitaträger, die gezielt Auszubildende werben können und von Anfang an eng mit ihnen zusammenarbeiten, ein sehr guter Tag für Kommunen, die den weiter steigenden Bedarf an Kindertagesförderung zukünftig besser und rechtlich klarer decken können, und vor allem, heute ist ein sehr guter Tag für rund 100 angehende Erzieherinnen und Erzieher, die sich bereits jetzt für diese neue Ausbildung entschieden haben. Das ist eine stolze Zahl für ein Angebot, wofür es laut mancher Kritiker gar keinen Bedarf gäbe und das so unausgegoren sei. Das Gegenteil, meine Damen und Herren, ist richtig.

Für Sie, liebe neue Auszubildende, freue ich mich heute besonders. Für Sie hat es sich gelohnt, zu kämpfen und den Turbo einzulegen. Ergreifen Sie die neue Chance beim Schopf und lassen Sie sich nicht beirren von Menschen, die am Rande stehen und Ihnen irgendeine Minderwertigkeit einreden wollen! Sie werden nach drei Jahren fachlich hoch qualifizierte und praxiserprobte Staatlich anerkannte Erzieherinnen und Erzieher für 0- bis 10-Jährige sein, die ihren festen Platz in unseren Kitas haben werden.

Sehr geehrte Damen und Herren, Mecklenburg-Vorpommern wird, wenn gleich dieser Gesetzentwurf zur Änderung des Kindertagesförderungsgesetzes beschlossen wird, neben der klassischen Erzieherausbildung eine zusätzliche, attraktive und zukunftsweisende Ausbildung etablieren. Damit sind wir nach Baden-Württemberg und einem Modellvorhaben in Sachsen-Anhalt das dritte Bundesland, das mit einer auf den frühkindlichen Bereich spezialisierten, dualorientierten Ausbildung aufwarten kann, und das Ganze bereits ein Jahr früher, als es sich die Landesregierung im Koalitionsvertrag vorgenommen hat.

Sie sehen, wir tun etwas zur Fachkräftesicherung in unseren Kitas. Während landauf, landab über Fachkräftelücken geklagt wird, bis hin zu Fahrlehrerinnen und Fahrlehrern, wie wir in der letzten Woche gelesen haben, handeln wir schnell, dialogorientiert und rechtlich präzise. Der Zug rollt und er rollt mit Volldampf in die richtige Richtung. Ich sage Ihnen, ich bin stolz darauf, wie zügig die Koalitionsfraktionen und die Landesregierung hier gemeinsam mit vielen Beteiligten ein attraktives Angebot installiert haben, um den Fachkräftebedarf der Zukunft zu decken. Ja, wir hatten ein rasantes, ein anstrengendes Gesetzgebungsverfahren mit vielen Abstimmungsrunden. Aber ich sage auch: So muss ein parlamentarisches Verfahren, ein demokratischer Gesetzgebungsprozess laufen. Das Ergebnis kann sich sehen lassen. Es ist ein sehr gutes Ergebnis, das heute vorliegt.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD)

Ich danke all denjenigen, die sich an der fachlichen Debatte um die neue Erzieherausbildung für die 0- bis 10-Jährigen sachlich beteiligt und sie mit Leben erfüllt haben. Lösungsorientierte Fachexpertise, das ist es, was in der Zukunft und in der Entwicklung dieser modernen zukunftsorientierten Ausbildung wirklich zählt. Mein Dank gilt auch allen beteiligten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der zuständigen Ministerien und der Fraktionen.

Sehr geehrte Damen und Herren, lassen Sie mich kurz noch etwas anderes, Grundsätzliches anmerken: Ich bin

fest davon überzeugt, wir brauchen in Deutschland, in Mecklenburg-Vorpommern mehr Mut, um Veränderungen anzuschließen und neue Wege zu gehen. Das gilt vor allem bei einem so wichtigen Thema wie der Gewinnung von Fachkräften. Wir brauchen Mut und Entschlossenheit, um unsere Zukunft selbst in die Hand zu nehmen und zu gestalten. Ich habe manchmal das Gefühl, jede Veränderung wird erst einmal als Untergang des Abendlandes heraufbeschworen. Davon müssen wir wegkommen – parteiübergreifend.

(Beifall Christian Brade, SPD)

Kritik ist dabei wichtig. Da müssen wir seitens der Regierenden vielleicht noch lernen, konstruktiver und offener damit umzugehen. Ich habe kein Problem damit, ein offenes Wort zu führen und mit harten Bandagen zu kämpfen. Das gehört zum politischen Geschäft dazu. Was aber meines Erachtens nicht geht, und da komme ich zur neuen Erzieherausbildung zurück, ist, wenn diese Auseinandersetzungen auf dem Rücken der Betroffenen ausgetragen werden. Wenn Sie, Frau Bernhardt, immer wieder von Schmalspurausbildung sprechen, dann werfen Sie die jungen Menschen, die sich ganz bewusst für diese neue spezialisierte Ausbildung im Kitabereich entschieden haben, ab. Dann ist Schluss mit lustig, denn ich wehre mich entschieden dagegen, dass damit die neuen Auszubildenden einen Stempel aufgedrückt bekommen! Das ist fachlich Unsinn und menschlich unerträglich, um ein Wort zu verwenden, das Sie so gerne benutzen. Kehren auch Sie endlich zur sachorientierten Auseinandersetzung zurück, meine sehr geehrten Damen und Herren der Linksfraktion!

(Peter Ritter, DIE LINKE: Siehstet!)

Die neue Ausbildung umfasst etwa 2.300 Stunden theoretischen Unterricht mit ganz konkreten Ausbildungsinhalten, die den besonderen Anforderungen an die Erzieherinnen und Erzieher für 0- bis 10-Jährige in höchstem Maße gerecht werden. Damit setzen wir unsere Bildungskonzeption für 0- bis 10-Jährige in Mecklenburg-Vorpommern um. Wir befähigen junge Menschen, die unmittelbar nach der Schule in eine Ausbildung gehen, den gesetzlich garantierten Bildungs-, Erziehungs- und Förderauftrag in unseren Kitas zu erfüllen. Wir befähigen aber auch Menschen, die vielleicht schon eine Berufsausbildung hinter sich haben und denen die Arbeit mit jungen Kindern ein Herzensanliegen ist, in dem Anspruch, frühkindlicher Bildung in höchstem Maße gerecht zu werden und dort zu arbeiten.

Ich wiederhole es gern noch einmal: Es sind etwa 2.300 Stunden Unterricht an den höheren Berufsfachschulen hier im Land und dazu kommen noch einmal mindestens genauso viele Stunden in der Praxis. Wer da noch von einer Schmalspurausbildung spricht, leugnet die tatsächlichen Grundlagen.

Sehr geehrte Damen und Herren, wir schaffen mit dem neuen Ausbildungsgang zur „Staatlich anerkannten Erzieherin“ und zum „Staatlich anerkannten Erzieher für 0- bis 10-Jährige“ eine Möglichkeit, den hohen Anteil älterer Teams in den Einrichtungen der Kindertagesförderung nach und nach aufzufangen und neu aufzustellen. Das gilt in besonderem Maße für Einrichtungen, die bereits jetzt Lücken haben und nicht mehr ausreichend mit Personal ausgestattet sind.

Es war mir ein besonderes Anliegen, die Träger von Kindertageseinrichtungen mit ins Boot zu nehmen und sie mit diesem zusätzlichen Angebot zu unterstützen. Nur wenn Träger in die Lage versetzt werden, sich ihr künftiges Personal selbst auszusuchen und durch die hohe Praxisnähe während der Ausbildung an die Einrichtung zu binden, können wir Fachkräfte gewinnen, die sich mit ihrer Kita identifizieren und gern und lange in der Einrichtung verweilen. So tragen wir zur Beschäftigungsstabilität bei.

Gute Arbeitsbedingungen bieten wir auch auf einem anderen Gebiet. Wir sind mit einer Quote von 62 Prozent das Bundesland, in dem es in überdurchschnittlich vielen Kitateams unbefristete Arbeitsverhältnisse gibt. Sehen Sie sich das aktuelle „Fachkräftebarometer 2017“ des Deutschen Jugendinstituts „Weiterbildungsinitiative Frühpädagogische Fachkräfte“ an und Sie stellen fest, Mecklenburg-Vorpommern liegt hier auf Platz 1. Außerdem stehen wir auf dem Treppchen mit Platz 3, was die Leitungskräfte in den Kindertageseinrichtungen anbelangt. Das ist es, was wir mit dieser dualorientierten Ausbildung fortsetzen und im Sinne einer kontinuierlichen Qualitätssicherung und Qualitätssteigerung in unsere Jüngsten investieren.

Sehr geehrte Damen und Herren, die öffentliche Anhörung im Sozialausschuss hat zwei Dinge sehr deutlich gemacht: Der gerade in den Ruhestand verabschiedete Leiter des Diakonischen Werkes Mecklenburg-Vorpommern und Vorsitzende der LIGA, Herr Landespastor Scriba, hat es vorgerechnet. Die Finanzierung der neuen Ausbildung belastet weder die Eltern noch die Gemeinden. Mit der für die drei Jahre der Ausbildung erfolgenden Anrechnung auf den Fachkraft-Kind-Schlüssel wird ein kleiner Überschuss erwirtschaftet, der den Trägern zur Verfügung steht, um den Anleiterinnen und Anleitern in den Kitas eine entweder finanzielle oder zeitliche Abgeltung zur Verfügung zu stellen.

Ich darf aber auch an die Ausführungen von Herrn Professor Kliche in der öffentlichen Anhörung erinnern, der aufgrund seiner Evaluierung des Modellvorhabens in Sachsen-Anhalt die Win-win-Situation für Auszubildende und Mentorinnen und Mentoren und damit für die Qualität in der Kindertageseinrichtung hervorgehoben hat.

Mit 23 Prozent Männern in der Ausbildung zum Erzieher stehen wir ebenfalls auf Platz 3 im Bundesdurchschnitt und sind damit auf einem guten Weg, die von einigen immer noch stereotyp als typischen Frauenberuf bezeichnete Ausbildung breiter aufzustellen. Mit der neuen Ausbildung gehen wir noch weiter. Wir werden den Männeranteil weiter erhöhen, da bin ich mir ganz sicher.

Sehr geehrte Damen und Herren, lassen Sie mich auf die vom Sozialausschuss nach Anhörung der Expertinnen und Experten beschlossenen Änderungen noch einmal besonders eingehen.

(Zuruf von Jacqueline Bernhardt, DIE LINKE)

Der gesetzliche Rahmen für die neue Ausbildung ist das eine, die Umsetzung in der Praxis das, was gemeinsame Verantwortung bedeutet. Mit diesem Gesetzentwurf gelingt eine moderate Ausdehnung des Fachkräftekataloges, ohne das Niveau unserer Fachkräfte in der Kinderförderung aufzugeben, wie es andere Bundesländer

getan haben. Deshalb freue ich mich, dass im Einverständnis mit den Trägern der Einrichtungen, aber auch mit den Gewerkschaften eine kindheitspädagogische Grundqualifizierung im Umfang von mindestens 250 Stunden sowie ein Praktikum in einer Kindertageseinrichtung im Umfang von acht Wochen vorausgesetzt wird, bevor die neu hinzugekommenen Kräfte tätig werden dürfen. Diese Qualitätssicherungsmaßnahme ist wichtig, wenn künftige Kitafachkräfte nicht aus den klassischen Berufsfeldern kommen, sondern etwa Logopädinnen und Logopäden oder Kinderkrankenpflegerinnen und Kinderkrankenpfleger künftig die Multiprofessionalität in unseren Kindertageseinrichtungen bereichern werden.

Mir ist es wichtig, dass der Einsatz von Assistenzkräften und der neuen Auszubildenden 25 Prozent des in der Kindertageseinrichtung insgesamt tätigen Personals grundsätzlich nicht übersteigen soll. Das mag insbesondere für kleinere Einrichtungen hier im Land eine gewisse Hürde bedeuten, im Sinne der Qualitätssicherung, das hat die Diskussion um die neue Ausbildung noch einmal sehr deutlich bestätigt, ist diese Quote aber erforderlich. Also 75 Prozent des pädagogischen Personals werden auch weiterhin Fachkräfte im Sinne unseres bisher geltenden Fachkräftegebots sein.

Auf Wunsch vieler Akteure wurde vom Sozialausschuss vorgeschlagen, die Anrechnung der neuen Auszubildenden auf den Fachkraft-Kind-Schlüssel nach Ausbildungsjahren zu staffeln. Das ist aus meiner Sicht ein gutes Signal, denn es spiegelt den Kompetenzzuwachs der Auszubildenden wider.

Das auf zwei Jahre angehobene Verbot, eigenverantwortlich in einer Gruppe tätig sein zu dürfen, wird nicht in jedem Einzelfall den Befähigungen und den Kompetenzen der Auszubildenden gerecht werden, denn ich bin mir sicher, dass insbesondere Quereinsteiger, die wir mit dieser neuen Ausbildung ebenfalls ansprechen wollen, auch schon früher befähigt sein können. Im Sinne einer einheitlichen Regelung im ganzen Bundesland kann ich aber solch einer Regelung sehr gut zustimmen.

Ich bin froh, dass Landesregierung und Landtag die Tarifparteien dabei unterstützen, die Beschäftigungsbedingungen im Kindertagesstättenbereich verbindlich zu vereinbaren. Der Sozialausschuss hat eine Entschließung der Koalitionsfraktionen angenommen, die ausdrücklich beinhaltet, dass die Staatlich anerkannte Erzieherin und der Staatlich anerkannte Erzieher und die Staatlich anerkannten Erzieher/-innen für 0 bis 10-Jährige gleichwertig sind. Das ist ein klares politisches Signal für gleiche Gehälter für gleiche Arbeit.

Ich habe von Anfang an gesagt, dass es für mich überhaupt nicht nachvollziehbar ist, warum die Absolventen der neuen Ausbildung für die gleiche Tätigkeit in der Kita schlechter bezahlt werden sollten. Die Gleichwertigkeit der klassischen Staatlich anerkannten Erzieherinnen und Erzieher und der Absolventen der neuen Ausbildung wird jetzt auch durch die Bezeichnung als „Staatlich anerkannte Erzieherinnen und Erzieher für 0- bis 10-Jährige“ betont. Mit all diesen Maßnahmen stärken wir die Position der Gewerkschaft in ihren künftigen Verhandlungen zur Durchsetzung einer entsprechenden tariflichen Eingruppierung – gleicher Lohn für gleiche Arbeit.

Sehr geehrte Damen und Herren, ein Weiteres wird mit der vorliegenden Entschließung von den Fraktionen der

SPD und CDU auf den Weg gebracht. Bis zu dem Zeitpunkt, an dem die ersten Auszubildenden ihre Ausbildung abschließen, soll eine Regelung geschaffen werden, die es den Staatlich anerkannten Erzieherinnen und Erziehern für 0- bis 10-Jährige ermöglicht, sich weiterzuqualifizieren und berufsbegleitend den klassischen Abschluss als Staatlich anerkannte Erzieherin und Erzieher, also für 0- bis 27-Jährige, zu erwerben. Damit kommen wir häufig erhobenen Forderungen nach, indem wir für die neuen Fachkräfte eine Option eröffnen. Ich vertraue darauf, dass sich eine solche Durchlässigkeit zwischen den Ausbildungen bewähren wird. Diejenigen, die ihre Profession schon heute darin sehen, mit älteren Kindern und Jugendlichen zu arbeiten, werden auch weiterhin die klassische Erzieherausbildung wählen.

Sehr geehrte Damen und Herren, und zu guter Letzt: Bereits jetzt bin ich aus zahlreichen anderen Bundesländern auf unsere neue Ausbildung angesprochen worden. Vorgestern tagte erstmals eine Bund-Länder-Arbeitsgruppe „Fachkräftegewinnung Erzieherinnen und Erzieher“. Das Thema wird bald alle Bundesländer intensiv beschäftigen. Wir sind mit unserer Gesetzesänderung da schon einen entscheidenden Schritt weiter und festigen damit unsere Spitzenposition in der Kindertagesförderung. In naher Zukunft wird es zu länderübergreifenden Verhandlungen über die gegenseitige Anerkennung der Abschlüsse der Erzieherinnen und Erzieher für 0 bis 10 kommen. Ich bin mir sicher, unsere Fachkräfte von morgen werden dann mit einigem Aufwand von anderen Bundesländern umgarnt. Lassen Sie uns deshalb gemeinsam daran arbeiten, dass die Ausbildungs- und Arbeitsbedingungen in der Kindertagesförderung Mecklenburg-Vorpommern auch künftig auf dem Treppchen oben stehen! Ich jedenfalls beglückwünsche die aktuell rund 100 für die neue Ausbildung angemeldeten zukünftigen Auszubildenden zu ihrer interessanten, hochwertigen Ausbildung. Ich wünsche ihnen viel Freude an der Arbeit mit unseren Kindern. Sie haben einen tollen Beruf mit Zukunft gewählt und werden darauf gut vorbereitet. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall vonseiten der Fraktionen  
der SPD und CDU)

**Vizepräsidentin Beate Schlupp:** Vielen Dank, Frau Ministerin.

Das Wort hat jetzt für die Fraktion der AfD die Abgeordnete Frau Weißig.

**Christel Weißig, AfD:** Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Geschätzte Kollegen! Lassen Sie mich mit der Feststellung beginnen, das zumindest in der Analyse des Problems wohl zwischen allen Fraktionen Einigkeit besteht. Wir sind uns alle einig, dass dem Bereich der frühkindlichen Bildung und Betreuung eine enorme Bedeutung zukommt, weil unter anderem hier die Grundlagen für die weitere Entwicklung unserer Kinder gelegt werden. Wir sind uns alle einig, dass zur Erfüllung dieser enorm wichtigen Aufgaben ausreichend und vor allem bestens qualifiziertes Personal notwendig ist. Drittens sind wir uns wohl auch darin einig, dass den über 11.000 pädagogischen Fachkräften in den verschiedenen Einrichtungen unser großer Dank für ihre tägliche Arbeit mit unseren Kindern gebührt.

Unstrittig ist allerdings auch die große Herausforderung, denn in absehbarer Zeit wird mehr als ein Viertel dieser

Fachkräfte in Rente gehen. Meine sehr geehrten Damen und Herren, liebe Kollegen, in allen Teilen Mecklenburgs und Vorpommerns fehlen uns jetzt schon Erzieherinnen und Erzieher in den Einrichtungen und damit ist die angestrebte Qualität bei der Betreuung und Erziehung nicht mehr gewährleistet. Wie sieht nun die heute vorgelegte Antwort der Koalitionspartner auf diese Probleme und Herausforderungen aus?

Angesichts des heutigen und vor allem zukünftigen Bedarfs an Fachkräften für die Betreuung und Erziehung unserer Kinder ist es absolut richtig, sich über die Gewinnung zusätzlicher Interessenten und hoffentlich auch Absolventen in diesem Beruf Gedanken zu machen. Der Entwurf von SPD und CDU sieht daher vor, mit einem neuen Ausbildungsgang zum Staatlich anerkannten Erzieher für 0- bis 10-Jährige zusätzliche Anreize zu schaffen. Zu diesen Anreizen zählen insbesondere die auf drei Jahre verkürzte Ausbildungszeit sowie die Zahlung einer Ausbildungsvergütung.

(Torsten Renz, CDU: Da stimmen Sie zu?)

Warten Sie ab!

Gleichzeitig soll durch die Aufnahme weiterer Berufsgruppen in die Liste der Fachkräfte kurzfristig für Entspannung gesorgt werden.

(Torsten Renz, CDU:  
Langfristig auch! Langfristig auch!)

Aber Ihr Gesetzentwurf ist eine Mogelpackung! Sie gehen davon aus, dass mittelfristig die bisherige vierjährige Ausbildung an der Fachschule komplett ersetzt wird durch die neue Schmalspurausbildung. Ich muss leider das Wort der LINKEN gebrauchen.

(Jacqueline Bernhardt, DIE LINKE: Ja.)

So werden Sie die Gesamtzahl an Erziehern in den nächsten Jahren nicht erhöhen, sondern nur für die Verschiebung in die bezahlte, aber zweitklassige Ausbildung sorgen. Die Folge davon ist eine weitere Absenkung der Qualität. Einerseits betonen Sie die große Bedeutung der frühkindlichen Bildung und andererseits verkürzen Sie die Ausbildung für diese Fachkräfte um ein Jahr. Gleichzeitig öffnen Sie das Feld der Betreuung unserer Kinder für neue Berufsgruppen, die teilweise über 3.000 Stunden pädagogischer Fachausbildung weniger haben als solide ausgebildete Erzieher. Aber diese Fachkräfte nach Definition statt nach Kompetenz sollen nicht auf Tische und Stühle aufpassen, sondern auf unsere Kinder.

Liebe Kollegen von der SPD und der CDU, Sie produzieren mit Ihrem Gesetzentwurf ein Zweiklassensystem von Erziehern und machen damit Mecklenburg-Vorpommern zu einem Billigland.

(Martina Tegtmeier, SPD: Sie haben  
das Gesetz offensichtlich nicht gelesen!)

So werden wir niemals gleiche Arbeitsbedingungen in Ost- und Westdeutschland bekommen, zumal die bundesweite Anerkennung des Abschlusses noch absolut fraglich ist. Wenn Sie viel Glück haben, bringen Sie vielleicht noch einige Azubis oder Hilfskräfte oder Assistenzkräfte mehr in die Kitas, aber Sie bringen nicht mehr hochklassig ausgebildete Fachkräfte in die Einrichtungen,

(Zuruf aus dem Plenum: Das ist Quatsch! –  
Zuruf von Martina Tegtmeier, SPD)

und darum sollte es doch hauptsächlich gehen.

Mit der immer weiteren Ausdehnung der Berufsgruppen, die Sie zur elementaren Betreuung und Bildung unserer Kinder einsetzen wollen, weichen Sie das Fachkräftegebot so lange immer weiter auf, bis dieser Damm der Qualitätssicherung irgendwann mal bricht.

Lassen Sie mich an dieser Stelle noch etwas Grundsätzliches sagen: Diese Art von Gesetzgebung im Schnellverfahren ist kein gutes Argument für Demokratie und ihre Gepflogenheiten.

(Torsten Renz, CDU:  
Wieso denn? Was war damit?)

Wenn politische Verantwortung bedeutet, wichtige Entwicklungen rechtzeitig zu erkennen, sich intensiv Gedanken zu machen über mögliche Lösungen

(Torsten Renz, CDU: Hatten Sie nicht  
ausreichend Zeit zur Beratung? –  
Zuruf von Martina Tegtmeier, SPD)

und dann zielgerichtet sinnvolle Entscheidungen zu treffen, dann sieht Ihre Bilanz trübe aus: erst zu lange gewartet und dann ein schlecht durchdachter Schnellschuss. Haben Sie doch einmal den Mut und schaffen Sie sofort das Schulgeld ab! Zahlen Sie stattdessen einem angehenden Erzieher eine angemessene Ausbildungsvergütung! Bevor Sie sich wieder aufregen, darf ich Sie daran erinnern, dass Frau Schwesig uns schon 2012 als Sozialministerin erzählt hat, dass die Landesregierung dieses Thema schon seit Jahren auf der Tagesordnung hat.

(Martina Tegtmeier, SPD:  
Das ist wohl wahr.)

Aber es ist wieder einmal nichts passiert.

Noch eine Bemerkung zu den LINKEN: Ich empfinde es als schizophren, dass Sie gegen eine sinnvolle Änderung der AfD stimmen, die Sie selbst mal auf der Tagesordnung hatten.

(Torsten Renz, CDU: Welche  
Regelung meinen Sie denn?)

Uns, der AfD, geht es um die Sache und nicht um die Ideologie.

(Heiterkeit vonseiten der Fraktion der SPD –  
Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, geschätzte Kollegen, das Ziel, zusätzliche Erzieher für Mecklenburg-Vorpommern zu gewinnen, ist notwendig und sinnvoll, aber auf keinen Fall durch die Absenkung der Anforderungen und der Ausbildungsqualität. Es geht immer wieder um die Frage, wie wir junge Menschen dauerhaft für Mecklenburg-Vorpommern begeistern und gewinnen.

**Vizepräsidentin Beate Schlupp:** Frau Abgeordnete Weißig, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten Renz?

**Christel Weißig,** AfD: Anschließend.

Ich glaube, Sie müssen stehenbleiben.

Unsere Antwort ist: Wir müssen jungen Menschen eine berufliche und persönliche Perspektive in Mecklenburg-Vorpommern bieten. Für uns zählen auch die Rahmenbedingungen für eine echte Wahlfreiheit bei der Kindererziehung zu den Perspektiven für junge Menschen, denn es gibt sowohl gute Gründe für die frühkindliche Erziehung in der Familie als auch später für das Spielen und Lernen mit anderen Kindern.

Liebe Kollegen, dieser Antrag der Koalition kann nicht unsere Zustimmung finden. Wir fordern Sie auf, endlich den Betreuungsschlüssel im Sinne einer wirklich erstklassigen Bildung unserer Kinder zu gestalten, und wir fordern Sie auf, endlich allen angehenden Erziehern eine angemessene Ausbildungsvergütung zu zahlen!

(Martina Tegtmeier, SPD: Und Erzieherinnen.)

Wir fordern Sie auf, endlich eine zukunftsfähige Familienpolitik auf den Weg zu bringen, die jungen Menschen eine Perspektive in Mecklenburg-Vorpommern bietet: Ausbildung, sichere Arbeitsplätze mit guten Arbeitsbedingungen und die Chance zur Gründung einer Familie. Das kostet Geld, aber ich frage Sie: Wo ist das Geld besser angelegt als bei der Entwicklung und Bildung unserer Kinder? Davon wird unser Land profitieren. Frau Schwesig, machen Sie endlich Schluss mit „sollte“ und „könnte“! Machen Sie es! – Vielen Dank.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

**Vizepräsidentin Beate Schlupp:** Frau Abgeordnete Weißig, gestatten Sie jetzt eine Nachfrage des Abgeordneten Renz?

**Christel Weißig,** AfD: Ja, bitte.

**Vizepräsidentin Beate Schlupp:** Bitte schön, Herr Renz.

**Torsten Renz,** CDU: Danke, sehr geehrte Frau Kollegin.

Ich habe drei Fragen. Sie warfen der LINKEN vor, dass sie dem Änderungsantrag ...

**Vizepräsidentin Beate Schlupp:** Einen Moment! Einen Moment!

Herr Renz, eine Frage. Ich habe nach einer Nachfrage gefragt. Diese Nachfrage können Sie stellen und danach entscheidet Frau Abgeordnete Weißig, ob sie eine zweite Nachfrage zulässt. So wollen wir doch bitte dabei verfahren.

(Jochen Schulte, SPD: So,  
jetzt hast du es aber gehört!)

**Torsten Renz,** CDU: Danke, Frau Präsidentin.

Sie warfen der LINKEN vor, dass sie Ihrem Änderungsantrag nicht zugestimmt haben. Deswegen frage ich Sie zu Ihrem vorliegenden Änderungsantrag, wo Sie den Betreuungsschlüssel senken wollen auf 1 : 4 fürs erste Lebensjahr: Was werden dort für Kosten verursacht und wie viel zusätzliche Erzieher benötigen wir dann?

(Rainer Albrecht, SPD:  
Und wo sollen die herkommen? –  
Zuruf von Martina Tegtmeier, SPD)

**Christel Weißig**, AfD: Also der Änderungsantrag ist nicht angenommen. Wir haben eine Obergrenze gefordert und nicht eine variable Grenze.

(Egbert Liskow, CDU:  
Bei Obergrenzen seid ihr ja gut.)

Wenn ich sage, vier Erzieher, dann möchte ich vier Erzieher haben und nicht drei Erzieher. Dafür haben wir gefordert, dass es eine absolute Grenze gibt.

(Martina Tegtmeier, SPD: Das wird  
aber schwierig. Wir haben wenig  
Erzieher in Mecklenburg-Vorpommern.)

Das mag sein. Aber man kann das nicht variabel machen, denn dann können Sie machen, was Sie wollen, und dann haben Sie nachher eine Person für zehn Kinder oder Sie haben fünf Personen für zehn Kinder, und so geht das nicht. Wir möchten eine klare Grenze haben, festgesetzt, soundso viele Erzieher für soundso viele Kinder, und das muss verbindlich sein.

(Martina Tegtmeier, SPD: Eine Mutti  
und drei Kinder, das passt doch.)

**Torsten Renz**, CDU: Gestatten Sie eine Nachfrage?

**Vizepräsidentin Beate Schlupp**: Frau Weißig, gestatten Sie eine weitere Frage des Abgeordneten Renz?

**Christel Weißig**, AfD: Ja.

**Torsten Renz**, CDU: Inhaltlich habe ich Ihre Ausführungen verstanden. Mich interessiert die konkrete finanzielle Auswirkung.

**Christel Weißig**, AfD: Warten Sie auf das Haushaltsgesetz, wenn wir darüber sprechen. Wir sind dabei, Ihnen diese Gegenfinanzierung vorzulegen. Nur noch ein bisschen Geduld, ja?!

(Jochen Schulte, SPD: Da muss ich  
mir doch dann das Protokoll sichern.)

**Torsten Renz**, CDU: Danke schön. Ich hätte eine zweite Frage.

**Vizepräsidentin Beate Schlupp**: Nach meiner Zählung ist das jetzt die dritte Frage. Ich frage trotzdem Frau Abgeordnete Weißig, ob sie eine dritte Frage zulässt.

**Christel Weißig**, AfD: Ja, ich versuche es.

**Vizepräsidentin Beate Schlupp**: Bitte schön, Herr Renz.

**Torsten Renz**, CDU: Sehr geehrte Frau Kollegin, Sie differenzieren zwischen dem ersten und dem dritten Lebensjahr, indem Sie einmal sagen, eine Erzieherin soll vier Kinder beziehungsweise ab dem ersten Lebensjahr sechs Kinder betreuen. Könnten Sie vielleicht anhand der Praxis erklären, warum Sie diesen Unterschied machen wollen, wenn jetzt Kinder das erste Lebensjahr erreicht haben, zum Laufen übergehen und so weiter und so fort,

warum dann plötzlich sechs Kinder betreut werden sollen und bei 0 bis 1 nur vier Kinder?

**Christel Weißig**, AfD: Das kann ich Ihnen nicht beantworten. Da muss ich wirklich noch mal auf meine Liste gucken. Aber ich bin dafür, dass grundsätzlich kein Mangel darin bestehen darf, dass die Kinder vollkommen betreut werden. Sie sollten schon ihre Tanten haben, die auf sie aufpassen. Ich kann Ihnen dazu nicht mehr sagen.

**Torsten Renz**, CDU: Danke schön.

**Vizepräsidentin Beate Schlupp**: Das Wort hat jetzt für die Fraktion der CDU die Abgeordnete Frau Friemann-Jennert.

**Maika Friemann-Jennert**, CDU: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Nachdem die Koalitionsfraktionen Anfang April das Änderungsgesetz zum KiföG in den Landtag eingebracht haben, ist eine Menge passiert. Der Struck'sche Grundsatz, kein Gesetz passiert das Plenum so, wie es eingebracht wurde, hat sich auch bei der Änderung des Kindertagesförderungsgesetzes bewahrheitet.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, in der Sitzung des Sozialausschusses am 28. Juni 2017 haben die Fraktionen von CDU und SPD eine Beschlussempfehlung für die heutige Landtagssitzung auf den Weg gebracht, mit der wir, davon bin ich fest überzeugt, zukünftigen Herausforderungen entschlossen entgegenzutreten werden. Unser Koalitionspartner, und das kann ich mir hier leider nicht verkneifen,

(Martina Tegtmeier, SPD:  
Na, Frau Friemann-Jennert!)

hat sich streckenweise und zu meinem Bedauern bei dem vermeintlichen Herzensthema Kita nur mit sich selbst beschäftigt und in vielen Fragen vornehm enthalten.

(Martina Tegtmeier, SPD:  
So kann man das nicht sagen. –  
Torsten Koplín, DIE LINKE:  
Hört, hört!)

Dennoch kann sich das Ergebnis unserer Arbeit sehr gut sehen lassen.

(Ministerin Stefanie Drese:  
Und nur darauf kommt es an.)

Es genügt nicht, nur von vermeintlicher Gerechtigkeit, guten Löhnen und einem für junge Menschen attraktiven Ausbildungsmarkt insbesondere bei sozialen Berufen zu reden, man muss sich auch inhaltlich an Gesetzgebungsverfahren beteiligen. Meine Fraktion hat sich maßgeblich an der Verbesserung der Gesetzesänderung beteiligt, daran mitgewirkt, wodurch wir heute einen praxistauglicheren, bedarfsgerechteren und zukunftsorientierten Entwurf auf den Weg bringen können. Wir sind mit den Änderungen in vielen Punkten auf die berechtigten Forderungen der Verbände, Gewerkschaften und Eltern eingegangen, und das ist auch gut so.

(Vizepräsidentin Dr. Mignon Schwenke  
übernimmt den Vorsitz.)

Sie alle wissen, dass wir dringend handeln müssen, um den drohenden Fachkräfteverlust – übrigens nicht nur im frühkindlichen Bereich – in den Kindertagesstätten zu stoppen. Allein in den nächsten Jahren werden etwa 25 Prozent der aktuell in den Kitas tätigen Fachkräfte in den Ruhestand treten. Parallel dazu besteht vielerorts – gerade in den größeren Städten des Landes – ein hoher Bedarf an Betreuungsplätzen. Noch dazu kommt, dass wir gegenwärtig in Mecklenburg-Vorpommern einen Geburtenanstieg verzeichnen, wodurch sich der Handlungsdruck zukünftig noch einmal verschärfen wird. Das neue Statistische Jahrbuch unterlegt diesen Trend. Die Anzahl der Neugeborenen hat sich im Jahr 2015 weiter erhöht und liegt bei knapp 13.300. Auch dadurch erwächst ein zukünftig steigender Bedarf an einer qualitativ hochwertigen Kinderbetreuung in den Kommunen des Landes.

Umso wichtiger erscheint es, dass wir mit der Gesetzesänderung die Weichen für die Zukunft stellen und wieder mehr Menschen für diesen spannenden und gesellschaftlich bedeutsamen Beruf mit einer attraktiven und erstmals vergüteten dreijährigen Ausbildung begeistern. Neben der klassischen Erzieherausbildung etablieren wir mit dem vorliegenden Gesetzentwurf eine spezialisierte dreijährige Ausbildung mit dem Abschluss der/des Staatlich anerkannten Erzieherin und Erziehers für 0- bis 10-Jährige, bei der es sich mitnichten um eine „Erzieherausbildung light“ handelt, wie so gern aus den Reihen der Opposition behauptet wird. Das Gegenteil ist richtig. Die neue praxisintegrierte und zielgerichtete Ausbildung ist gerade für all diejenigen von Vorteil, die sich explizit für eine Tätigkeit mit der Altersgruppe der 0- bis 10-Jährigen interessieren.

Gleichzeitig haben wir den Bedarf im Bereich der Hilfen zur Erziehung, also für eine Tätigkeit mit den Altersklassen zwischen 11 und 27 Jahren, sehr wohl erkannt. Für mich war daher zentral in den Verhandlungen mit dem Koalitionspartner, dass wir trotz der mit der Novellierung verbundenen Deckelung für die Altersgruppen der 0- bis 10-Jährigen eine anschließende Durchlässigkeit ermöglichen. Auf unsere Initiative hin wird es demnach eine Weiterqualifikation zum Staatlich anerkannten Erzieher, zur Staatlich anerkannten Erzieherin für den Bereich der 11- bis 27-Jährigen geben. Hier wird es bis spätestens 2020 – in diesem Jahr ist mit den ersten Absolventen zu rechnen – ein weiterführendes und berufsbegleitendes Modul geben, welches diese Aufstiegsmöglichkeit beinhaltet. Gerade jungen Menschen möchten wir berufliche Entwicklungsmöglichkeiten eröffnen und zugleich dem Fachkräftemangel im HzE-Bereich entgegenwirken.

Gegenstand der Kritik, meine Damen und Herren, am bisherigen Entwurf war zudem die mangelnde Anschlussfähigkeit. Eine bundesweite Anerkennung der neuen Erzieherausbildung ist für uns von Beginn an besonders wichtig gewesen.

(Jacqueline Bernhardt, DIE LINKE: Ist sie da?)

Wir möchten keineswegs eine Insellösung schaffen, weshalb wir die Landesregierung auffordern, sich für eine bundesweite Anerkennung des Abschlusses einzusetzen. Ich bin mir sicher, dass wir mit diesem Vorhaben erfolgreich sein werden, da der Fachkräftemangel kein alleiniges Phänomen Mecklenburg-Vorpommerns darstellt und andere Bundesländer wie Baden-Württemberg und Sachsen-Anhalt ähnliche Vorhaben umsetzen.

Klar ist, wer in Mecklenburg-Vorpommern einen Berufsabschluss erwirbt, muss damit auch in anderen Teilen Deutschlands erfolgreich arbeiten können. Wir möchten allerdings mit den Rahmenbedingungen, die wir heute verbessert schaffen werden, unseren Erzieherstandort in Mecklenburg-Vorpommern stärken und die Fachkräfte in der Region behalten. Das geht nur, wenn faire Löhne gezahlt werden und die Erzieherinnen und Erzieher für diesen anspruchsvollen Beruf angemessen vergütet werden. Im Gegensatz zu den LINKEN – da schau ich mal zu Ihnen, Frau Bernhardt – teile ich die Auffassung, dass es uns mit der neuen Ausbildung und seiner Bezeichnung gelingen wird, für eine vernünftige Entlohnung zu sorgen.

Mit dem Gesetzentwurf wirken wir ausdrücklich darauf hin, dass die Tarifparteien diese Ausbildung zum Staatlich anerkannten Erzieher von 0 bis 10 Jahren als gleichwertig gegenüber der regulären Erzieherausbildung in den Entgeltverhandlungen einstufen. Auch mit Blick auf das vorgesehene Kurrikulum und die Anzahl der Theoriestunden haben wir eine absolute Gleichwertigkeit. Genau genommen ist die Anzahl der theoretischen Stunden für den Bereich 0 bis 10 in der neuen PIA-Ausbildung sogar höher. In der Praxis, in den Kindereinrichtungen leisten beide Fachkräfte – nicht die „Tanten“ –

(Heiterkeit bei Dirk Friedriszik, SPD,  
und Torsten Koplín, DIE LINKE)

die gleiche Arbeit. Diese sollte selbstverständlich auch so vergütet werden.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, weiter von großer Bedeutung war für meine Fraktion ein Nachsteuern bei der Anrechnung der Auszubildenden auf den Fachkräfteschlüssel. Wir haben dafür gesorgt, dass diese deutlich flexibilisiert wird.

(Zuruf von Jacqueline Bernhardt, DIE LINKE)

Geplant ist nunmehr eine Staffelung nach Ausbildungsjahren in den Anteilen 30, 40 und 50 Prozent. Diese Gliederung wird das steigende Qualifikationsniveau der Auszubildenden und den zunehmenden Praxisanteil im Ausbildungsverlauf bei der Fachkraft-Kind-Relation angemessen abbilden.

Uns als CDU war es hierbei wichtig, dass die angehenden Fachkräfte erst Fachkräfte werden und diese Tatsache berücksichtigt wird. Im ersten Ausbildungsjahr darf die Anrechnung auf den Personalpool somit nicht in einem solchen Umfang geschehen, der womöglich die pädagogische Qualität beeinträchtigt. Durch diesen Schritt tragen wir zur Qualitätssicherung bei und verhindern gleichzeitig, dass sich die Elternbeiträge durch die Einführung der neuen Ausbildung erhöhen. Zusätzlich dürfen die angehenden Fachkräfte in den ersten beiden Ausbildungsjahren nicht mit einer eigenverantwortlichen Tätigkeit in einer Gruppe betraut werden.

Eine weitere Forderung, meine Damen und Herren, die wir in den Verhandlungen durchsetzen konnten, betrifft die Honorierung der Mentoren während der Praxisanleitung der Auszubildenden. Wer junge Menschen neben seiner regulären Tätigkeit zusätzlich ausbildet, muss auch etwas davon haben.

(Jacqueline Bernhardt, DIE LINKE: Was denn?)

In dem Paragraphen 11a des KiföG treffen wir eine verbindliche Regelung, nach der die Träger der Kindereinrichtungen verpflichtet sind, den Mentoren eine zeitliche oder finanzielle Abgeltung für ihre Ausbildertätigkeit zu gewährleisten. Dadurch sichern wir die Ausbildungsqualität in den Kindereinrichtungen unseres Landes, die ein elementarer Garant für das Gelingen der neuen Ausbildung ist. Da die Anrechnung der Auszubildenden über den gesamten Zeitraum mit durchschnittlich 40 Prozent auch im neuen Entwurf gewahrt bleibt, ergibt sich hieraus ein finanzieller Spielraum. Dieser Rahmen bildet die finanzielle Grundlage für die Honorierung der angehenden Fachkräfte. Auch stand für mich außer Frage, dass wir bei der Qualitätssicherung im Zuge des erweiterten Fachkräftecatalogs eine Verbesserung erzielen müssen.

Dieser Aspekt wurde sehr zahlreich in Gesprächen mit Verbänden oder Gewerkschaften, Stellungnahmen oder in der Anhörung im Landtag thematisiert. Wir haben nunmehr durchgesetzt, Maßnahmen zur Qualitätssicherung verbindlich im Gesetzentwurf festzuschreiben. Für bestimmte Fachkräfte aus dem erweiterten Fachkräftecatalog, zum Beispiel die viel zitierten Tanz- und Musikpädagogen, Ergo- oder Physiotherapeuten, müssen eine kindheitspädagogische Grundqualifizierung im Umfang von mindestens 250 Stunden sowie ein Praktikum im Umfang von acht Wochen nachgewiesen werden. Diese Fort- und Weiterbildungen müssen vor dem ersten Arbeitstag in einer Kindertageseinrichtung nachgewiesen werden.

Dieser Aspekt stellt nochmals heraus, wie fachlich höchst bedeutsam es ist, das hohe Niveau der pädagogischen Qualifizierung unserer Kindertageseinrichtungen mit einem erweiterten Fachkräftecatalog zu sichern. Von einem Qualitätsabbau im Zusammenhang mit dem neuen KiföG kann also nicht die Rede sein. Im Gegenteil, durch die geschilderte Regelung sichern wir die Qualität und erweitern zugleich den Fachkräftecatalog. Multiprofessionelle Teams erweitern die Fachlichkeit, die Professionalität, unterstützen die vielfältigen Konzepte der Einrichtungen und leisten zudem einen Beitrag zu den vielschichtigen Anforderungen an den heutigen Erzieherberuf.

Einen Hinweis möchte ich an dieser Stelle außerdem geben: Warten Sie doch erst einmal unvoreingenommen den Verlauf der Ausbildung ab, bevor Sie wieder das Haar in der Suppe suchen!

(Heiterkeit bei Jacqueline Bernhardt, DIE LINKE:  
So viele Haare kann ich gar nicht finden.)

Wir selbst haben in der Koalition in den Entschließungsantrag aufgenommen, eine Evaluierung durchzuführen. Erst danach wird sich feststellen lassen, in welchen Bereichen weiterhin Änderungsbedarf besteht.

Die Teilnahme an der neuen Erzieherausbildung ist nach wie vor freiwillig. Niemand wird zu seinem Glück gezwungen. Die Stadt Ludwigslust beispielsweise wird das tun.

Mit Befremden habe ich aber zur Kenntnis genommen, wie Schwerins Oberbürgermeister den größten örtlichen Kitaträger – die Kita gGmbH – verpflichtet hat, die neue Ausbildung in den Einrichtungen anzubieten.

(Simone Oldenburg, DIE LINKE:  
Pistole auf die Brust gesetzt. –  
Zurufe von Thomas Krüger, SPD,  
und Torsten Renz, CDU)

Abgesehen davon bin ich fest davon überzeugt, dass der neu eingeschlagene Bildungsweg mit einer vergüteten und dualen Orientierung einen erfolgreichen Beitrag zur Fachkräftesituation in diesem Land leisten wird, weshalb ich jeden einzelnen, jeden potenziellen Träger ermutigen möchte, eine Teilnahme zu ermöglichen.

(Thomas Krüger, SPD: Das hat  
der Oberbürgermeister auch getan!)

Die Anmeldezahlen sind vielversprechend, derzeit über 80, ich habe jetzt gehört, schon 100. Mit den Änderungen am Gesetzentwurf, zu denen ich um Ihre Zustimmung bitten möchte, sind wir nach meiner Ansicht sehr gut aufgestellt. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall vonseiten der Fraktion der CDU  
und Christian Brade, SPD)

**Vizepräsidentin Dr. Mignon Schwenke:** Danke, Frau Abgeordnete.

Das Wort hat Herr Brade für die Fraktion der SPD.

(Torsten Renz, CDU: Das kann doch  
nicht sein, jetzt muss erst Links kommen.)

Entschuldigung, Herr Brade.

(Torsten Renz, CDU: Bitte erst die Opposition! –  
Heiterkeit vonseiten der Fraktionen der SPD, CDU  
und Jacqueline Bernhardt, DIE LINKE –  
Zuruf von Jacqueline Bernhardt, DIE LINKE)

Ich habe Frau Bernhardt übersehen. Sie steht auch auf der Liste. Das kann ich überhaupt nicht wiedergutmachen.

(Torsten Renz, CDU: Doch! –  
Simone Oldenburg, DIE LINKE: Heute  
Abend beim Sommerfest, Frau Präsidentin! –  
Heiterkeit bei Thomas Krüger, SPD: Genau. –  
Zuruf von Torsten Renz, CDU)

Ich weiß, aber Frau Bernhardt hat trotzdem das Wort jetzt.

**Jacqueline Bernhardt, DIE LINKE:** Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren!

Frau Friemann-Jennert, wir suchen nicht das Haar in der Suppe. Da ist eine ganze Perücke drin, die brauchen wir nicht groß zu suchen.

(Heiterkeit vonseiten der Fraktionen  
der SPD, AfD und CDU –  
Zuruf von Torsten Renz, CDU)

Aber ich möchte gern mit einem Zitat beginnen: „Die Qualität öffentlich verantworteter Bildung, Erziehung und Betreuung bestimmt wesentlich die Zukunft Deutschlands.“ So beginnt das gemeinsame Communiqué von Bund, Ländern und Kommunen zur Verbesserung der Qualität in den Kitas aus dem Jahr 2014, was sowohl die

damalige Bundesfamilienministerin und heutige Ministerpräsidentin Frau Schwesig als auch die damalige Sozialministerin Mecklenburg-Vorpommerns verabschiedet haben. Es geht um Qualitätsverbesserungen im Kitabereich, die auch in Mecklenburg-Vorpommern dringend notwendig wären, auch wenn heute versucht wurde, uns etwas anderes weiszumachen. Bundesweit haben wir mit die schlechteste Fachkraft-Kind-Relation, eine Senkung 2013 im Kindergartenbereich von 1 : 16 auf 1 : 15, auf der sich heute noch ausgeruht wird.

(Torsten Renz, CDU:  
Auf 1 : 18 sind wir gekommen  
zu Beginn der Legislaturperiode.)

Kaum Zeit der Erzieherinnen und Erzieher für Vor- und Nachbereitung, Fachkräftemangel, hohe Teilzeitbeschäftigung in den Kitas – das ist die Situation in den Kitas in Mecklenburg-Vorpommern,

(Manfred Dachner, SPD:  
Ja, Sie können maßlos übertreiben.  
Das konnten Sie schon immer gut.)

der Erzieherinnen und Erzieher tagtäglich ausgesetzt sind, die wirklich mit Herz alles geben, um dem Bildungsauftrag in den Kindertagesstätten gerecht zu werden.

(Heiterkeit bei Torsten Renz, CDU:  
Jetzt reden Sie das Land aber schlecht.)

Doch anstatt diese Rahmenbedingungen zu verbessern, so, wie man in dem Communiqué von 2014 richtigerweise erkannt hat, liegt uns ein Gesetzentwurf vor, der einen Qualitätsabbau schafft, die Menschen vor Ort noch weiter belasten und die Zukunft Deutschlands nicht zum Besseren wenden wird.

(Heiterkeit bei Torsten Renz, CDU:  
Die Zukunft Deutschlands?!)

Sie brauchen sich nicht als die vermeintlichen Retter im Kampf gegen den Fachkräftemangel im Bereich der Kitas aufzuspielen, wertere Koalitionsfraktionen. Erst das Kind sehenden Auges in den Brunnen fallen lassen, um es dann mit deutlichen Blessuren wieder herauszuholen, ist keine Heldentat, meine sehr geehrten Damen und Herren von SPD und CDU.

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE –  
Torsten Renz, CDU: Sondern?)

Der Fachkraftmangel ist längst da. Beim Kommunalen Sozialverband wurden allein in den letzten Monaten dieses Jahres 155 Ausnahmegenehmigungen erteilt,

(Thomas Krüger, SPD:  
Deswegen reagieren wir.)

um auch geringer qualifizierte Fachkräfte oder Seiteneinsteiger als pädagogische Fachkräfte beschäftigen zu dürfen.

(Zuruf von Manfred Dachner, SPD)

Bis zum Ende dieses Jahres wird mit einer Verdopplung dieser Anzahl zu rechnen sein. Im Jahr 2016 waren es noch 239 Anträge und 107 Bewilligungen. Die Ausnah-

meersuchen nehmen von Jahr zu Jahr zu. Das ist ein deutlicher Indikator für die Situation vor Ort. Das verdeutlicht, dass immer mehr vakante Stellen nicht mehr mit pädagogischem Fachpersonal besetzt werden können. Das ist eine Entwicklung, die seit 2011 absehbar war.

Wie haben Sie auf unsere Anträge zur Überarbeitung der Ausbildungsplatzplanung reagiert?

- unser Antrag vom 09.09.2015 „Ausbildungsplatzplanung für Erzieherinnen und Erzieher in Mecklenburg-Vorpommern an aktuelle Entwicklungen anpassen“ – abgelehnt durch SPD und CDU

(Torsten Renz, CDU: 2011!)

- unseren Antrag vom 15.01.2014 „Fortschreibung der Ausbildungsplatzplanung für Erzieherinnen und Erzieher in Mecklenburg-Vorpommern unverzüglich vorlegen“ – abgelehnt durch SPD und CDU

(Heiterkeit bei Torsten Renz, CDU:  
Zeigen Sie nicht so in unsere Richtung!)

- unser Antrag „Fachkräftemangel bei den Kita-Erzieherinnen/Erziehern entgegenwirken“ vom 29.02.2012 – abgelehnt durch SPD und CDU

(Zuruf von Maika Friemann-Jennert, CDU)

Mut und Entschlossenheit, Frau Drese, hätten Sie seit 2011 zeigen können.

(Torsten Renz, CDU: Da war sie  
gar nicht Ministerin! Nun lassen  
Sie doch mal Frau Drese in Ruhe!)

Was Sie heute vorlegen, ist einfach nur ein halbgewalktes Gesetz.

(Beifall Simone Oldenburg, DIE LINKE)

Hätten Sie die ganzen Jahre über nicht die Augen verschlossen, dann würden wir jetzt gar nicht vor diesem massiven Problem des Fachkräftemangels stehen,

(Heiterkeit vonseiten der Fraktion der SPD –  
Zuruf von Tilo Gundlack, SPD)

besser noch, Sie hätten rechtzeitig nachsteuern können und die Fachkräfte würden in der erforderlichen Anzahl jetzt aus den Ausbildungsgängen kommen und in den Kitas des Landes eingesetzt werden können.

(Thomas Krüger, SPD:  
Sie müssen doch zugestehen,  
dass wir jetzt gut regieren!)

Das Schlimmste ist, noch immer liegt keine angepasste Ausbildungsplatzplanung vor, zu der die Landesregierung nach dem Kindertagesförderungsgesetz verpflichtet ist. Die aus dem Jahr 2014 sagt, es ist alles gut, wir haben genug Fachkräfte. Wir wissen gar nicht, wie viele Fachkräfte überhaupt fehlen, und bilden einfach mal aus,

(Zurufe von Manfred Dachner, SPD,  
und Torsten Renz, CDU)

einfach so ins Blaue hinein.

(Thomas Krüger, SPD:  
Deshalb machen die Träger das ja selbst. –  
Zuruf von Torsten Renz, CDU)

Das nenne ich „keine strategische Ausrichtung“. Das nenne ich „keine Sicherung der Fachkräfte in den Kitas in Mecklenburg-Vorpommern“.

Die Neuregelungen tun rein gar nichts für die Fachkräftegewinnung im Bereich der Kinder- und Jugendhilfe. Da bin ich froh, Frau Friemann-Jennert, dass Sie das anerkennen als CDU. Von der SPD werde ich so was bestimmt noch nicht erwarten können,

(Torsten Renz, CDU:  
Herr Brade kommt noch!)

weil Sie mit dem neuen Ausbildungsgang auch nur die 0- bis 10-jährigen Kinder im Blick haben. Das ist kurz-sichtig und reißt aus unserer Sicht gleich ein neues Loch im Bereich der Hilfen zur Erziehung. Dort rollt die nächste Welle des Fachkräftemangels auf uns zu. Und was machen wir da? Senken wir dann auch wieder die Qualitäten ab? Statt verantwortungsvoll zu handeln und dies zu erforschen, präsentieren Sie uns kurz vor Toresschluss so einen halbgewalkten Gesetzentwurf, wie wir ihn vorliegen haben.

Und da, Herr Kokert,

(Torsten Renz, CDU: Herr Kokert?)

fragen wir uns erneut, was uns das, was Sie forderten, vor Ort bringt.

Als ich vor einer Kita in meinem Wahlkreis wegen des Fachkräftemangels angesprochen wurde, weil dort die Notbetreuung über die Weihnachtszeit nicht mehr gewährleistet werden konnte,

(Zuruf von Christian Brade, SPD)

sagte der Träger, das ist der schlechteste Gesetzesentwurf, den er jemals gesehen hat.

(Zuruf von Rainer Albrecht, SPD)

Richtig so.

(Rainer Albrecht, SPD:  
Jeder Träger sagt was anderes.)

Weder Träger noch Landkreise wissen, wie sie den Gesetzentwurf überhaupt umsetzen sollen.

(Zuruf von Manfred Dachner, SPD)

Nur ein Beispiel: Eine Auszubildende/ein Auszubildender bei PIA wird im 1. Lehrjahr zu 30 Prozent dem Personalschlüssel angerechnet. Der Auszubildende ist aber wegen der dualen Ausbildung nicht stets und ständig in der Kita, sondern befindet sich auch in der Berufsschule.

(Torsten Renz, CDU: Deswegen 30 Prozent.)

Wie bitte schön soll denn ein Träger in dieser Zeit den Fachkraft-Kind-Schlüssel absichern? Keine Antworten, wahrscheinlich überhaupt nicht. Alles offene Fragen.

(Thomas Krüger, SPD:  
Na dann wird ja kein Träger das  
Gesetz zur Anwendung bringen.)

Vor allem die Aufweichung des Fachkräftegebots lässt meine Fraktion nun zu dem Schluss kommen, dass wir diesen Gesetzentwurf ablehnen. Es ist unverantwortlich, ein solch unausgegorenes Gesetz, bei dem so viele Fragen offenbleiben, auf den Weg zu bringen.

(Torsten Renz, CDU: Sie haben  
sich im Ausschuss enthalten.)

Ich gehe auf beide Dinge noch mal näher ein.

Mit dem vorliegenden Gesetzentwurf, so meinen wir, wird das Fachkräftegebot aufgeweicht. In den vergangenen Jahren haben Sie von SPD und CDU bei den Rahmenbedingungen in den Kitas sich hier vorne hingestellt und waren stolz darauf, dass wir solch ein Fachkräftegebot in Mecklenburg-Vorpommern haben. Es wurde immer hochgehalten als ein Garant für die Qualität in unseren Kitas. Richtig so, aus unserer Sicht. Heute machen wir es den anderen Bundesländern nach und weichen das Fachkräftegebot auf? Diese 180-Grad-Wendung müssen Sie uns mal erklären, warum jetzt nicht nur 16-jährige Auszubildende im ersten Ausbildungsjahr auf den Fachkraft-Kind-Schlüssel angerechnet werden sollen,

(Christian Brade, SPD: Da haben  
wir gar keinen Klärungsbedarf.  
Das ist doch alles klar.)

sondern auch nicht pädagogische Berufe zum Einsatz kommen sollen. Physiotherapeuten, Logopäden, Hebammen sollen zukünftig als pädagogische Fachkräfte eingesetzt werden. Das sind aber keine Pädagogen.

(Rainer Albrecht, SPD: Nach zusätzlicher  
Qualifikation! Mal lesen! Zu Ende lesen!)

Da helfen auch eine Grundqualifizierung von mindestens 250 Stunden – das sind sechs Wochen bei einer Vollzeitqualifizierungsmaßnahme – und ein Praktikum von acht Wochen nicht. Auch hier sind wir völlig im Dunkeln darüber, wie, wo und in welchem Zeitraum überhaupt die Grundqualifizierung dieser Nichtfachkräfte erfolgen soll und wer sie bezahlt. Ich frage mich, ob Schabernack die Ausbildungsstätte des Landes sein soll, die Sie seit Jahren finanziell im Stich lassen.

Noch eine zweite Frage, die Sie mir gerne mal beantworten können: Wieso soll ein gut bezahlter Ergotherapeut ein schlecht bezahlter Erzieher werden?

(Torsten Renz, CDU:  
Das macht alles Herr Brade.)

Alles Fragen, die offen sind und die niemand erklären kann.

(Torsten Renz, CDU:  
Das beantwortet alles Herr Brade.)

Das alles ersetzt aus unserer Sicht bei Weitem nicht die pädagogische Ausbildung.

(Thomas Krüger, SPD: Dann wird ja niemand  
das Gesetz zur Anwendung bringen.)

Ich habe manchmal den Eindruck, dass es Ihnen nicht mehr darum geht, Kitas als Bildungseinrichtungen zu begreifen. Warum sonst tauchen Kitas in Ihrem Koalitionsvertrag nicht im Bereich der Bildung auf, sondern unter dem Kapitel „Arbeit und Soziales“? Kein Wunder, dass Sie dann auch die Zahl der Pädagogen in den Einrichtungen senken.

Was Sie mit dem Gesetzentwurf einleiten, ist eine vorsätzliche Verschlechterung der Qualität in unseren Kitas, denn die Probleme der Kinder werden komplexer. Immer mehr bringen von zu Hause einen vollgepackten Rucksack an Problemen mit.

(Zuruf von Rainer Albrecht, SPD)

Damit umzugehen, erfordert eine gute pädagogische Ausbildung.

(Zuruf von Tilo Gundlack, SPD)

Und was machen Sie? Sie schicken 16-Jährige, selbst noch nicht fertig in ihrer Entwicklung, um Kinder zu betreuen, und 18-Jährige im dritten Lehrjahr,

(Zuruf von Dietmar Eifler, CDU)

die dann bereits alleine und eigenverantwortlich Kitagruppen betreuen sollen wie eine vollwertige Fachkraft.

(Heiterkeit bei Torsten Renz, CDU:  
Aber das Wahlrecht wollen wir am besten schon mit 15 oder 14 einführen, ne?!)

Sie schaden nicht nur den Kindern in den Kitas, sondern Sie lassen auch noch die Auszubildenden im Stich.

Unser zweiter Kritikpunkt: Sie führen halbgewalkt einen neuen Ausbildungsgang ein, schaffen so Erzieher erster, zweiter und dritter Klasse und lassen die Auszubildenden während der praxisintegrierten Ausbildung, PIA, allein. Denn anstatt, wie es in der Pflege gang und gäbe ist, diesen Auszubildenden Mentoren für mindestens zwei Stunden pro Woche zur Seite zu stellen, so, wie man das auch feststellen könnte, lässt der Gesetzentwurf völlig offen, mit welchen Zeitanteilen diese Mentoren wie ausgebildet werden sollen, denn auch nicht jeder kann einfach mal so aus dem Bauch heraus Auszubildende betreuen. Erzieherinnen und Erzieher sollen neben ihrer sowieso schon knappen Zeit für mittelbare und unmittelbare Arbeit am Kind auch noch Auszubildende als Regelaufgabe betreuen. Das sieht doch jeder halbwegs Denkende, dass diese Rechnung nicht aufgehen wird.

(Rainer Albrecht, SPD:  
Funktioniert aber in anderen dualen Ausbildungssystemen super.)

Erst in einer Evaluierung, also dann, wenn die Ausbildung bereits eine Weile gelaufen ist, soll die Ausstattung und die Qualifizierung der Mentoren geklärt werden. Ich frage mich: Ja, sind denn die Fachkräfte die Versuchskaninchen, die Sie losschicken, Ihr krudes Gesetz umzusetzen, und die am Ende alles ausbaden müssen? Sie locken junge Menschen in eine Ausbildung, indem Sie hier ein Ausbildungsentgelt zahlen, lassen sie in der Ausbildung alleine und dann ist noch nicht einmal klar – und auch das konnten Sie uns im Ausschuss nicht beantworten und zusichern –, wie viel der Beruf am Ende

wert sein wird und wie er bezahlt wird, wie sie die notwendige Weiterbildung für den Bereich der 0- bis 27-Jährigen bewerkstelligen und finanzieren sollen, und ohne Gewissheit zu haben, dass ihr Abschluss einmal bundesweit anerkannt wird, denn das wollen Sie ja erst alles noch klären.

Eins müssen Sie mir mal erklären: Wieso wichen Sie, meine Damen und Herren von SPD und CDU, von dem Vorreitermodell in Baden-Württemberg ab? Denn anders als bei dem Vorreiter in Baden-Württemberg können die Auszubildenden in Mecklenburg-Vorpommern nicht ihren bundesweit anerkannten Staatlich anerkannten Erzieher erwerben,

(Thomas Krüger, SPD: Ach was!)

sondern lediglich den Staatlich anerkannten Erzieher für 0- bis 10-Jährige, im ursprünglichen Gesetzentwurf noch, und damit viel treffender, Staatlich geprüfte Fachkraft für Kindertageseinrichtungen.

Wenn Sie die Ausbildung zur/zum Staatlich anerkannten Erzieherin und Erzieher attraktiver machen wollen, wieso führen Sie dann nicht für alle die Ausbildungsvergütung ein? Wieso machen Sie nicht diese Ausbildung kostenfrei von Schulgeld? Nein, Sie schaffen Insellösungen, erstens in der Hinsicht, dass es nur für die neue Ausbildung ein Entgelt gibt und Sie damit selbst die Zweiklassenauszubildenden schaffen. Und zweitens sind die so ausgebildeten jungen Leute noch nicht einmal mobil, weil sie mit dieser Insellösung an Ausbildungsgang nur in Mecklenburg-Vorpommern arbeiten können, weil die bundesweite Anerkennung noch immer fehlt.

(Rainer Albrecht, SPD: Warten wir mal ab!)

Das alles ist weder im Sinn einer guten Qualität in den Kitas noch für unsere Kinder und für die jungen Menschen, die den neuen Ausbildungsgang wählen.

Und wenn die jungen Menschen diese Ausbildung geschafft haben, wie geht es dann weiter? Alles weiterhin offene Fragen: Wie ist die Ausgestaltung, wie sind die Kosten, die Dauer und die Zugangsmöglichkeiten zu der angestrebten berufsbegleitenden Weiterqualifizierung der PIA-Auszubildenden zu Staatlich anerkannten Erzieherinnen und Erziehern für 0- bis 27-Jährige?

(Zuruf von Rainer Albrecht, SPD)

Das sind Fragen, die Sie nicht beantworten konnten im Sozialausschuss. Rechtsverbindliche Regelungen hierzu sollen erst zum 1. September 2020 erarbeitet werden. Das bedeutet, alle Auszubildenden, die in diesem und den nächsten Jahren ihre praxisintegrierte Ausbildung, kurz PIA, beginnen, wissen nicht, ob sie tatsächlich eine Perspektive als Erzieherin oder Erzieher für 0- bis 27-Jährige haben. Das nenne ich ein blindes Vorgehen. Aus all den Gründen kann meine Fraktion den Gesetzentwurf nur ablehnen.

Sehr geehrte Damen und Herren, wie unkoordiniert die Gesetzesnovellierung an sich ist,

(Torsten Renz, CDU: Nö, das stimmt nicht.)

zeigte sich in Ihrer parlamentarischen Arbeit, sehr geehrte Damen und Herren von der SPD und CDU.

(Torsten Renz, CDU: Nein, das weise ich zurück! Haben Sie Zahlen von Anhörungen gehabt? Ja. Haben Sie im Ausschuss beraten? Ja.)

Einen Monat nach der Anhörung im Sozialausschuss trifft sich die SPD-Fraktion mit den Gewerkschaften und trifft Verabredungen. Das bekommt der Koalitionspartner CDU über die Presse mit und bricht die Änderungen ab.

(Torsten Renz, CDU: Das hat aber mit dem parlamentarischen Verfahren nichts zu tun.)

Immerhin haben Sie es dann noch geschafft, sich zusammen an einen Tisch zu setzen, um für minimale Änderungen zu sorgen.

(Zuruf von Maika Friemann-Jennert, CDU)

Das alles hätte im Sozialausschuss besprochen werden können.

(Torsten Renz, CDU: Parlamentarisches Verfahren – alles gut!)

Das würde einem geordneten parlamentarischen Verfahren entsprechen, wie auch der Antrag zur Zulassung der PIA-Ausbildung an Schulen in freier Trägerschaft dort hätte mit besprochen werden müssen.

(Jochen Schulte, SPD: Das, was wir mit unserem Koalitionspartner intern machen, das geht Sie gar nichts an! – Zuruf von Torsten Renz, CDU)

Dafür muss das Schulgesetz geändert werden. Es gab hinter verschlossenen Türen wohl so manche Unstimmigkeit, wenn nicht sogar Streit ums KiföG. Sie hätten das fünfte Änderungsgesetz auch als Mantelgesetz formulieren können und es von vornherein gut durchdenken können, dann wäre dieses häppchenweise Vorgehen nicht nötig. Ich kann nur sagen, es ist wirklich stümperhaft, übereilt und hektisch, und deshalb lehnen wir das ab.

(Torsten Renz, CDU: Oha!)

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE – Rainer Albrecht, SPD: Das war sehr schwach.)

**Vizepräsidentin Dr. Mignon Schwenke:** Danke, Frau Abgeordnete.

Jetzt erhält aber das Wort Herr Brade für die Fraktion der SPD.

**Christian Brade,** SPD: Sehr geehrte Frau Landtagspräsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren Landtagsabgeordnete! Wer Kinder auf dem Weg des Großwerdens begleiten möchte, braucht das Herz am rechten Fleck.

(Zuruf von Thomas Krüger, SPD)

Uneingeschränkte Empathie, Berufsfreude und besondere, auch altersspezifische Fähigkeiten sind notwen-

dig, um vom Krippenalter über den Kindergarten bis in die Schulzeit ganz wesentliche Grundlagen zu legen, damit sich jedes Kind im Rahmen seiner individuellen Fähigkeiten optimal entwickeln kann.

In den Kindereinrichtungen unseres Landes arbeiten großartige Erzieherinnen und zunehmend auch Erzieher nach verschiedensten konzeptionellen Ansätzen. Sie leisten einen herausragenden Beitrag für mehr Chancengleichheit und Bildungsgerechtigkeit für alle Kinder. Davon konnte ich mich bei etlichen Vor-Ort-Besuchen in den vergangenen Wochen abermals überzeugen. Allerdings werden in den nächsten Jahren mehr als ein Viertel ausgesprochen erfahrene Erzieherinnen und Erzieher in den wohlverdienten Ruhestand gehen. Der Bedarf an gut qualifiziertem Fachpersonal wächst von Tag zu Tag. Schon jetzt führt der Bedarf an Fachkräften mancherorts zu Engpässen, die ohne eine Veränderung der Ausbildungssituation absehbar zu KITASchließungen führen würden. Das müssen wir mit einer Entscheidung zur Modernisierung der Erzieherausbildung hier und heute verhindern. Wir setzen damit ein Zeichen für ganz Deutschland,

(Thomas Krüger, SPD: Sehr richtig!)

denn ich bin überzeugt, dass sich unser Ausbildungsmodell auch in anderen Bundesländern etablieren wird.

Wir sehen uns in der Pflicht, einerseits attraktive Angebote zu unterbreiten, die es jungen Menschen leicht machen, sich für eine zeitgemäße Ausbildung in unserem Land zu entscheiden, um sich hier eine berufliche Perspektive aufzubauen. Andererseits bedarf es aus meiner Sicht einer Spezifizierung, um die hochwertige Betreuung, Erziehung und Bildung der Mädchen und Jungen in verschiedenen Altersgruppen auch in Zukunft zu sichern und die erreichten Verbesserungen in den Qualitätsstandards weiterhin zu gewährleisten.

Sie werden mir zustimmen, dass es schon eine andere Aufgabe ist, Krippenkinder zu betreuen, als Heranwachsende in der Pubertät oder gar junge Erwachsene zu begleiten. Mit dem neuen Ausbildungsgang setzen wir bewusst einen Schwerpunkt in der frühkindlichen Bildung. Zusätzliche weiterführende Qualifikationen stehen zur Verfügung, um in allen Altersgruppen anerkannt im Erzieherberuf tätig zu sein oder aber als Quereinsteiger aus vielen anderen Berufen kommend die Arbeit in den Kindereinrichtungen zu bereichern. Sie können die kindheitspädagogische Grundqualifizierung berufsbegleitend erwerben, um ebenfalls als anerkannte Fachkraft zu arbeiten. Damit schaffen wir eine wesentliche Grundlage für Gleichbehandlung und Anerkennung aller, die in den Kindereinrichtungen tätig sind.

Der vorgelegte Entwurf eines Fünften Gesetzes zur Änderung des Kindertagesförderungsgesetzes ist nach ausführlicher Diskussion in verschiedenen Gremien mit Praxispartnern, Gewerkschaften und nicht zuletzt mit dem Koalitionspartner ein sehr gutes Signal gleichermaßen an ausbildungsbereite Jugendliche wie auch an Menschen, die eine Familie gründen wollen, denn erfreulicherweise verzeichnen wir gleichzeitig eine steigende Geburtenrate. Mecklenburg-Vorpommern zeigt sich kinderfreundlich.

(Zuruf von Tilo Gundlack, SPD)

Eine Vielzahl von Maßnahmen haben dazu beigetragen, dass sich unser Land nicht nur als Land zum Leben und zum Arbeiten, sondern auch als liebenswerte Heimat für Familien entwickelt hat. Mit dem vorliegenden Gesetz sorgen wir dafür, dass sowohl Vereinbarkeit von Familie und Beruf als auch die Betreuungsqualität in den Kindertageseinrichtungen weiterhin auf hohem Niveau sichergestellt werden.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD –  
Thomas Krüger, SPD: Genau. –  
Zuruf von Torsten Renz, CDU)

Dazu haben SPD und Union in den Ausschussberatungen wesentliche Änderungen am ursprünglichen Gesetzentwurf vorgenommen:

Erstens. Die neue Ausbildung endet mit der Berufsbezeichnung „Staatlich anerkannte Erzieherin“ beziehungsweise „Erzieher für 0- bis 10-Jährige“. Das soll auch in Zukunft das Tarifgefüge in den Kitas sicherstellen und die Verhandlungsposition der Kitaträger gegenüber den Kommunen stärken.

Zweitens. Die Anrechnung der Auszubildenden auf die Fachkraft-Kind-Relation erfolgt nunmehr gestaffelt. Im ersten Jahr kann ein Auszubildender mit 30 Prozent, im zweiten Jahr mit 40 Prozent und im dritten Jahr mit 50 Prozent angerechnet werden. Damit wird der Forderung nach der Berücksichtigung des Qualifikationsniveaus in den einzelnen Ausbildungsjahren Rechnung getragen.

Drittens. Fachkräfte, die über keine kindheitspädagogische Grundqualifikation verfügen, müssen eine Einstiegsqualifikation von 250 Stunden sowie ein achtwöchiges Praktikum nachweisen. Zudem dürfen sie erst nach zwei Jahren eine Gruppe eigenständig leiten. Damit soll der hohe Qualitätsstandard in den Kitas erhalten bleiben.

SPD und Union haben sich darüber hinaus dazu verständigt, dass

1. der neue Ausbildungsgang deutschlandweit anerkannt werden soll,
- (Jacqueline Bernhardt, DIE LINKE:  
Na wenn Sie das sagen!)
2. eine Zusatzqualifikation zur/zum Staatlich anerkannten Erzieherin und Erzieher für 0- bis 27-Jährige ermöglicht wird,
  3. begleitend eine Evaluation stattfindet sowie
  4. wir die Tarifparteien auffordern, die Beschäftigungsbedingungen so zu vereinbaren, dass der neue Ausbildungsgang in der Kita mit dem bisherigen gleichgestellt ist. Dabei geht es natürlich um gute tarifliche Löhne, wie zum Beispiel im öffentlichen Dienst.

(Beifall Tilo Gundlack, SPD –  
Thomas Krüger, SPD:  
Richtig, sehr richtig!)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, Sie sehen, damit liegt Ihnen ein Gesetzespaket vor, das sowohl einen attraktiven Ausbildungsgang als auch eine gute

frühkindliche Betreuung der Kinder in unserem Land sichert.

Ich möchte jetzt aber die Gelegenheit nutzen, Ihren Blick auf die wertvolle Tätigkeit zu lenken, die in diesem Bereich geleistet wird. Erzieherinnen und Erzieher arbeiten mit Menschen,

(Torsten Renz, CDU: Sehr richtig!)

mit ganz kleinen und größer werdenden.

(Tilo Gundlack, SPD: Gut erkannt! –  
Torsten Renz, CDU: Noch richtiger!)

Sie tragen maßgeblich dazu bei, dass Wissensvermittlung mit individueller Förderung verbunden ist,

(Torsten Renz, CDU: Auch das stimmt.)

Kinder ihren Platz in der Gemeinschaft finden und so, wie wir uns das alle wünschen, mit viel Spaß und Freude in Geborgenheit und notwendiger Zuwendung aufwachsen. Sie stehen für Werte, die von Anfang an auch wertgeschätzt werden sollen und müssen. Das fängt bei einer attraktiven Ausbildung an, die wir im neuen Ausbildungsgang zur/zum Staatlich anerkannten Erzieherin und Erzieher für 0- bis 10-Jährige sehen. Sie folgt der dualen Ausbildung mit einer angemessenen Vergütung und nennenswerten Praxisanteilen, die in anderen Branchen, in der Industrie und im Handwerk Deutschland zum Spitzenreiter in beruflicher Qualifikation macht.

Hand aufs Herz: Es ist für Jugendliche attraktiv, sich berufliches Know-how in einer praxisintegrierten Ausbildung anzueignen. Mit erfahrenen Mentorinnen und Mentoren an der Seite wachsen die Auszubildenden in den beruflichen Alltag hinein. Sie erfahren Anforderungen ihres Jobs hautnah, können Erlerntes unmittelbar anwenden und Stück für Stück Verantwortung übernehmen. Träger profitieren von einer frühen Integration der künftigen Fachkräfte in die tägliche Arbeit, einer engen Bindung sowie neuen Impulsen, die durch die Ausbildungsinhalte in die Einrichtungen getragen werden.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, die Anträge der Opposition lehnen wir ab, da diese weit an der Lebenswirklichkeit vorbeigehen

(Peter Ritter, DIE LINKE: Aha!)

und eher Vorwände als Einwände sind.

(Thomas de Jesus Fernandes, AfD:  
Was ist das denn für ein Käse?)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, setzen Sie gemeinsam mit uns ein Zeichen für eine zukunftsorientierte Ausbildung, indem Sie der Beschlussempfehlung des Sozialausschusses zustimmen! – Herzlichen Dank.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD)

**Vizepräsidentin Dr. Mignon Schwenke:** Danke, Herr Abgeordneter.

Das Wort erhält Herr Lerche von der Fraktion der AfD.

(Torsten Renz, CDU: Werden jetzt meine Fragen nachträglich beantwortet? – Heiterkeit bei Dr. Matthias Manthei, AfD: Hat er recherchiert! – Torsten Renz, CDU: Ach, jetzt hat er den Zettel gefunden!)

**Dirk Lerche**, AfD: Werte Präsidentin! Werte Kollegen Abgeordnete! Liebe Landsleute! Die AfD-Fraktion wird dem Änderungsantrag der LINKEN zustimmen, aber wir haben ein kleines bisschen zu meckern.

Bauchschmerzen haben wir bei dem Punkt 2e, wo es um eine bessere Entlohnung und die Verbesserung der Arbeitsbedingungen geht. Warum haben Sie da wieder mal unsere Tagesmütter in M-V vergessen, die eine hervorragende Arbeit leisten

(Torsten Renz, CDU: Das klingt so bürgerlich, das mögen die nicht. – Jacqueline Bernhardt, DIE LINKE: Das müssen Sie gerade sagen! – Torsten Renz, CDU: Das klingt so bürgerlich, das mögen die nicht. – Zuruf von Jacqueline Bernhardt, DIE LINKE)

und das Angebot sehr groß ergänzen? Das ist das einzige Kriterium, was ich anmerken möchte, ansonsten stehen wir voll hinter dem Änderungsantrag.

(Torsten Renz, CDU: Und Ihren Antrag ziehen Sie zurück?!)

So, und dann zu Herrn Renz. Internationale Wissenschaftler haben einheitlich festgestellt, dass Kinder bis zur Vollendung des ersten Lebensjahres eine erhöhte Betreuung benötigen.

(Torsten Renz, CDU: Internationale Wissenschaftler ziehen Sie zurate?! Das ist ja interessant.)

Natürlich muss man auch auf die Ausnahmen schauen. Einige Kinder sind etwas langsamer in ihrer Entwicklung

(Zuruf vonseiten der Fraktion der SPD: Ja. – Zuruf von Rainer Albrecht, SPD)

und deswegen kann man nicht genau sagen, ups, der ist jetzt ein Jahr und jetzt braucht er nicht mehr.

(Simone Oldenburg, DIE LINKE: Aber die, die langsamer sind, die wollen Sie ja gar nicht gemeinsam fördern. – Zuruf von Martina Tegtmeier, SPD)

Das muss in der Einrichtung dann ad hoc entschieden werden.

(Unruhe vonseiten der Fraktion der SPD und Simone Oldenburg, DIE LINKE – Torsten Renz, CDU: Wieso? Wenn die ein Jahr sind, wollen Sie doch sechs Kinder nehmen!)

Dann will ich Ihnen noch sagen, selbst das Regime der DDR, was immer die Fachkraft Frau brauchte, hat das erkannt und das bezahlte Babyjahr eingeführt. Das haben die nicht aus Quatsch und Dollerei gemacht.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD – Torsten Renz, CDU: Das hat doch nichts mit dem Betreuungsschlüssel zu tun. Das war in der DDR auch 1 : 6. Haben Sie das nicht aufgeschrieben?)

Ja, aber es gab das Babyjahr, damit die Kinder sogar 1 : 1 betreut werden.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD – Torsten Renz, CDU: Haben wir jetzt ein neues Thema? – Zuruf vonseiten der Fraktion der SPD: Das war's schon?! – Zuruf von Martina Tegtmeier, SPD)

**Vizepräsidentin Dr. Mignon Schwenke**: Danke, Herr Abgeordneter.

Das Wort erhält der Abgeordnete Heydorn für die Fraktion der SPD.

(Torsten Renz, CDU: Warum melden die sich denn alle zwischendurch? Ich weiß ja gar nicht mehr, was ich noch reden soll nachher! – Heiterkeit vonseiten der Fraktionen der SPD und CDU)

**Jörg Heydorn**, SPD: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren Abgeordnete!

(Torsten Renz, CDU: Ein bisschen Schmackes rein hier!)

Das war ein erwartbarer Debattenverlauf. Frau Bernhardt gibt die Oppositionsvuvuzela,

(Heiterkeit vonseiten der Fraktionen der SPD und CDU – Torsten Renz, CDU: So ist es. – Jacqueline Bernhardt, DIE LINKE: Sie haben immer die schönsten Spitznamen.)

Frau Weißig macht die Tante,

(Zuruf von Torsten Renz, CDU)

aber die Märchentante, und bei Herrn Lerche weiß ich nicht, was ich davon halten soll. Ich weiß nicht, ob er jetzt als Welpädagoge international unterwegs sein wird oder was das sollte.

(Zuruf von Peter Ritter, DIE LINKE)

Auf jeden Fall, zielführend war es nicht.

(Torsten Renz, CDU: Er hat noch mal fürs Babyjahr geworben.)

Von Frau Bernhardt ist der Wunsch geäußert worden, wir sollten doch mal erläutern, welche Grundsatzüberlegungen wir bei dem Gesetzentwurf angestellt haben. Ich will mit Folgendem anfangen: Ich bin seit 2002 dabei und seit dieser Zeit auch immer bei den Kindertagesstättengesetzen involviert. Wenn ich mich frage, was ist für dich nicht ordentlich gelaufen, dann würde ich sagen, man kann mir vorwerfen, dass wir bei der Umstellung, bei der Korrektur möglicherweise nicht schnell genug gewesen sind. Das hätte man vielleicht schon ein bisschen eher machen können. Aber wenn ich mir die gesamten Gesetzge-

bungsverfahren angucke, dann habe ich noch keines erlebt, was im Rahmen der Verabschiedung hier im Landtag im Detail zu Ende gedreht war. Das heißt, das Thema „Anwendung von Gesetzen“ hat sich im Laufe der Anwendungspraxis entwickelt, es sind Hinweise ergangen,

(Jacqueline Bernhardt, DIE LINKE:  
Ist das eine gute Praxis, Herr Heydorn?  
Bei der Vollverpflegung wussten die  
Landkreise lange Zeit nicht, was los ist.)

Richtlinien geschrieben worden und so weiter und so fort.

Frau Bernhardt, ich habe folgendes Gefühl: Fundamentale Kritikpunkte finden sich nicht und dann wird angefangen, an Kleinigkeiten herumzukritteln

(Jacqueline Bernhardt, DIE LINKE:  
Die Aufweichung des Fachkräftegebots  
ist nicht fundamentale Kritik?)

und zu sagen, das ist nicht geklärt, dass die auch wieder zahlen müssen und dies und das und jenes. Das kennen wir ja von Ihnen. Es ging hier um Detailfragen.

(Jacqueline Bernhardt, DIE LINKE:  
Die konnten Sie mir auch im  
Sozialausschuss nicht beantworten.)

Sie sind in Ihre Rede eingestiegen mit dem Hinweis auf das Communiqué für mehr Qualität in der Bildung

(Jacqueline Bernhardt, DIE LINKE:  
Genau. Darin steht auch was von  
gut ausgebildetem Personal.)

und sagten, das hat unsere jetzige Ministerpräsidentin unterschrieben und jetzt ist sie dabei, davon abzurücken. Das sehe ich völlig anders.

Jetzt kommen wir zu meiner Klärung. Wir bewegen uns hier in folgendem Spannungsfeld:

(Jacqueline Bernhardt, DIE LINKE: Na?)

Wir haben auf der einen Seite einen qualitativen Anspruch an die Einrichtung und an die Ausbildung und wir haben auf der anderen Seite,

(Jacqueline Bernhardt, DIE LINKE:  
Kürzen um 25 Prozent!)

und wir haben auf der anderen Seite eine Situation, wo uns alle sagen, das Thema Fachkräfte wird auch im Bereich der Erzieherinnen für Kindertagesstätten eng.

(Jacqueline Bernhardt, DIE LINKE:  
Und warum?)

Ich will in diesem Zusammenhang,

(Jacqueline Bernhardt, DIE LINKE:  
Weil Sie geschlafen haben!)

ich will in diesem Zusammenhang an die Debatte im Sozialausschuss erinnern, als Herr Professor Kliche aus Sachsen-Anhalt darauf hinwies, dass wir uns beim The-

ma Fachkräftemangel erst am Anfang der Fahnenstange befinden.

(Jacqueline Bernhardt, DIE LINKE:  
Nach Ihrer Ausbildungsplatzplanung nicht.)

Das heißt, wir klettern rauf, das heißt, das Thema Fachkräfte wird uns in dem Bereich auch in den nächsten Jahren weiter beschäftigen.

Wir haben mit dem Gesetzentwurf Folgendes gemacht: Wir haben gesagt, wir versuchen, die Dinge zusammenzuführen. Wir versuchen auf der einen Seite, das Thema „Qualität in den Einrichtungen“ aufrechtzuerhalten, und wir öffnen die Einrichtungen für Leute, die bisher eine andere Ausbildung gemacht haben und die vielleicht ein Interesse daran haben, in Kindertagesstätten als Erzieherin oder Erzieher zu arbeiten.

(Rainer Albrecht, SPD: Sehr richtig!)

Wir schreiben rein, welche Qualifizierung die Leute erwerben müssen, bevor sie selbstständig eine Gruppe leiten können, um auf diese Art und Weise einen Beitrag dafür zu leisten, dass das Thema Kindertagesstättenbetreuung stattfindet, weil es ist die Frage, wie sichern wir das überhaupt noch. Wir haben nicht die Möglichkeit, uns Fachkräfte aus der Retorte zu ziehen, sondern wir müssen gucken, was steht uns zur Verfügung und wie kriegen wir das hin, dass das ordentlich funktioniert.

Im zweiten Bereich gehen wir neue Wege. Wir sagen, wir wollen eine andere Form der Ausbildung und diese Ausbildung wollen wir attraktiv machen, das heißt, im Rahmen dieser Ausbildung,

(Jacqueline Bernhardt, DIE LINKE:  
Warum denn nicht alle, Herr Heydorn?  
Warum nicht alle?)

im Rahmen dieser Ausbildung, Frau Bernhardt, ist es nicht mehr erforderlich,

(Jacqueline Bernhardt, DIE LINKE: Wenn wir  
Erzieher brauchen, dann müssen für alle die  
Rahmenbedingungen verbessert werden!)

dass ich Geld zahle, sondern ich kriege Geld dafür, wenn ich die Ausbildung mache.

Die Ministerin,

(Jacqueline Bernhardt, DIE LINKE:  
Sie schaffen doch die ersten und  
zweiten Klassen und nicht wir!)

und unsere Ministerin ...

Ich sage es noch mal: Wir schaffen eine Ausbildung, wo die Leute kein Geld mitbringen müssen, sondern sie kriegen Geld für die Ausbildung.

(Jacqueline Bernhardt, DIE LINKE:  
Weil Sie solche Wohltäter sind!)

Unsere Ministerin hat sehr präzise darauf hingewiesen, wie sich das bemerkbar macht. Es gibt rund 100 Leute, glaube ich, 100 Leute, die sagen, diese Ausbildung ist für uns eine attraktive Geschichte.

Kommen wir zu der Legende mit der Schmalspurausbildung. Das ist ein Argument, was völlig ins Leere geht. Ich will an Folgendes erinnern: Jeder, der diese Ausbildung macht, weiß, ich mache eine Ausbildung für Kindertagesstätten, für Betreuung in Kindertagesstätten, und das ist eine hoch spezialisierte Ausbildung, das heißt, wir kriegen für die Arbeit in Kindertagesstätten viel, viel mehr vermittelt, als das in der normalen Erzieherausbildung üblich ist.

Ich will in diesem Kontext daran erinnern – hier sind ja viele von Ihnen, die ihre Jugend und Sozialisation in der DDR gemacht haben –,

(Torsten Renz, CDU: So ist es, jawoll!)

in der DDR gab es eine Krippenerzieherin, es gab eine Erzieherin für den Kindergarten und es gab eine Hort-erzieherin.

(Zuruf von Torsten Renz, CDU)

Das waren hoch spezialisierte Kräfte,

(Simone Oldenburg, DIE LINKE: Genau.)

die für den Personenkreis ausgebildet worden sind, den sie zu betreuen hatten. Wir sagen, wir machen jetzt eine Erzieherausbildung für Kindertagesstätten von 0 bis 10. Das ist eine sehr spezialisierte Ausbildung.

Ich sage Ihnen ganz ehrlich, Frau Bernhardt, ich mache mir überhaupt keine Gedanken darüber, ob das in irgendeinem anderen Bundesland anerkannt wird. Solche Leute werden überall,

(Jacqueline Bernhardt, DIE LINKE: Weil Sie sich nicht genug um Leute kümmern!)

solche Leute werden überall mit Kusshand genommen.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD –  
Zuruf aus dem Plenum: Sehr richtig!)

Das ist die Realität. Im Gegensatz,

(Zuruf von Jacqueline Bernhardt, DIE LINKE)

im Gegensatz zu Ihnen machen wir Vorschläge.

(Jacqueline Bernhardt, DIE LINKE:  
Das haben wir auch gemacht, im März.)

Wir legen ein Konzept auf den Tisch,

(Jacqueline Bernhardt, DIE LINKE:  
Das haben Sie abgelehnt.)

wir legen ein Konzept auf den Tisch und sagen, das könnte funktionieren.

(Zuruf von Minister Harry Glawe)

Wir bilden anders aus, um mehr Leute in die Ausbildung zu bekommen, und wir sagen auf der anderen Seite, wir öffnen die Tätigkeit in Kindertagesstätten für Leute, die vorher was anderes gemacht haben, aus einem anderen pädagogischen Beruf kommen und sagen, das war schon immer mein Ding, das machen zu können, und die

qualifizieren wir. So, denke ich, kriegen wir das, was wir zusammenbringen müssen, zusammen, nämlich auf der einen Seite das Thema Qualität und auf der anderen Seite ein ausreichendes Angebot an Betreuungsplätzen, meine Damen und Herren, denn das ist das Entscheidende für die Menschen hier in diesem Land, dass sie noch Betreuungsplätze für ihre Kinder haben und nicht mit ihnen dastehen und nicht wissen vorhin.

(Rainer Albrecht, SPD: Sehr richtig!)

Das gibt es in anderen Bundesländern zuhauf, das wollen wir hier nicht haben.

(Jacqueline Bernhardt, DIE LINKE: Haben Sie schon! Boizenburg! Weil Sie geschlafen haben!)

Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD)

**Vizepräsidentin Dr. Mignon Schwenke:** Danke, Herr Abgeordneter.

Es erhält das Wort der Abgeordnete Renz von der Fraktion der CDU.

**Torsten Renz,** CDU: Aber jetzt!

(Unruhe und Heiterkeit vonseiten  
der Fraktionen der SPD und AfD)

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

(Tilo Gundlack, SPD: Lieber Torsten!)

Ich muss feststellen, es ist eine extreme Schwarz-Weiß-Diskussion hier zwischen Regierung und Opposition. Wer mich kennt, der weiß,

(Heiterkeit vonseiten der Fraktionen  
der SPD und DIE LINKE –

Simone Oldenburg, DIE LINKE:  
Und jetzt bringen Sie Farbe rein?! Rosa! –  
Tilo Gundlack, SPD: Ich ahne Böses!)

und wer mich kennt, der weiß, dass ich nicht alles durch die rosarote Brille sehe und möglicherweise auch so darstelle.

(Zuruf von Thomas de Jesus Fernandes, AfD)

Insofern kann ich den Ärger, vorgetragen durch Frau Bernhardt für DIE LINKE, schon nachvollziehen.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Aaah!)

Wenn Frau Ministerin hier beginnt und sagt, heute ist aufgrund dieses Gesetzentwurfes ein guter Tag für Mecklenburg-Vorpommern,

(Jochen Schulte, SPD: Dann hat sie recht.)

für die Erzieher, Eltern, Kinder und so weiter, dann muss ich Ihnen ebenso sagen und ergänzen, es wird Zeit, dass diese Koalition in diesem Land handelt, weil es nicht so ist, dass dieses Thema heute oder gestern gerade vom Himmel gefallen ist.

Die Situation ist im Gesetzentwurf klar beschrieben, dass wir in den nächsten zehn Jahren 25,6 Prozent der Erzieher verlieren. Das ist die Herausforderung, vor der wir heute – der Gesetzgeber – hier in diesem Landtag stehen. Jetzt können wir uns so wie DIE LINKE hinstellen und die gesamte Redezeit für eine Rückschau verwenden. Ich sehe das immer ein bisschen so: Sie stehen auf einem Standstreifen und schauen nur in den Rückspiegel.

(Jacqueline Bernhardt, DIE LINKE:  
Schauen Sie doch in die  
Entschließung rein! Das haben  
Sie doch schon tausendmal gehört!)

Ich glaube, das ist nicht der richtige Weg, nicht die richtige Antwort auf die Herausforderung, die hier im Gesetztext steht, 25 Prozent der zukünftigen Erzieher in den nächsten zehn Jahren zu ersetzen bei steigenden Kinderzahlen. Insofern bringt es natürlich nur sehr wenig, rückblickend zu sagen, wer war in Verantwortung, wer hat wie lange nicht gehandelt. Das können wir alles machen. Ich will mich diesem Thema aber nicht weiter widmen.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Schade!)

Ich will eins noch vorwegstellen, damit endlich mit der Legende aufgehört wird, dass immer wieder verwiesen wird auf Baden-Württemberg. Im Gesetzentwurf steht, wir orientieren uns an Baden-Württemberg. Frau Ministerin hat heute gesagt, drei Länder sind jetzt auf dem Weg, aber Baden-Württemberg ist etwas ganz anderes.

(Simone Oldenburg, DIE LINKE: Genau. –  
Peter Ritter, DIE LINKE: Stimmt.)

Es ist manchmal so in der Politik: Einer sagt es, der Nächste wiederholt es, der Dritte auch, und am Ende glauben es alle. Deswegen ist es gut, die Kette wieder zu beginnen,

(Zuruf von Minister Harry Glawe)

sich anzuschauen und zu gucken, was machen die überhaupt in Baden-Württemberg. Baden-Württemberg macht ein Modellprojekt, beginnend aus dem Jahr 2012, „PIA“ nennt sich das Ganze. Darin steht ausdrücklich, dass Bewerber einen abgeschlossenen Beruf, die Fachhochschulreife oder das Abitur haben müssen. Das heißt, wir gehen hier in Mecklenburg-Vorpommern einen neuen Weg, indem wir eine Berufsausbildung einführen, eine duale Ausbildung für

(Simone Oldenburg, DIE LINKE: Alle.)

Schülerinnen und Schüler, die die Schule verlassen. Das ist nicht vergleichbar mit Baden-Württemberg. Baden-Württemberg steigert das Ganze noch mal im Jahr 2015 mit einem Programm der Arbeitsagentur,

(Simone Oldenburg, DIE LINKE:  
Jetzt haben die Erzieher zwei.)

mit einem Sonderprogramm, wo Geringqualifizierte und Personen, die über einen mindestens vierjährigen Abschluss verfügen, aber als Ungelernte gearbeitet haben, auch als Quereinsteiger in diese duale Ausbildung gebracht werden.

(Minister Harry Glawe:  
Das ist doch hervorragend!)

Ich will das inhaltlich nicht bewerten, aber das letzte Jahr, das finde ich eine Katastrophe. Aber das Erste,

(Minister Harry Glawe: Das hebt  
doch die Chancen, Frau Bernhardt.  
Das muss man doch auch mal würdigen.)

das Erste ist, einfach festzuhalten, wir können jetzt zwar,

(Peter Ritter, DIE LINKE:  
Bis 15.00 Uhr hat die Disziplin  
gehalten, jetzt ist alles im Eimer.)

wir können jetzt zwar Äpfel mit Birnen vergleichen – ein Kollege von mir hat mal gesagt, es ist zumindest Obst –, aber ich will endlich mal mit der Legende aufhören, dass wir identisch das Gleiche machen wie in Baden-Württemberg.

Jetzt komme ich noch mal zur heutigen Debatte. Frau Bernhardt,

(Simone Oldenburg, DIE LINKE: Schimpfen Sie  
lieber mit der SPD, das gefällt mir besser! –  
Heiterkeit bei Martina Tegtmeier, SPD,  
und Jacqueline Bernhardt, DIE LINKE)

Sie haben laut Artikel 26 Absatz 2 der Landesverfassung Ihren Job erfüllt, indem Sie Kontrolle und kritische Bewertung vorgenommen haben, was die Regierung und was das Verwaltungshandeln betrifft.

(Jacqueline Bernhardt, DIE LINKE:  
Und das bestimmt schon seit  
vier Jahren, Herr Renz!)

Aber den ersten wesentlichen Ansatz im Absatz 2,

(Jacqueline Bernhardt, DIE LINKE:  
Na? Eigene Lösungen vorstellen!)

dass Sie insbesondere die Aufgabe haben, eigene Programme zu entwickeln,

(Jacqueline Bernhardt, DIE LINKE:  
Märzlandtagssitzung, Herr Renz! Haben Sie  
nicht aufgepasst? Da gab es einen Antrag.)

davon haben Sie an dieser Stelle, an diesem Pult, heute, an diesem Tage nicht eine Silbe verloren.

(Beifall vonseiten der Fraktionen  
der SPD und CDU –  
Marc Reinhardt, CDU: So ist es.)

Sie haben 20 Minuten rumgemäkelt, rumkritisiert und

(Jacqueline Bernhardt, DIE LINKE:  
Ich hatte nur 14 übrigen!)

Sie haben sich nicht der Herausforderung gestellt, wie ich in den nächsten zehn Jahren den Fachkräftebedarf

(Jacqueline Bernhardt, DIE LINKE:  
Das lesen Sie in einer Entschließung. –  
Zuruf von Minister Harry Glawe)

von 25,6 Prozent bei steigenden Kinderzahlen bewältigen will.

(Jacqueline Bernhardt, DIE LINKE:  
Soll ich ihn mal fragen, ob er  
die Entschließung gelesen hat? –  
Peter Ritter, DIE LINKE: Hat er nicht.)

Sie haben sich nicht positioniert, ob Sie für die duale Ausbildung sind oder nicht. Da muss ich Ihnen mit Blick auf Ihren ehemaligen Fraktionsvorsitzenden ganz ehrlich sagen, ich glaube nicht, dass so die Rolle der Opposition sein sollte, wie Sie sie hier ausfüllen.

(Beifall vonseiten der Fraktion der CDU  
und Sylvia Bretschneider, SPD)

Ich fordere Sie auf, bei weiteren ...

(Der Abgeordnete Torsten Renz  
spricht bei abgeschaltetem Mikrofon.)

**Vizepräsidentin Dr. Mignon Schwenke:** Herr Abgeordneter, bitte, gestatten Sie eine Zwischenfrage der Abgeordneten Bernhardt? (keine Zustimmung)

(Zurufe vonseiten der  
Fraktion DIE LINKE: Oooch! –  
Jacqueline Bernhardt, DIE LINKE: Typisch! –  
Zuruf von Simone Oldenburg, DIE LINKE)

**Torsten Renz,** CDU: Dass ich mich nicht scheue vor einer inhaltlichen Debatte mit Ihnen, davon können Sie ausgehen.

(Zuruf von Jacqueline Bernhardt, DIE LINKE)

Insofern will ich Ihnen sagen, meine sehr geehrten Damen und Herren von den LINKEN, es ist enttäuschend, wie Sie sich heute hier diesem Thema gestellt haben.

(Jacqueline Bernhardt, DIE LINKE:  
Ihre Rede ist enttäuschend, Herr Renz,  
mit Falschbehauptungen und Lügen. –  
Minister Harry Glawe: Was?!)

Wenn ich nun zur AfD komme, die hier immer nach vorne prescht als die Truppe, die mit Inhalten arbeitet, dann spricht das, was Sie hier abgeliefert haben, für sich. Sie stellen einen Änderungsantrag, sind verwundert darüber, dass keiner zustimmt. Obwohl das Ganze finanzrelevant ist, sind Sie nicht in der Lage, die Kosten zu benennen. Wir sollen das Gesetz heute beschließen. Sie verweisen auf Haushaltsverhandlungen im Dezember, zum Ende des Jahres. Also da muss ich schon sagen, Sie haben ein merkwürdiges Verständnis von Politik, wie sie hier im Landtag stattzufinden hat.

(Zuruf von Thomas de Jesus Fernandes, AfD)

Und wenn Sie – das will ich jetzt aus meiner Sicht als zweifacher Vater mal kurz schildern – mir erklären wollen, Sie müssen von Ihrem Zettel erst Gebrauch machen und ablesen, um mir die Sinnhaftigkeit zu erklären, dass eine Erzieherin vier Kinder von 0 bis 1 betreuen soll, dann sage ich: Es ist einfach so, dass in dieser Phase noch sehr viel geschlafen wird, und wenn die Kinder 1 bis 3 sind, wenn die krabbeln, wenn die die Welt entdecken und logischer-

weise die Sinnhaftigkeit wäre, vier Kinder nur noch anzusetzen, dann sagen Sie, Ihr Redner hat es gesagt,

(Zuruf aus dem Plenum: Sechs!)

internationale Studien sollen ihm sagen – also die würde ich gerne sehen –, dann macht es Sinn, dieser Erzieherin plötzlich sechs Kinder zur Verfügung zu stellen. Wenn das Ihre inhaltliche Arbeit ist, sage ich Ihnen: Bitte stellen Sie keine Anträge!

Diese Koalition hat die Kraft gehabt, hat gehandelt aufgrund der Herausforderung,

(Thomas Krüger, SPD: Sehr richtig!)

mit der dualen Ausbildung neue Wege beschritten und in einem parlamentarischen Verfahren in kürzester Zeit das Ganze auf den Weg gebracht. Ich bitte um Zustimmung zu diesem Gesetzentwurf.

(Beifall vonseiten der Fraktionen  
der SPD und CDU –  
Egbert Liskow, CDU: Sehr gut! –  
Heiterkeit bei Simone Oldenburg, DIE LINKE:  
Erklärbar!)

**Vizepräsidentin Dr. Mignon Schwenke:** Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Ich schließe die Aussprache.

Wir kommen zur Einzelberatung über den von den Fraktionen der SPD und CDU eingebrachten Entwurf eines Fünften Gesetzes zur Änderung des Kindertagesförderungsgesetzes auf Drucksache 7/412.

Der Sozialausschuss empfiehlt in Ziffer I der Beschlussempfehlung, den Gesetzentwurf der Fraktionen der SPD und CDU in der Fassung seiner Beschlussempfehlung auf Drucksache 7/815 anzunehmen.

Ich rufe auf Artikel 1 in der Fassung der Beschlussempfehlung.

Auf Drucksache 7/839 liegt Ihnen ein Änderungsantrag der Fraktion der AfD vor, über den ich zunächst abstimmen lasse. Wer dem Änderungsantrag auf Drucksache 7/839 zuzustimmen wünscht, den bitte ich um ein Handzeichen. – Danke schön. Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Damit ist der Änderungsantrag der Fraktion der AfD auf Drucksache 7/839 bei Zustimmung der Fraktion der AfD, ansonsten Gegenstimmen aller anderen Fraktionen abgelehnt.

Wer dem Artikel 1 in der Fassung der Beschlussempfehlung zuzustimmen wünscht, den bitte ich um ein Handzeichen. – Danke schön. Gegenprobe. – Stimmenthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Damit ist der Artikel 1 in der Fassung der Beschlussempfehlung des Sozialausschusses mit den Stimmen der Fraktionen von SPD und CDU, bei Gegenstimmen der Fraktionen der AfD und DIE LINKE angenommen.

Ich rufe auf Artikel 2 sowie die Überschrift in der Fassung der Beschlussempfehlung des Sozialausschusses. Wer dem zuzustimmen wünscht, den bitte ich um ein Handzeichen. – Danke schön. Gegenprobe. – Stimmenthaltungen? – Damit sind der Artikel 2 sowie die Überschrift in der Fassung der Beschlussempfehlung des Sozialaus-

schusses bei Zustimmung der Fraktionen von SPD und CDU sowie Gegenstimmen von der AfD und den LINKEN angenommen.

Wir kommen zur Schlussabstimmung.

Wer dem Gesetzentwurf im Ganzen in der Fassung der Beschlussempfehlung des Sozialausschusses auf Drucksache 7/815 zuzustimmen wünscht, den bitte ich um ein Handzeichen. – Danke schön. Gegenprobe. – Stimmenthaltungen? – Damit ist der Gesetzentwurf in der Fassung der Beschlussempfehlung des Sozialausschusses auf Drucksache 7/815 bei Zustimmung der Fraktionen von CDU und SPD sowie Gegenstimmen von AfD und Linksfraktion angenommen.

In Ziffer II seiner Beschlussempfehlung empfiehlt der Sozialausschuss, einer Entschließung zuzustimmen.

Hierzu liegt Ihnen ein Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE auf Drucksache 7/848 vor, über den ich zunächst abstimmen lasse. Wer diesem Änderungsantrag zuzustimmen wünscht, den bitte ich um ein Handzeichen. – Danke schön. Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Damit ist der Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE auf Drucksache 7/848 bei Zustimmung von AfD und Linksfraktion sowie Gegenstimmen der Fraktionen der SPD und CDU abgelehnt. Eine Enthaltung – Entschuldigung – war in der AfD-Fraktion.

Wer der Ziffer II der Beschlussempfehlung zuzustimmen wünscht, den bitte ich um ein Handzeichen. –

(Jacqueline Bernhardt, DIE LINKE: Welcher?)

Der Beschlussempfehlung des Sozialausschusses.

(Thomas Krüger, SPD: Danke schön.)

Danke schön. Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Damit ist der Ziffer II der Beschlussempfehlung des Sozialausschusses bei Gegenstimmen von AfD und Linksfraktion und Zustimmung von CDU- und SPD-Fraktion zugestimmt worden.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 5**: Zweite Lesung und Schlussabstimmung des Gesetzentwurfes der Fraktion der AfD – Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Kommunalabgabengesetzes – Abschaffung der Pflicht zur Erhebung von Straßenausbaubeiträgen, auf Drucksache 7/398.

**Gesetzentwurf der Fraktion der AfD**  
**Entwurf eines Gesetzes zur Änderung**  
**des Kommunalabgabengesetzes –**  
**Abschaffung der Pflicht zur Erhebung**  
**von Straßenausbaubeiträgen**  
 (Zweite Lesung und Schlussabstimmung)  
 – **Drucksache 7/398** –

In der 10. Sitzung des Landtages am 5. April 2017 ist die Überweisung dieses Gesetzentwurfes in die Ausschüsse abgelehnt worden. Gemäß Paragraph 48 Absatz 3 der Geschäftsordnung des Landtages wird der Gesetzentwurf spätestens nach drei Monaten zur Zweiten Lesung auf die Tagesordnung gesetzt.

Im Ältestenrat wurde eine Aussprache mit einer Dauer von bis zu 45 Minuten vereinbart. Ich sehe und höre dazu

keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen. Ich eröffne die Aussprache.

Das Wort zur Einbringung erhält der Abgeordnete Lerche für die Fraktion der AfD.

**Dirk Lerche**, AfD: Werte Präsidentin! Werte Kollegen! Liebe Bürger in unserem Land! In ihrer Regierungserklärung hat die Ministerpräsidentin heute Morgen festgestellt, dass wir in unserem Bundesland niedrigere Löhne und Gehälter haben als in anderen Bundesländern. Und wenn man schon kein Glück hat, kommt auch noch Pech hinzu

(Torsten Renz, CDU: Genau.)

in Form von höheren Beiträgen als in anderen Bundesländern.

Als Zweites hat die Ministerpräsidentin davon gesprochen, dieses Bundesland zu einem lebenswerten Land zu entwickeln, lebenswert an 365 Tagen im Jahr. Dazu gehört meiner Meinung nach auch die Weiterentwicklung des Kommunalabgabengesetzes. Bei unserem Antrag betrifft es Paragraph 8, die Beiträge. Viele Bundesländer haben im Paragraphen „Beiträge“ die Kannregelung festgelegt. Ich will das nicht alles wiederholen. Die Städte und Gemeinden in unserem Bundesland werden natürlich verantwortungsbewusst Beiträge erheben, wenn sich für die Anlieger die Situation verbessert.

Es gibt aber auch Ausnahmesituationen, und zwar Straßen, die parallel zu Bahngleisen verlaufen oder an den Gewässern entlangführen, Straßen, wo nur einige wenige Anlieger überdurchschnittlich hohe Beiträge bezahlen müssen. Wenn der Straßenausbau zu einer Verkehrserhöhung verbunden mit höherer Abgasbelastung, höherem Lärm, schneller verschmutzten Fassaden und so weiter oder zu einer Geschwindigkeitserhöhung führt, verschlechtert sich die Situation der Anlieger und dafür sollen sie dann auch noch bezahlen. Für diese nicht häufig vorkommenden Situationen müssen Städte und Gemeinden in die Lage versetzt werden, von der Beitragserhebung abzuweichen. Lassen Sie uns gemeinsam in den Ausschüssen darüber beraten!

Erstaunt bin ich auch über die verschiedenen Förderrichtlinien ...

(Thomas Krüger, SPD: Welche Ausschussberatungen nach der Zweiten Lesung?)

Das kann man beantragen.

(Martina Tegtmeier, SPD: Und darum hätten Sie mal gucken müssen, worüber Sie hier reden! – Dr. Matthias Manthei, AfD: Kann man beantragen!)

Erstaunt bin ich auch über die verschiedenen Förderrichtlinien in den verschiedenen Förderprogrammen der Ministerien in unserem Bundesland. Bei Städten wird nur der Baukostenanteil der Kommune gefördert, im ländlichen Raum werden die Gesamtkosten gefördert, sodass auch der Anliegeranteil durch die Förderung sinkt. Hier müssten meiner Meinung nach einheitliche Richtlinien geschaffen werden.

Ich würde mich freuen, wenn – und damit beantrage ich das Ganze noch mal – das in den Ausschüssen beraten werden kann.

(Marc Reinhardt, CDU:  
In welchen Ausschüssen denn?)

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

**Vizepräsidentin Dr. Mignon Schwenke:** Danke, Herr Abgeordneter.

Das war natürlich schon Teil der Aussprache, ich hatte die Aussprache schon eröffnet, und keine Einbringung. Nein, ist in Ordnung, Herr Lerche. Das war ein Fehler von mir.

Als Nächste erhält das Wort die Abgeordnete Frau Tegtmeier für die Fraktion der SPD.

**Martina Tegtmeier, SPD:** Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Ich musste eben direkt noch mal auf die Tagesordnung der heutigen Sitzung schauen, weil wir sprechen hier zur Zweiten Lesung eines Gesetzentwurfs der AfD-Fraktion und die Einbringung ist bei der Ersten Lesung erfolgt. Herr Lerche sprach selbst von einem Antrag und der Überweisung in die Ausschüsse. Also ich bin jetzt ein bisschen erstaunt, weil bei der Zweiten Lesung erfolgt die Endabstimmung und in der Regel ...

(Dr. Matthias Manthei, AfD: Das ist falsch, man kann Ausschussüberweisung beantragen. – Peter Ritter, DIE LINKE: Eine Dritte Lesung kann man beantragen unter bestimmten Voraussetzungen. Grundlage sind die Beschlüsse der Zweiten Lesung.)

**Vizepräsidentin Dr. Mignon Schwenke:** Meine Damen und Herren, ich bitte Sie, lassen Sie die Rednerin zu Wort kommen!

**Martina Tegtmeier, SPD:** Eins, Herr Lerche, fand ich eben gut, Sie haben das noch mal alles wiederholt, was letztes Mal sowieso schon gesagt wurde, weil getretener Quark wird bekanntlich breit und nicht stark,

(Tilo Gundlack, SPD: Er hat es vertieft.)

und Sie haben mittels Ihres Redebeitrages durchblicken lassen, dass Sie das Expertengespräch, das wir am 29.06. hier durchgeführt haben im Innenausschuss, durchaus zur Kenntnis genommen haben.

Ansonsten zeugt der Gesetzentwurf von einem sehr seltsamen Bild bezüglich unserer repräsentativen Demokratie. So ist in der Begründung unter „Lösung“ angeführt, dass sich die Gemeindevertretungen hier hinter Gesetzen „verstecken“ würden. Ich denke, die Gemeindevertretungen sind dazu da, dass sie vernünftige Lösungen für die Angelegenheiten der örtlichen Gemeinschaft, so, wie es das Grundgesetz in Artikel 28 festlegt, finden wollen und auch zum Wohle ihrer Bürgerinnen und Bürger finden werden.

Ich möchte noch einmal darauf hinweisen, dass die Gemeindevertretungen einen breiten Gestaltungsspielraum in dieser Frage haben und den auch ausnutzen. Ich hatte

das bei der Ersten Lesung in der ganzen Spannweite hier dargelegt. Das geht bei Anliegerstraßen zum Beispiel von 51 bis 90 Prozent und das trifft genauso auf Billigkeitsgründe zu.

Beim Expertengespräch wurde vorgetragen, dass Billigkeitsgründe bei der Umsetzung der Beitragserhebung angesetzt werden können, dass diese aber nur in der Abgabenordnung so festgeschrieben sind und dass es besser wäre, diese würden mit ins KAG aufgenommen werden. Nun wissen wir aber – alle, die mit der kommunalen Ebene Erfahrungen haben –, dass es in den Gemeinden auch Satzungen gibt, die genau diese Billigkeitstatbestände vernünftig regeln, sodass es nicht dazu kommt, dass bei einem erhöhten oder einem hohen Antragsvolumen die Bürgerinnen oder Bürger oder die Grundstückseigentümer in den Ruin getrieben werden.

Herr Lerche sprach ausdrücklich noch mal an, dass wir hauptsächlich Probleme mit Einzelfällen haben, und er skizzierte hier einige besondere Lagen. Für besondere Lagen kann man kommunal besondere Regelungen treffen, indem man diese Straßen besonders kategorisiert. Auch das ist durchaus möglich. Dieser Spielraum, den Sie mit Ihrem Gesetzentwurf für die Gemeinden einfordern, ist vorhanden, auch mit den Regelungen, so, wie sie hier sind.

Nur weil man eine Pflicht zu einer Kannregelung ummünzt, bedeutet das erst mal nicht, dass sich an der Umsetzung irgendetwas ändert, weil aufgrund des Kommunalabgabengesetzes haben – so will ich doch hoffen, denn es ist seit Anfang der 90er-Jahre Pflicht – alle Gemeinden ihre Beitrags- oder Straßenausbausetzungen erlassen, die in sehr unterschiedlicher Ausprägung umgesetzt und festgelegt, und nur, weil eine Gesetzesänderung erfolgt, die einen Spielraum einräumt, heißt es noch lange nicht, dass sich vor Ort die kommunalen Mehrheiten dafür finden, die Spielräume, die schon ziemlich ausgeprägt sind, anders zu nutzen als bisher.

Die ganzen Besprechungen oder vor allen Dingen das Expertengespräch im Innenausschuss haben einige wichtige Aussagen zutage gebracht. Mit Erlaubnis der Präsidentin möchte ich hier eine Passage der Ausführungen von Lars Prahler aus der Stadt Grevesmühlen zitieren und im Nachgang auch eine kurze Passage vom Städte- und Gemeindetag, weil ich finde, dass die einschlägig sind.

Herr Prahler führte aus: „Ein ersatzloses Streichen der Straßenausbaubeiträge würde unweigerlich zu einer deutlichen Verringerung der dringend erforderlichen Investition im Straßenbau führen. Ein wahlweiser Verzicht auf die Erhebung von Straßenausbaubeiträgen in finanziell gut ausgestatteten Kommunen kommt in unserem Amtsbereich nicht in Betracht und ist“ – und jetzt kommt es – „aus meiner Sicht auch nicht mit dem Gleichbehandlungsgrundsatz gegenüber unseren Bürgern vereinbar. Eine alternative Finanzierung des Fehlbetrags aufgrund eines Verzichts auf Straßenausbaubeiträge über allgemeine Steuern erachte ich als sozial ungerecht, da bisher lediglich bevorteilte Grundstückseigentümer betroffen waren, eine Steuerfinanzierung auch und insbesondere vermögenferne Bevölkerungsgruppen zusätzlich treffen würde.“

Ergänzend dazu vom Städte- und Gemeindetag: „Eine Freistellung der Kommunen von der Beitragserhebungs-

pflicht wäre aber geeignet, die Unterschiede zwischen den Gemeinden zu verstärken. Finanzschwache Gemeinden wären weiterhin auf die Erhebung von Straßenbaubeiträgen angewiesen und würden zusätzlich an Attraktivität gegenüber den finanzstarken Gemeinden verlieren. Wir würden hier die Unterschiede im Land deutlich erhöhen und würden die Wohnqualität in den Gemeinden ganz einfach von der Steuerkraft der einzelnen Gemeinden abhängig machen, sodass wir darauf hinausliefen, dass wir Gemeinden hätten, da hat man nur noch Buckelpisten, und andere, die können es sich leisten, da finden wir super ausgebaute Straßen und Bürgersteige und so weiter vor. Und das kann ja nicht in unserem Sinne sein.“

Ich glaube, die kommunale Ebene handelt eigenverantwortlich im Sinne ihrer Bürgerinnen und Bürger, um hier einen vernünftigen Ausgleich zu finden, um nicht dazu zu kommen, die Anliegerinnen und Anlieger über Gebühr zu beanspruchen. Wenn wir solche außerordentlichen Situationen haben, dann müssen außerordentliche Regelungen getroffen werden. Ich glaube, das geben unsere gesetzlichen Vorgaben auch heute schon her. Deswegen ist unsere Antwort heute nicht anders als beim letzten Mal: Wir lehnen Ihren Gesetzentwurf ab. – Vielen Dank.

(Beifall vonseiten der Fraktionen  
der SPD und CDU)

**Vizepräsidentin Dr. Mignon Schwenke:** Danke, Frau Abgeordnete.

Das Wort erhält Herr Ritter für die Fraktion DIE LINKE.

**Peter Ritter, DIE LINKE:** Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Kollegen der AfD-Fraktion! Man kann natürlich eine Dritte Lesung eines Gesetzentwurfes machen, das kann man beantragen. Die Dritte Lesung basiert dann auf den Beschlüssen der Zweiten Lesung. Aber einfach mal so einen Gesetzentwurf wieder in die Ausschüsse überweisen, das funktioniert nicht. Ich glaube, das wird auch nicht nötig sein, weil auch meine Fraktion den Gesetzentwurf ablehnt. Ich habe im Expertengespräch letzte Woche im Innenausschuss schon deutlich gemacht, warum wir das tun.

Dieses Expertengespräch war aus meiner Sicht eine sehr interessante Veranstaltung. Es verlief sachlich und friedlich – auch das haben wir ja nicht immer im Ausschuss – und es wurden sogar aus den Reihen der Koalitionsfraktionen dankenswerterweise Fragen gestellt beziehungsweise Einzelaspekte problematisiert, und das, obwohl die Landesregierung selbst in Person des Innenministers vielfach bereits erklärt hat, es bestünde kein Handlungsbedarf beim Kommunalabgabengesetz. Die Debatten im Land und auch die Debatten, die wir hier im Landtag schon zu dieser Problematik geführt haben, zeigen, dass das eine glatte Fehleinschätzung ist. Deswegen war es aus Sicht meiner Fraktion wichtig, dass wir uns nicht nur mit der Ablehnung des Gesetzentwurfes der AfD-Fraktion oder der nicht möglichen Zweiten Lesung zufriedengeben, sondern haben deswegen dieses Expertengespräch beantragt und durchgeführt.

Aber gestatten Sie mir nach dieser Vorbemerkung drei Anmerkungen zu dem vorliegenden Gesetzentwurf. Wie gesagt, meine Fraktion lehnt den vorliegenden Gesetzentwurf der AfD-Fraktion ab, denn die vorgeschlagene Kannregelung stellt die Erhebung von Straßenausbau-

beiträgen nur theoretisch in das Ermessen der Kommunen beziehungsweise der kommunalen Satzungsgeber. Praktisch hingegen wird auf der Grundlage der tatsächlichen Haushaltssituation dieses „Kann“ für die allermeisten Kommunen unseres Landes automatisch zu einem „Muss“. Deswegen sind dieser Gesetzentwurf und die öffentliche Arbeit dazu eine Mogelpackung. Es wird automatisch zu einem „Muss“, denn – so unter anderem der Städte- und Gemeindetag in der Diskussion in dem Expertengespräch – die Kommunen sind auf diese Einnahmequellen angewiesen. Das spricht wiederum deutlich gegen die Behauptung, dass die kommunale Finanzausstattung in unserem Land aufgabengerecht sei.

Zweitens darf aber mit der heutigen Abstimmung und mit der Ablehnung des Gesetzentwurfes der AfD-Fraktion der Diskussionsprozess zu dieser Problematik nicht abgeschlossen sein,

(Marc Reinhardt, CDU:  
Da gebe ich Ihnen recht.)

auch wenn die künftigen Entscheidungen nach diesem Expertengespräch nicht einfacher werden – auch das habe ich im Ausschuss schon gesagt –, weil die Spannweite der Argumente ging von „sowohl“ bis „als auch“. Es hat für die Entscheidungsfindung zwar hinreichend Informationen gegeben, aber ich glaube, für uns alle ist es nach dem Gespräch nicht einfacher geworden. Aber eine kategorische Gesprächsverweigerung, so wie bislang von der Landesregierung die Mitteilung, es bestünde kein Handlungsbedarf, schadet letztendlich dem sozialen Frieden in unserem Land, solange diese Form der Beitragserhebung teilweise – das haben wir im Expertengespräch gehört – als „kalte Enteignung“ empfunden oder erlebt wird und daher deren Abschaffung gefordert wird.

Drittens schließlich, liebe Kolleginnen und Kollegen, sollte dieser Landtag auch in Fortsetzung des Expertengesprächs im Innenausschuss zumindest zwei Ansätze weiter und vertieft diskutieren:

Da ist zunächst die Anregung, die Billigkeitsregelungen zu erweitern, um auf diese Weise die Beitragszahlungen zeitlich deutlich zu strecken und sie möglicherweise erträglicher zu machen. Die entsprechenden Vorschläge der Experten waren hier meiner Meinung nach sehr konkret.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, Landtag und Landesregierung könnten aber auch den Mut aufbringen und sich von dem historisch überkommenen Begriff des „Vorteils“ lösen. Auch dazu haben wir die unterschiedlichsten Auffassungen im Expertengespräch gehört.

Den Zusammenhang von individuellem Grundstück und individuellem Straßenbauvorteil in unserer modernen und vor allem höchst mobilen Zeit konnten mir auch die Experten nicht nahebringen. Dass die Anrainer in Grevesmühlen des Jahres 1870 für den Wegebau Steine und Kies bereitstellen mussten, war hochinteressant zu erfahren. Das hat aber mit der heutigen Frage genauso viel zu tun wie die Pferdekutsche von damals mit dem Elektroauto von heute.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, bei dem Verzicht auf Beiträge müsste sich das Land dann aber auch für eine entsprechende kommunale Finanzausstattung entscheiden oder, wie jüngst in Thüringen, die dauernde

Leistungsfähigkeit der Gemeinde zur Voraussetzung für einen Beitragsverzicht definieren. Aber auch das ist letztlich eine hohe Hürde.

So oder so, liebe Kolleginnen und Kollegen, mit der Ablehnung des Gesetzentwurfes heute ist die Debatte für meine Fraktion nicht beendet, denn, so haben wir heute früh gehört, an erster Stelle stehen die Bürgerinnen und Bürger dieses Landes und um deren Probleme müssen wir uns kümmern. – Herzlichen Dank.

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE)

**Vizepräsidentin Dr. Mignon Schwenke:** Danke, Herr Abgeordneter.

Es erhält das Wort Herr Kollege Reinhardt für die Fraktion der CDU.

**Marc Reinhardt, CDU:** Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Ich fange mit einer Gemeinsamkeit an, Herr Ritter.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Sehr gut!)

Auch für uns ist die Diskussion nach diesem Expertengespräch nicht beendet, sondern hat begonnen. Aber dazu komme ich zum Schluss noch mal. Ich will es relativ kurzfassen, weil vieles schon gesagt ist, nur noch nicht von jedem.

Seit 1991 erheben wir Straßenausbaubeiträge in diesem Land. Das macht jede Änderung, die wir jetzt vornehmen, auch nicht leichter, weil es schon viele gibt, die sie nach den alten Regelungen bezahlt haben.

Wir haben jetzt vor uns liegen den Gesetzentwurf der AfD-Fraktion, der aus einer Soll- eine Kannregelung machen will. Im Expertengespräch war, glaube ich, lediglich der Verband der Grundstücksbesitzer derjenige, der eine komplette Abschaffung gefordert hat, und es war Herr Komning, der sich dem angeschlossen hat. Ich weiß nicht, ob er seinen eigenen Gesetzentwurf nicht gelesen hatte, weil der fordert das nun ganz explizit nicht. Der fordert, dass man umstellen kann auf eine Kannregelung. Dies würde bedeuten, dass wir zu einem Flickenteppich in Mecklenburg-Vorpommern kommen. Die Gemeinden, die es sich finanziell leisten können, verzichten unter großem Applaus der Einwohnerinnen und Einwohner auf die Erhebung von Straßenausbaubeiträgen,

(Peter Ritter, DIE LINKE: Da wird man lebenslänglich Bürgermeister.)

und andere Gemeinden, die es sich nicht leisten können, würden entweder gar nichts bauen oder sie erheben Beiträge, und wenn es dann auch noch die Nachbargemeinde ist, wird das wahrscheinlich nicht gerade zum Rechtsfrieden und Bürgerfrieden bei uns im Land führen. Deshalb kann ich an dieser Stelle schon sagen, dass auch wir in dieser Zweiten Lesung selbstverständlich diesen Gesetzentwurf ablehnen und auch einer Dritten Lesung nicht zustimmen würden.

Ich will zum Schluss noch sagen, was für uns als Arbeitskreis Innen der CDU-Landtagsfraktion nach den Gesprächen mit den Betroffenen und mit den Experten wichtig

ist, was wir prüfen wollen und wo wir uns, wenn wir in dieser Legislaturperiode noch mal an das KAG rangehen wollen, für Veränderungen einsetzen und sie prüfen wollen. Das ist zum einen – das, fand ich, haben Sie sehr gut dargestellt – eine frühere Informationspflicht, dass bereits in der Vorplanung die Bürgerinnen und Bürger beteiligt werden und wissen, was in naher Zukunft dort ausgebaut werden soll.

(Martina Tegtmeier, SPD:  
Steht in der Kommunalverfassung.)

Das ist heute schon möglich, Frau Tegtmeier, da gebe ich Ihnen recht.

(Martina Tegtmeier, SPD: Das ist in der Kommunalverfassung so vorgeschrieben.)

Es ist nicht vorgeschrieben. Es gibt Gemeinden, die machen das. Ich wohne in so einer. Es gibt aber viele, die machen das erst nach der konkreten Auftragsvergabe, und dann ist es in der Regel zu spät. Es ist so explizit nicht vorgeschrieben. Oder wir können feststellen, dass es so ist. In dem Fall handeln aber viele rechtswidrig. Das muss man dann auch dazusagen.

(Martina Tegtmeier, SPD: Ja, das stimmt.)

Der zweite Fall, den wir uns angucken wollen, sind wirtschaftliche Härten, Ungerechtigkeit, man kann auch sagen, mehr Billigkeitsgründe einführen, sodass dort, wo es zu extremen Härten kommt – das ist sehr schwierig, weil das nach dem Einkommenssteuergesetz funktioniert und die Hürden für solche Billigkeitsregelungen heute sehr hoch sind –, wir uns vorstellen können, diesen Katalog wie auch in anderen Ländern zu erweitern.

Ein dritter Punkt, den wir prüfen wollen und uns vorstellen können, ist, dass wir den Katalog der Straßenkategorien erweitern, dass Sachen wie starke touristische Nutzung oder starke öffentliche Nutzung hinzukommen, sodass die Gemeinden mehr Möglichkeiten haben – jetzt sind es, glaube ich, drei oder vier Kategorien, in die man diese Straßen einteilen kann –, diese Straßen anders einzuteilen.

Das sind die Sachen, die wir aus der Diskussion mitgenommen haben, die wir in der weiteren Diskussion im Innenausschuss und dann irgendwann auch hier im Landtag mit befördern wollen. Wir glauben, dass es der falsche Weg wäre, auf Straßenausbaubeiträge zu verzichten, weil das dazu führen könnte, dass es nur noch zu wenigen Investitionen bei uns im Land kommt. Aber auch wir wollen das gerne weiterentwickeln. – Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall Ann Christin von Allwörden, CDU)

**Vizepräsidentin Dr. Mignon Schwenke:** Danke, Herr Abgeordneter.

Ich erteile das Wort Herrn Grimm für die Fraktion der AfD.

**Christoph Grimm, AfD:** Ja, wir sitzen hier heute zum zweiten Mal zusammen und beraten ...

**Vizepräsidentin Dr. Mignon Schwenke:** Herr Abgeordneter, ...

**Christoph Grimm**, AfD: Oh, Entschuldigung!

**Vizepräsidentin Dr. Mignon Schwenke**: ... ich bitte Sie um die Begrüßungsformel.

**Christoph Grimm**, AfD: Pardon! Pardon! Das war nicht so gemeint.

(Heiterkeit bei Peter Ritter, DIE LINKE –  
Thomas Krüger, SPD:  
Kann passieren.)

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Abgeordnete! Liebe Bürger! Wir sitzen hier jetzt zum zweiten Mal zusammen und beraten über diese Thematik. Zum ersten Mal war das, glaube ich, am 5. April, und in dieser Zeit ist nicht etwa nichts passiert, sondern es hat sich etwas getan.

Dankenswerterweise hat die Partei DIE LINKE eine Expertenanhörung beantragt, und diese hat zu unterschiedlichen Ergebnissen geführt. Im Endergebnis: Es wurden sieben Quellen zu ihrer Auffassung befragt. Von diesen sieben Quellen haben sich vier gegen die Abschaffung der Pflicht zur Erhebung der Straßenausbaubeiträge geäußert und im Ergebnis waren nur zwei dafür. Eine dritte Meinung, die des Herrn Professors Marcus Arndt, vermag ich ehrlich gesagt nicht einzuschätzen. Es wird Ihnen vielleicht genauso gehen. Da kann man nicht sagen, dass das Plus oder Minus war.

Ich habe versucht zusammenzutragen, was die Meinungen argumentativ dargelegt haben, die sich gegen die Abschaffung der Pflicht zur Erhebung der Straßenausbaubeiträge gerichtet haben. Übereinstimmend war das eine Merkmal zu finden, wie bitte soll das gegenfinanziert werden, denn man müsste, so die Forderung, Steuern, und zwar kommunale Steuern erhöhen, um den Ausgleich wiederherzustellen. Wenn das so ist, wenn das das Hauptargument ist, dann stellt sich mir die Frage: Wie ist die steuerliche Situation hier in Deutschland derzeit? Die wird dadurch gekennzeichnet, dass Deutschland zunächst mal das Höchststeuerland Nummer zwei, und zwar global, ist. Direkt hinter Belgien stehen wir. Das hat die OECD so festgestellt. Weitere Steuererhöhungen sind unterwegs und geplant. Es geht etwa um die europäische Börsenumsatzsteuer. Wir alle wissen, dass die Pkw-Maut auch kommen soll. Es geht also munter weiter bei der Belastung unserer Bürger. Hier scheint mir der Hase im Pfeffer zu liegen, denn wir müssen doch davon vielleicht mal wegkommen und anfangen, den Bürger zu entlasten, und da sehe ich den Verzicht auf Straßenausbaubeiträge als eine sehr gute Möglichkeit.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

Es ist auch nicht so, dass uns Steuereinnahmen irgendwo fehlen. Die Steuereinnahmen sprudeln wie nie zuvor. Wir haben allzeit Höchststände bei den Steuereinnahmen. 2016 sind es 684 Milliarden. Für 2017 rechnet man mit 707 Milliarden. Was will ich Ihnen damit sagen? Ich will Ihnen sagen, Deutschland hat kein Steuereinnahmeproblem. Wir haben kein Problem auf der Einnahmeseite. Also haben wir das Problem ganz offenbar auf der Ausgabenseite. Da sollten wir vielleicht mal näher hinschauen. Dabei fällt mein Blick auf die von Ihnen so geliebten ideologischen Großprojekte, die ich mal kurz zusammenzähle: Euro, die EU des Herrn Juncker, die Energiewende, die offenen Grenzen, die Inklusion.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Mensch, bis eben war die Rede nicht verkehrt, aber jetzt haben Sie wieder alles eingerissen.)

All das sind ...

Ja, Herr Ritter, das müssen Sie sich von mir anhören und das hat auch gar nichts mit Wahlkampf zu tun.

(Peter Ritter, DIE LINKE:  
Ja, es ist schade, aber es hat mit dem Thema nichts zu tun.)

Wo Sie schlechte Politik machen, da halten wir Ihnen das dann auch mal vor.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD –  
Peter Ritter, DIE LINKE: Bis eben war die Rede gar nicht schlecht, habe ich gesagt. –  
Torsten Renz, CDU: Herr Ritter, sind Sie jetzt schon in Regierungsverantwortung?!)

Ja, ist ja gut. Ich habe das verstanden.

Es ist auch so, dass wir in Deutschland den größten Niedriglohnsektor haben in Europa. 25 Prozent ist der Anteil der Niedriglöhne hier in Deutschland. Ja, das ist alles auch mit das Werk vor allem der Parteien, die in der Regierungsverantwortung stehen. Auch Rentner zahlen Steuern. Unsere Rentner werden sehr schlecht behandelt. Wir haben das höchste Renteneintrittsalter in Europa und den niedrigsten Rentensatz.

(Torsten Renz, CDU:  
Rentenalter absenken?!)

Schließlich sind wir Deutschen auch nicht etwa mit dem höchsten Pro-Kopf-Vermögen in Europa gesegnet,

(Peter Ritter, DIE LINKE: Laut der AfD sollen wir doch länger arbeiten! –  
Zuruf von Torsten Renz, CDU)

sondern wir befinden uns ziemlich weit hinten. Auch das gilt es zu beachten. Und da wollen Sie den Bürgern weiter diese Straßenausbaubeiträge zumuten? Ich finde, das sollte man infrage stellen.

Ich wundere mich übrigens, das jetzt wieder an die Adresse von Herrn Ritter: Sie sagen, Sie sehen selbst Handlungsbedarf. Ja, aber warum handeln Sie dann nicht?

(Torsten Renz, CDU:  
Weil er handlungsunfähig ist. –  
Peter Ritter, DIE LINKE:  
Wir haben doch gehandelt.)

Ich habe von Ihnen bisher überhaupt nichts gesehen.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Wir machen das, wie in der parlamentarischen Reihenfolge vorgesehen. Wir leiten ein Expertengespräch ein, ziehen daraus unsere Schlussfolgerungen und leiten dann ein Gesetzgebungsverfahren ein.)

Zu dem Argument Gleichbehandlungsgrundsatz von Frau Tegtmeier, den sie angeführt hat: Das kann es nicht sein, weil es gibt verschiedene Bundesländer, die genau so eine Regelung haben, wie wir sie jetzt beantragt haben.

(Martina Tegtmeier, SPD: Das bezog sich auf die Gemeindeordnung in Mecklenburg-Vorpommern, ein Ergebnis des Expertengesprächs.)

Ich denke an Thüringen, wo sogar die SPD, DIE LINKE und DIE GRÜNEN beteiligt sind. Ich denke an Sachsen, Niedersachsen, das Saarland und neuestens übrigens auch Schleswig-Holstein. Die haben es zumindest in ihren Koalitionsvertrag geschrieben.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

Da können wir erwarten, dass die das genauso in die Wege leiten, wie wir das jetzt hier beantragt haben.

Dann möchte ich sagen, hier ist offenbar eine Unsicherheit bei den Rechtsmeinungen eingeleitet. Gucken Sie sich bitte mal Paragraf 50 Absatz 3 unserer Geschäftsordnung an! Ich lese den so, dass wir in der Zweiten Lesung immer noch in einen Ausschuss verweisen können. Wenn hier eine andere Rechtsmeinung herrscht, müsste vielleicht das Präsidium da mal einen Hinweis erteilen.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Lesen Sie mal Paragraf 50 (4) GO LT!)

Vielen Dank.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD – Peter Ritter, DIE LINKE: Lesen Sie mal 50 (4)!)

**Vizepräsidentin Dr. Mignon Schwenke:** Danke, Herr Abgeordneter.

Ums Wort gebeten hat noch mal Frau Tegtmeier für die Fraktion der SPD.

**Martina Tegtmeier, SPD:** Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren!

Herr Grimm, Sie haben hier so viel vermengt, was man eigentlich nicht vermengen kann, jedenfalls nicht zu diesem Thema. Was ich zum Gleichbehandlungsgrundsatz gesagt habe, das hatte ich zitiert. Das war nicht meine Meinung, sondern ich hatte mit Erlaubnis der Präsidentin vom Bürgermeister aus Grevesmühlen einige Passagen zitiert.

Herr Reinhardt, was Sie hier vorgetragen haben, freut mich sehr. Ich hätte mir das gar nicht gewagt, nachdem ich den Arbeitsplan des Innenministers kenne, das Kommunalabgabengesetz noch zusätzlich aufzunehmen. Das finde ich sehr gut, weil wir haben auch die eine oder andere Idee, die sich aus dem Expertengespräch ergeben hat.

Ich möchte auch noch einen Satz zu Herrn Ritter sagen. Herr Ritter, Sie haben die Tatsache, dass die Gemeinden Beiträge erheben, damit in Verbindung gebracht, dass die Finanzausstattung wohl nicht ganz stimmen könnte. Das muss man sich mal auf der Zunge zergehen lassen, weil ich habe vorhin aus dem Artikel 28 Grundgesetz in Teilen zitiert. Darin steht aber nicht nur, dass „den Gemeinden das Recht gewährleistet sein (muß), alle Angelegenheiten der örtlichen Gemeinschaft im Rahmen der Gesetze in eigener Verantwortung zu regeln“, sondern darin steht genauso, dass „die Gewährleistung der Selbstverwaltung auch die Grundlagen der finanziellen

Eigenverantwortung (umfaßt)“. Das bedeutet, dass eine Gemeinde erst mal dazu angehalten ist, die Dinge, die sie in ihrem örtlichen Wirkungskreis auf den Weg bringt, auch selbst gegenzufinanzieren.

Und noch einmal zu den Steuern: Das, was unsere Gemeinden an Ausstattung erhalten, das ist aus Steuern. Wenn man sich das Steuersystem anguckt, vom Bund, auf Land, auf Gemeinden, dann ist das ein bestimmter Kreislauf, und man kann das nicht einfach so undifferenziert betrachten. Wir haben unser System und wenn Gemeinden irgendwas machen wollen, dann schreiben sie eine Rechnung und reichen das beim Land oder beim Bund oder sonst wo ein. Das funktioniert nicht. Man muss entweder das System insgesamt verändern oder aber man muss sich innerhalb des Systems regelkonform verhalten. Man kann das nicht alles durcheinanderbringen und vermengen. So funktioniert es auch nicht. – Vielen Dank.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD)

**Vizepräsidentin Dr. Mignon Schwenke:** Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Ich schließe die Aussprache.

Seitens der Fraktion der AfD ist gemäß Paragraf 50 Absatz 3 unserer Geschäftsordnung beantragt worden, diesen Gesetzentwurf an den Ausschuss für Inneres und Europa zu überweisen und gemäß Paragraf 47 unserer Geschäftsordnung eine Dritte Lesung vorzusehen.

(Zuruf von Peter Ritter, DIE LINKE)

Ich lasse nun über diesen Geschäftsordnungsantrag abstimmen. Wer zuzustimmen wünscht, die Überweisung an den Ausschuss für Inneres und Europa vorzusehen sowie gemäß Paragraf 47 unserer Geschäftsordnung die Dritte Lesung durchzuführen, den bitte ich um ein Handzeichen. – Danke schön. Gegenprobe. – Stimmenthaltung? – Damit ist der Geschäftsordnungsantrag der Fraktion der AfD, die Überweisung an den Ausschuss für Inneres und Europa vorzusehen sowie eine Dritte Lesung gemäß Paragraf 47 unserer Geschäftsordnung durchzuführen, bei Zustimmung der Fraktion der AfD und ansonsten Gegenstimmen aller anderen Fraktionen abgelehnt.

Die Fraktion der AfD hat gemäß Paragraf 91 Absatz 1 unserer Geschäftsordnung zur Schlussabstimmung des Gesetzentwurfes der Fraktion der AfD auf Drucksache 7/398

(Martina Tegtmeier, SPD:  
Namentliche Abstimmung! –  
Heiterkeit bei Thomas Krüger, SPD:  
Nee, ne?!)

eine namentliche Abstimmung beantragt.

Meine Damen und Herren, wir beginnen mit der Abstimmung. Dazu werden Sie hier vom Präsidium namentlich aufgerufen und gebeten, vom Platz aus Ihre Stimme mit Ja, Nein oder Enthaltung abzugeben. Damit Ihr Votum korrekt erfasst werden kann, bitte ich Sie, sich nach Aufruf, wenn möglich, von Ihrem Platz zu erheben und Ihre Stimme laut und vernehmlich abzugeben. Darüber hinaus bitte ich alle im Saal Anwesenden, während des Abstimmungsvorganges von störenden Gesprächen Abstand zu nehmen.

Ich bitte nun den Schriftführer, die Namen aufzurufen.

(Die namentliche Abstimmung wird durchgeführt.)

Ist noch ein Mitglied des Hauses anwesend, das seine Stimmung,

(Heiterkeit vonseiten der Fraktionen der SPD und CDU)

Stimme nicht abgegeben hat und dies noch tun möchte?

(Die Abgeordneten Dr. Till Backhaus, Mathias Brodkorb, Birgit Hesse und Thomas de Jesus Fernandes werden nachträglich zur Stimmabgabe aufgerufen.)

Ist noch ein Mitglied des Hauses anwesend, das seine Stimme nicht abgegeben hat und das noch tun möchte? – Das ist nicht der Fall.

Ich schließe die Abstimmung. Ich bitte die Schriftführer, mit der Auszählung zu beginnen, und unterbreche die Sitzung für zwei Minuten.

**Unterbrechung: 15.38 Uhr**

**Wiederbeginn: 15.39 Uhr**

**Vizepräsidentin Dr. Mignon Schwenke:** Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich eröffne die unterbrochene Sitzung. An der Abstimmung haben insgesamt 58 Abgeordnete teilgenommen. Mit Ja stimmten 14 Abgeordnete, mit Nein stimmten 44 Abgeordnete. Es enthielt sich niemand der Stimme. Damit ist der Gesetzentwurf der Fraktion der AfD auf Drucksache 7/398 abgelehnt.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 6:** Zweite Lesung und Schlussabstimmung des Gesetzentwurfes der Fraktion der AfD – Entwurf eines Gesetzes zur Änderung der Verfassung des Landes Mecklenburg-Vorpommern und des Volksabstimmungsgesetzes Mecklenburg-Vorpommern – Absenkung Quorum Volksbegehren; Abschaffung Quorum Volksentscheid, auf Drucksache 7/539.

**Gesetzentwurf der Fraktion der AfD  
Entwurf eines Gesetzes zur Änderung der Verfassung des Landes Mecklenburg-Vorpommern und des Volksabstimmungsgesetzes Mecklenburg-Vorpommern – Absenkung Quorum Volksbegehren; Abschaffung Quorum Volksentscheid**  
(Zweite Lesung und Schlussabstimmung)  
– **Drucksache 7/539** –

In der 12. Sitzung des Landtages am 17. Mai 2017 ist die Überweisung des Gesetzentwurfes in die Ausschüsse abgelehnt worden. Gemäß Paragraf 48 Absatz 3 der Geschäftsordnung des Landtages wird der Gesetzentwurf spätestens nach drei Monaten zur Zweiten Lesung auf die Tagesordnung gesetzt.

Im Ältestenrat wurde eine Aussprache mit einer Dauer von bis zu 45 Minuten vereinbart. Ich sehe und höre dazu keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen. Ich eröffne die Aussprache.

Als Erster hat das Wort Herr Dr. Manthei für die Fraktion der AfD.

**Dr. Matthias Manthei, AfD:** Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Vor zwei Wochen, am 29. Juni 2017, veröffentlichte die „Schweriner Volkszeitung“ ein Interview mit der zu dem Zeitpunkt noch designierten Ministerpräsidentin Frau Schwesig. Dort stellte der Journalist fest, ich zitiere: „Die Regierung vermittelte ... den Eindruck, an den“ Bürgern „vorbeizuregieren“, Zitatende. Und er fragte Frau Schwesig, ich zitiere weiter, „was setzen Sie dem entgegen?“. Die nunmehrige Ministerpräsidentin antwortete, dass es um das Thema Bürgerbeteiligung gehe, wörtlich, ich zitiere: „Wir wollen die Bürgerinnen und Bürger stärker einbeziehen.“ Zitatende.

Meine Damen und Herren, das will die AfD auch,

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

aber mit einem gravierenden Unterschied: Was die Koalition möchte, sind Bürgerbefragungen. Bürgerbefragungen sind unverbindliche Aktionen. Man befragt die Bürger und ist daran nicht gebunden. Wofür wir uns einsetzen, sind verbindliche Volksentscheide.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

Wir haben einen konkreten Vorschlag. Immer wieder müssen wir uns ja die Vorhaltungen der SPD und CDU anhören, dass wir keine Konzepte haben.

(Torsten Renz, CDU: Zu Recht.)

Das ist jetzt mal ein klares Konzept.

(Zuruf von Thomas Krüger, SPD)

Hier haben Sie ein klares Konzept, einen ganz klaren Gesetzentwurf vorliegen.

(Zuruf von Torsten Renz, CDU)

Den können Sie zumindest zur Beratung erst mal annehmen. Wir haben diesen konkreten Vorschlag ausgearbeitet, wie man die direkte Demokratie im Land stärken kann. Man muss eigentlich nicht sagen „stärken kann“, sondern „überhaupt erst zum Leben erwecken kann“.

Der Gesetzentwurf hat zum Ziel, die Hürden für Volksbegehren und -entscheide in unserem Land zu senken. Dass neben Parlamentsgesetzen auch Volksgesetze verabschiedet werden können, steht in unserer Landesverfassung festgeschrieben, aber derzeit müssen die Bürger ein langwieriges Verfahren durchlaufen und große Hürden überwinden, wenn sie ein Gesetz erlassen wollen.

Die erste große Hürde ist das Volksbegehren. Mindestens 100.000 Wahlberechtigte müssen es durch ihre Unterschrift unterstützen. Das sind etwa 7,5 Prozent der Wahlberechtigten, die ihren Willen aktiv kundtun müssen. Ist das Volksbegehren erfolgreich und wird es vom Landtag abgelehnt, führt das zum Volksentscheid.

Und nun kommt die zweite große Hürde zum Tragen, denn beim Volksentscheid reicht es nicht aus, wenn die Mehrheit der Abstimmenden zustimmt, nein, es muss mindestens ein Viertel aller Wahlberechtigten zustimmen.

Diese Hürden für Volksgesetze sind zu hoch.

(Torsten Renz, CDU: Aus Ihrer Sicht!)

Seit Inkrafttreten der Landesverfassung im Jahr 1994 war erst ein einziges Volksbegehren erfolgreich, nämlich im Jahr 2015, das gegen die Gerichtsstrukturreform. Der Landtag lehnte es bekanntlich ab und es kam zum Volksentscheid. Hier sprachen sich 83 Prozent der Abstimmenden für den Volksentscheid aus. Dennoch scheiterte der Volksentscheid, weil die Wahlbeteiligung weniger als ein Viertel betrug. Zum damaligen Zeitpunkt hätte sogar ein Drittel aller Wahlberechtigten zustimmen müssen.

(Torsten Renz, CDU: Ist ja logisch.)

Die Hürden für eine Volksgesetzgebung sind auch nach den Gesetzesänderungen in der vergangenen Wahlperiode zu hoch. Das war ja das Argument der Regierungsparteien, dass sie gesagt haben, wir haben gerade in der letzten Legislaturperiode eine gewisse Senkung der Hürden vorgenommen, und deshalb wolle man da nicht weiter ran.

(Andreas Butzki, SPD: Genau, richtig erkannt. –  
Torsten Renz, CDU: Fachliche Abwägung aber.)

Welchen Sinn hat es, das notwendige Quorum von einem Drittel auf ein Viertel zu senken? Das Quorum selbst beim Volksentscheid ist überflüssig.

(Torsten Renz, CDU: Was?)

Wir schlagen eine Absenkung der notwendigen Anzahl der Unterschriften für das Volksbegehren und die Abschaffung des Quorums bei Volksentscheiden vor. Für ein Volksbegehren sollen statt derzeit 100.000 nur noch 40.000 Unterstützerunterschriften notwendig sein. Diese Zahl entspricht etwa fünf Prozent der Wählerstimmen der Landtagswahl von 2016. Fünf Prozent der Wählerstimmen benötigt auch eine Partei, um in den Landtag einzuziehen, wo sie dann Gesetzentwürfe einbringen kann. Das Einbringungsquorum von 40.000 Unterschriften erfüllt den Zweck, dass der Landtag sich nur mit Begehren befasst, die einen guten Teil des Volkes mobilisieren. Insofern, glaube ich, besteht ja Einigkeit, dass man nicht von Minderheiten getrieben werden soll, sondern es muss natürlich eine gewisse Hürde bestehen, bevor es zu einem Volksgesetzgebungsverfahren kommen kann. Aber das Zustimmungsquorum beim Volksentscheid erfüllt gar keinen Zweck. Es ist lediglich eine Hürde, eine große dazu. Deshalb wollen wir sie komplett aufheben.

„Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus“, heißt es in Artikel 20 Absatz 2 des Grundgesetzes, durch „Wahlen und Abstimmungen“. Die Verfassung des Landes Mecklenburg-Vorpommern sieht Instrumente direkter Demokratie und Bürgerbeteiligung vor, nämlich Volksinitiativen, Volksbegehren und Volksentscheide. Wenn es diese Elemente also laut Verfassung gibt, dann sollten diese auch praktisch vom Volke nutzbar sein. Ich habe es in der Ersten Lesung schon gesagt, die Volksgesetzgebung in Mecklenburg-Vorpommern, die wir nun schon seit über 20 Jahren formal in der Verfassung stehen haben, ist bis heute tot. Es gibt bis heute kein einziges Volksgesetz in Mecklenburg-Vorpommern.

Die Instrumente der direkten Demokratie dürfen auch nicht als Zugeständnis der parlamentarischen Repräsentanten an das Volk begriffen werden.

Wir hier im Parlament haben die Macht, die Verfassung und das Volksabstimmungsgesetz des Landes dahin gehend anzupassen, dass das Volk von seinem Beteiligungsrecht an der Gesetzgebung auch realistischerweise erfolgreich Gebrauch machen kann. Wir haben es in der Hand, die aktive Beteiligung der Bürger an den demokratischen Prozessen über die Wahlen hinaus zu stärken.

Richtig ist, dass in der vergangenen Wahlperiode die Anzahl der Unterstützerunterschriften gesenkt wurde. Aber was vergessen wurde in der öffentlichen Diskussion, ist, dass in Wahrheit der Zugang zu einem Volksbegehren erschwert wurde, weil gleichzeitig eine Frist von fünf Monaten neu eingeführt wurde.

(Thomas Krüger, SPD: Sie können doch nicht ewig sammeln. Das ist doch nicht ...)

Und von daher, wenn ich denke, wie lange wir die Unterschriften für den Volksentscheid gegen die Gerichtsstrukturreform gesammelt haben – das war ungefähr ein Jahr –, wie lange das gedauert hat, mit fünf Monaten wird es noch schwieriger.

Herr Krüger, Ihr Einwand ist nicht ganz unrichtig. Es ist durchaus möglich, Fristen zu machen. Das gibt es in anderen Ländern auch. Aber wenn Sie zum Beispiel mal gucken, wenn Sie sich die bayerische Regelung ansehen, dort ist es so – das ist noch eine viel kürzere Frist, nebenbei bemerkt –, dort liegen die Unterschriftenlisten in den Ämtern aus. In allen Ämtern des Landes liegen Unterschriftenlisten aus. Also da muss nicht der Bürger, wie wir es damals gemacht haben, samstags losgehen in die Fußgängerzone und Unterschriften sammeln. Dort beteiligt sich der Staat aktiv und ermöglicht das Sammeln der Unterschriften.

Die Bürger wählen uns ja nicht, weil sie Entscheidungen über komplexe Themen lieber anderen überlassen. Die AfD geht von mündigen Wählern aus, die in der Lage sind, sich auch zu vermeintlich sehr komplexen Themen eine Meinung zu bilden. Für die Herabsenkung des Einbringungsquorums und die Abschaffung des Zustimmungsquorums zu stimmen, bedeutet, dem Volk in Angelegenheiten, die es selbst als besonders wichtig erachtet, die Möglichkeit zur unmittelbaren Mitwirkung an der Gesetzgebung einzuräumen.

Frau Justizministerin hat in ihrer Stellungnahme in der Ersten Lesung zum Gesetz verfassungsrechtliche Bedenken angemeldet. Sie berief sich auf ein Urteil des Staatsgerichtshofs Bremen aus dem Jahr 2000, das genau den Inhalt unseres Gesetzentwurfs treffen solle. Hierzu stellen sich mehrere Fragen. Die erste: Welche Bindungswirkung hat ein Urteil aus Bremen für Mecklenburg-Vorpommern? Es hat keine Bindungswirkung. Und das Urteil kritisiert auch nur die Kumulation von erheblicher Reduzierung der Unterschriften für das Volksbegehren und den Wegfall des Quorums beim Volksentscheid. Dazwischen gibt es viel Spielraum. Warum nutzen wir den nicht? Warum haben wir Mecklenburger und Vorpommern weniger Rechte als die Schweizer zum Beispiel? Dort gibt es ebenfalls kein Zustimmungsquorum für einen Volksentscheid.

(Thomas Krüger, SPD: Weil es ein komplett anderes politisches System ist.)

Danke für den Hinweis, Herr Krüger, wie bestellt.

Aber auch in Deutschland gibt es Bundesländer, die das Quorum schon längst abgeschafft haben im Volksentscheid, und das ist kein komplett anderes politisches System.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

Wir haben Bayern, Hessen und Sachsen, dort gibt es kein Quorum mehr beim Volksentscheid. Warum haben wir Mecklenburger und Vorpommern weniger Rechte als die Bayern, die Hessen und die Sachsen?

Wie gesagt, man muss aber das Gesamte sehen, man muss auch das Volksbegehren und den Volksentscheid immer gemeinsam beurteilen.

(Torsten Renz, CDU: Richtig, richtig.)

Das sind aber Detailsachen. Dafür sind die Ausschüsse zuständig, in denen das geklärt wird.

Soll es dann nur noch an der Anzahl der Unterstützerterschriften für das Volksbegehren scheitern? Wenn Sie sagen, 40.000 ist Ihnen zu wenig, warum kann man dann nicht im Ausschuss beraten und sich da auf eine Zahl einigen?

(Torsten Renz, CDU:  
Wir haben es ja beraten.)

Wieso stimmen SPD und CDU nicht einmal einer Verweisung in die Ausschüsse zu? Ist es nicht das Wesen der Demokratie, dass man Kompromisse finden muss? Und für Detailberatungen sind nun mal die Ausschüsse zuständig.

(Andreas Butzki, SPD: Dann bringen Sie es doch im Ausschuss ein!)

Tatsache ist nach wie vor, ich sagte es schon, dass die Volksgesetzgebung in Mecklenburg-Vorpommern tot ist. Die Buchstaben unserer Verfassung sind nicht mit Leben erfüllt. Von einer Abwärtsspirale bei den Voraussetzungen der Volksgesetzgebung zu sprechen, halte ich deshalb für fernliegend. Ich bitte daher nochmals die übrigen Landtagsfraktionen, wenigstens zunächst einer Überweisung in den Rechtsausschuss, die ich hiermit beantrage, zuzustimmen. – Vielen Dank.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

**Vizepräsidentin Dr. Mignon Schwenke:** Danke, Herr Abgeordneter.

Das Wort erhält Herr Friedriszik für die Fraktion der SPD.

**Dirk Friedriszik,** SPD: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Damen und Herren Abgeordnete! Sehr verehrte Gäste! Im Rahmen der Ersten Lesung habe ich bereits deutlich gemacht, warum die SPD-Fraktion den vorliegenden Gesetzentwurf nicht mitträgt. Dies gründet sich neben dessen inhaltlicher Ausgestaltung auch auf rechtliche Gesichtspunkte sowie die Herangehensweise der AfD-Fraktion zu einer Änderung unserer Landesverfassung.

Laut Gesetzentwurf soll das Unterstützerquorum bei Volksbegehren auf 40.000 gesenkt werden. Dies entspricht lediglich rund drei Prozent der Wahlberechtigten

bei der letzten Landtagswahl. Mit einem Unterstützerquorum von nur drei Prozent hätte Mecklenburg-Vorpommern das niedrigste Quorum aller Bundesländer. Dies für sich genommen wirft schon die Frage auf, ob man dann noch von einem Volksbegehren reden kann. Hinzu kommt, dass das bestehende Zustimmungsquorum bei Volksentscheiden nicht nur gesenkt, sondern gänzlich entfallen soll. Beides zusammengenommen – ein Unterstützerquorum bei Volksbegehren von nur drei Prozent und die komplette Abschaffung des Zustimmungsquorums bei Volksentscheiden – würde es noch mehr begünstigen, dass eine kleine Gruppe von Aktivisten ein Gesetz allein infolge der Nichtbeteiligung der großen Mehrheit zustande bringt.

Damen und Herren, gerade mit Blick auf das Demokratieprinzip gibt es verfassungsgerichtliche Entscheidungen, die derart niedrige Quoren bei Volksbegehren – zumal, wenn bei abschließenden Volksentscheiden keinerlei Quorum besteht – als unzulässig ansehen. Der Sinn von Hürden bei Volksbegehren ist es, den demokratischen Grundsatz zu verwirklichen, dass ein politischer Gestaltungswille, der keinen größeren Rückhalt im Volk hat, von der Gesetzgebung ausgeschlossen ist. Ein Quorum macht Volksgesetzgebung nicht etwa unmöglich, sondern verleiht ihr erst die unabdingbare demokratische Legitimation.

Damen und Herren Abgeordnete, ungeachtet dessen ist es der AfD-Fraktion offensichtlich selber nicht ernst mit der Änderung unserer Landesverfassung, sonst hätte sie den Gesetzentwurf nicht im Alleingang in den Landtag eingebracht. Eine Verfassung sollte auf einer breiten Legitimationsbasis geändert werden. Um eine Verfassungsänderung auf den Weg zu bringen, müssen die politischen Kräfte im Vorfeld aufeinander zugehen und sich verständigen. Dies hat die AfD-Fraktion bewusst unterlassen.

Meine Damen und Herren, wir lehnen den Gesetzentwurf ab. – Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD)

**Vizepräsidentin Dr. Mignon Schwenke:** Das Wort hat Frau Bernhardt für die Fraktion DIE LINKE.

**Jacqueline Bernhardt,** DIE LINKE: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Wir debattieren heute in Zweiter Lesung einen Gesetzentwurf der AfD, der die Absenkung des Quorums für Volksbegehren und die Aufhebung des Quorums der Volksentscheide zum Inhalt hat. Entgegen den Koalitionsfraktionen sind wir der Auffassung, dass die direkte Demokratie hierzulande durchaus noch ausbaufähig ist und Verbesserungen vertragen könnte. Aus unserer Sicht stehen die direkte und die parlamentarische Demokratie gleichberechtigt nebeneinander, und diese Gleichberechtigung haben wir in Mecklenburg-Vorpommern noch nicht erreicht.

Entsprechend hätten wir es für sinnvoll erachtet, den Gesetzentwurf in die Ausschüsse zu überweisen, deshalb hatten wir in Erster Lesung dem auch zugestimmt, um ihn dort zu beraten und eventuell etwas Vernünftiges aus ihm zu machen. Diese Möglichkeiten hatten wir leider nicht. Aus diesem Grund werden wir den Gesetzentwurf in der vorliegenden Fassung ablehnen.

Ich werde noch mal kurz auf die Hauptgründe eingehen:

Erstens, die Quorensenkung für die Volksbegehren. Sie wollen das Quorum für die Volksbegehren auf 40.000 absenken, und zwar gekoppelt an die Anzahl der Wählerinnen und Wähler der letzten Landtagswahl. Sie wollen damit ein flexibles Kriterium schaffen, bei dem die Nichtwähler über die Höhe des Quorums entscheiden. Das kann natürlich so nicht richtig sein. Sie haben da in Ihrer Überlegung zwei Denkfehler aus unserer Sicht. Erstens vergleichen Sie das Volksbegehren mit einer Landtagswahl. Das ist nicht ganz korrekt, da es bei dem Volksbegehren um ein Gesetz geht. Sie müssen deshalb aus unserer Sicht als Vergleich nicht die Landtagswahl heranziehen, sondern des Gesetzgebungsverfahrens hier im Landtag. Ihr zweiter Denkfehler ist, diese fünf Prozent auf die Wählerinnen und Wähler der letzten Landtagswahl zu beziehen. Entscheidend ist auch hier das parlamentarische Verfahren aus unserer Sicht. Im Gesetzgebungsverfahren des Landtages beziehen sich vier Abgeordnete, also knapp fünf Prozent, auf die Mitglieder des Landtages und nicht auf die anwesenden Mitglieder des Landtages. Richtig wäre also eine Absenkung des Quorums auf fünf Prozent der wahlberechtigten Bevölkerung, also auf 65.000 oder 70.000, nicht auf 40.000.

Zweitens. Für die Quorenabschaffung liefern Sie keine richtige Begründung. Dass andere Bundesländer es machen, das ist für mich keine ausreichende Begründung, sondern da hätte man tatsächlich im Ausschuss noch mal tiefer diskutieren müssen.

Drittens. Die flankierenden Maßnahmen im Volksabstimmungsgesetz fehlen in Ihrem Gesetzentwurf völlig. Im Zuge des Volksbegehrens und des Volksentscheides zur Gerichtsstrukturreform haben wir uns damals sehr intensiv damit befasst. Hätten Sie einen Blick in die Parlamentsdatenbank geworfen, wüssten Sie das. Da ging es etwa um die Verpflichtung der Regierung zu einer Informationskampagne, eine ausreichende Kostenerstattung für das Volksbegehren oder Rechtsschutzmöglichkeiten gegen Entscheidungen der Landeswahlleitung. Eigentlich sind das die Dinge, über die man zuerst nachdenken sollte, wenn man es mit der direkten Demokratie ernst meinen wollte.

Meine Damen und Herren der AfD, lassen Sie mich Ihnen abschließend noch einen Rat geben: Wenn Sie ein so wichtiges Thema wie Demokratie anfassen, machen Sie es richtig! Wir hatten gesagt, woran es aus unserer Sicht scheitert. Der Gesetzentwurf wirkt, als hätten Sie einfach die entsprechenden Forderungen aus Ihrem Wahlprogramm herauskopiert und dann „Gesetzentwurf“ darübergeschrieben, und fertig ist es. Am Ende steht da ein Gesetzentwurf, dem selbst der glühendste Verfechter der direkten Demokratie nicht zustimmen könnte.

(Heiterkeit bei Torsten Renz, CDU:  
Das sind Sie, ja?)

Also entweder ist Ihnen das Thema völlig egal oder Sie haben es nur abgearbeitet, weil es halt im Wahlprogramm steht. Deshalb nochmals: Wir lehnen es ab. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE)

**Vizepräsidentin Dr. Mignon Schwenke:** Das Wort hat jetzt der Kollege Abgeordnete Herr Ehlers für die Fraktion der CDU.

(Holger Arppe, AfD: Oh jetzt! Jetzt gehts los!)

**Sebastian Ehlers, CDU:** Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich könnte es mir jetzt einfach machen und auf meine Rede aus der Ersten Lesung verweisen. Aber da wir ja sicherlich den einen oder anderen Zuschauer hier im Saal und auch im Internet haben, der die Debatte damals nicht verfolgt hat, möchte ich gerne mal die Argumente nennen und auch die Argumente nennen, warum wir damals wie heute keiner Überweisung zustimmen.

Ich denke, die Verfassung ist ein hohes Gut, und der Vorredner von der SPD ist darauf eingegangen, wie das in der vergangenen Wahlperiode gelaufen ist. Ich glaube, kein Thema wurde so intensiv beraten und zunächst mal intern beraten. Soweit ich das von unserem Fraktionsvorsitzenden weiß, gab es da sehr, sehr viele Runden und Gespräche, auch mit der Opposition, mit dem Kollegen Holter als dem Fraktionsvorsitzenden, mit Jürgen Suhr damals von den GRÜNEN. Da wurde sehr intensiv erst mal intern gesprochen.

In der Tat, den Schuh müssen Sie sich hier anziehen an der Stelle: Wenn Sie es ernst gemeint hätten, dann wären Sie auf die anderen Fraktionen zugegangen und hätten dort mal ausgelotet, ob es da Interesse gibt, an dem Thema was zu machen. Das haben Sie nicht gemacht, Sie haben den Antrag hier eingebracht. Das ist Ihr gutes Recht, das will Ihnen gar keiner absprechen, aber Sie wussten natürlich auch, dass das wenig Erfolg haben kann.

Wir haben 2016 nach den langen Diskussionen mit Unterstützung der Opposition die Landesverfassung angepasst, also es sind jetzt nur noch 100.000 und nicht mehr 120.000 Unterschriften zu bringen. Wir haben die zeitliche Begrenzung eingeführt, fünf Monate zu sammeln. Das finde ich fair, das habe ich auch beim letzten Mal gesagt, und das, glaube ich, ist auch zumutbar, weil ich kein Verständnis dafür habe, wenn man hier jahrelang Unterschriften sammelt, wenn bestimmte Themen beispielsweise schon längst durch faktische Entscheidungen abgeräumt sind. Und das Quorum ist von einem Drittel auf ein Viertel gesenkt worden.

Was die Unterschriften angeht, damit sind wir im guten Mittelfeld, 100.000 ist ungefähr 7,5 Prozent. In Bayern sind es 10 Prozent, im wahlberechtigten Hessen 20, im Saarland 7, also sollte man Mecklenburg-Vorpommern auch nicht schlechter reden, als es ist. Wir haben da schon sehr, sehr viel gemacht.

Ich habe auch so ein Stück weit ein Gerechtigkeitsproblem, denn Sie tun ja so, als wenn die Mehrheiten hier im Landtag vom Himmel gefallen sind. Ich meine, hier sitzt eine demokratisch gewählte Koalition, die zusammen fast 50 Prozent der Wählerstimmen auf sich vereint hat, und das muss man auch mal zur Kenntnis nehmen. Dann kann es an der Stelle auch nicht sein, dass die von Ihnen genannten 40.000, die 5 Prozent, also Minderheiten, am Ende Mehrheitsvoten kippen. Das halte ich persönlich für einen schwierigen Ansatz.

Ich glaube, wir haben gute Erfahrungen gemacht in Deutschland mit der parlamentarischen Demokratie. Ich bin auf jeden Fall ein Verfechter davon. Ich glaube, gerade in politisch schwierigen Zeiten und auch bei strittigen Themen und bei Themen, die immer komplexer werden, ist das hier gut angelegt.

Nichtsdestotrotz – und da wiederhole ich mich gerne – haben wir gesagt im Koalitionsvertrag, dass wir bei dem Thema was machen wollen, Stichwort „Bürgerbefragung“ zu einzelnen politischen Themen, also die Bürger da auch mitnehmen. Ich weiß, dass das einigen an der Stelle nicht ausreicht, aber ich glaube, das ist ein weiterer wichtiger Schritt. Wir haben es ja gesehen beim Thema Gerichtsreform, dass selbst unter den alten Vorgaben Bürgerentscheide sozusagen, also Volksinitiativen zum Erfolg werden können, die Unterschriften gebracht werden.

Von daher, glaube ich, haben wir vernünftige Instrumente. Darauf sollten wir aufbauen. Unsere Fraktion gehört nicht zu denen, die holterdiepolter jedes Jahr die Verfassung ändern, sondern wir gehen damit sehr behutsam, vernünftig und ordentlich um. Ich glaube, wir haben im letzten Jahr gemeinsam mit der Opposition eine gute Lösung gefunden, zu der stehen wir, da sind wir auch vertragstreu an der Stelle.

(Thomas Krüger, SPD: Das freut uns.)

Von daher werden wir heute Ihr Ansinnen ablehnen. – Vielen Dank.

(Beifall vonseiten der Fraktion der CDU)

**Vizepräsidentin Dr. Mignon Schwenke:** Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Ich schließe die Aussprache.

Seitens der Fraktion der AfD ist gemäß Paragraph 50 Absatz 3 unserer Geschäftsordnung beantragt worden, diesen Gesetzentwurf an den Rechtsausschuss zu überweisen. Ich lasse hierüber abstimmen. Wer zuzustimmen wünscht, die Überweisung an den Rechtsausschuss vorzusehen, den bitte ich um ein Handzeichen. –

(Thomas de Jesus Fernandes, AfD:  
Da sieht man mal, wie ernst  
Sie das meinen.)

Danke schön. Gegenprobe. –

(Zuruf von Enrico Komning, AfD)

Stimmenthaltungen? – Damit ist der Geschäftsordnungsantrag der Fraktion der AfD, die Überweisung an den Rechtsausschuss vorzusehen, bei Zustimmung der Fraktion der AfD und Gegenstimmen aller anderen Fraktionen abgelehnt.

Wir kommen zur Einzelberatung über den von der Fraktion der AfD eingebrachten Entwurf eines Gesetzes zur Änderung der Verfassung des Landes Mecklenburg-Vorpommern und des Volksabstimmungsgesetzes Mecklenburg-Vorpommern – Absenkung Quorum Volksbegehren; Abschaffung Quorum Volksentscheid, auf Drucksache 7/539.

Ich rufe auf die Artikel 1 bis 3 sowie die Überschrift in der Fassung des Gesetzentwurfes. Wer dem zuzustimmen wünscht, den bitte ich um ein Handzeichen. – Danke schön. Gegenprobe. – Stimmenthaltungen? – Damit sind die Artikel 1 bis 3 sowie die Überschrift in der Fassung des Gesetzentwurfes der Fraktion der AfD auf Drucksache 7/539 bei Zustimmung der Fraktion der AfD und Gegenstimmen aller anderen Fraktionen abgelehnt.

Somit ist der Gesetzentwurf der Fraktion der AfD auf Drucksache 7/539 abgelehnt.

(Vizepräsidentin Beate Schlupp  
übernimmt den Vorsitz.)

**Vizepräsidentin Beate Schlupp:** Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 7:** Erste Lesung des Gesetzentwurfes der Landesregierung – Entwurf eines Gesetzes zum Staatsvertrag zwischen der Freien und Hansestadt Hamburg und den Ländern Mecklenburg-Vorpommern und Schleswig-Holstein über einen gemeinsamen Prüfdienst für die Gesetzliche Kranken- und Pflegeversicherung Norddeutschland, Drucksache 7/701.

**Gesetzentwurf der Landesregierung  
Entwurf eines Gesetzes zum Staatsvertrag  
zwischen der Freien und Hansestadt Hamburg  
und den Ländern Mecklenburg-Vorpommern und  
Schleswig-Holstein über einen gemeinsamen  
Prüfdienst für die Gesetzliche Kranken- und  
Pflegeversicherung Norddeutschland (PDK-Nord)**  
(Erste Lesung)

– **Drucksache 7/701** –

Das Wort zur Einbringung hat der Minister für Wirtschaft, Arbeit und Gesundheit Herr Glawe.

**Minister Harry Glawe:** Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete! Als unser Land über das damalige Sozialministerium noch die Kassenaufsicht über die AOK Mecklenburg-Vorpommern sowie die IKK Nord führte, war ein eigener Prüfdienst des Landes sinnvoll. Beide Krankenkassen hatten damals zudem ihren Hauptsitz in Schwerin. Auch waren damals noch weitere nach dem Krankenversicherungsrecht zu prüfende Einrichtungen wie etwa die Kassenärztliche Vereinigung oder die Zahnärztliche Vereinigung im Land Mecklenburg-Vorpommern zu berücksichtigen.

Die AOK Mecklenburg-Vorpommern ist im Jahre 2011 durch Fusion mit den Schwesterkassen in Berlin und Brandenburg in der AOK Nordost aufgegangen. Diese hat nun ihren Hauptsitz in Brandenburg, spricht in Potsdam, und ist damit nicht mehr unserer Landesaufsicht unterworfen. Entsprechendes gilt für die IKK Nord und die Situation unserer Nachbarländer.

Mit der Neuordnung der Krankenkassenlandschaft und den damals damit verbundenen Fusionsentwicklungen innerhalb der allgemeinen Ortskrankenkassen haben sich in den Ländern Hamburg, Schleswig-Holstein, Mecklenburg-Vorpommern grundlegende Veränderungen für den Prüfdienst der Krankenkassen ergeben. Nach Maßgabe des Fünften und Elften Buches Sozialgesetzbuch, SGB V und XI, haben sich für die für die Sozialversicherung zuständigen oberen Verwaltungsbehörden der Länder die Geschäfts-, Rechts- und Betriebsführung der dieser Aufsicht unterstehenden Krankenkassen und Pflegekassen sowie deren zu prüfenden Arbeitsgemeinschaften geändert. Ebenso sind die Kassenärztliche Vereinigung, der Medizinische Dienst der Krankenversicherung und die anderen kleineren Einrichtungen der Gesetzlichen Krankenversicherung zumindest alle fünf Jahre zu prüfen.

Wenn hier von Prüfung die Rede ist, ist darunter die Prüfung der Gesetzmäßigkeit und der Wirtschaftlichkeit des gesamten Geschäftsbetriebes zu verstehen und nicht die

Prüfung von medizinischen Behandlungsfällen. Mit der Prüfung soll sichergestellt werden, dass die Gesetzliche Krankenversicherung ihren Auftrag zur Sicherstellung der medizinischen Versorgung der Bevölkerung gesetzmäßig wahrnimmt und mit den Mitgliedsbeiträgen der Versicherten wirtschaftlich und sparsam umgegangen wird.

Das Ministerium für Arbeit, Gleichstellung und Soziales hat in den zurückliegenden Jahren diese Prüfung über eine Verwaltungsvereinbarung mit dem Prüfdienst des Landes Brandenburg realisiert. Aufgrund dieser Vereinbarung hatte der Prüfdienst des Landes Brandenburg insgesamt die in Mecklenburg-Vorpommern tätigen Prüferinnen und Prüfer übernommen. Diese Vereinbarung lief im Jahre 2016 aus und konnte nicht verlängert werden. Da auch in Hamburg und Schleswig-Holstein ähnliche Anpassungsprozesse in der Kassenlandschaft wie im Prüfdienst Mecklenburg-Vorpommerns vollzogen wurden, soll nun ein neuer Prüfdienst der Krankenkassen mit Sitz in Hamburg errichtet werden.

Der Bundesgesetzgeber ging bei der Schaffung des Paragraphen 274 SGB V davon aus, dass aufseiten der Länder die Kosten für den Prüfdienst durch Umlage auf landesunmittelbare Krankenkassen – im Regelfall die allgemeinen Ortskrankenkassen und hier durch besondere Rechnungslegung gegenüber den Kassenärztlichen Vereinigungen beziehungsweise dem Medizinischen Dienst der Krankenkassen – realisiert werden können. In jedem Fall sollten die Kosten für die Prüfung vollständig auf die zu prüfenden Einrichtungen umgelegt werden. Eine Kostenbeteiligung der Länder war nicht vorgesehen.

Diese Zielrichtung ist angesichts der skizzierten Entwicklung der letzten Jahre in den Ländern Hamburg, Schleswig-Holstein und Mecklenburg-Vorpommern nun doch nur noch bedingt umsetzbar. Mit dem Wegfall der Aufsichtszuständigkeit für landesunmittelbare Krankenkassen entfällt die Erstattung der Kosten für die mit der Prüfung belasteten Stellen durch eine mitgliederbezogene Umlage bei den landesunmittelbaren Krankenkassen.

Folgende Berechnungen wurden angestellt: Nach den Einschätzungen der drei Länder werden zur Prüfung der jeweiligen KVs, Kassenzahnärztlichen Vereinigungen und MDKs sowie der Prüfstellen KV und KZV circa 2.400 Prüftage insgesamt angenommen, auf fünf Kalenderjahre verteilt. Ausgehend von den jährlichen 160 Prüftagen pro Prüfkraft kann damit eine Prüfung aller in den drei Ländern zu prüfenden Kassen abgesichert werden.

Meine Damen und Herren, daraus ergibt sich ein Stellenpool von drei Beschäftigten. Eine Kraft soll bezahlt werden nach A15 und zwei weitere nach A13. Damit kann der Prüfdienst eigenständig organisiert und nach gleichen Prüfmaßstäben in Hamburg, Schleswig-Holstein und Mecklenburg-Vorpommern getätigt werden. Dafür werden rund 325.000 Euro benötigt. Wir haben im Haushalt für die Jahre 2018 und 2019 110.000 Euro in den Landeshaushalt eingestellt.

Meine Damen und Herren, damit wären die Voraussetzungen geschaffen, um in den drei Ländern eine neue Prüfstelle einzurichten. Entscheidend ist, dass wir dazu einen Staatsvertrag brauchen. Ich will Sie darum bitten, dass Sie dieses Gesetz zur Beratung in die Ausschüsse überweisen, um damit am Ende den Weg frei zu machen für einen Staatsvertrag zwischen den genannten Ländern. – Vielen Dank.

(Beifall vonseiten der Fraktionen  
der SPD und CDU)

**Vizepräsidentin Beate Schlupp:** Vielen Dank, Herr Minister.

Im Ältestenrat ist vereinbart worden, eine Aussprache mit einer Dauer von bis zu 45 Minuten vorzusehen. Ich sehe und höre dazu keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen. Ich eröffne die Aussprache.

Das Wort hat für die Fraktion der SPD der Abgeordnete Herr Heydorn.

**Jörg Heydorn, SPD:** Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren Abgeordnete! Der Minister hat es ausgeführt, früher war alles einfacher.

(Sebastian Ehlers, CDU: Alles besser! –  
Heiterkeit vonseiten der Fraktion der CDU)

Einfacher wars! Ob es besser war, das ist noch dahingestellt. Das ist immer eine Sache der Perspektive, Herr Ehlers.

Also, wir hatten unsere AOK Mecklenburg-Vorpommern, die haben wir geprüft. Der Prüfdienst dafür saß damals im Sozialministerium beziehungsweise war diesem zugeordnet. Die AOK gibt es in dieser Form nicht mehr, die hat sich zusammengeschlossen und damit wechselte natürlich auch die Zuständigkeit für die Prüfung. Bei den bundesweit tätigen Kassen war es schon immer so, da prüft das Bundesversicherungsamt, und auch das andere notwendige Prüfgeschehen ist von Harry Glawe präzise dargelegt worden,

(Minister Harry Glawe:  
Ich konnte nicht ausweichen.)

sodass ich aus meiner Sicht nur sagen kann, wir sollten der Überweisung zustimmen. – Herzlich Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall vonseiten der Fraktionen  
der SPD und CDU)

**Vizepräsidentin Beate Schlupp:** Das Wort hat jetzt für die Fraktion der AfD der Abgeordnete Herr Dr. Jess.

(Vincent Kokert, CDU:  
Da hat er aber schnell noch  
was zusammengeklempnert. –  
Heiterkeit vonseiten der Fraktion der CDU)

**Dr. Gunter Jess, AfD:** Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren Abgeordnete! Liebe Landsleute und Gäste! Der Titel der heutigen Debatte ist schon etwas irritierend. Wir debattieren über einen Prüfdienst für die Gesetzliche Kranken- und Pflegeversicherung Norddeutschland, aber eine Versicherung dieses Namens gibt es gar nicht und es soll auch gar keine Krankenkasse geprüft werden. Nein, wir debattieren hier über einen einzurichtenden gemeinsamen Prüfdienst der Länder Hamburg, Schleswig-Holstein und Mecklenburg-Vorpommern für die verbliebenen Reste. Geprüft werden sollen die länderspezifischen KV, KZV und MDK und damit verbundene Organisationen. Die diesbezüglichen Prüfverpflichtungen der Länder basieren auf Paragraph 274 SGB V und Paragraph 46 SGB XI.

Die Krankenkassenlandschaft hat sich in den letzten Jahren aufgrund der Fusionen von Krankenkassen derart verändert, dass die Prüfstellen einiger Länder für Krankenkassen wegfallen. Wir finden das richtig und gut, dass sich diese Krankenkassenlandschaft so verändert hat.

In Mecklenburg-Vorpommern verbleiben nur noch die Prüfungen für den länderspezifischen MDK, die KV und KZV und deren Prüfstellen und Beschwerdeausschüsse. In Hamburg und Schleswig-Holstein sieht es ähnlich aus. Für diese drei Länder wird jeweils ein verbleibender Prüfaufwand von je 160 Prüftagen pro Jahr – wie wir gehört haben – angegeben. Dies entspricht nicht einmal einer VK pro Bundesland. Üblicherweise wird eine VK mit 220 Arbeitstagen pro Jahr kalkuliert.

(Minister Harry Glawe: Das ist richtig.)

Die verbliebenen Prüfstellen der drei Nordländer sollen nun durch den per Gesetz zu ratifizierenden Staatsvertrag in einer gemeinsamen Prüfstelle zusammengeführt werden. Die neue Prüfstelle soll in Hamburg ansässig sein, dem Senat der Stadt Hamburg unterstellt und zunächst mit drei Mitarbeitern bestückt werden. Zunächst wird jedes Land für drei Jahre jährlich 110.000 Euro beisteuern, in denen die Einnahmen gegengerechnet werden sollen. Langfristiges Ziel ist, eine weitgehende Kostenneutralität zu erreichen. Gegebenenfalls zusätzlicher Personalbedarf ist mit den Vertragspartnern abzustimmen, ebenso wie der jährliche Prüfplan. Die erforderlichen Verwaltungsvorschriften sollen noch erarbeitet werden.

Aus unserer Sicht ist die Situation für Mecklenburg-Vorpommern wie folgt zu bewerten:

Erstens. Die ehemalige alte Prüfinstitution in Mecklenburg-Vorpommern – wir hatten gehört, die wurde schon früher abgegeben an Brandenburg – wird aufgelöst beziehungsweise nach Hamburg übergeleitet.

Zweitens. Es wird eine länderübergreifende Zentralisierung von länderspezifischen Prüfaufgaben vorgenommen, ohne dass hinreichend dargelegt wird, welche Alternativen in Erwägung gezogen wurden.

Und drittens. Die neu zu schaffende Prüfinstitution mit entsprechenden Arbeitsplätzen wird in der Metropole Hamburg etabliert, obwohl sie zur Stärkung der Flächenländer auch dort hätte angesiedelt werden können.

Nach Kenntnis der Unterlagen und aus heutiger Sicht bewerten wir den von der Regierung mit dem Staatsvertrag eingeschlagenen Weg für Mecklenburg-Vorpommern als suboptimal. Warum? Die Prüfaufgaben des gemeinsamen Prüfdienstes umfassen laut Gesetz die Geschäfts-, Rechnungs- und Betriebsführung der zu prüfenden Institutionen. Als ehemaliger Revisor stelle ich fest, dass dies ein normales Aufgabenspektrum für Revisoren oder Wirtschaftsprüfer ist. Wir meinen, dass das zuständige Ministerium die Prüfaufgaben des verbleibenden Prüfdienstes durchaus in das Aufgabenspektrum des Landesrechnungshofes hätte eingliedern können. Damit würde die fachliche und methodische Einbindung des einzelnen Prüfers in eine größere Prüfinstitution sichergestellt werden und gleichzeitig der Landesrechnungshof personell gestärkt. Die Infrastrukturkosten für die neu einzurichtende gemeinsame Institution in Hamburg könnten sinnvoller eingesetzt werden. Gleichzeitig würden

durch die räumliche Nähe zu den zu prüfenden Institutionen eventuelle Reisekosten und Reisezeiten der Prüfer minimiert werden.

Aus unserer Sicht bleiben eine Reihe von Fragen offen, die nach einer Antwort und Stellungnahme des zuständigen Ministeriums verlangen. Wir empfehlen die Überweisung in die zuständigen Ausschüsse. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

**Vizepräsidentin Beate Schlupp:** Das Wort hat jetzt für die Fraktion der CDU der Abgeordnete Herr Ehlers.

**Sebastian Ehlers, CDU:** Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Es ist ein bisschen ungewöhnlich, dass es zu Staatsverträgen – und dann noch in Erster Lesung – hier eine Aussprache gibt, aber nach so viel Lob für den Gesundheitsminister im letzten Gesundheitsausschuss sucht die Opposition vielleicht ja noch ein bisschen das Haar in der Suppe. Von daher wird das wahrscheinlich der Grund sein.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Mit Sicherheit nicht! Mit Sicherheit nicht!)

Wir haben, und das ist angeklungen, in den vergangenen Jahren eine Neuordnung der Krankenkassenlandschaft gehabt. Wir haben länderübergreifende Fusionen gehabt, das Beispiel AOK wurde hier genannt, und dadurch hat Mecklenburg-Vorpommern keine Aufsichtsfunktion mehr für diese Krankenkassen, die also nicht unmittelbar hier im Land angesiedelt sind.

Die Prüfung im Hinblick auf die Gesetzmäßigkeit und Wirtschaftlichkeit des Geschäftsbetriebes soll nun ein länderübergreifender Prüfdienst durchführen. Der wird in Hamburg angesiedelt sein. Ich glaube, gerade im Hinblick auf die Kooperation hier im Norden, die wir in vielen anderen Beispielen gemeinsam pflegen – ich nenne nur das Stichwort „Metropolregion“, oder wenn wir über die Staatsverträge zum Norddeutschen Rundfunk sprechen –, ist es, glaube ich, ein weiteres gutes Beispiel für die Zusammenarbeit hier im Norden.

Ein eigener Prüfdienst würde auch einen höheren personellen und finanziellen Aufwand für uns als Land bedeuten. Von daher ist es, glaube ich, der richtige Weg, das gemeinsam hier im Norden zu machen. Aus meiner Sicht ist es in erster Linie eine verwaltungstechnische Frage und nicht unbedingt jetzt eine große politische Streitfrage. Von daher werden wir als CDU-Fraktion der Überweisung in den Ausschuss zustimmen und dann sind wir gespannt, was es da an Diskussionspunkten gibt, und freuen uns auf die Debatte. – Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall vonseiten der Fraktion der CDU und Thomas Krüger, SPD)

**Vizepräsidentin Beate Schlupp:** Das Wort hat jetzt für die Fraktion DIE LINKE der Abgeordnete Herr Koplín.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Na mal sehen, warum wir eine Aussprache möchten.)

**Torsten Koplín, DIE LINKE:** Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Minister Glawe und alle nachfolgenden Redner haben ja darauf hingewiesen, worum

es geht. Körperschaften des öffentlichen Rechts, noch dazu im Gesundheitsbereich – da geht es um die Daseinsvorsorge, da geht es um existenzielle Fragen – müssen geprüft werden. Das liegt auf der Hand, eine Aufsicht muss existieren. Diese Fragen sind geregelt und DIE LINKE – das will ich ausdrücklich betonen – ist genauso wie Sie daran interessiert, dass wir einen funktionierenden und wirksamen Prüfdienst haben.

Herr Ehlers hatte eben gerade sich gefragt und sagte, das ist ja ein formaler Akt, die Sachlage ist klar, es handelt sich hier um einen Staatsvertrag, warum denn so viele Diskussionen. Also wir seitens der LINKEN haben ausdrücklich um die Diskussion gebeten, weil es schon eine politische Dimension hat, und das lässt sich an vier Punkten festmachen:

Also der eine Punkt zum Beispiel ist – ich will das kurz mal aufzählen, das ist hier genannt worden, aber die Auflistung macht deutlich, worum es geht –, die IKK, das war so die erste, die IKK Nord ist abgewandert nach Schleswig-Holstein. Schleswig-Holstein hat dringend darauf gewartet, dass es diese Fusion gibt und dass die IKK von hier aus abwandert, damit sie da erhalten werden kann. Aufsicht weg, Gestaltungsmöglichkeiten weg. Dann steht da, anderes soziales Rechtssystem, Landesversicherungsanstalt Nord, Neubrandenburg fusioniert mit Hamburg und Schleswig-Holstein, weggegangen nach Schleswig-Holstein.

(Jörg Heydorn, SPD: Das hat doch aber damit gar nichts zu tun.)

Nein, aber hören Sie sich die Liste an! Auch hier haben wir Aufsicht und Einflussnahme verloren. Dann ist die AOK – das ist hier genannt worden – nach Brandenburg fusioniert und auch hier sind Aufsicht und Gestaltungsmöglichkeiten, Einflussmöglichkeiten weggegangen. Worum es heute geht, da war ebenfalls, das hängt mit dem zuletzt Gesagten zusammen, der Prüfdienst bereits in Brandenburg angesiedelt.

Warum diese Auflistung? Mehr und mehr und sukzessive sind uns Gestaltungsmöglichkeiten, Einflussmöglichkeiten durch die Fusionen verloren gegangen, und die politische Dimension besteht darin, welche Möglichkeiten der Einflussnahme wir überhaupt noch haben. Nun ist das ein sehr kleiner Prüfdienst, das ist klar. Warum sich damit aufhalten? Es geht da ein Stückchen weit ums Prinzip. Wo bleiben wir? Vorhin ist es gesagt worden: Wo bleiben wir als Flächenland? Wo haben wir da noch die Einflüsse? Jetzt geht es nach Hamburg. War das die einzige Alternative? Wäre es nicht auch anders gegangen? Das ist die erste Frage mit einem politischen Aspekt.

Die zweite Frage, die sich da anschließt, ist die: Minister Glawe hat darauf hingewiesen, früher war das im Umlageverfahren. Die Krankenkassen wurden geprüft, Kassenärztliche Vereinigung, Zahnärztliche Vereinigung und Medizinischer Dienst der Krankenkassen.

(Der Abgeordnete Jörg Heydorn tritt an das Präsidium heran.)

Habe ich mir doch gedacht, dass Sie noch mal rankommen,

(Heiterkeit vonseiten der Fraktionen der SPD, CDU und Peter Ritter, DIE LINKE)

weil es doch einen politischen Diskussionsbedarf gibt seitens der SPD. Das ist ja auch schön so.

Also das war im Umlageverfahren in diesem Paket, im gesamten Prüfdienst, und hatte insofern nichts gekostet. Jetzt kostet uns das Ganze was, und zwar jährlich einen stattlichen sechsstelligen Betrag.

Also was ist der Hintergrund des Ganzen? Das ist das Fusionsgeschehen. Das kann man so oder so betrachten. Wir sehen diese Fusion durchaus kritisch, wir haben schon immer für eine Reduzierung von Krankenkassen gestritten, aber wenn die Reduzierung von Krankenkassen aufgrund einer Konkurrenz, die mit Kosten und Geld verbunden ist, passiert und nicht mit Fragen der Leistung, der Prävention, des Portfolios, was hält man bereit, also der Qualität, dann sind das zwei unterschiedliche Dinge. Insofern ist das insgesamt kritisch zu sehen.

Der dritte Aspekt mit einer politischen Dimension ist der, dass uns in den Unterlagen ziemlich lapidar dargelegt wird, Brandenburg hatte kein Interesse mehr, mit uns den Prüfdienst gemeinsam durchzuführen. Nun haben wir uns in Brandenburg mal schlaugemacht, warum denn nicht. Wir hatten vier Prüferinnen und Prüfer abgestellt. Einer ist zwischenzeitlich in den Ruhestand gegangen, drei sind woanders, haben sich woanders hinbewegt und haben woanders Beschäftigung gefunden. Warum? Warum sind die Stellen nicht nachbesetzt worden? Warum ist nicht ausgeschrieben worden? Warum haben wir uns nicht bemüht, mit Brandenburg weiterzumachen? Das ist aus den Unterlagen und aus der Rede des Gesundheitsministers nicht erkenntlich.

Und damit wäre ich beim vierten Punkt. Ich finde es bedauerlich, wir haben als Abgeordnete bei der Vorlage eines Staatsvertrages jetzt hier im Container mit einem Gesetzentwurf lediglich die Möglichkeit, Ja oder Nein zu sagen, hier und da was zu hinterfragen und dann allenfalls zu grummeln, wenn uns was nicht passt. Wenn – und das ist die Anregung unsererseits –, wenn wieder so ein Staatsvertrag im Schwange ist, wenn man darüber diskutiert, wäre es nicht schlecht, frühzeitig zu signalisieren, wir haben das und das vor, könnt ihr, möchtet ihr euch als Abgeordnete einbringen. Das wäre lebendige Demokratie, wir hätten darüber nachdenken können. Jetzt können wir nur noch hopp oder topp sagen, so hätten wir uns auch substantziell mit einbringen können. Das ist eine verschenkte Chance.

All diese Punkte, die vier Aspekte, sollten mit in Betracht kommen. Selbstverständlich stimmen wir einer Überweisung zu, aber, Herr Ehlers, jetzt ist deutlich geworden, es ist hier nicht nur eine formale Frage, es geht hier nicht nur um Strukturen, Sitz und Geld, sondern letztendlich um eine politische Dimension, letztlich um unsere Einflussmöglichkeiten in diesem Kontext insgesamt. – Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE)

**Vizepräsidentin Beate Schlupp:** Ums Wort gebeten hat noch einmal für die Fraktion der SPD der Abgeordnete Herr Heydorn.

**Jörg Heydorn, SPD:** Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren Abgeordnete! Das, finde ich, sind schon ein paar gewagte Formulierungen. Ich kann mich noch gut erinnern, als das Thema „Fusion der AOK“ auf der Agen-

da stand, und ich will noch mal auf Folgendes hinweisen: Die AOK Mecklenburg-Vorpommern war damals ein Notfall. Die wurden über den AOK-Ausgleich, über den Bundesausgleich, über etliche Jahre gestützt und es gab in erheblichem Umfang Druck auf unsere AOK, letztendlich hieran was zu verändern.

Wenn Sie solche Thesen aufstellen, gehen Sie mal zu den Mitgliedern! Denn eins war auch damals so, die AOK Mecklenburg-Vorpommern – ich will es mal euphemistisch formulieren – war nicht die günstigste Krankenkasse, sondern befand sich eher so am anderen Ende der Beitragssituation. Das hat sich heute aufgrund vieler Dinge im Grunde geändert und in erster Linie profitieren davon die Beitragszahler, und zwar in erheblichem Umfang. Nicht nur für die Beitragszahler auf der Arbeitnehmerseite, auch auf der Arbeitgeberseite ist das heute eine andere Geschichte an der Stelle. So, und ich finde, das muss man doch in irgendeiner Form zur Kenntnis nehmen.

Also was Sie hier machen, das ist ja so ein bisschen Schlingelei. Sie sprechen es nicht deutlich aus, aber Sie formulieren implizit immer Vorwürfe an die handelnden Personen. Ich frage mal: Was sollte denn die damalige Landesregierung tun? Sollte sie sagen, wir verweigern uns einer Fusion?

Und dann will ich Ihnen eins sagen: Es war nicht die dicke AOK Mecklenburg-Vorpommern, die hätte sagen können, pass mal auf, wenn ihr was von mir wollt, dann verlagern wir das Ganze von Berlin und Potsdam nach Mecklenburg-Vorpommern, weil wir sind derartig potent, wir können vor Kraft kaum laufen, sondern die Situation war eine völlig andere. Die AOK Mecklenburg-Vorpommern – ich habe das gerade beschrieben – war in keiner guten Verfassung, und die sind von den anderen quasi aufgenommen worden.

So, und Ihre Rechnung mit den Prüfstellen: Harry Glawe hat gerade dargelegt, diese Lösung mit Hamburg, das sind noch drei VK. Bei der Lösung mit Brandenburg haben die alleine vier VK, haben Sie selber ausgeführt, finanziert. Da frage ich mich also: Warum sollten wir das tun?

(Torsten Koplín, DIE LINKE: Es geht ums Prinzip.)

Wenn ich auf der einen Seite,

(Torsten Koplín, DIE LINKE:  
Es geht doch ums Prinzip!)

wenn ich auf der einen Seite, so, wie Sie es immer fordern, locker mit dem Geld umgehen soll, dann muss ich auf der anderen Seite aber auch gucken, dass ich das Geld zusammenhalte. Und wenn ich auf der einen Seite eine Lösung habe, die mich letztendlich nicht schlechterstellt, denn wir haben im Land nicht mehr so viel, wober Aufsicht geführt werden müsste,

(Torsten Koplín, DIE LINKE: Ja, richtig.)

dann kann ich auf der anderen Seite nicht sagen, aber dafür, dass ich nichts habe, lasse ich mir das anständig was kosten. Also das erschließt sich mir nicht. Ich kann nicht so richtig erkennen – bis auf diesen impliziten Vorwurf: ihr lasst ja alles wegziehen –, was Ihr Redebeitrag für Intentionen gehabt hat. – Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall vonseiten der Fraktionen  
der SPD und CDU)

**Vizepräsidentin Beate Schlupp:** Ums Wort gebeten hat noch einmal für die Fraktion DIE LINKE der Abgeordnete Herr Koplín.

**Torsten Koplín, DIE LINKE:** Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Ich möchte die mir noch zur Verfügung stehende Minute nutzen, um deutlich zu machen, Herr Heydorn, so ist es, die Frage, hier gehts ums Prinzip, nicht um drei VK, vier VK, wo angesiedelt ganz konkret, dann letztendlich schon, wo sind unsere Einflussmöglichkeiten. Das ist die Frage. Wir werden in ein paar Wochen hier in einen neuen Plenarsaal ziehen. Ich sage mal, ich überspitze jetzt mal, wenn das so weitergeht, ist der ziemlich schnell ein Museum, weil hier nichts mehr ist. Die Frage ist: Kämpft dieses Ministerium, kämpft Herr Glawe, kämpft die Landesregierung für Einflussmöglichkeiten Mecklenburg-Vorpommerns im Ensemble der norddeutschen Staaten? Ich kann es nicht erkennen. Ich kann es nicht erkennen.

(Zuruf von Marc Reinhardt, CDU)

Und jetzt an dieser Stelle mal hochgezogen. Meine Minute ist rum. – Schönen Dank.

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE  
und Enrico Komning, AfD)

**Vizepräsidentin Beate Schlupp:** Ums Wort gebeten hat noch einmal der Abgeordnete Herr Heydorn für die Fraktion der SPD.

Bitte schön, Herr Heydorn.

**Jörg Heydorn, SPD:** Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich würde gerne mal von Ihnen wissen, welche Kompetenzen denn quasi mit der Prüfständigkeit der AOK Mecklenburg-Vorpommern

(Torsten Koplín, DIE LINKE:  
Davor steht doch die Aufsicht.)

oder mit der Aufsicht nach Brandenburg marschieren sind. Also nennen Sie mir doch eine Zuständigkeit des Landtages, die sich damit verabschiedet hat! Wir sind nach wie vor in den Kompetenzen, die wir haben im Gesundheits- und Pflegebereich, nicht beschnitten. Wir haben die Aufsicht nicht mehr. Natürlich kann man über Aufsicht auch ein Stück weit bessere Kontakte pflegen oder sonst was, aber es hat doch überhaupt keine Veränderung dergestalt mehr gegeben, dass hier in irgendeiner Form gesetzgeberische Kompetenz und Landeszuständigkeiten gewechselt haben. Das ist doch nicht wahr, was jetzt von Ihnen hier verbreitet wird. – Danke schön.

(Beifall Tilo Gundlack, SPD)

**Vizepräsidentin Beate Schlupp:** Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Ich schließe die Aussprache.

(Minister Harry Glawe:  
Ich will noch mal reden.)

Ich habe die Aussprache jetzt geschlossen.

(Zuruf von Minister Harry Glawe)

Ich habe die Aussprache geschlossen.

Der Ältestenrat schlägt vor, den Gesetzentwurf der Landesregierung auf Drucksache 7/701 zur federführenden Beratung an den Wirtschaftsausschuss und zur Mitberatung an den Finanzausschuss sowie an den Sozialausschuss zu überweisen. Wer stimmt für diesen Überweisungsvorschlag? – Gibt es Gegenstimmen? – Gibt es Stimmenthaltungen? – Damit ist der Überweisungsvorschlag einstimmig angenommen.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 8**: Erste Lesung des Gesetzentwurfes der Landesregierung – Entwurf eines Gesetzes zum Zweiten Staatsvertrag zur Änderung des Staatsvertrages über das Gemeinsame Krebsregister der Länder Berlin, Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen-Anhalt und der Freistaaten Sachsen und Thüringen, Drucksache 7/763.

**Gesetzentwurf der Landesregierung  
Entwurf eines Gesetzes zum Zweiten  
Staatsvertrag zur Änderung des Staats-  
vertrages über das Gemeinsame Krebs-  
register der Länder Berlin, Brandenburg,  
Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen-Anhalt  
und der Freistaaten Sachsen und Thüringen  
(Erste Lesung)  
– Drucksache 7/763 –**

Das Wort zur Einbringung hat der Minister für Wirtschaft, Arbeit und Gesundheit Herr Glawe.

**Minister Harry Glawe:** Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete!

Herr Koplín, ich weise ausdrücklich Ihre Bemerkung zurück, dass ich mich nicht fürs Land einsetze. Das ist eine unverschämte Unterstellung!

(Beifall vonseiten der Fraktion der CDU –  
Marc Reinhardt, CDU: Jawohl!)

Krebserkrankungen stellen eines der häufigsten und schwierigsten Erkrankungsbilder dar. In Mecklenburg-Vorpommern erkranken jährlich etwa 11.000 Menschen, davon rund 6.000 Männer und knapp 5.000 Frauen. Es ist festzustellen, dass jährlich circa 5.000 Menschen an Krebs in Mecklenburg-Vorpommern sterben.

Das Krebsregistergesetz vom 4. November 1994 verpflichtete die Länder zur Einführung epidemiologischer Krebsregister. Diese haben die Aufgabe, die regionale und geschlechtsspezifische Verteilung sowie die Altersstruktur von Krebserkrankungen zu registrieren.

Zur Erläuterung: Klinischen Krebsregistern kommt vorrangig die Aufgabe zu, eine qualitätsgerechte Versorgung und Behandlung der Krebserkrankungen zu dokumentieren. Zur Erfüllung der Aufgaben der epidemiologischen Krebsregistrierung schlossen die Länder Berlin, Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen-Anhalt und die Freistaaten Sachsen und Thüringen 1997 einen Staatsvertrag über das Gemeinsame Krebsregister dieser Länder, der im Juni 2006 geändert wurde. Das Gemeinsame Krebsregister ist also das epidemiologische Krebsregister der beteiligten Länder. Nunmehr ist eine weitere Änderung des Staatsvertrages zum Gemeinsamen Krebsregister aus folgenden Gründen erforderlich:

Erstens. Im Bundeskrebsregisterdatengesetz vom 10. August 2009 wurden den epidemiologischen Krebsregistern der Länder Aufgaben zugewiesen, die landesgesetzlicher Regelungen bedürfen.

Zweitens. Zwischenzeitlich ist eine Kooperationsvereinbarung des deutschen Kinderkrebsregisters zum retrospektiven Datenaustausch mit den Ländern Bayern, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz und dem Saarland abgeschlossen worden. Mit den anderen epidemiologischen Krebsregistern in Deutschland ist diese Vereinbarung in Vorbereitung. Ein Teil der dort vorgesehenen Datenflüsse muss im Staatsvertrag über das Gemeinsame Krebsregister verankert werden, da die bisherigen Regelungen nicht ausreichen.

Mit dem Krebsfrüherkennungs- und -registergesetz vom 3. April 2013 sind unter anderem der Paragraph 25a und der Paragraph 65c in das Fünfte Sozialgesetzbuch eingefügt worden. Paragraph 65c SGB V ist die gesetzliche Grundlage für die klinische Krebsregistrierung. Der Staatsvertrag ist daher eine wichtige Ergänzung des neuen Krebsregistrierungsgesetzes vom 11. Juli 2016. Er gestattet den Ländern auch, Teilaufgaben der Krebsregister landesspezifisch zu regeln. Mecklenburg-Vorpommern hat davon Gebrauch gemacht und im Krebsregistrierungsgesetz vom 11. Juli 2016 geregelt, den Leichenschauscheinabgleich sowie den Melderegisterabgleich nicht mehr im Gemeinsamen Krebsregister, sondern vom Zentralen Klinischen Krebsregister durchführen zu lassen.

Des Weiteren hat der Spitzenverband Bund der Krankenkassen auf der Grundlage des Paragraphen 65c Absatz 2 SGB V einheitliche Voraussetzungen für die Förderung des Betriebs klinischer Krebsregister festgelegt. Die Einhaltung dieser Voraussetzungen ist Bedingung für die Förderung eines klinischen Krebsregisters nach Ende der Übergangsphase am 31. Dezember 2017. Die Fördervoraussetzungen, die auch die Vollständigkeit der Krebsregistrierung betreffen, bedürfen der Umsetzung durch den Landesgesetzgeber. Insoweit sind auch Änderungen des Staatsvertrages erforderlich.

In Paragraph 25a SGB V sind die Rahmenbedingungen zur Durchführung organisierter Früherkennungsprogramme geregelt. Der Staatsvertrag über das Gemeinsame Krebsregister beruht noch auf Richtlinien des Bundesausschusses der Ärzte und der Krankenkassen vom Dezember 2003. An deren Stelle ist eine neue Krebsfrüherkennungsrichtlinie des Gemeinsamen Bundesausschusses getreten. Dies erfordert ebenfalls eine Anpassung des Staatsvertrages. So wird nun unter anderem die Evaluierung des Mammografie-Screenings durch Abgleich mit den epidemiologischen Krebsregistern ermöglicht.

Der im Zeitraum vom 3. April bis 2. Mai 2017 unterzeichnete Staatsvertrag bedarf nun der Zustimmung des Landtages in Form eines Gesetzes. Meine Damen und Herren, daher bitte ich Sie, das Gesetz in den Ausschüssen zu beraten und einer qualifizierten Entscheidung zuzuführen. – Vielen Dank.

(Beifall vonseiten der Fraktion der CDU)

**Vizepräsidentin Beate Schlupp:** Vielen Dank, Herr Minister.

Im Ältestenrat wurde eine Aussprache mit einer Dauer von bis zu 45 Minuten vereinbart. Ich sehe und höre dazu

keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen. Ich eröffne die Aussprache.

Das Wort hat für die Fraktion der SPD der Abgeordnete Herr Heydorn.

**Jörg Heydorn**, SPD: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren Abgeordnete! Auch hier kann man es sehr kurz machen.

(Peter Ritter, DIE LINKE: So wie eben.)

Zählen, messen, wiegen, also quantitative Forschung ist sinnvoll, gerade beim Thema Krebs, denn der demografische Wandel, das heißt das Älterwerden unserer Bevölkerung, wird ja dazu führen, dass die Anzahl der Krebserkrankungen nicht weniger wird. Und wir in Mecklenburg-Vorpommern, das heißt also in den neuen Bundesländern generell, hatten zum Thema Krebsregister schon immer eine andere Haltung, als das in den alten Ländern der Fall war. Die haben nachgezogen. Der Bund hat jetzt etwas verabschiedet.

Auf der einen Seite, wie gesagt, ist es wichtig, solche Daten zu erheben, aber es ist auch ganz wichtig, solche Daten auszutauschen, denn je mehr wir letztendlich an Informationen bekommen beziehungsweise an Informationen zur Verfügung stellen, desto wirksamer können derartige Register sein. Die epidemiologische Forschung – das ist ja ein Bestandteil der epidemiologischen Forschung – hat natürlich die Möglichkeit, daraus in größerem Umfang Erkenntnisse zu ziehen, was sich nicht unwesentlich auf die Behandlungsqualität von Krebs auswirken kann. Deswegen plädiere ich dafür, dass wir der Überweisung zustimmen. – Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall vonseiten der Fraktionen  
der SPD und CDU)

**Vizepräsidentin Beate Schlupp**: Das Wort jetzt für die Fraktion der AfD der Abgeordnete Herr Dr. Jess.

**Dr. Gunter Jess**, AfD: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren Abgeordnete! Liebe Landsleute und Gäste!

Herr Heydorn, heute kann ich Ihnen mal hundertprozentig zustimmen,

(Marc Reinhardt, CDU: Oha!)

das macht mir besondere Freude. Trotzdem will ich etwas ausführlicher auf die Sache eingehen. Und zwar braucht man Fachkenntnis oder ein bisschen Zeit zur Einarbeitung, um die Zusammenhänge und Hintergründe für den vorliegenden Gesetzentwurf zu erfassen.

Das Parlament soll den vorliegenden Staatsvertrag zwischen den sogenannten fünf neuen Bundesländern per Gesetz ratifizieren. Die Sachlage erscheint unübersichtlich, was sich auch daran zeigen mag, dass der Staatsvertrag selbst lediglich 7 Seiten plus eine Seite mit Unterschriften hat, die Begründungen aber ganze 25 Seiten ausmachen.

Worum geht es eigentlich bei diesem Staatsvertrag? Sie haben es schon relativ kurz dargelegt, aber die Onkologen und Epidemiologen verlangen seit Jahrzehnten die Erfassung und Auswertung der Krebserkrankungen in

Deutschland. Sie unterscheiden zwischen einem epidemiologischen und einem klinischen Krebsregister. Man erhofft sich aus den epidemiologischen Daten Erkenntnisse über Zusammenhänge von Krebserkrankungen und regionalen Umwelteinflüssen oder auch gruppenspezifischen Einflüssen der Lebensweise und Ähnlichem. Vom klinischen Krebsregister erhofft man sich dagegen Erkenntnisse über Krankheitsverläufe und Therapieerfolge. Beide Register benötigen analoge Basisdaten.

Die Länder in Deutschland haben sich der Aufgabe, ein zentrales Krebsregister einzurichten, mit unterschiedlicher Intensität gewidmet. Die ehemalige ungeliebte DDR kann bei diesem Thema als Vorreiter bezeichnet werden, Herr Heydorn, Sie haben es auch schon erwähnt. Dort wurde bereits 1961 ein zentrales epidemiologisches Krebsregister eingeführt, allerdings sind die frühen Daten wohl bis heute nicht digitalisiert und stehen damit einer Auswertung nur eingeschränkt zur Verfügung.

Nach dem Beitritt zur Bundesrepublik führten die neuen Bundesländer dieses epidemiologische Krebsregister unter dem Namen „Gemeinsames Krebsregister“ weiter, was 1997 durch einen Staatsvertrag der beteiligten Länder rechtlich besiegelt wurde. Die südlichen alten Bundesländer hatten 1980 mit dem Aufbau eines Kinderkrebsregisters in Mainz begonnen, dem die neuen Bundesländer 1991 beitraten. Das Kinderkrebsregister ist bereits als epidemiologisches und klinisches Krebsregister angelegt.

Erst im August 2009, mit der Verabschiedung des Bundeskrebsregisterdatengesetzes vom 10.08.2009 und danach mit dem Krebsfrüherkennungs- und -registrierungsgesetz vom 03.04.2013 –, der Minister hat bereits darauf hingewiesen – hat der Bund in die Entwicklung eingegriffen. Letzteres Gesetz führte zu Neuregelungen im SGB V und zur Verpflichtung aller Länder, regionale klinische Krebsregister einzuführen. Darüber hinaus wurden Regelungen für die Zusammenführung von epidemiologischen und klinischen Krebsregisterdaten für die Validierung von Krebsfrüherkennungsuntersuchungen und für eventuell erforderliche Datenabgleiche mit Meldeämtern und Leichenschauinspektionen geschaffen. Dies alles eröffnet in Deutschland erstmals die Chance für eine breite, fundierte epidemiologische und klinische Versorgungsforschung bei Krebserkrankungen. Dies ist im Sinne der Krebsbekämpfung. Wir begrüßen diese Entwicklung ausdrücklich. Die Kosten der Datenerhebung tragen im Wesentlichen die Krankenkassen.

Dieser nun vom Landtag zu bestätigende Staatsvertrag regelt die Bereitstellung der Daten des Gemeinsamen Krebsregisters der neuen Bundesländer, der ehemaligen neuen Bundesländer für das neu geschaffene Zentrum für Krebsregisterdaten am Robert Koch-Institut. Gleichzeitig werden alle erforderlichen Anpassungen an die weiteren bundesgesetzlichen Regelungen vorgenommen.

Eine Aussage in den Unterlagen halten wir allerdings für unbefriedigend. Das ist die vage Aussage über die zukünftigen Kosten für den Weiterbetrieb des Gemeinsamen Krebsregisters, weil, ich zitiere, „aufgrund des hohen Aufwandes einer Kosten- und Leistungsrechnung ... die Ermittlung der Personal- und Sachkosten in pauschalierter Form“, Zitatende, erfolgen soll. Ich denke, hierüber wird noch zu sprechen sein.

Wir plädieren für die Überweisung in den Wirtschaftsausschuss. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

**Vizepräsidentin Beate Schlupp:** Das Wort hat jetzt für die Fraktion der CDU der Abgeordnete Herr Ehlers.

**Sebastian Ehlers,** CDU: Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ein sehr ernstes Thema – ich glaube, jeder von uns hat wahrscheinlich in seinem Freundes- und Bekanntenkreis Erfahrungen machen müssen mit dieser schlimmen Krankheit. Krebserkrankungen sind nach Herz-Kreislauf-Erkrankungen immer noch die zweithäufigste Todesursache in Deutschland. Jährlich erkranken ungefähr 500.000 Menschen neu an Krebs und 224.000 Menschen sterben an dieser Krankheit. Auch in Mecklenburg-Vorpommern ist diese Entwicklung zu verzeichnen. Zwischen 2008 und 2012 gab es 42.000 neu Erkrankte.

Die Zahl der Krebserkrankungen insgesamt hat sich seit 1970 fast verdoppelt. Das hat verschiedene Ursachen, auf die ich jetzt nicht näher eingehen will. Natürlich hat das auch etwas mit der demografischen Entwicklung zu tun. Gerade das höhere Krebsrisiko bei Männern hat auch etwas damit zu tun, dass Männer im Gegensatz zu Frauen, was Vorsorge angeht, so ein bisschen Muffel sind, Gesundheitsmuffel. Von daher ist das schon ein wichtiges Thema.

Ich will damit die Brücke schlagen zu dem vorliegenden Staatsvertrag, der zwischen den ostdeutschen Bundesländern geschlossen wurde. Der Minister ist darauf eingegangen – 1997 geschlossen, 2006 hier erweitert – und es geht darum, jetzt bundesgesetzliche Vorgaben zu erfüllen. Es ist angesprochen worden, es gibt mittlerweile eine Kooperationsvereinbarung des deutschen Kinderkrebsregisters mit einzelnen Bundesländern, und Teile dieser Datenflüsse, die dort quasi entstehen, müssen im Staatsvertrag verankert werden. Es geht auch darum, die Maßgaben, die es im Bereich der Früherkennung von Brustkrebs gibt, auf die Krebsfrüherkennungsrichtlinie anzuwenden.

Nun haben wir beim vorherigen Staatsvertrag schon darüber gesprochen, dass die Einflussmöglichkeiten an der Stelle eher begrenzt sind. Man kann dem Staatsvertrag zustimmen oder man lehnt ihn ab, dann bleibt das bisherige Krebsregister in Kraft. Wir halten die jetzt vorgelegte Änderung des Staatsvertrages für einen guten Weg, sich diesem Thema weiter zu widmen mit aller notwendigen Ernsthaftigkeit. Von daher werden wir sowohl der Überweisung zustimmen als auch am Ende der Diskussion und der Debatte zu dem vorgelegten Staatsvertrag. – Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall vonseiten der Fraktion der CDU)

**Vizepräsidentin Beate Schlupp:** Das Wort hat jetzt für die Fraktion DIE LINKE der Abgeordnete Herr Koplín.

**Torsten Koplín,** DIE LINKE: Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Wir begrüßen die Vorlage dieses Gesetzentwurfes. Es ist mehrfach betont worden und dankenswerterweise auch eine historische und gesundheitspolitische Einordnung vorgenommen worden, es erübrigt sich also, das noch mal zu wiederholen: Es ist ein sehr wichtiges Thema.

Gleichwohl haben wir drei Anmerkungen, diesen Gesetzentwurf betreffend. Wir haben uns zwar im vergangenen

Jahr mit den rechtlichen Grundlagen auf Landesebene beschäftigt, allerdings stellt sich die Frage – der Staatsvertrag kommt jetzt, seit Anfang des Jahres ist er sukzessive unterschrieben worden von den zuständigen Ministern, die Rechtsgrundlagen für diesen Zweiten Staatsvertrag gelten aber bereits seit 2009 beziehungsweise 2013 –, warum so spät.

Was den Staatsvertrag selbst betrifft, haben wir uns die Frage vorgelegt, wo der Hintergrund dafür ist, dass die Registrierung von Versicherten beziehungsweise Patientinnen, die am Mammografie-Screening teilnehmen, 30 Monate beträgt, also länger ist als ein Screeningintervall. Datenschutzrechtler müssten das noch mal würdigen. Da haben wir zumindest ein weitergehendes Informationsbedürfnis.

Zu der Frage, welche Erfahrungen es in anderen Ländern gibt: Herr Heydorn ist darauf eingegangen, dass es bei uns historisch speziell gewachsen ist und wir Erfahrungen mit der Registrierung, dem Datenabgleich haben. Andere Länder haben ihre. Es gibt unterschiedliche Erfahrungswerte. Auch hier haben wir ein weitergehendes Interesse, die Erfahrungen in anderen Ländern betreffend, und sehen insofern der Diskussion im Ausschuss hoffnungsvoll entgegen. – Schönen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE)

**Vizepräsidentin Beate Schlupp:** Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Ich schließe die Aussprache.

Der Ältestenrat schlägt vor, den Gesetzentwurf der Landesregierung auf Drucksache 7/763 zur Beratung an den Wirtschaftsausschuss zu überweisen. Wer stimmt für diesen Überweisungsvorschlag? – Gibt es Gegenstimmen? – Gibt es Stimmenthaltungen? – Damit ist der Überweisungsvorschlag einstimmig angenommen.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 9:** Erste Lesung des Gesetzentwurfes der Landesregierung – Entwurf eines Gesetzes zum Zweiten Staatsvertrag zur Änderung des Glücksspielstaatsvertrages, Drucksache 7/764.

**Gesetzentwurf der Landesregierung  
Entwurf eines Gesetzes zum Zweiten Staatsvertrag zur Änderung des Glücksspielstaatsvertrages (Zweites Glücksspieländerungsstaatsvertragsgesetz – Zweites GlüÄndStVG M-V)**  
(Erste Lesung)  
– **Drucksache 7/764** –

Das Wort zur Einbringung hat der Minister für Inneres und Europa Herr Lorenz Caffier.

(Peter Ritter, DIE LINKE:  
Er ist gerade in der Spielhölle. –  
allgemeine Unruhe und Heiterkeit)

Ich habe gesehen, dass die CDU-Fraktion eine Auszeit von fünf Minuten beantragen will. Ich unterbreche die Sitzung auf Antrag der Fraktion der CDU für fünf Minuten. Die Sitzung ist unterbrochen.

**Unterbrechung: 16.51 Uhr**

**Wiederbeginn: 16.52 Uhr**

**Vizepräsidentin Beate Schlupp:** Meine sehr geehrten Damen und Herren, in Anbetracht des bevorstehenden Sommerfestes frage ich Sie, ob Sie damit einverstanden sind, wenn wir die unterbrochene Sitzung fortsetzen, obwohl fünf Minuten noch nicht vergangen sind?

(Zurufe aus dem Plenum: Ja!)

Ich sehe und höre keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen.

Herr Schulte, möchten Sie?

(Zuruf von Jochen Schulte, SPD)

Gut, dann hat jetzt das Wort zur Einbringung der Minister für Inneres und Europa Herr Lorenz Caffier.

(Zuruf von Peter Ritter, DIE LINKE)

**Minister Lorenz Caffier:** Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren Abgeordnete! Die Glücksspielbranche in Deutschland durchlebt gerade recht unruhige und wechselhafte Zeiten. Während der Markt jahrzehntlang sehr strikt reguliert war, wurde in 2010 vom Europäischen Gerichtshof mehr oder weniger eine zaghafte Öffnung verordnet. Außerdem zwang uns der Vormarsch des Glücksspiels im Internet zum Handeln. In der Folge wurden durch den Ersten Glücksspieländerungsstaatsvertrag das Vertriebsverbot für Lotto beendet, ein grenzüberschreitender Lotto-Jackpot ermöglicht und Spielbankwerbung erlaubt.

Wichtig war aber insbesondere die Öffnung des Sportwettenmarktes. Es sollten insgesamt 20 Konzessionen für staatliche und private Sportwettenanbieter vergeben werden. Doch das ging nach hinten los, das ganze Verfahren wurde vom Verwaltungsgericht Wiesbaden und dem Hessischen Verwaltungsgericht Kassel einkassiert. Es sei weder transparent, noch sei es diskriminierungsfrei. Wir kamen in eine rechtlich und politisch sehr unbefriedigende Situation, also musste ein Zweiter Glücksspieländerungsstaatsvertrag her. Im Oktober letzten Jahres fassten die Ministerpräsidenten in Rostock anschließend entsprechende Beschlüsse.

Der geltende Glücksspielstaatsvertrag soll für den Sportwettenbereich grundlegend geändert werden. Das bisherige Konzessionsmodell wird abgeschafft und durch ein qualifiziertes Erlaubnismodell ersetzt. Es wird dadurch zukünftig keine zahlenmäßige Begrenzung der Anbieter mehr geben. Ferner werden für zentrale bundesweite Zuständigkeiten im glücksspielrechtlichen Erlaubnisverfahren neue Zuständigkeiten festgelegt. Durch die Änderung wollen wir für legale Sportwettenanbieter schnellstmöglich Rechtssicherheit schaffen und wir wollen damit die Grundlage schaffen, um den illegalen Anbietern wirksam entgegenzutreten zu können.

Der Änderungsstaatsvertrag wurde im März und April von allen Ministerpräsidenten unterzeichnet. Zu seinem Inkrafttreten bedarf der Staatsvertrag nunmehr gemäß Artikel 47 Absatz 2 der Verfassung des Landes der Zustimmung des Landtages in Form eines Gesetzes. Das Gesetz liegt Ihnen jetzt vor.

Meine Damen und Herren, das Gesetz hat verschiedene Ziele. Die Regulierung des Glücksspielmarktes erfolgt mit verschiedenen Zielen:

- Verhinderung von Glücksspiel- und Wettsucht mit Suchtprävention,
- Lenkung des natürlichen Spielbetriebs der Bevölkerung in geordnete und überwachte Bahnen zur Verhinderung von Schwarzmärkten,
- Gewährleistung von Jugend- und Spielerschutz,
- Verhinderung von Betrug und Begleitkriminalität
- sowie Sicherung der Integrität des Wettbewerbs.

Alle diese Ziele sind hier gleichrangig. Es ist eine bewusste politische Entscheidung der Länder. Klar ist, es ist ein ziemlich schwieriger Balanceakt, insbesondere auch deshalb, weil wir nicht abschließend wissen, wie sich die EU positionieren wird. Die Länder sind sich aber einig, dass sie ihr Modell trägt und dass es europarechtskonform ist. Das heißt, neuerdings sind sich alle Länder einig, bis auf eines, Schleswig-Holstein. In dem Koalitionsvertrag verständigte sich die Jamaika-Koalition Kiel darauf, dem Zweiten Glücksspieländerungsstaatsvertrag im Parlament nicht zuzustimmen. Sollte dies der Fall sein, wird der Zweite Glücksspieländerungsstaatsvertrag nicht in Kraft treten.

Davon dürfen wir uns jetzt nicht beeindrucken lassen, so haben wir es auch mit den anderen Ländern vereinbart. Alle anderen 15 Länder werden erst einmal den Staatsvertrag ratifizieren und dann werden wir sehen, ob sich Schleswig-Holstein tatsächlich weiter sperrt oder ob wir eine Einigung finden. Wir hoffen, dass wir eine Situation wie vor sechs Jahren, als Schleswig-Holstein schon einmal versucht hat, aus dem Länderverbund auszubrechen, vermeiden können. – Ich bitte daher um Zustimmung zum vorliegenden Gesetzentwurf und bedanke mich für die Aufmerksamkeit.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD und CDU)

**Vizepräsidentin Beate Schlupp:** Vielen Dank, Herr Minister.

Im Ältestenrat ist vereinbart worden, eine Aussprache nicht vorzusehen. Ich sehe und höre keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen.

Der Ältestenrat schlägt vor, den Gesetzentwurf der Landesregierung auf Drucksache 7/764 zur federführenden Beratung an den Innen- und Europaausschuss sowie zur Mitberatung an den Finanzausschuss sowie an den Wirtschaftsausschuss zu überweisen. Wer stimmt für diesen Überweisungsvorschlag? – Gibt es Gegenstimmen? – Gibt es Stimmenthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Damit ist der Überweisungsvorschlag einstimmig angenommen.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 10:** Erste Lesung des Gesetzentwurfes der Fraktionen der SPD und CDU – Entwurf eines Zweiten Gesetzes zur Änderung der Landesbauordnung Mecklenburg-Vorpommern, Drucksache 7/788.

**Gesetzentwurf der Fraktionen der SPD und CDU**  
**Entwurf eines Zweiten Gesetzes zur Änderung der Landesbauordnung Mecklenburg-Vorpommern**  
 (Erste Lesung)  
 – Drucksache 7/788 –

Das Wort zur Einbringung hat für die Fraktion der SPD der Abgeordnete Herr Albrecht.

**Rainer Albrecht**, SPD: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete! Werte Gäste! Mit dem Ihnen vorliegenden Entwurf eines Zweiten Gesetzes zur Änderung der Landesbauordnung Mecklenburg-Vorpommern wollen die Fraktionen der SPD und CDU zwei konkrete Maßnahmen mit in die Landesbauordnung Mecklenburg-Vorpommern aufnehmen und klar regeln. Zum einen sollen die Paragraphen 46 und 85 in Bezug auf eine bedarfsgerechte Nachtkennzeichnung von Windenergieanlagen in der Landesbauordnung Mecklenburg-Vorpommern ergänzt und klarer formuliert werden. Zum Zweiten sollen durch Änderung des Paragraphen 6 der Landesbauordnung die Windenergieanlagen weitgehend von der Abstandsflächenregelung befreit werden.

Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete, die Energiewende stößt auf breite Zustimmung. 93 Prozent der Deutschen unterstützen den verstärkten Ausbau der erneuerbaren Energien. Das zeigt eine Umfrage, die das Meinungsforschungsinstitut Emnid im vergangenen Jahr durchgeführt hat. Auch die Bürgerinnen und Bürger, die in der Nähe solcher Anlagen wohnen, sind mehrheitlich für den Ausbau. Unter den befragten Nachbarn von Windenergieanlagen finden 69 Prozent die Nachbarschaft eher gut beziehungsweise sehr gut, so das Ergebnis der Emnid-Umfrage. Ziel der Politik muss es daher sein, die Akzeptanz von Windenergieanlagen bei den Bürgerinnen und Bürgern sowie den Ausbau der erneuerbaren Energien zu stärken, damit die Ziele der Energiewende und des Klimaschutzes erreicht werden können.

Kritik entzündet sich vor allem an der dauerhaften Beleuchtung der Windenergieanlagen. Ab einer Höhe von 100 Metern brauchen sie rote Blinklichter, die nachts aufleuchten, und ab einer Höhe von 150 Metern ist eine dauerhaft rote Beleuchtung vorgeschrieben, um Kollisionen mit Flugzeugen oder Hubschraubern zu verhindern. Durch diese weithin sichtbaren Lichter fühlen sich aber viele Menschen in der Umgebung solcher Anlagen gestört. Diesen Bürgerinnen und Bürgern wollen wir helfen. Ihren Beschwerden wollen wir nachkommen, ohne dabei die Sicherheit zu vernachlässigen, denn die Lichter erfüllen ja nur einen Zweck: Sie sollen Flugzeuge und andere Luftfahrzeuge warnen und einen Aufprall verhindern. Nur, über Mecklenburg-Vorpommern verkehren nachts kaum Flugzeuge. Warum dann die dauerhafte Beleuchtung, warum keine bedarfsgerechte Kennzeichnung? Nähert sich ein Flugzeug, gehen die Lichter an, nähert sich kein Flugzeug, bleiben sie aus.

Meine Damen und Herren, die Technik funktioniert vereinfacht gesagt so: In den Windparks wird ein Empfänger installiert, der ständig Signale aufnimmt. Solange er Signale empfängt, wird das Blinken der Warnleuchten unterdrückt. Nähert sich ein Flugzeug, werden die Signale unterbrochen und die Warnleuchten gehen an. Selbst bei einem Defekt des Empfängers besteht keine Gefahr. Da er keine Signale empfangen kann, gehen die Warnleuchten an. Verfügt ein Windpark über solch eine bedarfsgerechte Kennzeichnung, bleibt er im Schnitt 90 Prozent seiner Betriebszeit unbeleuchtet, sagt die Fachagentur Windenergie. Genau deshalb wollen wir in Mecklenburg-Vorpommern eine bedarfsgerechte Nachtkennzeichnung einführen.

Meine Damen und Herren Abgeordnete, seit 1. Januar dieses Jahres gilt bereits: Neue Windparks, die eine Umweltverträglichkeitsprüfung durchlaufen müssen, werden mit einer bedarfsgerechten Befeuerung ausgerüstet.

(Egbert Liskow, CDU: Sehr gut!)

Das sind in der Regel Windparks mit 20 und mehr Anlagen. Jetzt wollen wir aber noch einen Schritt weiter gehen: Künftig sollen alle neuen Windparks eine bedarfsgerechte Nachtkennzeichnung erhalten. Um kleinere Betreiber nicht zu überfordern, wird es eine Ausnahme geben. Wer weniger als fünf Anlagen in einem Windeignungsgebiet errichtet, kann eine Befreiung von dieser Pflicht beantragen. Die zuständige Behörde entscheidet dann anhand mehrerer klar definierter Punkte, ob eine Befreiung möglich ist.

Eine Kumulationsregel soll Missbrauch verhindern. So dürfen größere Windparks nicht künstlich geteilt werden in mehrere Projekte, nur damit jedes weniger als fünf Windräder aufweist. Die Ausnahmeregelung greift auch nicht, wenn sich die Betreiber eines Projekts in unterschiedliche Gesellschaften aufteilen, damit jede Gesellschaft auf weniger als fünf Anlagen kommt. Wer von der Pflicht zur bedarfsgerechten Nachtkennzeichnung befreit wird, muss dafür eine Ablöse zahlen. Diese Ablöse soll je Anlage einmalig 100.000 Euro betragen. Diese Summe ergibt sich vereinfacht gesagt aus den Beträgen, die bei Investitionen und Betrieb einer bedarfsgerechten Befeuerung angefallen wären.

Bestehende Anlagen sind nicht verpflichtet nachzurüsten. Diese genießen mit ihrer Genehmigung quasi Bestandsschutz. Beim nächsten Repowering, wenn also die bisherige, dann veraltete Anlage durch eine neue, meist leistungsstärkere ersetzt wird, greift aber auch hier für diese Anlagen die Pflicht zur bedarfsgerechten Befeuerung.

Das muss aber nicht heißen, dass in den betroffenen Regionen auf viele Jahre nichts geschieht. Die eben erwähnte Ablöse soll in einen Fonds fließen. Mithilfe der Mittel aus diesem Fonds sollen an Stellen im Land, auf denen aufgrund des Bestandsschutzes für die bestehenden Anlagen auf längere Sicht keine bedarfsgerechte Befeuerung zu erwarten ist, finanzielle Anreize für eine freiwillige Nachrüstung mit bedarfsgerechter Befeuerung gesetzt werden. Wir haben hier eine echte Win-win-Situation, wie es zu gut Neudeutsch heißt. Von der bedarfsgerechten Befeuerung profitieren also alle. Die Flugsicherheit bleibt gewahrt, die Anwohner fühlen sich nicht mehr durch eine Dauerbeleuchtung gestört.

Meine Damen und Herren, die zweite Änderung betrifft die Abstandsregelung in Artikel 1 Paragraph 6 der Landesbauordnung Mecklenburg-Vorpommern. Wie sich aus Paragraph 6 Absatz 1 Satz 1 Landesbauordnung ergibt, sind Abstandsflächen dazu da, in der Umgebung von Gebäuden Freiflächen zu sichern, damit insbesondere einerseits unter dem Gesichtspunkt der Brandübertragung sowie andererseits bei Belichtung und Belüftung zur Schaffung gesunder Wohn- und Arbeitsverhältnisse sozial verträgliche Zustände gewährleistet sind.

Nun passt bereits die aktuelle Rechtsnorm nicht auf Windenergieanlagen, denn Windenergieanlagen sind keine Gebäude, da sie nicht zum dauerhaften Aufenthalt von Personen geeignet sind, sondern technische Anla-

gen sind. Windenergieanlagen stehen solitär in der freien Landschaft, sodass auch der Aspekt des Brandschutzes entfällt. Belichtung und Belüftung benachbarter Gebäude werden ebenfalls mangels Vorhandenseins nicht beeinträchtigt. Deshalb ist es sinnvoll, Windenergieanlagen weitgehend von Abstandsflächen zu befreien, zumal es häufig einen erheblichen finanziellen Aufwand bedeutet, angesichts der Bauhöhe moderner Windenergieanlagen entsprechende Abstandsflächen auf den Nachbargrundstücken bauordnungsrechtlich zu sichern.

(Präsidentin Sylvia Bretschneider  
übernimmt den Vorsitz.)

Gleiches gilt auch dann, wenn vorhersehbar ist, dass die Windenergieanlagen sich in Kürze in einem Eignungsgebiet befinden werden. Dann soll dem Vorhabensträger frühzeitig die Mühe erspart werden, zu versuchen, auch noch Abstandsflächen anzupachten, obgleich diese dann später gar nicht mehr erforderlich sein werden.

Die vorstehenden Ausführungen gelten auch für Windenergieanlagen, die zwar außerhalb von Eignungsgebieten entstehen, die aber in besonderer Weise gefördert werden sollen, weshalb ein Zielabweichungsverfahren durchgeführt wird. Häufig handelt es sich dabei um Prototypen beziehungsweise Versuchsanlagen, deren wirtschaftliche Betreuung sowieso unter kritischeren Bedingungen stattfindet als bei rein kommerziell betriebenen Anlagen. Ein Verzicht auf Abstandsflächen erleichtert also durch Beschleunigung und Kostenreduzierung den Ausbau erneuerbarer Energien und entspricht damit den Vorstellungen der Koalitionsparteien aus der Koalitionsvereinbarung 2016 bis 2021.

Meine sehr geehrten Damen und Herren Abgeordnete, die Koalitionsfraktionen von SPD und CDU beantragen hiermit, diesen Gesetzentwurf zur Weiterberatung in den federführenden Energieausschuss, in den mitberatenden Innen- und Europaausschuss sowie den Finanzausschuss zu überweisen. Ich freue mich auf eine fachlich gute Anhörung der Sachverständigen mit anschließenden spannenden Beratungen im Energieausschuss. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD  
und Marc Reinhardt, CDU)

**Präsidentin Sylvia Bretschneider:** Vielen Dank, Herr Albrecht.

Im Ältestenrat ist vereinbart worden, eine Aussprache nicht vorzusehen. Ich sehe und höre dazu keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen.

Der Ältestenrat schlägt vor, den Gesetzentwurf der Fraktionen der SPD und CDU auf Drucksache 7/788 zur federführenden Beratung an den Energieausschuss sowie zur Mitberatung an den Innen- und Europaausschuss sowie an den Finanzausschuss zu überweisen. Wer stimmt für diesen Überweisungsvorschlag? – Wer stimmt dagegen? – Stimmenthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Damit ist der Überweisungsvorschlag einstimmig angenommen.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 11:** Beratung des Antrages der Fraktion der AfD – Denkmäler erhalten – Notsicherungsfonds für Mecklenburg-Vorpommern, auf Drucksache 7/777(neu).

### **Antrag der Fraktion der AfD Denkmäler erhalten – Notsicherungsfonds für Mecklenburg-Vorpommern – Drucksache 7/777(neu) –**

Das Wort zur Begründung hat der Abgeordnete Herr Arppe für die Fraktion der AfD.

**Holger Arppe,** AfD: Sehr geehrtes Präsidium! Werte Kollegen! Liebe Bürger! Ich bin oft und gerne hier im Bundesland unterwegs und gucke mir mit besonderer Freude die schönen Schlösser an, die wir in Mecklenburg-Vorpommern so haben, klangvolle Namen wie Bothmer, Mirow, Hohenzieritz, Ludwigslust, die dankenswerterweise durch das Land in den letzten Jahren mit sehr viel Geld restauriert wurden und noch restauriert werden. Das ist sehr erfreulich und findet meine und unsere volle Anerkennung.

Aber die Kulturlandschaft Mecklenburg-Vorpommerns ist auch geprägt von zahlreichen kleinen sogenannten Gutsdörfern. Sie entstanden aus landwirtschaftlichen Gütern, deren Eigentümer sich als Ausdruck ihres Wohlstandes teils opulente Bauwerke in die Weiten des Agrarlandes setzten. Diese Gutsdorfstruktur erstreckte sich von der dänischen Grenze bis hoch ins Baltikum, überall dort, wo eine deutsche Oberschicht über lange Jahrhunderte das wirtschaftliche und kulturelle Leben des ländlichen Raumes prägte.

Heute existieren in Mecklenburg-Vorpommern noch rund 1.500 dieser Guts- und Herrenhäuser. Viele wurden nach der Wende von alten und neuen Eigentümern liebevoll saniert. Sie dienen als private Wohnsitze, als Seminarstätten oder Hotels. Immerhin die Hälfte dieser Bauwerke steht unter Denkmalschutz und repräsentiert die Geschichte der norddeutschen Baukultur, eindrucksvolle Zeugnisse der Renaissance, des Barock, des Klassizismus oder der Neugotik, die der Nachwelt erhalten werden sollten. Sie sind ein einzigartiger Bestandteil der deutschen Kulturlandschaft und locken so manchen Touristen in unser schönes Land. Sie sind bis heute Mittelpunkt der Dörfer, bringen als Hotels oder Kulturzentren Arbeitsplätze und Wertschöpfung in den ländlichen Raum.

Ich möchte an dieser Stelle den Besitzern, den Bauherren danken, den Investoren, die sich dieser Gutshäuser und Schlösser angenommen haben, die sie restauriert und einer zeitgemäßen Nutzung zugeführt haben. Das sollten wir anerkennen.

Und doch stehen viele dieser Häuser vor dem Zusammenbruch, ihre Eigentümer haben sie als Spekulationsobjekte erworben, wollen sie in ihrem desolaten Zustand für horrende Preise verkaufen oder warten schlicht auf den Zusammenfall, um das oft traumhaft gelegene Grundstück mit modernen Bauten, die mehr Geld einbringen, dann im Endeffekt verschandeln zu können.

Nun steht das Privateigentum zu Recht unter einem besonderen Schutz, und das ist auch gut so. Jedoch gibt das Denkmalschutzgesetz in Mecklenburg-Vorpommern klare Vorgaben, an welche Pflichten der Eigentümer eines denkmalgeschützten Objektes gegenüber der Gesellschaft gebunden ist. Er hat die Pflicht zur Erhaltung des Gebäudes, nicht mehr und nicht weniger, und das sollte ihm hoffentlich bewusst gewesen sein, als er sich, häufig für eine schmale Mark, zum Gutsherrn aufschwang. Diese Erkenntnis setzt sich jedoch nicht bei

allen und jedem durch, und genau da müssen die zuständigen Behörden wiederum ihren Pflichten nachkommen, denn das Denkmalschutzgesetz bietet durchaus ausreichend Handhabe, die notwendigen Sicherungsmaßnahmen zu beauftragen, ohne Zustimmung des Eigentümers.

Aufgrund einer stark angespannten Personallage und vielleicht auch der Angst vor langwierigen Rechtsprozessen werden diese Maßnahmen jedoch so gut wie nicht angewendet. Offenbar gibt man sich mit der Verwaltung des Verfalls häufig zufrieden. Dabei könnte man durch oft geringe Mittel – beispielsweise aus einem Notsicherungsfonds, wie er auch auf der jüngsten Jahrestagung der Arbeitsgemeinschaft Erhaltung und Nutzung der Gutsanlagen in Mecklenburg-Vorpommern gefordert wurde – und Arbeitseinsätze eine vorübergehende Erhaltung der Substanz und somit die Möglichkeit einer späteren Sanierung erreichen. Den säumigen Eigentümern würde somit eindeutig klargemacht werden, dass sie ihrer Pflicht zur Erhaltung der Denkmäler nachzukommen haben oder das Objekt besser veräußern und in fürsorgevolle Hände abgeben sollten.

Sehr geehrte Landesregierung, schauen Sie doch noch einmal in dieses Gesetz und sorgen dafür, dass die dort verankerten Maßnahmenpakete endlich auch angewandt werden! Es ist die hoheitliche Aufgabe des Landes, den Denkmalschutz umzusetzen. Die Landkreise als untere Denkmalschutzbehörden sind personell und finanziell so auszustatten, dass sie dieser Aufgabe vollumfänglich nachkommen können. Einem funktionierenden Rechtsstaat, der wir ja sind, sollte es dann wohl auch nicht allzu schwerfallen, sich die entstehenden Kosten von den Eigentümern zurückzuholen, denn auch dafür gibt es die rechtlichen Grundlagen im Denkmalschutzgesetz.

Frau Ministerin Hesse, kommen Sie also endlich Ihren Pflichten nach und übernehmen Sie die Verantwortung für den drohenden Verlust unseres Kulturgutes! – Vielen Dank.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

**Präsidentin Sylvia Bretschneider:** Im Ältestenrat ist vereinbart worden, eine Aussprache mit einer Dauer von bis zu 45 Minuten vorzusehen. Ich sehe und höre dazu keinen Widerspruch, dann eröffne ich die Aussprache.

Ums Wort gebeten hat die Ministerin für Bildung und Kultur Frau Birgit Hesse.

**Ministerin Birgit Hesse:** Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete!

Herr Arppe, ich gebe Ihnen gern ein bisschen Nachhilfeunterricht.

(Thomas Krüger, SPD: Oh! –  
Marc Reinhardt, CDU: Oha! –  
Zuruf von Martina Tegtmeier, SPD)

Ich möchte beginnen mit unserem Koalitionsvertrag und zwei Sätze vorlesen. Dort heißt es in Punkt 258: „Mecklenburg-Vorpommern verfügt über ein reiches kulturelles Erbe und ein vielfältiges kulturelles Angebot. Kunst und Kultur tragen zur Identitätsbildung der Menschen bei.“ An dieser Stelle betone ich drei Wörter: „vielfältiges kulturelles Angebot“.

(Holger Arppe, AfD: Ja, und?)

Was machen Sie jetzt? Sie reduzieren dieses Angebot auf Schlösser und Herrenhäuser.

(Zuruf von Holger Arppe, AfD)

Und das alleine

(Zuruf von Tilo Gundlack, SPD)

soll das hier umworbene –

(Holger Arppe, AfD:  
Das stimmt doch gar nicht.)

zu Recht umworbene! – kulturelle Erbe unseres Landes ausmachen. Unser schönes Bundesland ist voll von Schlössern, Gutshäusern, Herrenhäusern, Kirchen, Müns-tern, Domen,

(Zuruf von Manfred Dachner, SPD)

Bauernhäusern, Wind- und Wassermühlen, Bürger- und Rathhäusern, Bäderarchitektur und Grabstätten, um einfach ein bisschen zu ergänzen.

(Thomas de Jesus Fernandes, AfD: Dann  
haben Sie den Antrag nicht verstanden. –  
Zuruf von Holger Arppe, AfD)

Diese Aufzählung ist auch noch unvollständig, zeigt aber schon, was dieser Antrag eigentlich wirklich ist: Er ist eine schlichte Verknappung unseres kulturellen Erbes in Mecklenburg-Vorpommern,

(Thomas de Jesus Fernandes, AfD:  
Das ist doch Blödsinn! –  
Zuruf von Holger Arppe, AfD)

denn Denkmalschutz und Denkmalpflege sind, das erkennen Sie hoffentlich auch an, mühevoll Arbeit. Und anders, als der Antrag suggeriert – das haben Sie hier eben gerade mehrfach ausgeführt –, gehe ich davon aus, dass sowohl die Eigentümer als auch die zuständigen Behörden diese Arbeit gewissenhaft tun. Das beinhaltet auch das, was Denkmalschutz bedeutet in der Anwendung und in der Umsetzung. Sich hier hinzustellen und Eigentümern das abzusprechen und sogar Zwangsmaßnahmen durchzuführen, finde ich wirklich ziemlich erstaunlich.

Aber mit Blick auf Ihre Forderung, die Sie gerade ausgeführt haben, gebe ich Ihnen auch gerne einen weiteren Hinweis in Sachen Nachhilfe: Sie haben beklagt, dass die finanzielle und personelle Ausstattung der Behörden in den Kreisen und kreisfreien Städten nicht ausreichend ist. Sie wissen aber auch, wer zuständig ist für diese Ausstattung.

**Präsidentin Sylvia Bretschneider:** Frau Ministerin, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten Herrn Arppe?

**Ministerin Birgit Hesse:** Nein, danke.

(Heiterkeit bei  
Thomas de Jesus Fernandes, AfD:  
Nein, danke!)

Es gibt hier eine klare Verantwortlichkeit in der Zuständigkeit für diese Ausstattung, und das sind eben die Landkreise und die kreisfreien Städte. Hier sind wir als Landesregierung der falsche Adressat beziehungsweise die falsche Adressatin. Das sollten Sie einfach auch mal zur Kenntnis nehmen!

Und was ich erst recht nicht gelten lasse, ist der grundsätzliche Tenor dieses Antrags. Meine Damen und Herren, der lautet nämlich, wir taten und tun zu wenig für den Denkmalschutz. Das ist schlicht und ergreifend falsch

(Holger Arppe, AfD:  
Das habe ich nie behauptet.)

und das diffamiert auch die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sowohl im Haupt- als auch im Ehrenamt, die in diesem Bereich tätig sind.

(Thomas de Jesus Fernandes, AfD: Oh,  
das jetzt auf die Schiene wieder zu schieben,  
das ist aber erbärmlich. Das ist erbärmlich!)

Die allermeisten dieser 1.004 unter Denkmalschutz stehenden Gebäude konnten seit der Wiedervereinigung aufwendig saniert werden und ich bin allen dankbar, die diese Sanierung begleitet haben. Diesen Dank sollten wir noch mal deutlich betonen.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD)

Wir wollen diese Leistungen auch weiter unterstützen, wir wollen, dass diese Arbeit weiter vorangeht. Deshalb hat uns im vergangenen November auch das Parlament oder hier der Landtag den Auftrag gegeben – ein Antrag der Koalitionsfraktionen, die das längst erkannt haben – zu sagen, wir machen einen Arbeitsauftrag und darin wird die Landesregierung aufgefordert, das Denkmalschutzgesetz zu novellieren, die Denkmalpflege in der nächsten EU-Fördermittelperiode als Schwerpunkt zu berücksichtigen und einen Masterplan zu erstellen, der förderwürdige Denkmale priorisiert. All das braucht Zeit, denn hier geht Genauigkeit vor Schnelligkeit, und auch hierzu brauchen wir einen vernünftigen Plan. Wir tun gut daran, diesen beschlossenen Antrag weiterzuvollziehen, weil er viel, viel weiter geht als das, was Sie hier fordern, weil er über einen bloßen Nottfonds weit hinausgeht, den wir dann auch noch Eigentümern aufstülpen sollen, so, wie Sie es gesagt haben. Insofern kann ich nur empfehlen, diesen Antrag abzulehnen. – Vielen Dank.

(Beifall vonseiten der Fraktionen  
der SPD und CDU)

**Präsidentin Sylvia Bretschneider:** Vielen Dank, Frau Ministerin.

Das Wort hat jetzt die Abgeordnete Frau Kröger von den LINKEN.

(Eva-Maria Kröger, DIE LINKE:  
Wenn das so ist. Sie sind die Chefin da! –  
Heiterkeit vonseiten der Fraktionen  
der SPD und DIE LINKE)

**Eva-Maria Kröger, DIE LINKE:** Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete! Wir alle kennen das, wir haben das ja schon oft gehört, wenn

die Leute sagen: Mensch, so schöne Schlösser, so schöne Häuser habt ihr hier in Mecklenburg-Vorpommern!

(Zurufe von Manfred Dachner, SPD,  
und Patrick Dahlemann, SPD)

Und natürlich freuen wir uns immer darüber, wenn unsere Gäste in diesem schönen Bundesland feststellen, dass es immer ein bisschen wie im Märchen ist, wie so eine kleine Reise zurück in die Zeit.

Geschichte kann man erleben, und ja, manche Häuser haben es geschafft, sie zeigen neue Perspektiven auf, und darüber freuen wir uns natürlich alle, während andere Häuser verfallen. Grundsätzlich ist es deshalb auch notwendig, dass man den Guts- und Herrenhäusern im Land, genauso wie auch unseren Schlössern, eine besondere Aufmerksamkeit widmet. Dieses Kulturgut ragt hervor, es ist ein ganzes Stück weit ein Alleinstellungsmerkmal im Land und bildet vielerorts, gerade in den kleineren Gemeinden, einen Anziehungspunkt, nicht nur für Gäste, sondern auch für Einheimische.

Sehr geehrte Damen und Herren, unsere Guts- und Herrenhäuser, unsere Schlösser und Gärten, sie erzählen Architekturgeschichte, sie berichten von vergangenen Tagen, von Dorf- und Familiengeschichten, und auch politische Entwicklungen im Land lassen sich anhand der Geschichte der Guts- und Herrenhäuser nachvollziehen. Ja, sie sind ebenso bedeutend und identitätsstiftend

(Patrick Dahlemann, SPD: Das stimmt.)

wie unsere alten Mühlen, das maritime Erbe, die Bodendenkmäler – wir hatten ja kürzlich eine sehr interessante Anhörung dazu im Bildungsausschuss –, die Archivarien, unsere Küstenlandschaft, die alten Häuser und Häuschen in unseren Innenstädten

(Patrick Dahlemann, SPD: Genau.)

und unseren Dorfkernen und vieles mehr. Frau Ministerin hat es angesprochen.

Denkmalpflege und Denkmalschutz, Denkmalrettung und auch ein nachhaltiger Umgang mit den Zeugen der Vergangenheit sind sehr große Herausforderungen in Mecklenburg-Vorpommern, die aus unserer Sicht ein ganz grundsätzliches Umdenken erfordern. Es genügt eben nicht – auch da teile ich die Meinung der Ministerin –, einen Aspekt herauszupicken, durch diese Reduktion das sehr vielschichtige Problem einerseits zu verengen und zeitgleich dafür zu sorgen, dass konzept- und planlos in Form von Insellösungen Nothilfen gezahlt werden. Hier brauchen wir ganzheitliche Lösungsansätze.

(Manfred Dachner, SPD: Sehr gut!)

Dabei müssen die Zuständigkeiten zwischen Land und Kommunen neu geklärt werden – da haben wir dann wieder einen Dissens, liebe Frau Ministerin –,

(Zuruf von Patrick Dahlemann, SPD)

da müssen die Zuständigkeiten neu geklärt werden, die monetäre Herangehensweise muss kritisch überdacht werden und die angekündigte Novellierung des Denkmalschutzgesetzes muss hier aus unserer Sicht neue Maßstäbe setzen. Ein Notsicherungsfonds, so gut er

auch zuerst klingen mag, hilft jedoch gar nicht, die vielschichtigen Belange des Denkmalschutzes abzudecken. Ein wichtiges Anliegen würde falsch angegangen werden, denn ein Nothilfefonds kann nicht lindern, dass etliche Häuser vor allem eins brauchen, und das ist eine langfristige, ganzheitliche Perspektive. Wir lehnen diesen Antrag ab. – Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall vonseiten der Fraktionen  
der SPD und DIE LINKE)

**Präsidentin Sylvia Bretschneider:** Vielen Dank.

Das Wort hat jetzt die Abgeordnete Frau Julitz für die Fraktion der SPD.

**Nadine Julitz, SPD:** Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Nach eigener Einschätzung ist die AfD ja eine ganz besonders ausgeschlafene Partei, die hier Themen aufruft, die dieses Parlament noch nicht gehört hat. Ich bin mir ziemlich sicher, die meisten hier im Saal werden die Sache mit der Ausgeschlafenheit anders sehen, sowohl tatsächlich als auch in der Themenfindung.

Die Koalitionsfraktionen haben im Koalitionsvertrag festgehalten: „Mecklenburg-Vorpommern verfügt über ein reiches kulturelles Erbe und ein vielfältiges kulturelles Angebot. Kunst und Kultur tragen zur Identitätsbildung ... bei.“ Des Weiteren haben die Koalitionäre im November 2016 bereits einen Antrag „Kulturdenkmäler des Landes bewahren – Denkmalschutz verbessern“ eingebracht. Das Thema wird von uns längst bearbeitet.

Zu kulturellen Denkmälern zählen im Übrigen – und das haben meine Vorrednerinnen auch schon ausgeführt – nicht nur Guts- und Herrenhäuser oder Schlösser. Was ist mit all den Bauernhäusern, Kirchen und Bodendenkmälern?

Im Koalitionsvertrag ist ebenfalls festgeschrieben, dass das Denkmalschutzgesetz überarbeitet werden soll. Die Ministerin hat bereits ausgeführt, dass daran gearbeitet wird.

(Thomas de Jesus Fernandes, AfD:  
Wie lange denn noch?)

Eine wesentliche Voraussetzung für den Erhalt verschiedenster Denkmäler ist jedoch die tatsächliche Nutzung. Auch das haben CDU und SPD festgelegt.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, sowohl die Ministerin als auch meine Vorrednerin haben weitere Argumente genannt. Auch wir lehnen diesen Antrag ab. – Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD  
und Eva-Maria Kröger, DIE LINKE)

**Präsidentin Sylvia Bretschneider:** Vielen Dank.

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Herr Arppe für die Fraktion der AfD.

**Holger Arppe, AfD:** Sehr geehrtes Präsidium! Werte Kollegen! Liebe Bürger! Es ist immer wieder faszinierend, was Sie für Pirouetten drehen, um einem Antrag der AfD nicht zustimmen zu müssen, von dem Sie ja wissen,

(Zuruf von Manfred Dachner, SPD)

von dem Sie ja wissen, dass es schwer sein wird, in der Öffentlichkeit Ihr merkwürdiges Verhalten zu begründen.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD –  
Tilo Gundlack, SPD: Nö, ganz einfach. –  
Torsten Renz, CDU: Ihr Antrag war so  
schlecht, das ging beim besten Willen nicht.)

Das sind immer dieselben Sprüche,

(Torsten Renz, CDU:  
Nee, der war so schlecht.)

die mich nun von Anfang an nicht beeindruckt haben, Herr Renz.

Zunächst mal, liebe Frau Ministerin Hesse, ich habe mitnichten irgendjemanden herabgewürdigt in meiner ersten Ansprache. Im Gegenteil, ich habe sowohl das Land als auch die Investoren und Schloss- und Guts- hausbesitzer ausdrücklich gelobt, die sich solcher Gebäude angenommen, sie saniert und restauriert haben. Das hat mit Herabwürdigen überhaupt gar nichts zu tun.

Wenn Sie jetzt die Notwendigkeit dieses Antrages in Zweifel ziehen und da natürlich auf irgendwas verträsten, was Sie in Ihrem Koalitionsvertrag stehen haben – da steht viel drin, was wir wahrscheinlich nie erleben werden, dass Sie es umsetzen werden.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD –  
Torsten Renz, CDU: Nee, nee, nee,  
nee, nee! – Manfred Dachner, SPD:  
Das haben Sie gar nicht gelesen.)

Ich frage mich, unlängst war im „Nordkurier“ ein großer Artikel, genau zu diesem Thema, in dem verschiedene ehrenamtlich Tätige – Sie haben mir unterstellt, ich hätte die Ehrenamtler irgendwie herabgewürdigt, völliger Unsinn, im Gegenteil –, die Ehrenamtler haben die Landesregierung, im „Nordkurier“ beispielsweise oder auch in einem unlängst veröffentlichten Bericht des NDR, aufgefordert, endlich so einen Notsicherungsfonds einzuführen. Wenn der gar nicht notwendig wäre und wenn das eine Verengung wäre oder was auch immer Sie sich da haben einfallen lassen, dann frage ich mich, warum zum Beispiel die Arbeitsgemeinschaft Erhaltung und Nutzung der Gutsanlagen in Mecklenburg-Vorpommern auf ihrer jüngsten Jahrestagung von der Landesregierung – von der Landesregierung und nicht von irgendeinem Landkreis oder irgendeiner Kommune, sondern expressis verbis von der Landesregierung – gefordert hat, so einen Notsicherungsfonds einzuführen.

(Ann Christin von Allwörden, CDU: Woher wissen  
Sie das denn? Sie waren doch gar nicht da.  
Also ich war da, Sie waren nicht da. –  
Zuruf von Torsten Renz, CDU)

Ja, dann wundert es mich, dass Sie alles vergessen haben,

(Ann Christin von Allwörden, CDU: Nee, Sie  
wissen gar nicht, was da beredet worden ist.)

was Sie da hätten hören müssen, Frau Allwörden. Ich habe auch noch andere Kanäle, mich zu informieren,

(Torsten Renz, CDU: Oh!)

Frau von Allwörden, also bitte schön.

(Unruhe vonseiten  
der Fraktionen der SPD und CDU –  
Torsten Renz, CDU: Vom Schreibtisch aus.)

Ihr Gezeter da unten nutzt ja nun überhaupt nichts.

(Zuruf von Thomas Krüger, SPD)

Es beweist ja nur, es beweist ja nur, ...

(Tilo Gundlack, SPD: Große Klappe  
haben, aber nicht mal da sein!)

Getroffene Hunde bellen.

... es beweist ja nur, dass wir recht haben. Je lauter Sie  
da unten dazwischenrufen und -bölen ...

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD –  
Tilo Gundlack, SPD: Oh, oh, oh! –  
Zurufe von Christian Brade, SPD,  
Marc Reinhardt, CDU,  
und Torsten Renz, CDU)

Ich gehöre gleich wieder zu Ihnen da, jaja.

(Zuruf von Peter Ritter, DIE LINKE)

Also wir fassen zusammen: Ein Notsicherungsfonds wird  
nicht nur von der AfD gefordert und befürwortet, sondern  
auch von denen, die sich zum großen Teil ehrenamtlich  
mit der Erhaltung unserer historischen Herren- und Guts-  
häuser in Mecklenburg-Vorpommern beschäftigen.

Der Artikel, den ich da gerade angeführt habe, Frau von  
Allwörden, der zitiert übrigens auch Sie ganz persön-  
lich.

(Zuruf von Egbert Liskow, CDU)

Sie hätten sich für so einen Notsicherungsfonds auch  
ausgesprochen.

(Zurufe von Tilo Gundlack, SPD,  
und Marc Reinhardt, CDU)

Ich habe das Wort „Lügenpresse“ noch nie in den Mund  
genommen, mein Freund.

(Heiterkeit und Zuruf von Christian Brade, SPD –  
Heiterkeit bei Peter Ritter, DIE LINKE)

Aber Sie müssen jetzt gar nicht ablenken.

(Heiterkeit vonseiten der Fraktion der SPD)

Sie müssen jetzt gar nicht ablenken. Ich fordere Sie an  
der Stelle noch mal auf, in sich zu gehen und zu schau-  
en, ob es nicht doch sinnvoll wäre, so einen Notsiche-  
rungsfonds einzurichten und den,

(Torsten Renz, CDU:  
Kennen Sie „Hase und Igel“?)

und den Maßgaben,

(Marc Reinhardt, CDU: Ist doch schon da.)

den Maßgaben auch nachzukommen,

(Heiterkeit bei Torsten Renz, CDU:  
Kennen Sie „Hase und Igel“?)

die im Denkmalschutzgesetz genannt werden. Da sind  
nicht nur die Eigentümer in die Pflicht genommen, sondern  
auch der Staat, wenn es nicht anders geht. Um nichts  
anderes geht es in diesem Antrag. Und wenn Sie jetzt  
wieder meinen, da irgendetwas anderes hineininterpretie-  
ren zu müssen, werden Sie das vor den Wählerinnen und  
Wählern verantworten müssen, nicht wir. – Danke.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

**Präsidentin Sylvia Bretschneider:** Das Wort hat jetzt die  
Abgeordnete Frau von Allwörden für die Fraktion der CDU.

(Christian Brade, SPD: Frauenpower.)

**Ann Christin von Allwörden, CDU:** Sehr geehrte Frau  
Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Mit die-  
sem Antrag, sehr geehrte AfD-Fraktion, begehnen Sie ja  
politisches Neuland. Üblicherweise haben Sie Ihre bishe-  
rigen Anträge im Landtag in aller Regelmäßigkeit ideen-  
los aus anderen Landtagen kopiert und dann hier einge-  
bracht.

(Heiterkeit bei Dr. Matthias Manthei, AfD:  
Sie haben ja auch immer die gleiche Rede.)

Nun haben Sie zur Abwechslung tatsächlich mal Zeitung  
gelesen und diesen Antrag eingebracht,

(Unruhe vonseiten der Fraktion der AfD)

der uns in der Sache allerdings so überhaupt nicht wei-  
terhilft. Mit echtem Engagement hat das so gar nichts zu  
tun.

Auch konnte ich Ihr Interesse, wie ich eben schon vom  
Platz aus gesagt habe, überhaupt nicht erkennen, denn  
auf der Frühjahrstagung und Mitgliederversammlung der  
Arbeitsgemeinschaft Gutsanlagen Mitte Juni in Fincken  
bei Röbel wäre eine Gelegenheit gewesen, sich tatsäch-  
lich konstruktiv mit der Sache auseinanderzusetzen,

(Zuruf von Thomas de Jesus Fernandes, AfD)

sich einzubringen, statt wie üblich wenig hilfreiche Anträ-  
ge im Landtag zu stellen. Viel eher springen Sie auf ei-  
nen politischen Arbeits- und Abstimmungsprozess auf,  
den wir hier interfraktionell seit mindestens dem letzten  
Herbst intensiv beraten.

Ich bin dankbar, dass wir mit Frau Kröger von den  
LINKEN und auch innerhalb der SPD-Fraktion mit Frau  
Julitz erste Mitstreiter haben, die den unsagbar identi-  
tätsstiftenden und kulturhistorischen Schatz unserer circa  
1.800 bis 2.000 Gutshäuser und Schlösser in Mecklen-  
burg-Vorpommern erkannt haben.

Mecklenburg-Vorpommern ist ein Gutsland. Unsere Guts-  
und Herrenhäuser sowie die zahlreichen Schlösser sind  
unverwechselbare Denkmäler unseres Bundeslandes.

(Zuruf von Thomas de Jesus Fernandes, AfD)

Dies gilt es auch für die zukünftige Generation zu erhalten. Aus ihnen erwachsen enorme kulturelle und wirtschaftliche Potenziale, die schon heute ein wesentlicher Grund für viele Touristen sind, Urlaub in Mecklenburg-Vorpommern zu machen. Das Beispiel des Schlosses Bothmer der Schloßstadt Klütz verdeutlicht sehr eindrucksvoll, wie belebend ein solches Anwesen für eine ganze Region sein kann.

Schön, dass Sie sich in der AfD-Fraktion nun auch Gedanken machen, wie wir die Gutsanlagen in unserem Land erhalten können. Ich darf Sie allerdings beruhigen, eine Unterstützung ist da überhaupt nicht nötig. Das Thema liegt in meiner Fraktion in guten Händen. Ich selbst habe mehrfach bekräftigt, dass wir die Notsicherung von vernachlässigten Gutshäusern voranbringen und sich meine Fraktion dafür weiter einsetzt.

(Beifall Torsten Renz, CDU: So ist es.)

Das hat auch die Arbeitsgemeinschaft auf dieser Versammlung explizit gesagt und gewertschätzt, und nicht gefordert an die AfD.

Dazu gehört, dass wir in den anstehenden Haushaltsverhandlungen für den kommenden Doppelhaushalt über einen Notsicherungsfonds sehr entschieden verhandeln werden.

(Tilo Gundlack, SPD: Na, dann mal los!)

Ich bin daher optimistisch, dass wir einen solchen Fonds auflegen werden. In diesem Zusammenhang ...

(Holger Arppe, AfD: Ich denke, wir brauchen den nicht?)

Das habe ich nicht gesagt. Ich habe gesagt, wir brauchen Sie nicht.

(Zuruf von Holger Arppe, AfD)

In diesem Zusammenhang hat unser Landtagsantrag mit der Drucksache 7/83 vom November letzten Jahres wenig an Aktualität verloren. Derzeit wird dieser nämlich umgesetzt. Dieser Antrag ist in vielen Aspekten weiterführender und konkreter als der Vorschlag der AfD, den wir genau aus diesen genannten Gründen ablehnen werden.

In dem Antrag, der auf Initiative meiner Fraktion eingebracht wurde, werden wesentliche Vorschläge unterbreitet, den Kultur- und Denkmalschutz in Mecklenburg-Vorpommern zu verbessern. Dazu gehört als erster Antragsbestandteil die Möglichkeit zeitnaher Novellierung des Denkmalschutzgesetzes, das haben wir schon gehört. Ziel ist es dabei, die noch vorhandene Bausubstanz denkmalgeschützter Gebäude zukünftig noch besser zu schützen und somit auch zur Sicherung herausragender Denkmäler beizutragen.

Dies scheint dringend notwendig zu sein, da trotz Denkmalschutz und Denkmalpflege einer Vielzahl von leerstehenden und noch nicht sanierten denkmalgeschützten Gebäuden im Land der Zerfall droht. Damit einher ginge auch der unwiderrufliche Verlust eines Teils unserer Landesgeschichte mit seiner typischen architektonischen Bauweise, die unser Bundesland heute noch auszeichnet. Ohne Zweifel würde ein Abriss von Gutshäusern

einen erheblichen Verlust für die Kulturlandschaft, insbesondere für den ländlichen Raum zur Folge haben.

Ich möchte an dieser Stelle noch einmal auf die Leute und Personen aufmerksam machen, die oft mit ganz viel Engagement, Liebe und Eigeninitiative ihre Gutshäuser, die sich im Privatbesitz befinden, sanieren und instand halten. Ich bin davon überzeugt, dass wir uns mit dem ohnehin geplanten Notsicherungsfonds zum Erhalt der Gutsanlagen sowie der Umsetzung des Landtagsantrages auf einem sehr guten Weg befinden. Gutsanlagen und Schlösser gehören untrennbar nach Mecklenburg-Vorpommern. Dafür werden wir uns auch weiterhin entschlossen einsetzen. – Vielen Dank.

(Beifall vonseiten der Fraktion der CDU und Nadine Julitz, SPD)

**Präsidentin Sylvia Bretschneider:** Vielen Dank.

Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Ich schließe die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung über den Antrag der Fraktion der AfD auf Drucksache 7/777(neu). Wer wünscht dem Antrag der AfD-Fraktion zuzustimmen? –

(Thomas de Jesus Fernandes, AfD: Hier, ich!)

Wer stimmt dagegen? – Gibt es Stimmenthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Damit ist der Antrag der Fraktion der AfD auf Drucksache 7/777(neu) bei Zustimmung der Fraktion der AfD und Gegenstimmen aller anderen Fraktionen abgelehnt.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir sind damit am Schluss der heutigen Tagesordnung. Ich berufe die nächste Sitzung des Landtages für Donnerstag, 13. Juli 2017, 9.00 Uhr ein. Ich lade Sie jetzt alle herzlich zum Sommerfest des Landtages ein. Die Sitzung ist geschlossen.

**Schluss: 17.35 Uhr**

Es fehlten die Abgeordneten Elisabeth Aßmann, Burkhard Lenz und Erwin Sellering.

## Namentliche Abstimmung

über den  
Gesetzentwurf der Fraktion der AfD  
Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des  
Kommunalabgabengesetzes – Abschaffung der  
Pflicht zur Erhebung von Straßenausbaubeiträgen  
– Drucksache 7/398 –

### Jastimmen

#### AfD

Arppe, Holger  
Borschke, Ralf  
Grimm, Christoph  
Hersel, Sandro  
Holm, Leif-Erik  
Dr. Jess, Gunter  
de Jesus Fernandes, Thomas  
Komning, Enrico  
Kröger, Jörg  
Lerche, Dirk  
Dr. Manthei, Matthias  
Reuken, Stephan J.  
Weißig, Christel  
Wildt, Bernhard

### CDU

von Allwörden, Ann Christin  
Berg, Christiane  
Caffier, Lorenz  
Ehlers, Sebastian  
Eifler, Dietmar  
Friemann-Jennert, Maika  
Glawe, Harry  
Kliewe, Holger  
Liskow, Egbert  
Liskow, Franz-Robert  
Reinhardt, Marc  
Renz, Torsten  
Schlupp, Beate  
Waldmüller, Wolfgang

### DIE LINKE

Bernhardt, Jacqueline  
Holter, Helmut  
Kolbe, Karsten  
Koplin, Torsten  
Kröger, Eva-Maria  
Larisch, Karen  
Ritter, Peter  
Rösler, Jeannine  
Dr. Schwenke, Mignon  
Dr. Weiß, Wolfgang

### Neinstimmen

#### SPD

Albrecht, Rainer  
Dr. Backhaus, Till  
Brade, Christian  
Brodkorb, Mathias  
Butzki, Andreas  
da Cunha, Philipp  
Dachner, Manfred  
Drese, Stefanie  
Friedriszik, Dirk  
Gundlack, Tilo  
Hesse, Birgit  
Heydorn, Jörg  
Julitz, Nadine  
Krüger, Thomas  
Mucha, Ralf  
Pegel, Christian  
Schwarz, Thomas  
Stamer, Dirk  
Tegtmeier, Martina  
Wippermann, Susann

### Endgültiges Ergebnis:

Abgegebene Stimmen .....	58
Gültige Stimmen .....	58
Jastimmen .....	14
Neinstimmen .....	44
Enthaltungen .....	-